

Korrespondenzen – Correspondances

4. Deutsch-Französische Kulturgespräche Freiburg /

4èmes Rencontres culturelles franco-allemandes de Fribourg-en-Brisgau

**Projekt Europa:
Verfassung • Gesellschaft • Lebenswelten /**

**Projet Europe :
Constitution • Contexte social • Cadres de vie**

Konzerthaus Freiburg
3. bis 5. Juli 2003 /
Konzerthaus Freiburg
du 3 au 5 juillet 2003

Die Beiträge dieses Texts gehen zurück auf die vierten Deutsch-Französischen Kulturgespräche Freiburg, die von der Stadt Freiburg im Breisgau und dem Land Baden-Württemberg vom 3. bis 5. Juli 2003 in Freiburg veranstaltet wurden. Die Konzeption von „Korrespondenzen – Correspondances“ lag in den Händen des Frankreich-Zentrums der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg, der Maison des Sciences de l'Homme, Paris, sowie des CIRAC, Paris, in Zusammenarbeit mit ARTE, dem Südwestrundfunk und dem Centre Culturel Français Freiburg. Die Veranstaltung wurde unterstützt von DaimlerChrysler Services, der Sparkasse Freiburg – Nördlicher Breisgau und der Robert Bosch Stiftung.

Les contributions publiées dans ce texte se basent sur les quatrièmes Rencontres culturelles franco-allemandes de Fribourg, organisées par la ville de Fribourg-en-Breisgau et le land du Bade-Wurtemberg, et qui se tenaient à Fribourg du 3 au 5 juillet 2005. Ont assuré la conception de « Korrespondenzen – Correspondances » le Centre français de l'Université de Fribourg-en-Breisgau, l'Institut Franco-Allemand de Ludwigsbourg, la Maison des Sciences de l'Homme de Paris ainsi que le CIRAC de Paris, en collaboration avec ARTE, le Südwestrundfunk et le Centre Culturel Français Freiburg. Le programme a été soutenu par DaimlerChrysler Services, Sparkasse Freiburg – Nördlicher Breisgau et la fondation Robert Bosch.

Redaktion / Rédaction :
Annette Christine Hoch
Graphische Gestaltung / Réalisation graphique :
Bettina Erzgräber

INHALT / TABLE DES MATIÈRES

VORWORT/AVANT PROPOS: PROJEKT EUROPA –VERFASSUNG, GESELLSCHAFT, LEBENSWELTEN	4
Rolf G. Renner	4
ERÖFFNUNGSVERANSTALTUNG/CÉRÉMONIE D’OUVERTURE	5
Grussworte/Discours Inauguraux	5
Dieter Salomon	5
Wolfgang Jäger	9
ERÖFFNUNGSVORTRAG UND DISKUSSION / CONFÉRENCE D’OUVERTURE ET DISCUSSION...	11
Hans Martin Bury	11
Joachim Fritz-Vannahme	17
ÖFFENTLICHE FOREN UND GESPRÄCHE / TABLES RONDES ET DÉBATS	32
Forum „Lebenswelten“/Table Ronde „Cadre de Vie »	32
Gespräch/Débat: Europa der Regionen – Europa der Bürger? / l’Europe des Régions – l’Europe des Citoyens?.....	63
Forum „Europäische Verfassung“ /Table Ronde « Constitution.....	85
Politique ».....	85
Forum „Gesellschaft “ / Table Ronde « Contexte Social»	113
Einführung: Rudolf von Thadden „Zivilgesellschaften in Frankreich und Deutschland“ / Introduction: Rudolf von Thadden „Les Sociétés Civiles en France et en Allemagne	114
Rudolf von Thadden	114
SCHLUSSBETRACHTUNG/CONCLUSION	143
Joseph Jurt.....	143
ANHANG/ANNEXES	149
Teilnehmer der Foren und Gespräche /Participants aux tables rondes et débats.....	149
Bio-bibliographische Angaben der Teilnehmer / Renseignements bio-bibliographiques sur les participants	152

VORWORT/AVANT PROPOS: PROJEKT EUROPA – VERFASSUNG, GESELLSCHAFT, LEBENSWELTEN

Rolf G. Renner

Ausgehend von aktuellen Problemstellungen der Politik und den besonderen Bedingungen des deutsch-französischen Verhältnisses markieren die Kulturgespräche Schnittstellen des öffentlichen Diskurses der beiden Länder. Aktueller Bezugspunkt der 4. Deutsch-Französischen Kulturgespräche 2003 in Freiburg war die Erarbeitung einer gemeinsamen europäischen Verfassung durch den Europäischen Konvent unter Valéry Giscard d'Estaing.

Unter dem Titel „Projekt Europa. Verfassung – Gesellschaft – Lebenswelten“ reflektierten Politiker, Journalisten, Wissenschaftler und Kulturschaffende aus Deutschland und Frankreich in Diskussionsforen und Vorträgen Bedingungen und Möglichkeiten für die Herausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft und einer europäischen Öffentlichkeit.

Zentraler Gegenstand der Debatte war die Frage, ob Politik und Wirtschaft den Herausforderungen gewachsen sind, um die Bürger in einer transnationalen europäischen und kulturellen Gemeinschaft integrieren zu können. Ausgehend von der Arbeitsgruppe „Europäische Verfassung“ wurden die Möglichkeiten europäischer Identitätsstiftung und Integration auf „Lebenswelten“ (Arbeitsgruppe 2) und „Gesellschaft“ (Arbeitsgruppe 3) ausgelotet.

ERÖFFNUNGSVERANSTALTUNG/CÉRÉMONIE

D'OUVERTURE

(Donnerstag, 3. Juli 2003)

GRUSSWORTE/DISOURS INAUGURAU

Dieter Salomon

Zwei Tage – das ist ein Glück für Europa. Aber (das ist jetzt zugegebenermaßen etwas egoistisch) für uns als Veranstalter ein temporäres Unglück. In allerletzter Minute haben nämlich die beiden prominentesten deutschen Konventsmitglieder ihre Teilnahme an den „Korrespondenzen“ – eben wegen dieses Termins morgen in Brüssel – abgesagt. (Es war also eine wunderbare Terminierung von uns, nur ist der Schuss nach hinten losgegangen).

Bundesaußenminister Joschka Fischer wurde von Kanzler Schröder nach Brüssel beordert. Und auch Ministerpräsident Erwin Teufel als Vertreter des Bundesrats im Konvent ist morgen, zum ursprünglich geplanten Termin des Diskussionsforums mit Adrien Zeller, auf dem Weg nach Belgien.

Umso herzlicher begrüße ich ausdrücklich Herrn Staatsminister im Auswärtigen Amt Hans Martin Bury, der als direkter Vertreter des Außenministers im Konvent sitzt und seit kurzem als Beauftragter der Bundesregierung für die deutsch-französischen Beziehungen zuständig ist. Er hat keine Mühen gescheut, sehr kurzfristig den Weg von Berlin nach Freiburg zu nehmen.

Sie sind nicht der Ersatz von Fischer im Konvent – Sie sind mit im Konvent. Und wenn man ehrlich ist – wir haben uns vorher kurz ausgetauscht – da der Außenminister natürlich ständig unterwegs ist, sind Sie eigentlich derjenige, der ständig im Konvent ist. Sie sind also mehr als ein Ersatz; Sie sind ein überaus kompetenter Mitstreiter, der hier für Joschka Fischer eingesprungen ist. Ich danke Ihnen ganz herzlich, dass Sie heute Abend den Weg zu uns hierher gefunden haben.

Er wird sich heute Abend den Fragen von Joachim Fritz-Vannahme stellen. Herr Fritz-Vannahme ist EU-Korrespondent der „ZEIT“. Seien Sie beide herzlich willkommen.

Der französische Teil unseres ursprünglich vorgesehenen Moderatoren-Tandems, nämlich Madame Laure Adler, die Chefin von France Culture, liegt leider seit gestern Abend im Krankenhaus und ist deshalb, denke ich, mehr als gut entschuldigt. Wir bedauern das natürlich sehr und wünschen ihr auf diesem Wege gute Besserung.

Europaminister Christoph Palmer wird morgen Ministerpräsident Erwin Teufel im Gespräch mit Adrien Zeller und Klaus Wenger von ARTE vertreten; auch ihm danke ich bereits jetzt für seine Zusage für morgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie merken schon: eine solche deutsch-französische Kulturveranstaltung auf die Beine zu stellen, ist ein mühsames Unterfangen. Es erfordert Weitsicht (auch wenn sie manchmal nicht weit trägt), Gespür für Menschen und Themen, jede Menge heller Köpfe, Engagement und finanzielle Unterstützung – doch dazu später mehr.

Lassen Sie mich zunächst deutlich machen, dass mir auch in Zeiten knapper Kassen sehr an der Weiterführung der Idee meines Vorgängers, deutsch-französische Kulturgespräche stattfinden zu lassen, gelegen ist. Ich möchte diese Tradition fortsetzen, aber wir haben uns

diesmal etwas Neues überlegt. Wir haben das Konzept ein wenig verändert. Wir sind in Maßen jünger geworden, offener – öffentlicher vor allem – und diskussionsfreudiger. Das heißt, alle Veranstaltungen (nicht nur die Auftakt- und die Schlussveranstaltung) finden öffentlich statt. Sie sind zu allen Teilen herzlich willkommen.

Meine Damen und Herren, das ist eine große Chance in spannenden Zeiten. Wir öffnen das Konzerthaus zu einer Diskussion, die weit über den deutsch-französischen Austausch hinausgeht. Und daran haben viele mitgearbeitet. Und deshalb möchte ich all denen danken, die uns bei der Vorbereitung und Organisation unterstützt haben: dem Land Baden-Württemberg natürlich, das heute durch Regierungsvizepräsident Dr. Kollnig vertreten ist, und dem Frankreich-Zentrum der Albert-Ludwigs-Universität. Mein Dank gilt besonders Prof. Renner, Prof. Schwengel und nicht zuletzt meinem früheren akademischen Lehrer Herrn Prof. Jurt. Dem deutsch-französischen Institut Ludwigsburg, hier wiederum insbesondere dessen Direktor Herrn Prof. Baasner, der wie Prof. Renner morgen ein Forum leiten wird und den ich heute Abend ebenfalls recht herzlich begrüße.

Mein Dank gilt deren Pariser Partnerinstituten; der Maison des Sciences de l'Homme und dem Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne, CIRAC.

Mein Dank gilt aus dem Bereich der Medien ARTE mit Chefredakteur Klaus Wenger und dem SWR als Mitveranstalter und Sponsor, vertreten durch Landessenderdirektor Willi Steul und dem neuen Freiburger Studiochef Claus Schneggenburger.

Neben dem schon erwähnten Frankreich-Zentrum darf eine weitere wichtige frankreichbezogene Institution in Freiburg, nämlich das CCFF – das Centre Culturel Français Freiburg, an der Spitze Martine Chantrel und Conrad Schroeder aus dem Vorstand – nicht vergessen werden. Auch Ihnen ein herzliches Dankeschön! Ohne Ihren Einsatz und Ihr Engagement wären die 4. Deutsch-Französischen Kulturgespräche nicht zustande gekommen.

Undenkbar wäre zudem eine solche Veranstaltung ohne die Unterstützung des Gemeinderats, der Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau und der Daimler-Chrysler Services AG, Niederlassung Freiburg, sowie der Robert-Bosch-Stiftung.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Deutsch-Französischen Kulturgespräche steht die aktuelle Debatte um eine gemeinsame europäische Verfassung. Nahezu zeitgleich mit der Vorlage des Europäischen Konvents über eine EU-Verfassung zur Aufnahme weiterer Mitglieder greifen die deutsch-französischen Kulturgespräche die Frage nach einer eigenen kulturellen Identität Europas auf, welche die Verfassung mit Leben füllt.

Der Name „Kulturgespräche“ nennt zum Teil unser Thema. Wir werden aber nicht nur über die Kultur im engeren Sinne, sondern über gemeinsame Lebenswelten, über soziale Strukturen sowie über ökonomische und möglicherweise auch über ökologische Fragen reden. Sie sind neben der Verfassung gemeinsame und verbindende Wesensmerkmale eines zusammenwachsenden Europas.

Zur Erarbeitung einer europäischen Verfassung, die zwar offiziell nur den Stellenwert eines von allen zu ratifizierenden Vertrags hat, hat sich der Konvent hohe Ziele gesteckt. Es soll ein für alle Bürgerinnen und Bürger begreifbares Europa geschaffen werden, das zugleich in seinem Inneren und draußen in der Welt handlungsfähig ist, und das obendrein seinen eigenen demokratischen Mindeststandards begnügt. Bei der Reform der EU und ihrer Institutionen geht es um Effizienz in einem immer größer werdenden Europa.

Meine Damen und Herren, es ist klar, dass ein Europa der 25 nicht mehr mit einstimmigen Entscheidungen auskommt, die ja schon das Europa der 15 an den Rand der völligen Paralyse gebracht haben und bringen. Mehr Effizienz darf aber nicht zum Preis von *weniger*, sondern muss unter der Maßgabe von *mehr* Demokratie stehen. Das Europa, das wir kennen – das Europa der Exekutiven, das Europa der Regierungschefs (wir kennen alle die Gipfelbilder), das Europa der Ressortminister und der Brüsseler Eurokraten, der EU-Kommission mit einem (man sagt es nur verschämt) eunuchenhaften Europäischen Parlament

– muss ein Europa der Partizipation und der demokratischen Legitimation mit einem mit deutlich mehr Kompetenzen ausgestatteten souveränen Parlament werden.

Und nicht nur als Oberbürgermeister, sondern auch als Staatsbürger, als überzeugter Regionalist und Föderalist und – wenn Sie so wollen – als glühender Europäer füge ich hinzu: Es geht auch um die richtigen Kompetenzzuweisungen zwischen Brüssel und den jeweiligen Nationalstaaten. Aus dem Gedanken der Subsidiarität heraus sage ich: Europa darf sich nur um Dinge kümmern, die auf der jeweiligen staatlichen Ebene (sei es die zentralstaatliche Ebene, die Ebene der Bundesländer oder die kommunale Ebene) nicht vernünftig gelöst werden können.

Meine Bewertung des Entwurfs lautet: aus kommunaler Sicht geht bei diesem Entwurf nichts verloren. Und hier spreche ich in meiner Rolle als Oberbürgermeister: die Verfassung verankert die regionale und kommunale Selbstverwaltung als Bestandteil des Gemeinwesens ausdrücklich. Wir alle gewinnen an grenzüberschreitendem Bewusstsein.

Zwar lässt sich mit guten Gründen behaupten, dass alles noch nicht weit genug und nicht schnell genug vorangeht, doch ich finde, man muss ehrlicherweise auch hinzufügen, dass wahrscheinlich selbst noch nicht einmal die kühnsten Optimisten noch vor einem halben Jahr dieses Ergebnis erwartet hätten.

Es wird möglich sein, dass Unionsbürger in ausreichender Anzahl und aus mehreren Mitgliedsstaaten die Kommission auffordern können, zu bestimmten Themen Gesetzesinitiativen vorzulegen. Im Vergleich zur heutigen europäischen Wirklichkeit sind das riesige Schritte nach vorne. Das Europa der Bürgerinnen und Bürger bleibt so nicht nur eine Floskel, sondern wird nach und nach – da bin ich sicher – mit Leben erfüllt. Und Joschka Fischer hat, meines Erachtens zu Recht, gesagt, dass die große Leistung des Konvents tatsächlich das Prädikat „historisch“ verdient.

Nur – auch da, denke ich, sollte man ehrlich sein – wird die europäische Zukunft zwar von den politischen Eliten unter Hochdruck vorangetrieben; für sie wird Europa konkret und objektiv. Doch sie betrifft jeden einzelnen von uns. Was wir deshalb dabei vermissen, ist eine gesellschaftliche Debatte über diesen Prozess der europäischen Einigung. Die sehe ich noch nicht.

Wenn man Umfragen Glauben schenken darf, dann kann man zwar Jubelszenen in den Ländern Mittel- und Osteuropas erleben, wenn die Abstimmungen zum Beitritt positiv verlaufen; die Bürgerinnen und Bürger der fünfzehn bereits bestehenden EU-Staaten begegnen diesem Prozess des Zusammenwachsens und des Größerwerdens aber eher indifferent. Wenn ich „indifferent“ sage, dann meine ich „als gute Europäer, aber ohne großes Interesse oder gar Enthusiasmus“. Europa hat, so kann man es vielleicht formulieren, etwas im positiven Sinne Normales und Selbstverständliches bekommen, aber Glücksgefühle werden dabei nicht wach.

Die Versuche, die gesellschaftliche Debatte doch hinzubekommen, haben meines Erachtens etwas rührend Hilfloses. Mit Verlaub, der Vorstoß des ansonsten von mir sehr geschätzten Jürgen Habermas hierzu, ein europäisches Miteinander im wesentlichen aus der europäischen Gegnerschaft (die ja längst keine geschlossene war) gegen den Irak-Krieg der USA konstruieren zu wollen, erreicht bestenfalls das Prädikat „gut gemeint“, und den halte ich selbst für etwas konstruiert. Erstens sind die Amerikaner selbst europäischer als viele offensichtlich wahrhaben wollen, und zweitens sind die europäischen Werte – Aufklärung, Rechtsstaat, Demokratie – in Europa doch auch in sehr unterschiedlichen Ausprägungen virulent. Und das hat ja nicht zuletzt der Konventsprozess selbst hinreichend gezeigt.

Das gemeinsame Erarbeiten einer Verfassung fesselt die Menschen vielleicht in revolutionären Zeiten oder in Nachkriegszeiten. In Zeiten, wie wir sie jetzt haben – in Zeiten von langem Frieden, für den wir alle dankbar sind und ohne den die europäische Einigung gar nicht vorstellbar wäre – scheint eine solche Diskussion doch sehr abstrakt.

Konkret wird Europa vor Ort; gerade dort, wo man am Schnittpunkt europäischer Entwicklungen lebt. Gerade hier am Oberrhein. Die besondere Verantwortung für die europäische Einigung, die Franzosen und Deutsche von jeher getragen haben, wird hier bei uns Tag für Tag deutlich. Hier vor Ort sieht man auch europäische Fortschritte. In der Kommune sieht man aber auch, dass Europa verdammt aufpassen muss, dass Europa sich nicht der Dinge bemächtigt, die nach unserem Selbstverständnis Gegenstand kommunaler Selbstverantwortung sind. Dass das nicht Abschottung, sondern Subsidiarität bedeutet, sehen Sie darin, dass wir genauso leidenschaftliche Regionalisten sind und grenzüberschreitend versuchen, auf freiwilliger Basis das zu leisten, woran die nationalen Ebenen uns noch hindern.

„Ganz Europa wächst zusammen. Ganz Europa? Nein, ein kleines Dorf leistet Widerstand.“ Sie kennen diesen Satz aus Asterix, der auch schon gleichzeitig Gallier und Europäer war. Aber Sie ahnen es, wen ich mit meiner Analogie meine: nämlich die Schweiz. Die Schweiz, mit der uns ab dem nächsten Jahr die einzige EU-Außengrenze verbindet, die Deutschland noch hat, was ich persönlich sehr bedauere. Und umso mehr freue ich mich, dass wir hier im Dreiländereck auf solche Unbill keine Rücksicht nehmen und nicht nur bilateral, sondern trinational auf vielfältigen Gebieten hervorragend zusammenarbeiten.

Das weiß auch Prof. Jurt, den ich vorhin erwähnt habe, der Schweizer, aber Europäer ist – guter Europäer. In dieser Selbstverständlichkeit und Normalität wächst gerade eine Generation heran, die bereits jetzt von sich als Europäern spricht, die Fremdsprachen lernt und die neugierig auf die Eigenheiten des europäischen Nachbarn ist. Und das stimmt mich dann doch sehr optimistisch.

Nehmen Sie Freiburg. Wo gelänge ein Miteinander mit Frankreich und damit einem wesentlichen Partner Europas besser als bei uns? Freiburg ist eine frankophile Stadt. Hier in Freiburg und in der ganzen Region wird Europa konkret. Wir sind stolz auf unsere sehr gute grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem Elsass und der Schweiz; wir haben eine deutsch-französische Bildungsinfrastruktur vom Kindergarten bis zur Hochschulausbildung und zum Frankreich-Zentrum an der Universität. Nicht zuletzt haben wir die „Korrespondenzen“. Meine Damen und Herren, da kann man sagen: da hat es Freiburg mal wieder einfacher als andere Regionen Europas. Das will ich gerne zugestehen.

Ich wünsche den „Korrespondenzen“ einen guten Verlauf. Ich wünsche anregende Gespräche, gute Diskussionen. Ich wünsche, dass Sie nicht nur heute Abend, sondern vielleicht auch noch morgen und übermorgen zu den „Korrespondenzen“ finden werden, und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Wolfgang Jäger

Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Bury, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Salomon, sehr geehrter Herr Fritz-Vannahme, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ich freue mich, Sie als Rektor der Albert-Ludwigs-Universität zu den 4. Deutsch-Französischen Kulturgesprächen „Korrespondenzen – Correspondances“ begrüßen zu dürfen. Unser Frankreich-Zentrum war in diesem Jahr erneut mit der Konzeption maßgeblich betraut. Ich danke allen Beteiligten sowie den Sponsoren sehr herzlich für ihr Engagement, das diese herausragende grenzüberschreitende Veranstaltung auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen möglich gemacht hat.

Sehr geehrter Staatsminister Bury, ich begrüße Sie als Stellvertreter des Herrn Außenministers, aber auch als den für Europa und für den Verfassungskonvent zuständigen Staatsminister im Auswärtigen Amt sowie als neuen Beauftragten der Bundesregierung für die deutsch-französischen Beziehungen. In letzterer Eigenschaft sind Sie auch für die Annäherung der beiden Länder in den europäischen Gremien zuständig. Damit knüpft Ihre Arbeit unmittelbar an die entscheidenden Schritte an, die das Projekt Europa in den letzten Jahren unter kräftigem Anschub der französischen und der deutschen Regierung zurückgelegt hat.

Außenminister Fischer hatte bei seinem letzten Vortrag in Freiburg, Anfang 2001 in der Universität (damals auf Einladung des Fördervereins des Frankreich-Zentrums), am Vorabend einer informellen deutsch-französischen Begegnung mit Staatspräsident Chirac, Ministerpräsident Jospin und Bundeskanzler Schröder in Straßburg, die Agenda für diesen Weg gezeichnet. Am letzten Donnerstag konnte er nun die Ergebnisse der Verhandlungen um die Erweiterung der EU sowie des EU-Konvents zu einer europäischen Verfassung als „Jahrhundertwerk“ und als eine der wichtigsten Weichenstellungen in der europäischen Geschichte würdigen.

Er hob dabei hervor, dass in dem Entwurf zur europäischen Verfassung die aus seiner Sicht wichtigsten tragenden Elemente aufgenommen seien:

- mehr Bürgernähe
- die Grundrechtscharta als Grundbegriff der europäischen Werteordnung
- mehr Demokratie
- sowie eine größere Handlungsfähigkeit der EU.

Ohne das nachdrückliche Bekenntnis Frankreichs und Deutschlands zu diesen Werten wäre dieser Erfolg wohl kaum denkbar gewesen. Auch wenn manches noch der Beratung und der Abstimmung bedarf, hat sich die deutsch-französische Zusammenarbeit in diesem Prozess doch erneut als ein unverzichtbarer Motor der europäischen Einigung und Fortentwicklung bewährt, gerade in Zeiten heterogener Außenpolitiken einzelner europäischer Partner.

Diese Prozesse und Ergebnisse sind auch wichtige Themen unserer *Kulturgespräche*, die das „Projekt Europa“ unter dem Blickwinkel der Verfassung, der Gesellschaft und der Lebenswelten betrachten. Es wird in den nächsten Tagen Gegenstand von Vorträgen und Debatten sein.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Bury, es ist nicht nur auf die Beharrlichkeit und klare Zielsetzung der deutschen Außenpolitik zurückzuführen, dass dieser große Sprung zur politischen Einheit Europas nun konkrete Konturen annimmt. Vielmehr ist das ein Erfolg des sehr persönlichen, von tiefer Überzeugung gespeisten Engagements der Verantwortlichen im Auswärtigen Amt, an ihrer Spitze des Herrn Außenministers, für das „Projekt Europa“. Hierfür danken wir den Beteiligten sehr herzlich.

Die deutsch-französische Kooperation spielte und spielt in dem beschriebenen Prozess der Überwindung von historischen Spaltungen in Europa eine wichtige Rolle. Wer wüsste

dies mehr zu würdigen als Freiburg und seine Universität an der Grenze zum Elsass? Heute und in den kommenden Tagen werden Stadt, Universität, wissenschaftliche Institute und Medien zusammenarbeiten und ein öffentliches deutsch-französisches Forum zu Europa schaffen. Es ist Teil der grenz- und kulturenüberschreitenden Zusammenarbeit der Kulturgesellschaft, die bei uns am Oberrhein keine bloße Zielvorstellung mehr, sondern bereits – wie der Herr Oberbürgermeister eben ausführte – politische Realität ist.

Ich bin als Rektor stolz, sagen zu können, dass die Universität Freiburg vor allem mit ihrem überaus erfolgreichen Frankreich-Zentrum diesen Prozess engagiert begleitet, inhaltlich ausgestaltet und in kritischer Reflexion fördert. Im Rahmen des Zusammenschlusses der Universitäten am Oberrhein, EUCOR, aber auch in zahlreichen formalisierten und informellen Foren leisten wir unseren Beitrag zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit unserem Nachbarn und Freund Frankreich.

Wir sehen darin ein Kernelement deutscher und europäischer Selbstvergewisserung und zugleich der Bestimmung der Rolle Europas in der Welt in Zeiten globaler Bedrohungen sowie politischer, wirtschaftlicher und kultureller Herausforderungen.

Die Diskussionen der Kulturgespräche „Correspondances“ werden diese Fragestellungen aufgreifen, vertiefen und sicherlich fruchtbare Anstöße geben. Ich wünsche den 4. Deutsch-Französischen Kulturgesprächen 2003 einen guten Verlauf.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, wir wünschen Ihnen für Ihre Tätigkeit als Beauftragter für die deutsch-französischen Beziehungen in Zusammenarbeit mit Ihrer französischen Kollegin, Madame Lenoir, viel Erfolg. Wir freuen uns auf Ihren Vortrag und die nachfolgende Aussprache. Ich danke Ihnen.

ERÖFFNUNGSVORTRAG UND DISKUSSION /

CONFÉRENCE D'OUVERTURE ET DISCUSSION

Hans Martin Bury

Herr Oberbürgermeister Salomon, sehr geehrter Herr Professor Jäger, liebe Europäerinnen und Europäer,

ich darf Ihnen zunächst die Grüße von Außenminister Joschka Fischer überbringen, der bedauert, dass er nicht persönlich hier sein kann, weil er sich heute Abend auf der Zielgeraden der Beratungen des Verfassungskonvents dem Thema, das Sie sich gestellt haben, ganz unmittelbar widmet. Ich bin gerne an seiner Stelle hierher gekommen. Nicht nur als Staatsminister für Europa und als Mitglied im Verfassungskonvent, sondern natürlich auch als Baden-Württemberger und als langjähriger Fan Ihrer wunderbaren Stadt.

Sie haben mit *Projekt Europa: Verfassung, Gesellschaft, Lebenswelten* Ihre diesjährige Tagung einem Thema gewidmet, das – wie Herr Salomon ganz richtig gesagt hat – aktueller nicht hätte sein können. Ich bin heute Nachmittag in Berlin aufgebrochen, unmittelbar nach der Schlussabstimmung des Deutschen Bundestags über die Erweiterung der Europäischen Union, in der die Abgeordneten aller Parteien dem Erweiterungsgesetz mit überwältigender Mehrheit zugestimmt haben. Und morgen beginnen in Brüssel, wie erwähnt, die abschließenden Beratungen über den Entwurf für die europäische Verfassung; eine Verfassung, die Ausdruck der gemeinsamen Ziele und Werte ist, aber auch der Rahmen, das gewachsene Europa demokratisch, transparent und handlungsfähig zu erhalten. „Europa wagt mehr Demokratie“ – so könnte man die Beratungen des Konvents und seine Ergebnisse in einem Satz zusammenfassen.

Europa, meine Damen und Herren, ist eine Erfolgsgeschichte. In 50 Jahren hat sich die Wirtschaftsgemeinschaft der sechs schrittweise zur politischen Union der 15 und bald der 25 Mitgliedsstaaten entwickelt. Mit der Erweiterung der Europäischen Union ist der Eiserne Vorhang, der Europa 50 Jahre lang trennte, endgültig gefallen. Europa wird wieder vereinigt. Wir nutzen die großartige Chance, ein Europa des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands zu schaffen.

Unserem Land kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Wir haben die Erweiterung von Anfang an gewollt und mit allen Kräften unterstützt. Für uns war und ist der Einsatz für das weitere Zusammenwachsen Europas immer Herzenssache, historisches Vermächtnis und Zukunftsinvestition gleichermaßen. Skeptiker – und an denen ist in der europapolitischen Debatte ja bekanntermaßen kein Mangel – fürchten, dass die Erweiterung Europas zu einer Schwächung der Gemeinschaft, zu einem Integrationsrückschritt, führe.

Ich behaupte, das Gegenteil ist richtig. Die Erweiterung zwingt uns, die längst überfälligen institutionellen Reformen jetzt nicht noch länger hinauszuzögern. Und es ist gerade in Europa nicht neu, dass der Problemdruck – ja, auch manche Krise – den notwendigen Fortschritt beschleunigt oder überhaupt erst ermöglicht hat.

Europa bekommt eine Verfassung, meine Damen und Herren. Das ist nicht so selbstverständlich, wie es uns – jedenfalls dem interessierten Publikum, das heute Abend hier ist – heute klingen mag. Großbritannien kennt im eigenen Land gar keine geschriebene Verfassung und musste sich mit dem Gedanken an eine europäische erst anfreunden. Und auch in Deutschland gab es, wenn wir ehrlich sind (der Oberbürgermeister hat es angedeutet), noch vor wenigen Jahren kaum jemanden, der das Projekt einer europäischen Verfassung für mehr als eine kühne Vision gehalten hätte.

Jetzt, meine Damen und Herren, wird diese Vision Realität. Europa wird handlungsfähiger, transparenter und damit auch bürgernäher. Im Verfassungsentwurf werden nicht nur die grundlegenden Werte und Ziele der Europäischen Union beschrieben, sondern auch die Regeln und Prinzipien ihres Handelns. Diese für die Bürgerinnen und Bürger wesentlichen Teile würden sogar den „Jack-Straw-Test“ bestehen. Der britische Außenminister hat einmal als Kriterium für eine gute Verfassung bezeichnet, dass sie in seine Hemdentasche passen müsse.

Auch wenn wichtige Themen, die im dritten Teil des Verfassungsentwurfs geregelt werden, in der morgigen Beratung des Konvents noch sorgfältiger Verhandlung bedürfen, können wir feststellen: wir haben im Konvent zentrale Anliegen durchsetzen können. Am vordringlichsten war für uns, dass mit dem Verfassungsentwurf die Voraussetzung für die erfolgreiche Erweiterung der Europäischen Union geschaffen und die Handlungsfähigkeit Europas auch mit 25 und mehr Mitgliedern gewährleistet wird. Denn in der Tat, Herr Salomon, Sie haben recht: Wir sind bei den heutigen Strukturen und Entscheidungsprozessen in vielen Feldern schon mit 15 mindestens am Rande der Handlungsfähigkeit angelangt.

Mit dem, was wir jetzt an Reformen schaffen, kann die Erweiterung und damit die endgültige Überwindung der Teilung Europas zu einem guten Abschluss gebracht werden. Deutschland als Land in der Mitte Europas hat daran ein besonderes Interesse.

Wir haben, meine Damen und Herren (auch das hat Herr Salomon erwähnt), in Deutschland gute Erfahrungen damit gemacht, Entscheidungen möglichst nah an den betroffenen Bürgern und Unternehmen zu treffen. Bürgernahe Entscheidungen und die Lösung lokaler und regionaler Probleme direkt vor Ort sind Schlüssel für die Erfolgsgeschichte deutscher Nachkriegsdemokratie und für ihre breite Akzeptanz.

Im Verfassungsentwurf wird das Subsidiaritätsprinzip auch in Europa gestärkt. Es wird ein entsprechendes „Frühwarnsystem“ mit einer Einbeziehung der nationalen Parlamente geben und – das war uns in Deutschland wichtig – für beide Kammern der nationalen Parlamente (also nicht nur für den Bundestag, sondern auch für den Bundesrat) ein Klagerecht bei Verstößen gegen dieses Subsidiaritätsprinzip. Damit in der Tat, Herr Oberbürgermeister, in Europa, auf europäischer Ebene, nur solche Entscheidungen getroffen werden, die nicht auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene besser getroffen werden können.

Entsprechend positiv ist die Aufnahme des Verfassungsentwurfs auch bei den Ländern – jedenfalls bei den meisten Ländern in Deutschland. Aber Sie wissen, es gibt ein Land, dessen Vertreter schon im Parlamentarischen Rat mehrheitlich dem Grundgesetz nicht zugestimmt haben – interessanterweise mit den gleichen Begründungen, die sie heute gegen den europäischen Verfassungsentwurf ins Feld geführt haben. Es heißt manchmal, in Bayern gingen die Uhren anders – ich bin nicht sicher, ob die Uhr des einen oder anderen nicht zwischenzeitlich stehen geblieben ist.

Meine Damen und Herren, wer unterschiedliche Traditionen und die Vielfalt Europas bewahren will (und darum geht es uns, denn es war nie Ziel des Integrationsprozesses, einen Schmelzriegel zu schaffen, sondern die Vielfalt der Kulturen, der Regionen, zu bewahren und diese Vielfalt als Reichtum und als besondere Stärke der Europäischen Union zu begreifen), muss zum Kompromiss bereit sein.

Entscheidend ist für mich nicht, ob eine Verfassung alle Partikularinteressen vollständig berücksichtigt. Diesen Anspruch kann keine – zumal keine europäische – Verfassung erfüllen. Entscheidend ist für mich, ob sie zwei Kriterien genügt: sie muss eine Verfassung der Bürger und eine Verfassung für die Bürger sein.

Eine Verfassung der Bürger ist der vorliegende Entwurf, weil er das Ergebnis einer lebendigen Diskussion in einem Konvent ist, der die innere Vielfalt der Mitgliedsstaaten widerspiegelt. Es haben eben nicht nur (und ich sage das als Regierungsvertreter im Konvent) Regierungen hinter verschlossenen Türen auf den zitierten Gipfeln miteinander verhandelt, sondern eine bunte Mischung aus Regierungsvertretern, nationalen

Parlamentariern, Europaabgeordneten und Vertretern der Kommission. In einem öffentlichen Beratungsprozess, in den die Zivilgesellschaft einbezogen war! Und ich glaube, es ist wegen dieses Beratungsverfahrens, wegen dieser Konventsmethode, gelungen, zu schaffen, woran frühere Regierungskonferenzen gescheitert sind.

Das Ergebnis geht weit über das hinaus, was in Nizza erreicht worden ist. Und weil sich die Konventsmethode bewährt hat, soll sie nach unserer Vorstellung auch für künftige Reformvorhaben genutzt werden. Selbst wenn wir am Ende dieses Beratungsprozesses eine ausgezeichnete Verfassung verabschieden, wird es schon deshalb in der Zukunft Änderungsnotwendigkeiten geben, weil der Integrationsprozess nicht Halt macht, weil die Vertiefung Europas weitergeht.

Eine Verfassung der Bürger ist der Entwurf auch, weil er auf bewährte Selbstregulierungsmechanismen europäischer Gesellschaften vertraut. Er ist Ausdruck und Spiegelbild der Zivilgesellschaft in den Mitgliedsstaaten und verschafft dieser neue Freiräume auf europäischer Ebene.

Eine Verfassung für die Bürger ist der vorliegende Entwurf, weil er die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nach außen und ihre Transparenz im Inneren stärkt und damit die berechtigten Erwartungen der Europäerinnen und Europäer an das Funktionieren der EU erfüllt. Transparenz nach innen bedeutet, dass die Union durch die geplante Verfassung bürgernäher wird. Die Anzahl der Rechtsinstrumente – heute 15 an der Zahl (ich bin sicher, es wird in diesem Raum nahezu niemanden geben, der in der Lage wäre, sie auch nur ansatzweise aufzuzählen) – wird verringert. Sie wird vor allem an das angepasst, was wir aus den Nationalstaaten kennen, was uns vertraut ist. Es wird europäische Gesetze, Rahmengesetze und Verordnungen geben. Damit werden die Entscheidungsverfahren nachvollziehbar.

Denn das ist heute eines der großen Probleme, eine der Ursachen dafür, dass da gerne (und zwar auch bei denjenigen, die sehr proeuropäisch eingestellt sind) von den „Eurokraten“ die Rede ist; von denen in Brüssel, die da entscheiden... und man weiß nicht so genau: wer entscheidet eigentlich? Und wie finden diese Entscheidungsprozesse statt? Das wird jetzt transparent werden: Wer entscheidet? Wo liegen die Kompetenzen? Wie laufen die Entscheidungsprozesse? Mit dieser Nachvollziehbarkeit werden wir, glaube ich, auch die Akzeptanz verbessern und der Skepsis begegnen, die nicht zuletzt auf mangelnder Transparenz der heutigen Verfahren beruht.

Die europäische Verfassung ist eine Verfassung der Bürger, weil sie die Ziele und Werte der Union beschreibt. Wir haben von Anfang an darauf gedrängt, die Grundrechtecharta als rechtsverbindlichen Teil in die Verfassung zu integrieren. Ich glaube, es wäre nicht nachvollziehbar gewesen, eine Verfassung zu schaffen, in der zwar die Institutionen und Verfahren beschrieben werden, in der die Bürgerinnen und Bürger aber die Grundwerte vergeblich gesucht hätten.

Diese Auseinandersetzung war gar nicht so einfach, aber wir haben für unsere Initiative schließlich breite Unterstützung gefunden. Und ich freue mich, dass sich die Europäische Union mit der Integration der Grundrechtecharta in die europäische Verfassung eine Werteordnung gibt, die die Würde des Menschen als unantastbare Grundlage festschreibt und neben dem Bekenntnis zu liberalen Freiheitsrechten auch soziale Rechte und Gleichheitsrechte enthält.

Meine Damen und Herren, bei der Stärkung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit Europas können wir – und ich meine, wir sollten – selbstbewusst darauf aufbauen, dass sich bereits ein gemeinsames europäisches Bewusstsein und ein abgestimmtes Handeln der europäischen Zivilgesellschaften im Bereich der Außenpolitik entwickeln.

Wir haben das alle miteinander sehr eindrucksvoll in der Auseinandersetzung um den Irak-Konflikt erlebt: über alle nationalen Grenzen hinweg hat es in der Bevölkerung Europas dieses gemeinsame Bewusstsein gegeben. (Allerdings nicht bei allen politischen

Verantwortlichen das korrespondierende europäische Selbstbewusstsein... Das kann aber wachsen, und das muss wachsen.)

Der Verfassungsentwurf gibt uns jetzt erste Instrumente in die Hand, den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger Europas nach einer Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik schrittweise umzusetzen. Durch die Schaffung des Amtes eines europäischen Außenministers geben wir der europäischen Außenpolitik ein Gesicht. Damit die gemeinsame europäische Außenpolitik aber auch mit einer Stimme sprechen kann (darauf wird es entscheidend ankommen), brauchen wir darüber hinaus nach meiner festen Überzeugung eine Ausweitung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik.

Ich weiß wohl, dass das für eine ganze Reihe von Mitgliedsstaaten ein schwieriger Punkt ist. Manche befürchten in diesem Zusammenhang den Verlust von nationaler Souveränität. Das gilt für solche, die ein Empire verloren haben, genauso wie für andere, die diese nationale Souveränität erst seit sehr wenigen Jahren wieder haben. Noch also scheint es so, dass einige Partner nicht so weit sind. Aber ich sage „noch nicht“, weil ich sicher bin, dass sich schrittweise die Erkenntnis durchsetzen wird, dass ein Europa mit 25, 27 oder mehr Mitgliedsstaaten bei Beibehaltung des Vetorechts jedes einzelnen Mitgliedsstaats den Erwartungen seiner Bürgerinnen und Bürger nicht gerecht werden würde.

Auch die Fähigkeit Europas zur Durchsetzung seiner sicherheitspolitischen Interessen muss verbessert werden. Wir haben in Europa deshalb mit der Ausarbeitung einer Sicherheitsstrategie begonnen, deren erster Entwurf von Herrn Solana in Thessaloniki vorgestellt wurde. Auf der Grundlage der spezifischen europäischen Erfahrungen (der Erfahrungen von Leid durch Krieg auf dem eigenen Kontinent, aber auch der Erfahrung der Konfliktlösung mit friedlichen Mitteln) sieht diese Strategie ein breites Spektrum möglicher Maßnahmen und einen weiten Sicherheitsbegriff vor: von der Ausweitung der Zone der Sicherheit und Stabilität in Europa über die Stärkung der internationalen Ordnung bis hin zu einer möglichst frühzeitigen Bekämpfung konkreter Bedrohungen mit den jeweils am besten geeigneten Mitteln.

Militärische Gewalt, meine Damen und Herren, kann nie das nächste, nur das letzte Mittel sein. Aber Europas Außenpolitik kann in Krisensituationen nur dann erfolgreich sein, wenn wir auch in der Lage sind, unsere Forderungen notfalls mit einer Androhung und im Extremfall auch unter Einsatz militärischer Gewalt durchzusetzen. Europa muss deshalb auch seine militärischen Fähigkeiten ausbauen.

Wichtig ist daher, dass im Bereich der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit genutzt werden kann; dass eine Avantgarde von Mitgliedsstaaten die Möglichkeit erhält, die Integration auch in diesem Bereich voranzutreiben. Nicht als „closed shop“, nicht als exklusiver Prozess, sondern in einem offenen Prozess, der allen heutigen und allen zukünftigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union offensteht. Noch nicht als Alternative oder gar Ersatz der NATO, sondern als Stärkung des europäischen Pfeilers dieser transatlantischen Partnerschaft; im Sinne wirklicher Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Meine Damen und Herren, mit der Erarbeitung einer europäischen Verfassung errichten wir den Rahmen für die Gestaltung der Zukunft Europas. Mit Leben erfüllen werden wir ihn aber nur, wenn wir die Menschen für die europäische Idee gewinnen und – auch da stimme ich Ihnen zu, Herr Salomon – wenn wir die Vorteile Europas im Alltag der Bürgerinnen und Bürger spürbar werden lassen. Denn die Integration findet letztlich nicht in Brüssel, Berlin oder Paris statt, sondern vor Ort: in den Kommunen und ganz besonders in den Grenzregionen.

Wir alle wissen um das Phänomen, dass die Menschen zwar die Vorteile der europäischen Einigung, von offenen Grenzen über Freizügigkeit bis hin zur gemeinsamen Währung, nicht mehr missen möchten, viele aber zugleich unverändert europapolitischen

Themen und Fragestellungen eher distanziert gegenüberstehen. Ohne Zweifel haben hier die alten Diskussionen um Milchseen und Butterberge ihre Spuren hinterlassen.

Um die Herzen der Menschen zu erreichen, müssen wir mehr tun, als auf ökonomische Vorteile und historische Entwicklungslinien zu verweisen. Wir müssen verdeutlichen, dass die Europäische Union heute ein weltweit einzigartiges Modell für die erfolgreiche Integration von Ländern und Regionen in eine starke Gemeinschaft ist. Ein Modell, das nicht auf Ablehnung und Ausgrenzung basiert, sondern auf Integration, Ausgleich und Partizipation – ein Modell der Zukunft.

Gerade wer Folgen oder Begleiterscheinungen der Globalisierung kritisch hinterfragt, der findet die richtigen Antworten nicht in der Ablehnung von freiem Handel, liberalisierten Märkten oder offenen Gesellschaften, sondern in der europäischen Idee des Sozialstaats und ihrer schrittweisen Umsetzung in der Europäischen Union. Wir müssen deshalb über die Chancen im gemeinsamen Europa reden und den Menschen Lust auf die Zukunft machen.

Wir müssen deutlich machen – auch da will ich einen Ihrer Gedanken aufgreifen – dass Regionalisierung und Globalisierung zwei Seiten derselben Medaille sind. Das Europa der Zukunft wird nicht mehr das Europa der Nationalstaaten sein, von dem Charles de Gaulle sprach. Das Europa der Zukunft ist ein Europa der Staaten und der Bürger.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Besondere an den Deutsch-Französischen Kulturgesprächen in Freiburg ist, dass sie die deutsch-französischen Beziehungen stets aus und mit der europäischen Perspektive gesehen haben. Die deutsch-französische Aussöhnung nach den Kriegen und der Aufbau einer vertrauensvollen und freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern ist eine der ganz großen europapolitischen Leistungen des letzten Jahrhunderts; eng verbunden mit Politikern wie Jean Monnet, Robert Schuman oder Carlo Schmid, der vor 50 Jahren in Ludwigsburg das Deutsch-Französische Institut gründete. Verdienst dieser Generation ist es, aus einer Vision konkrete Politik gemacht zu haben. Die bilaterale Verständigung wurde zur treibenden Kraft für die europäische Integration.

Deutschland und Frankreich sind in der Tat der Motor Europas. Aber wir wissen, dass dieser Motor nur dann seine Leistung entfalten kann, wenn wir dabei die Interessen unserer europäischen Partner berücksichtigen. Der Erfolg deutsch-französischer Kooperation beruht gerade nicht auf Dominanz – wir wollen kein Direktorium Europas sein! – sondern auf unserer Fähigkeit zu Kompromissen. Denn auch nach Jahrzehnten der Annäherung und der guten (nicht nur partnerschaftlichen, heute freundschaftlichen) Beziehungen liegen Deutschland und Frankreich, was die Ausgangspositionen in zahlreichen Einzelfragen angeht, durchaus auseinander. So war es bei der Frage einer Begrenzung der Agrarausgaben im Zusammenhang mit der Erweiterung; so war es bei der Konventsinitiative zu den institutionellen Reformen der Europäischen Union.

Unsere gemeinsame Stärke besteht gerade darin, dass es uns gelingt, von oft unterschiedlichen Ausgangspositionen Kompromisse zu formulieren. Kompromisse, die insgesamt für Europa richtungsweisend sein können, die geeignet sind, auch die anderen Partner in der Europäischen Union zu gewinnen. Heute, 40 Jahre nach Abschluss des Elysée-Vertrags, haben wir eine neue Etappe in den deutsch-französischen Beziehungen erreicht. Die regelmäßigen Blaesheim-Treffen der Staats- und Regierungschefs, gemeinsame Ministerratssitzungen (und zwar echte Kabinettsitzungen, auf denen gemeinsame Ziele formuliert und Projekte auf den Weg gebracht werden), die Berufung der Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit auf Regierungsebene mit dem Ziel, die operative Zusammenarbeit unserer Regierungen intensiver zu verzahnen – all das dokumentiert die neue Qualität der Kooperation zwischen unseren beiden Ländern.

Dabei steht bei der deutsch-französischen Freundschaft nicht mehr das bilaterale Verhältnis im Mittelpunkt, sondern vor uns liegen politische und soziale Herausforderungen, auf die wir gemeinsame Antworten geben müssen: das Problem der Massenarbeitslosigkeit;

die Aufgabe, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie auf internationalisierten Märkten zu stärken und zu sichern; der Reformbedarf in unseren sozialen Sicherungssystemen angesichts der demographischen Entwicklung; die Aufgabe, in der sich rasant wandelnden Welt das Verhältnis von Markt, Staat und Zivilgesellschaft neu auszuloten, neue Freiräume zu schaffen und soziale Gerechtigkeit neu zu organisieren; und die Frage nach Rolle und Verantwortung, die Europa bei der Lösung globaler Krisen und Konflikte übernehmen kann und übernehmen muss.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit bewährt sich aber nicht nur, wenn es um die Stärkung der Rolle Europas in der Welt geht. Es ist gerade dort besonders wichtig, wo Menschen unmittelbar zusammenleben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen.

Gemeinsam mit den Regierungschefs der Bundesländer und den Präsidenten der französischen Regionen haben wir eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den deutschen und französischen Regionen vereinbart. Wir hatten letzte Woche in Berlin zum ersten Mal eine Regierungschef-Besprechung des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder gemeinsam mit dem französischen Ministerpräsidenten und Präsidenten der Regionen. Wir wollen diese Zusammenarbeit fortsetzen und intensivieren. Wir wollen beispielsweise grenzüberschreitende Regionen, „Eurodistrikte“, schaffen, in denen Menschen ganz konkret die positiven Folgen der Überwindung von Grenzen erfahren und dies als Ansporn zur Kooperation empfinden. Die Vision einer transnationalen regionalen Identität im Herzen eines bürgernahen Europas, einer echten europäischen Identität, kann so Wirklichkeit werden.

Als Pilotprojekt haben wir, wie Sie wissen, die Schaffung des Eurodistrikts Straßburg-Kehl vereinbart. Am vergangenen Montag habe ich mir mit meiner französischen Kollegin Noëlle Lenoir in Kehl und Straßburg in Gesprächen mit den regional und kommunal Verantwortlichen einen Eindruck vom Stand der Arbeiten machen können. Die Gespräche haben mich zuversichtlich gemacht, dass es trotz mancher Irritationen und Hindernisse in den letzten Wochen gelingen wird, den Startschuss für den Eurodistrikt zur gemeinsamen Landesgartenschau im Frühjahr 2004 geben zu können.

Dieser Eurodistrikt soll in sichtbarer Form Verbesserungen im Alltag der Bürgerinnen und Bürger bringen. Wichtige Aktionsfelder liegen vor allem in den Bereichen Verkehr, Umwelt, öffentliche Sicherheit, Standortentwicklung, aber natürlich auch Bildung und Ausbildung. Und ich freue mich besonders, dass der Ansatz zur Schaffung von Eurodistrikten über die Region Straßburg/Kehl hinaus Interesse gefunden hat.

Der Herr Oberbürgermeister hat mich vorhin auf das Thema angesprochen, Ihr Landrat hat mich angeschrieben: ich weiß, dass es hier bereits sehr substantielle Vorstellungen für die Schaffung eines Eurodistrikts Freiburg/Colmar gibt. Lassen Sie uns, Herr Salomon, diese Vorschläge gemeinsam weiterentwickeln, zumal die Voraussetzungen hier ideal sind. Die Region Oberrhein spielt schon seit langem – Sie haben es erwähnt – im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine Vorreiterrolle. Im Dreiländereck zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz gibt es zahlreiche Erfahrungen damit, wie man grenzbedingte Nachteile durch Kooperation und gemeinsame Projekte vermindern kann. Dazu haben insbesondere die Arbeiten der Oberrheinkonferenz und das europaweit als Referenz zitierte „Karlsruher Übereinkommen“ von 1996 beigetragen.

Europa, meine Damen und Herren, ist überall dort stark, wo die Integration bereits fortgeschritten ist: etwa im Bereich der Handels-, der Währungspolitik oder des Binnenmarktes. Hier spüren die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar, dass Europa funktioniert. Der Verfassungsentwurf ist ein gewaltiger Schritt nach vorne, der noch vor wenigen Jahren nicht vorstellbar gewesen wäre. Er ist nicht der Endpunkt der europäischen Integration. Er ist der Rahmen für die erfolgreiche Entwicklung Europas, der Europäischen Union, die auch in Zukunft weiter zusammenwachsen muss und weiter zusammenwachsen wird. Vielen Dank.

Joachim Fritz-Vannahme

Schönen guten Abend, meine Damen und Herren.

Herr Staatsminister, ich möchte – weil wir in der Kürze der Zeit natürlich nicht alle Aspekte Ihrer Rede noch einmal Revue passieren lassen können – auf zwei oder drei Punkte eingehen. Ihnen schien ja wohl sehr viel daran gelegen zu sein, die Bürger zu erreichen; mit dem, was Sie selbst hier erzählt haben; mit dem, was Sie selbst an der Verfassung gelobt haben; mit dem, was Sie an dem augenblicklichen europäischen Prozess gelobt haben.

Sie haben drei-, viermal in Ihrer Rede von den Herzen der Bürger gesprochen, die Sie gerne erreichen würden. Sie haben davon gesprochen, dass diese Verfassung eine Verfassung der Bürger und für die Bürger ist.

Eine ganz einfache Frage: Müssten dann über diese Verfassung nicht auch die Bürger direkt entscheiden?

Hans Martin Bury

Ich will Ihnen zu diesem Thema von Gesprächen erzählen, die ich zu Beginn der vergangenen Woche in Großbritannien hatte, wo mir über alle Parteigrenzen hinweg meine Gesprächspartner sagten: „Wenn ihr in Deutschland ein Referendum über diese europäische Verfassung macht, wird es den Druck bei uns, ein solches Referendum durchzuführen, enorm erhöhen. Und es wird uns in den abschließenden Beratungen jeden Handlungsspielraum, jeden Verhandlungsspielraum nehmen.“

Sie müssen sich vorstellen, dass dieser Verfassungskonvent in weiten Teilen der britischen Presse weit aufmerksamer verfolgt wird als in Deutschland. Allerdings mit Schlagzeilen nach dem Motto „Was Napoleon nicht geschafft hat, was Hitler nicht geschafft hat, schafft jetzt der Verfassungskonvent.“ Das heißt, es gibt dort eine für uns teilweise schwer nachvollziehbare Debatte über den befürchteten Verlust oder die Aufgabe nationaler Souveränität. Insofern muss man wissen, ob diese durchaus nachvollziehbare Forderung tatsächlich dazu geeignet ist, den Wunsch nach der Vertiefung Europas, nach Fortschritten in diesem Verfassungsprozess, voranzubringen, oder ob sie seine Verwirklichung eher schwieriger machen wird.

Es kommt ein weiteres hinzu. In Deutschland in der Verfassung haben wir die Möglichkeit des Referendums nicht, bisher nicht. Die Koalition von SPD und Grünen hat in zwei Wahlperioden – einmal aus der Opposition heraus, einmal als Regierungskoalition – den Vorstoß gemacht, solche plebiszitären Elemente im deutschen Grundgesetz zu verankern. Wir haben die dafür erforderliche verfassungsändernde Mehrheit leider nicht erreicht. Das heißt, wir haben dieses Instrument in Deutschland nicht. Und ich glaube, wir sollten nicht allein die europäische Verfassung zum Anlass nehmen, sondern grundsätzlich noch einmal einen Vorstoß zu diesem Thema unternehmen.

Herr Salomon hat vorher darauf hingewiesen (ich bin nicht sicher, ob diejenigen, die in der Materie weniger intensiv drin sind, nachvollziehen konnten, was er meinte): wir haben in der europäischen Verfassung den Vorschlag eines Bürgerbegehrens. Das heißt, wenn eine Million Bürger aus mehreren Mitgliedsstaaten Europas ein Thema aufgreifen, dann können sie in Zukunft erzwingen, dass die Kommission eine entsprechende Initiative ergreift. Das heißt, in diesem Zusammenhang ist es uns schon gelungen, dieses Anliegen der stärkeren Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in diesem europäischen Rahmen voranzubringen. Auch dagegen gibt es Widerstände, aber ich bin optimistisch, dass wir sie brechen werden.

In Deutschland, glaube ich, sollten wir nicht denjenigen auf den Leim gehen, die jetzt aus allen anderen als proeuropäischen Gründen Volksabstimmungen zu europäischen Fragen fordern und hinterher ganz andere Themen damit verknüpfen werden. Wer diese Debatte ehrlich führt, wer es mit der stärkeren Verankerung plebiszitärer Elemente ernst meint, der muss dafür in unserem Grundgesetz insgesamt entsprechende Möglichkeiten schaffen. Und diese Bereitschaft werden wir gerne auch ein drittes Mal testen. Es heißt ja, „alle guten Dinge sind drei“ – vielleicht bewahrheitet sich das auch in diesem Zusammenhang.

Joachim Fritz-Vannahme

Ich fand das ja sehr sympathisch, dass Sie sich als guter Europäer zunächst erst einmal den Kopf der Briten zerbrochen haben, bevor Sie dann in einem wunderbaren Schwenk wieder auf uns Deutsche zurückgekommen sind...

Diese Verfassung hat die Rechte – Herr Salomon hat ganz richtig davon gesprochen – des eunuchenartigen Parlaments in vielen, vielen Punkten gestärkt. In einem Punkt zu meinem größten Bedauern nicht: ein modernes demokratisches Parlament hat ja, im Grunde genommen, zwei Machtinstrumente. Das eine ist, die Regierung zu wählen oder zu stürzen, und das andere ist die Haushaltshoheit. Die Haushaltshoheit bleibt begrenzt, auch wenn dieses künftige Europäische Parlament eine Kommission und einen Kommissionspräsidenten küren kann. Dieses Parlament wird weiterhin nur über ganz begrenzte Dinge wie die Ausgabenseite, nicht über die Einnahmenseite, entscheiden können. Das ist nicht gewünscht worden. Bedauern Sie das? Verteidigen Sie diesen Entschluss?

Hans Martin Bury

Ja, man muss natürlich sehen, woher die Einnahmen der Europäischen Union heute kommen. Die Einnahmen der Europäischen Union kommen im wesentlichen aus Steuereinnahmen der Mitgliedsstaaten. Und das heißt im Sinne der demokratischen Legitimation, dass diejenigen, die über diese Einnahmen entscheiden (das sind die nationalen Parlamente) in diesen Entscheidungsprozess involviert bleiben müssen. Denn es kann schlecht sein, dass das Europäische Parlament Einnahmebeschlüsse fassen würde und der Bundestag, die Assemblée Nationale und andere nationale Parlamente das hinterher zu vollziehen haben, aber die Prügel der Bürgerinnen und Bürger kriegen. Ich bin immer sehr dafür, dass man Entscheidungskompetenz und Verantwortung beieinander hat.

Worüber Sie dann in der Perspektive reden können – denn wir treten dafür ein, Parlament und Rat zum gleichberechtigten Gesetzgeber, auch was den Haushalt angeht, zu machen – ist, ob man (in dem Sinne dessen, dass man Verantwortung und Entscheidung beieinander hat) irgendwann eine eigene europäische Einnahmequelle schaffen möchte oder nicht. Aber solange wir das nicht haben, ist es – glaube ich – konsequent zu sagen: „Es wird dort entschieden, wo die Steuern auch erhoben werden.“ Also, im Sinne des vorhin zitierten Subsidiaritätsprinzips, nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern und den betroffenen Unternehmen.

Den zweiten Punkt, den Sie genannt haben, würde ich nicht unterschätzen. Nämlich das Recht des Europäischen Parlaments, im Lichte der Ergebnisse der Europawahl in Zukunft den Kommissionspräsidenten zu wählen. Denn ein Problem, das wir heute in Europa haben, ist, dass dieses Europa kein Gesicht oder keine Gesichter hat. Jedenfalls nicht ausreichend für eine europäische Öffentlichkeit.

Ich verspreche mir von dieser Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament (jedenfalls in der Perspektive, dass es Kandidaten geben wird, mit

denen die politischen Familien antreten), dass wir eine Personalisierung erleben und sagen, „Wenn ich den Kandidaten A wähle, ist das möglicherweise der künftige Präsident der Kommission. Wenn ich den Kandidaten B und seine Partei wähle, ist er’s“. Und dass wir damit „eine Politisierung der Kommission“ (sagen die Kritiker), „eine Demokratisierung Europas“ (sage ich) und eine stärkere Mobilisierung der europäischen Öffentlichkeit bekommen: wenn Sie wissen, das sind die Personen, die dafür stehen, und das sind die Programme und Parteien, die hinter ihnen stehen.

Damit werden wir, so hoffe ich, den Trend zu einer ja sehr bescheidenen Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament umkehren können: wenn dieses Parlament wirklich etwas zu entscheiden hat, und wenn dieses Parlament mitentscheidet, wer in Zukunft die europäische Regierung stellt. Wenn Sie wissen: „es macht einen Unterschied, ob ich die einen oder die anderen wähle“.

Joachim Fritz-Vannahme

Ich teile Ihre Hoffnung, aber ich erinnere mich natürlich auch an manche Enttäuschung, die wiederum in sich eine Hoffnung birgt. Aus der jüngeren Vergangenheit: wir haben nach demselben System Herrn Delors, Herrn Santer und Herrn Prodi bestimmt. Ich wage jetzt keine Hitparade einzuführen, weil ich sie gar nicht brauche.

Es hat einer dieser Kommissionspräsidenten die Macht der Kommission und damit auch die Macht der Europäischen Union vermehrt. Bei zwei anderen bin ich mir da überhaupt nicht so sicher. Es hängt ja auch davon ab, welche Personen hier am Ende zur Wahl gestellt werden.

Haben Sie als Politiker den Eindruck, dass man sich wirklich um diesen Posten bewirbt, sprich dass der alte Spruch „Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa“ endlich der Vergangenheit angehört?

Hans Martin Bury

Der Spruch stimmte in der Vergangenheit ja leider. Er war nicht nur gut, sondern er war bedauerlicherweise zutreffend.

In einem Punkt muss ich Ihnen widersprechen: es ist nicht das Verfahren, das wir heute haben. Das Verfahren, das wir heute haben, bedeutet eben, dass der Rat einen Vorschlag macht, und das Europäische Parlament kann dann zustimmen oder nicht zustimmen. In Zukunft wollen wir eben, dass dieser Vorschlag das Ergebnis der Europawahlen, der Wahlen zum Europäischen Parlament, widerspiegelt. Und meine Vorstellung für die Zukunft ist, dass es da vorher Kandidaten gibt. – Nicht nur einen, der dann vorgeschlagen und gewählt oder nicht gewählt wird.

Lassen Sie uns – was da nahe liegt – die Analogie zu Bundestagswahlen nehmen. Es gibt im deutschen Grundgesetz keinen Kanzlerkandidaten. Daran, wenn sich da Leute in Diskussionsrunden reinklagen wollten und so, merken Sie, welche Bedeutung diese Position bekommen hat. Dass die Bürgerinnen und Bürger (das Interesse hat mit dieser Personalisierung ja dann auch stark zugenommen) Personen und Programme miteinander verbinden können. Und wenn dies auf europäischer Ebene geschieht, wird es einen großen Unterschied zu dem machen, was wir heute erleben, und es wird sehr viel attraktiver sein. Auch weil diese Kommission und ihr Präsident gegenüber der heutigen Konstruktion gestärkt werden. Der Präsident bekommt eine Art Richtlinienkompetenz, die Kommission eine höhere Unabhängigkeit und (in einer EU der 25 und mehr Mitgliedsstaaten) als Hüterin des

Gemeinschaftsinteresses und der Verträge natürlich eine noch zentralere Funktion. Ich bin sicher, dass es da ein großes Interesse an dieser Position geben wird.

Und es ist ganz bezeichnend, dass wir eine Änderung erleben: dass Europapolitik in der Zwischenzeit eher von den jüngeren Kolleginnen und Kollegen gemacht wird.

Als ich das erste Mal – das war im Jahr 1990 – zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, war ich mit 24 Jahren der jüngste Bundestagsabgeordnete aller Zeiten. Das ändert sich dann (das ist auch gut so): bei der letzten Bundestagswahl war die jüngste Kollegin 19 Jahre alt. Und was hat sie gemacht? Sie ist in den Europaausschuss gegangen. Sie ist europapolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Also, es sind nicht mehr die Alten, die sagen, „na ja, dann mach’ ich noch ein bisschen Europa, wenn ich hier im Bundestag fertig bin“ oder so, sondern es sind die jungen Leute, die mit der Selbstverständlichkeit, die angesprochen worden ist, mit einer europäischen Identität, sagen, „das ist meine Zukunft, und die will ich mitgestalten.“

Ich glaube, dass uns das guttut und dass wir beides brauchen: die „Versöhnungsgeneration“, wie ich sie nennen will – Leute, die aus einer Motivation wie Helmut Kohl (für den das eine Frage von Krieg und Frieden war) die Integration vorangebracht haben – aber genauso dabei die jungen Leute, die darauf aufbauen und die diesen europäischen Gedanken jetzt weitergeben und weitertragen.

Joachim Fritz-Vannahme

Ich möchte auf einen Vorgang zu sprechen kommen, den Sie aus nächster Nähe im Konvent mitverfolgt haben und der bei allen Teilnehmern und Beobachtern gleichermaßen unguete Gefühle ausgelöst hat. Es gab im Laufe dieses Konvents einen Punkt – es dreht sich um den permanenten Ratspräsidenten – der zu einer Spaltung in große und kleine Mitgliedsstaaten zu führen schien. In einer Deutlichkeit, wie man es so in der Vergangenheit kaum je erlebt hat.

Wenn man sich die Liste angeschaut hat, dann gab es da Teilschnittmengen, die mit den beiden berühmt-berüchtigten Briefen von Anfang des Jahres gemeinsam waren. Mit der Zeit verlor sich das durchaus wieder; es blieb aber ein Bodensatz von Verdacht und Verdächtigung.

Erstens: Haben Sie das auch so empfunden? Und zweitens: Wo liegt das Rezept darin, dieses relativ künstliche Teilung in Große und Kleine (da werden ja nicht mehr Interessen bemüht, da werden ja nur noch geographische Flächen bemüht, um zu definieren, wer eigentlich wo steht) zu überwinden?

Hans Martin Bury

Ich glaube, dass diese Teilung nicht besteht, zumindest nicht *mehr*. Und spätestens seit der Debatte gestern im Europaparlament gibt es, glaube ich, noch einen guten Grund mehr, für einen gewählten Präsidenten des Europäischen Rats zu sein. Nicht nur (das war unser ursprüngliches Motiv), um da eine größere Kontinuität der Arbeit zu bekommen.

Ich verstehe ja diejenigen unter den in der Tat häufig kleineren, vor allem aber unter den neuen Mitgliedsstaaten der Union, die gesagt haben, „wir wollen in diesen europäischen Institutionen für unsere Bevölkerung sichtbar sein, auch um diese europäische Politik dort weiterzutransportieren, um die Akzeptanz dafür weiter zu erhalten. Und wir wollen umgekehrt die Stärken unseres Landes in diesen europäischen Integrationsprozess einspeisen.“

Wir hatten also an der Stelle in doppelter Weise einen klassischen Konflikt: einmal zwischen diesem für mich nachvollziehbaren Interesse, auf das wir Rücksicht nehmen mussten und auch Rücksicht nehmen – das ist der Grund, warum wir gesagt haben, wir wollen das Rotationsprinzip in den Ratsformationen (Ecofin, Rat für Justiz und Inneres usw.) beibehalten. Dort wird also im Jahresturnus der Vorsitz wechseln, was bedeutet, dass jeder Mitgliedsstaat im Schnitt alle sechs bis acht Jahre die Möglichkeit hat, eine Führungsposition zu übernehmen. Nach dem alten Prinzip wären sie alle vierzehn Jahre drangekommen, und es gibt nur noch wenige Regierungen, die überhaupt so lange durchhalten...

Joachim Fritz-Vannahme

.. hoffen wir doch, als Demokraten...

Hans Martin Bury

.. nun ja, das Sein prägt auch hier das Bewusstsein... Also, das Interesse haben wir hier aufgegriffen.

Aber gerade in diesem Zusammenhang – da wir hier deutsch-französische Gespräche führen – kann man deutlich machen, welche Leistung Deutschland und Frankreich auch hier im Konvent gebracht haben. Der Ausgangskonflikt war nämlich nicht einer zwischen großen und kleinen Mitgliedsstaaten. Der Ausgangskonflikt war einer zwischen denjenigen, die ein eher intergouvernementales Europa vor sich haben, dieses Europa der Nationalstaaten, in dem die Exekutiven (wir haben es bei der Begrüßung von Herrn Salomon gehört) im wesentlichen das Sagen haben; und auf der anderen Seite die Integrationisten oder Föderalisten: diejenigen, die ihre Hoffnungen auf den Vertiefungs-, auf den fortschreitenden Integrationsprozess setzten und dementsprechend sagten: „Unsere Priorität ist die Stärkung des Parlaments und der Kommission. Und die Regierung auf der Ratsseite wollen wir so stark gar nicht haben.“

Frankreich und Deutschland haben in dieser Diskussion auch unterschiedliche Ausgangspositionen gehabt. Für Frankreich war es der zentrale Punkt, die Priorität in den institutionellen Fragen, einen gewählten Präsidenten des Europäischen Rates zu haben. Für uns war wichtig, das Parlament und die Kommission zu stärken. Und was wir gemacht haben, ist, dass wir miteinander einen Vorschlag formuliert haben, der alle drei Institutionen stärker macht (weil wir Europa ja stärken und handlungsfähiger machen wollen), der aber die Balance in diesem „institutionellen Dreieck“ zwischen Parlament, Kommission und Rat beibehält.

Wir haben also gesagt, „lass uns einen Vorsitzenden des Europäischen Rates wählen“. Nicht als „Superpräsidenten“ der Union, sondern als jemanden, der dem Ganzen mit den Kompetenzen, die der Rat heute schon hat, Kontinuität gibt und das Ganze überhaupt leistbar hält. Sie können, wenn Sie ein nationales Regierungamt haben, mit 25 Mitgliedsstaaten nicht noch zwei Mal im halben Jahr durch 24 andere Hauptstädte touren, um da europäische Politik abzustimmen. Es spricht also viel für diesen Vorsitz.

Aber das geht nur, wenn eben zugleich die Stärkung von Parlament und Kommission erfolgt, damit es nicht eine Verschiebung zu Lasten dieses Gemeinschaftsgedankens gibt. Und damit haben Frankreich und Deutschland überhaupt erst eine Brücke zwischen diesen Positionen gebaut, die sich scheinbar unversöhnlich gegenüberstanden. Und das war die Basis für die Verständigung, die wir jetzt gefunden haben und die geholfen hat, dass es eben nicht zu der von manchen befürchteten Trennung zwischen großen und kleinen Intergouvernementalisten und Föderalisten gekommen ist.

Sie sehen also, es ist ein hervorragendes Beispiel für das, was ich vorher beschrieben habe: dass es uns gerade wegen oft unterschiedlicher Ausgangspositionen oder Philosophien – wenn wir, Frankreich und Deutschland, es schaffen, zueinander zu kommen – gelingt, für Europa richtungsweisend zu sein, weil wir eben nicht nur eigene Vorstellungen durchsetzen wollen, sondern weil wir das mit dem Ziel der weiteren Integration Europas tun.

Joachim Fritz-Vannahme

Ich möchte noch einen Augenblick bei den Ängsten der Kleinen bleiben. Sie beschränken sich ja nicht allein auf die permanente Ratspräsidentschaft, sondern beziehen sich auch auf die künftige Struktur der Europäischen Kommission, wo in diesem Ansatz nicht mehr automatisch jedes Land seinen Kommissar hat. Eines der Argumente (vor allem aus den künftigen Mitgliedsländern, die ja überwiegend kleine Länder sind) war: „Wir brauchen dieses berühmte Gesicht, das bei uns zu Hause auch Europa repräsentieren, vorzeigen und vor allem erklären kann.“

Was mir dabei immer wieder in Vergessenheit geriet: die zukünftige Struktur könnte ja auch einmal einen Großen erwischen. Können Sie sich denn ohne Mühe vorstellen, dass ein maltesischer oder portugiesischer EU-Kommissar die Bundesregierung zur Änderung ihrer Steinkohlepolitik zwingt?

Hans Martin Bury

Ich bitte Sie! Wir haben heute schon die Situation, dass in für Deutschland zentralen Politikfeldern Kommissare aus anderen Mitgliedsstaaten Verantwortung tragen.

Aber ich glaube, es gibt da ein Missverständnis über die Rolle der Kommission. Die Rolle der Kommission ist es nicht, die Interessen der Mitgliedsstaaten zu repräsentieren. Dafür haben wir den Rat: dort ist jedes Land vertreten. Die Rolle der Kommission ist es, ein gemeinsames europäisches Interesse zu definieren und durchzusetzen. Und deswegen ist es (bei allem Verständnis für den Wunsch, dass jedes Land ein Mitglied in die Kommission entsendet) geradezu zwingend, diese Kommission nicht zu einem zweiten Rat, der sich als Vertretung der Mitgliedsstaaten versteht, zu machen, sondern als effizientes Kollegium zu erhalten.

Wenn Sie sich eine EU-Kommission mit 25 oder 27 Kommissaren vorstellen, ist ganz klar, was passieren würde: Sie würden in einem Gremium mit 25 nicht effektiv arbeiten können. Jedenfalls nicht als Kollegium. Es würden sich informelle Strukturen bilden, und es wäre – glaube ich – für die Kleinen viel gefährlicher als das Modell, das wir jetzt vereinbart haben.

Das bedeutet: wir wollen eine arbeitsfähige Größenordnung von 15 Kommissaren mit Stimmrecht. Wir wollen berücksichtigen, dass die Informationskanäle in alle Mitgliedsstaaten da sein müssen, dass die sich vertreten fühlen. Das heißt, es wird darüber hinaus eine Zahl von delegierten Kommissaren ohne Stimmrecht geben. Sie können sich das so ähnlich wie ein Bundeskabinett vorstellen, in dem Bundesminister und Staatsminister sitzen (wenn auch keine 15).

Auf diese Weise erhalten wir die Effektivität, die Entscheidungsfähigkeit des Gremiums. Wir kommen dem Wunsch aller Mitgliedsstaaten nach, dort einen gleichberechtigten Zugang zu haben.

Und wir wissen (das hat Joschka Fischer schon vor Monaten in einer Bundestagsdebatte zu diesem Thema ganz offen gesagt): Wir müssen uns darüber im klaren sein, dass dann auch Deutschland in dieser Kommission mal für eine bestimmte Zeit nicht mit

einem stimmberechtigten Kommissar vertreten sein wird. Und es ist gut, glaube ich, wenn wir das so klar ansprechen und sagen: „Wir sind im Interesse der europäischen Idee (und weil wir ja unsere Interessen im Europäischen Rat durchaus geltend machen können) bereit, dieses zu akzeptieren, weil das den kleinen und den neuen Mitgliedsstaaten überhaupt erst die Möglichkeit gibt, gegenüber ihrer Bevölkerung zu rechtfertigen, warum sie diesen Schritt mitgehen.“

Joachim Fritz-Vannahme

Also, im Prinzipiellen klingt das aus Ihrem Munde immer wie die prästabilisierte Harmonie. Da kann eigentlich gar nicht viel schief gehen!

Wenn man sich allerdings die Schwierigkeiten von Gerhard Schröder mit der EU-Umweltkommissarin Wallström in Sachen Chemiepolitik anschaut, dann weiß man, wie schnell das Ganze wieder auf – sehr harte – Konflikte runterplumpst.

Hans Martin Bury

Das ist ja richtig. Nur sind diese Konflikte Konflikte in der Sache. Ob das jetzt Frau Wallström angeht oder Herrn Wolkestein: das sind nicht Fragen des Herkunftslands der Kommissare, sondern der Politik, die sie vertreten. Und das ist auch völlig in Ordnung!

Sich engagiert für die europäische Sache einzusetzen, heißt ja nicht, die eigenen Interessen der Mitgliedsstaaten immer hintanzustellen. Und ich finde, das ist eine neue Qualität der Europapolitik: dass unser Bundeskanzler Gerhard Schröder sehr pointiert auch auf deutsche Interessen aufmerksam macht. Das gilt etwa für die Industriepolitik, für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Wir in Deutschland haben, anders als viele Mitgliedsstaaten, eine starke industrielle Basis. Und wir sind davon, was Wachstum und Beschäftigung angeht, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa ziemlich abhängig.

Sie wissen, dass das Bundeskabinett letzte Woche in Neuhardenberg in Klausur gegangen ist. Wir haben diese Klausur mit einer Diskussion mit dem luxemburgischen Ministerpräsidenten begonnen. Jean-Claude Juncker hat darauf hingewiesen, dass die Frage der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland – ein Prozent des Wirtschaftswachstums hin oder her – mit 0,3 bis 1,8 Prozent in den anderen europäischen Mitgliedsstaaten durchschlägt. Und insofern ist es, wenn sich Gerhard Schröder mitunter mit Frau Wallström oder Herrn Wolkestein oder anderen kritisch auseinandersetzt, nicht nur im deutschen, sondern durchaus auch im wohlverstandenen europäischen Interesse.

Und ich glaube, es gehört auch dazu, dass in einem demokratischen Europa ein demokratischer Meinungsstreit stattfindet. Nur: was wir wollen und akzeptieren und im Konvent mit vorantreiben, ist, dass am Ende als Grundsatz nicht die einstimmige Entscheidung gilt (das heißt, dass jeder alles blockieren kann und kein Fortschritt zustande kommt), sondern dass, wie das unter guten Demokraten üblich ist, am Ende mit Mehrheit entschieden wird. Und dann müssen wir selbstbewusst genug sein zu sagen: „Wir müssen eben genügend Verbündete für unsere Argumente finden.“

Joachim Fritz-Vannahme

Ich möchte an der Stelle das Thema wechseln. Wir bleiben selbstverständlich auf dem Boden der künftigen europäischen Verfassung.

Es war von Ihnen in Ihren Ausführungen mehrfach die Figur des künftigen EU-Außenministers gelobt worden. Ich werde das jetzt nicht mit irgendwelchen Namen verknüpfen. Aber Sie kennen aus nächster Beobachtung das Arbeitspensum eines Bundesaußenministers, der ja unter anderem deswegen heute Abend nicht hier sein kann, weil er vielfältige Verpflichtungen – mitunter in letzter Minute und gar nicht prävisible – haben muss...

Hans Martin Bury

... aber nicht im Zusammenhang mit dem Amt des europäischen Außenministers...

Joachim Fritz-Vannahme

... ich komme gleich drauf, aber ohne Namen! Ich frage mich: Wie soll eigentlich ein europäischer Außenminister, der in der Verfassung von der „job description“ (wie man neudeutsch sagen würde) her so zugeschnitten ist, hinterher arbeiten können? Der muss sein: die Figur von Herrn Solana, die Figur von Herrn Patten – und (da komme ich wieder auf die Analogie) der Chef eines Apparats, der analog zum Quai d’Orsay, zum Auswärtigen Amt oder zum Foreign Office viel breiter konstituiert ist, sehr viel personalintensiver aufgebaut wird, als es heute der Fall ist – wenn alles so kommt, wie es die Verfassung vorauszeichnet.

Sprich: ist die Hoffnung, die wir, aus der Irak-Krise kommend, im Moment an diesen Posten, an diesen Mann (vielleicht wird es ja auch eine Frau), an diese Denkfigur „Europäischer Außenminister“ knüpfen, nicht ein Stück weit unrealistisch?

Hans Martin Bury

Es ist ohne Frage eine gewaltige Herausforderung. Und der Posten des Außenministers alleine ist es nicht. Ich habe vorhin gesagt, es gibt Europa ein Gesicht, das wir in der internationalen Politik brauchen. Aber die eine Stimme bringt es noch nicht. Der Europäische Außenminister wäre zum Scheitern verurteilt, wenn jeder Mitgliedsstaat in zentralen außenpolitischen Fragen weiterhin seine abweichende Position verträte und in internationalen Gremien die entsprechende Politik verfolgte.

Richtig ist: was wir brauchen, ist an erster Stelle den Willen der Mitgliedsstaaten, ihr außenpolitisches Handeln in der Europäischen Union abzustimmen. Da hat die Krise im Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt bei allen Beteiligten durchaus auch heilsame Wirkung entfaltet.

Das zweite ist: wir brauchen einen Konsultationsmechanismus. Das heißt, es geht nicht, dass jeder seine Position national diskutiert und dann irgendwo verkündet. Sondern wir müssen uns europäisch abstimmen. Einen solchen Konsultationsmechanismus haben wir in den Entwurf der europäischen Verfassung geschrieben. Und in diesem Zusammenhang kommt dann natürlich dem Außenminister bei der Koordination dieser Politik eine zentrale Rolle zu.

Und – ich wiederhole, was ich vorher einleitend gesagt habe – substantielle Fortschritte werden wir dann erreichen, wenn es gelingt, auch in außenpolitischen Fragen am Ende zunehmend zu Mehrheitsentscheidungen zu kommen.

Ich will Ihnen eine kurze Begebenheit aus meinem ersten „Rat für allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ erzählen. Da diskutierten wir darüber (und wir haben das mit verfochten), gegen das Regime in Weißrussland Visa-Restriktionen zu verhängen, um dort im Interesse der Demokratisierung, der Überwachung der

Menschenrechte usw. wieder eine OSZE-Mission zu installieren. Vierzehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Union waren dafür. Einer dagegen (aus Gründen, die nichts, aber auch gar nichts mit dieser Sache zu tun hatten). Wir haben es nicht geschafft, einen entsprechenden Entschluss der Europäischen Union zu fassen! Weil es das Vetorecht jedes einzelnen Mitgliedsstaates unmöglich macht, dann zu sagen, „die Europäische Union verhängt gegen Herrn Lukaschenko und seine Clique einheitliche Visa-Restriktionen“.

Das war nicht nur ziemlich blamabel (gut, am Ende haben die 14 Staaten das dann bilateral gemacht... das hat dann aber nicht die gleiche politische Wirkung), es hat auch gezeigt, wie wir mit diesem Hang zur Einstimmigkeit im alltäglichen außenpolitischen Geschäft an Grenzen stoßen.

Wir bekommen jetzt mit dem, was wir bisher im Entwurf verankert haben, eine gewisse Öffnung hin, indem wir sagen: „Wenn sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf bestimmte politische Strategien und Zielsetzungen verständigen, kann die Implementierung dieser Zielsetzungen mit Mehrheitsentscheidung erfolgen. Auch hier auf Initiative des Außenministers!“

Und ich glaube, das muss der Weg sein: dass wir ihm eine starke Position geben! Dass wir idealerweise sagen: „Wenigstens dort, wo der Außenminister (der ja – Sie sagen es – fast die Position von Solana und Patten zusammen hat; des hohen Repräsentanten, der ratsseitig angebunden ist, und des Außenkommissars – wo also jemand, der sowohl die Regierungsseite des Rats als auch das Gemeinschaftsinteresse der Kommission vertritt) einen Vorschlag macht, müssen wir zu Mehrheitsentscheidungen kommen“. Sonst wird es der Europäische Außenminister schwer haben. Leicht wird der Job nie. Aber wir müssen ihm zumindest Voraussetzungen schaffen, die ihm die Chance geben, im gemeinsamen europäischen Interesse erfolgreich zu sein.

Wir werden die Größe, die wir nach Bevölkerung haben, die wirtschaftliche Stärke, die wir als EU der 25 einbringen, nur dann international in die Waagschale werfen können, wenn wir mit einer Stimme sprechen. Das ist der Dreh- und Angelpunkt. Der Außenminister ist dann derjenige, der quasi das Megaphon ist. Aber dahinter muss eine Stimme und kein dissonanter Chor stehen. Das wird die eigentliche Herausforderung sein.

Joachim Fritz-Vannahme

Fußnote: Würden Sie denn genauso leichten Herzens die qualifizierte Mehrheitsentscheidung beim Thema „Einwanderung und Asyl“ befürworten?

Hans Martin Bury

Das ist ein für Deutschland in der Tat ganz schwieriger Punkt, weil wir – wie Sie wissen – zwischen den Mitgliedsstaaten sehr große wirtschaftliche Unterschiede, aber auch Unterschiede hinsichtlich der Sozialsysteme und Unterschiede bei der Zuwanderung, die nach Europa stattfindet, haben. Und das, was an Lasten mit unregelter Zuwanderung verbunden ist, ist zwischen den Mitgliedsstaaten sehr ungleich verteilt.

Das erste, was ich darauf antworten muss, ist, dass wir endlich auch in Deutschland eine vernünftige Regelung der Zuwanderung brauchen. Wir kämpfen ja immer noch mit einem Tabu der Vorgängerregierung, die stur an der Illusion festgehalten hat, Deutschland sei kein Zuwanderungsland. – Obwohl viele Menschen aus ganz unterschiedlichen Motiven hierher kommen. Wir brauchen also dieses Zuwanderungsgesetz, das wir erneut in den Bundestag eingebracht haben und das jetzt im Vermittlungsausschuss sein wird, um uns ein Instrumentarium zu geben, um auch hier Steuern zu können. Das ist der eine Teil der Antwort.

Der zweite Teil ist: Wir brauchen in Europa in der Tat gemeinsame Regelungen. Aber wir sind in Deutschland noch nicht soweit, sagen zu können, „das entscheiden wir mit Mehrheit“. Sondern wir haben gesagt, wir brauchen einen Übergang, in dem wir einen gemeinsamen Sockel von Vorschriften definieren und auf dieser Basis dann sagen, „okay, jetzt sind wir auf einer gemeinsamen Basis soweit, dass wir dann in die Mehrheitsentscheidung übergehen können“. Dieses Ziel und diese Perspektive sehen wir schon. Aber wir brauchen, glaube ich, in dieser schwierigen Phase einen Übergang.

Und insbesondere (und das ist etwas, was wir auch deshalb beachten müssen, weil wir sonst im Bundesrat, fürchte ich, Schwierigkeiten mit der Ratifizierung bekommen; das haben uns die Länder ganz, ganz eindringlich deutlich gemacht) brauchen wir noch die Einstimmigkeit bei der Entscheidung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für sogenannte „Drittstaatsangehörige“. Also selbstverständlich nicht für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, aber für diejenigen, die aus anderen Ländern, aus Nicht-Mitgliedsstaaten, nach Europa zuwandern. Das ist ein Punkt, bei dem wir heute – bei der Arbeitsmarktsituation, die wir in Deutschland haben und angesichts der fehlenden Steuerungsinstrumente – nicht sagen können: „Da kann in Brüssel über unseren Kopf hinweg entschieden werden.“

Joachim Fritz-Vannahme

Sie haben die verstärkte Zusammenarbeit erwähnt, die der Verfassungsvertrag festschreibt und ermöglicht, und auch das Stichwort von der „Avantgarde“ wieder ins Spiel gebracht. Ich frage mich (und das ist jetzt wirklich eine Frage ganz ohne Hintergedanken, ganz ohne Hinterwissen und Kammerwissen): Auf welchen Gebieten soll diese Avantgarde denn eigentlich noch tätig werden? Denn wir haben mit dieser Verfassung – wir haben eben das Thema Außenpolitik behandelt – sehr viel erreicht. Wir haben den Binnenmarkt sowieso nahe vor der Vollendung... (ich mache immer die Einschränkung, wenn es um die Mobilität von Arbeitskräften geht, anders als bei Ihnen kurz angerissen, dann sieht es mitunter etwas trauriger aus als wir uns das wünschen und versprochen haben.)

Aber wir haben letztlich fast alle Felder erfasst. Ich frage mich: Wo soll eine solche Avantgarde denn eigentlich tätig werden? Und jetzt kommt die Frage mit Hintergedanken: Ist es nicht unter Umständen schlichtweg eine Idee, die dort reingeschrieben wurde, um ein gewisses Drohpotential gegenüber unwilligen Partnern, gegenüber Bremsern, zu behalten?

Hans Martin Bury

Es geht nicht um ein Drohpotential. Es geht aber um eine ganz reale Debatte: ob in einer so großen Union nicht die Gefahr besteht, dass sich ein Kerneuropa herausbilden könnte, mit einem Ring von Staaten außen herum, in denen die Integration nicht soweit geht wie bei den anderen. Wir wollen dieses Kerneuropa nicht, sondern wir wollen insgesamt einen weiteren Integrationsprozess für die gesamte Europäische Union. Nun wissen wir aber, dass es Fragen gibt, in denen es sehr schwer sein wird, noch auf den 25. Mitgliedsstaat zu warten, wenn wir weitere Fortschritte erzielen können.

Das gilt im Justiz- und Innenbereich, wo es ein deutscher Wunsch ist, dieses Instrument innerhalb dieser Verträge nutzbar zu machen. Ich nenne Ihnen das Beispiel Schengen, also der Frage des Abbaus von Grenzkontrollen. Das war ein Beispiel, wo wir am Anfang nur mit einem Teil der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, aber auf der anderen Seite auch mit Staaten außerhalb der EU gestartet sind – und das dann so attraktiv war, dass sich mehr und mehr Staaten angeschlossen haben. Wir wollen, dass so etwas in der Zukunft

nicht außerhalb der Verträge, außerhalb der Verfassung, von der wir dann reden, stattfindet, sondern dass es dieses Instrument in der Verfassung gibt.

Und ganz besonders brauchen wir das, glaube ich, in der europäischen Aus- und Verteidigungspolitik. Sie müssen sich klarmachen, dass wir heute in Europa, in der EU der 15 Mitgliedsstaaten, im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika 50% der Mittel für militärische Zwecke ausgeben. Das ist ziemlich viel! Aber unsere militärischen Fähigkeiten sind weit, weit unter dieser Marke von 50%, weil wir natürlich alles nicht nur doppelt und dreifach, sondern 15 Mal machen! Angesichts begrenzter Haushalte – also begrenzter Möglichkeiten – militärische Möglichkeiten dadurch zu verbessern, dass man die Budgets aufstockt, ist der naheliegende Weg zu sagen, „wir müssen effektiver werden. Wir müssen unsere Fähigkeiten bündeln. Wir müssen Ressourcen gemeinsam nutzen.“

Das wird aber voraussetzen, dass Mitgliedsstaaten bereit sind, in einem solchen Kernbereich der Souveränität, wirklich einen großen Integrationsschritt miteinander zu gehen. Das werden einige zu Beginn aus ganz unterschiedlichen Gründen – auch aus verschiedenen Verfassungstraditionen etc. – nicht machen. Das hieße: wenn wir dieses Instrument verstärkter Zusammenarbeit nicht hätten, kämen wir da nicht weiter. Und deswegen haben wir gesagt: „Gerade in dieser europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wollen wir die Möglichkeit zu engerer Kooperation zwischen Mitgliedsstaaten schaffen“. In dem – und das betone ich noch einmal – offenen Prozess! Es soll also keinen Kern geben, und die anderen bleiben außen vor, sondern es fangen welche an, und alle anderen dürfen zu gleichen Bedingungen mitmachen, sobald sie das wollen.

Und es ist in vielen Gesprächen, die ich auch mit Kollegen aus Staaten, die am Anfang kritisch eingestellt waren, geführt habe, sehr deutlich geworden, dass sie das für ausgesprochen attraktiv halten. Dass sie das für eine gute Möglichkeit halten, Fortschritt in Europa in der Zukunft auch in so einer großen Union überhaupt zu ermöglichen.

Der entscheidende Punkt für alle ist nur: es muss offen sein für alle Mitgliedsstaaten. Es muss klar sein, dass da nicht irgendeine Organisation außerhalb der Verträge, außerhalb der Verfassung entsteht, sondern dass es uns darum geht, die Integration voranzutreiben. Ich glaube, wir brauchen das insbesondere in diesem sicherheitspolitischen Bereich. Nicht nur aus den genannten finanziellen Gründen, sondern auch aus den genannten sicherheitspolitischen Gründen. Wir brauchen das auch im Sinne wirklicher transatlantischer Partnerschaft: um die eigene Position zu stärken. Nicht, um überall Militär einzusetzen, sondern um stark genug zu sein, wenn es darum geht, Konflikte auch einmal nichtmilitärisch zu lösen.

Joachim Fritz-Vannahme

War denn in diesem Sinne der erste Probelauf nicht gänzlich misslungen – der berühmte „Praliné-Gipfel“ zwischen Belgien, Luxemburg, Frankreich und Deutschland?

Hans Martin Bury

Jetzt müssen Sie sich entscheiden (nicht nur Sie persönlich, sondern andere auch), ob Sie diskutieren wollen, dass es in Europa eine angebliche Spaltung von großen und kleinen Mitgliedsstaaten gibt, oder ob Sie kritisieren wollen, dass sich Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg zusammensetzen und gemeinsam eine Idee entwickeln. Wenn das „die Großen unter sich“ ausmachen, heißt es, „hm, hm... das Direktorium versucht, Europa zu dominieren“. Wenn wir das mit Belgien und Luxemburg ausmachen, sagen Sie: „das ist der Pralinégipfel“... Ich finde das... nun ja, ich weiß, das ist ein Zitat...

Joachim Fritz-Vannahme

... nein, nein, damit haben Sie die schöne Streitfront Groß-Klein durcheinandergebracht.

Was Sie noch nicht durcheinandergebracht haben, ist der Gedanke, wie weit man sich unter diesen Bedingungen eigentlich mit Avantgarden anfreunden kann. Denn die müssen ja nicht groß oder klein sein, sondern die können genau nach diesem Vorbild Groß-Klein zusammengesetzt sein.

Hans Martin Bury

Ich finde, es ist ein gutes Beispiel. Wir werden es in der großen Union öfter erleben, dass ein Teil von Mitgliedsstaaten gemeinsam eine Idee entwickelt. Entscheidend ist doch, dass die dann allen anderen diese Idee vorstellen (das ist geschehen), und dass wir selbstverständlich nicht sagen, „diese vier sind die europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion“, sondern „das sind die vier, die miteinander diese Idee konkretisiert haben, und jetzt sollen viele andere mitmachen.“ Ich bin überzeugt, dass viele andere mitmachen werden. Nur dann kann und wird es funktionieren – ganz klar.

Joachim Fritz-Vannahme

Ihre Zeit neigt sich dem Ende zu...

Hans Martin Bury

... ich hoffe nicht...

Joachim Fritz-Vannahme

... Ihre Zeit mit uns! (Ich verrate Ihnen jetzt ein Geheimnis, was bei mir unter „Redaktionsgeheimnis“ fällt. Vielleicht sollten Sie die Verträge, die Sie beim Kanzler unterschreiben lassen, mal prüfen lassen. Angeblich ist der erste Paragraph beim Herausgeber der „ZEIT“ immer „Hiermit erwerbe ich das Recht auf Unsterblichkeit“...)

Hans Martin Bury

Steht in meiner Ernennungsurkunde nicht drin! Und der Bundespräsident hat da ja durchaus auch einen guten Draht...

Joachim Fritz-Vannahme

... höheren Orts...

Zu Deutschland und Frankreich. Sie haben vorhin, als es um die Vorleistung auf die Kompromissfähigkeit dieses Tandems ging, ausgerechnet die Agrarausgaben erwähnt. Jetzt muss ich vielleicht mal zwei kritische Bemerkungen machen – nicht aus Journalistensicht, sondern aus Bürgersicht. Ich bekomme eine Verfassung in die Hand und bekomme gesagt, „ja, wunderbar“ – aber 2009 wird die eigentlich so nicht Wirklichkeit werden. Das kann man sagen. Dafür gibt es ein paar gute Gründe und ein paar weniger gute Gründe. Es gibt die guten Gründe, die da „Ratifizierungsprozess“ heißen. Erst dann sind wir alle 25 wirklich in der Lage. Das heißt aber, dann blicken wir eigentlich in ein Jahr, das 2005/2006 heißt.

Nun stehen aber ein paar Kautelen in dieser Verfassung drin, die erst nach 2009 in Kraft treten. (Wir brauchen das jetzt nicht zu vertiefen.) Dann kommt aber im selben Zuge ein Agrarkompromiss, der im Grunde genommen Ausgaben auf zehn Jahre festlegt und dieser EU damit – aus meiner Sicht – doch sehr, sehr, sehr die Hände bindet. Sie kann gar nicht so springen und entscheiden, wie sie das künftig vielleicht möchte. Denn da steht jetzt ein accord zwischen Deutschland und Frankreich vor, aus dem Herbst des vergangenen Jahres, erneuert in diesem Jahr, der da sagt: „Ne touche pas à mon pote“ – „Rühr meine Agrarausgaben bitte so nicht an“.

Hans Martin Bury

Zwei Dinge. Erstens: wir sind im Konvent dabei, die Arbeiten abzuschließen und in der Regierungskonferenz dann den Strich darunterzumachen. Dann soll dieser Verfassungsvertrag nach dem 1. Mai 2004 unterschrieben werden (weil die neuen Mitgliedsstaaten Mitglieder sein müssen, um diesen Vertrag zu unterschreiben). Und dann dauert es halt – für die Ratifizierung in nationalen Parlamenten oder Referenden – ein, zwei Jahre, bis das Ding durch ist. Ich bin ja auch ein ungeduldiger Mensch, aber zur Demokratie gehört eben Respekt vor diesen demokratischen Verfahren und Institutionen. Und das dauert dann halt ein bisschen!

Nur in ganz wenigen Punkten gibt es noch diese Übergangsphase bis 2009, die Sie erwähnt haben. Das ist nicht immer schön, aber das war ein Element, um in ganz wichtigen institutionellen Fragen überhaupt einen Kompromiss und einen Fortschritt hinzukriegen.

Etwas ganz anderes ist die Agrarpolitik. Erstens haben wir gesagt: „Das werden wir im Konvent nicht verhandeln“. Das wäre die sicherste Methode gewesen, das ganze Ding zum Scheitern zu bringen: wenn wir da Agrarverhandlungen oder auch andere Sachpolitiken über das hinaus, was wir angefasst haben, geführt hätten.

Dieser Agrarkompromiss kriegt keinen Schönheitspreis, aber er bringt einen gewaltigen Fortschritt bei Zielen, die uns aus deutscher Sicht wichtig waren: bei der Entkoppelung von Subventionen von der Produktion, auch beispielsweise bei der Bindung von Zahlungen an Umweltkriterien.

Wir haben also ganz neue Elemente der Förderpolitik der Europäischen Union verankern können. Und das war schwer. Das war auch sehr schwer mit unseren französischen Freunden, das stimmt! Aber nicht allein mit denen: diejenigen, die in Frankreich Bedenken hatten, hatten ja durchaus Spanier und auch andere hinter sich. Nun können Sie natürlich sagen: „Fahren wir dort einen harten Konfliktkurs!“ – Und am Ende kommt gar nichts dabei heraus! Oder wir versuchen, in einem solchen schwierigen Prozess eine Einigung zustande zu bringen, bei der sich alle ein Stück weit als Gewinner fühlen können. Die einen sagen, „na ja, es ist nicht ganz so schlimm geworden, wie wir befürchtet haben“, und die anderen sagen, „wir sind doch viel weiter gekommen, als man noch am Anfang des Beratungsprozesses eigentlich annehmen konnte“.

Ich finde (auch dort, wo wir mit Mehrheit entscheiden), die besten Ergebnisse sind diejenigen, in denen sich in einem solchen Kompromiss alle noch wiederfinden können. Das ist halt angesichts der historischen Entwicklung der Europäischen Union ein zentrales Politikfeld, auch wenn es aus deutscher Sicht nicht mehr den Stellenwert hat, den es einmal hatte.

Ich sage Ihnen: das Glas ist mindestens halb voll. Auch aus unserer Sicht! Und es wäre vermessen, in solchen Politikfeldern anzunehmen, man könnte da nationale, deutsche Interessen vollständig durchsetzen. Es wäre fatal gewesen, wenn wir hier versucht hätten, den Konflikt mit Frankreich zu fahren. Ich glaube, dass erst aus dieser Zusammenarbeit auch in dem Punkt die Möglichkeit erwachsen ist, den Einstieg in diese neuen Elemente – Entkoppelung von der Menge und Modulation (sprich Bindung, dann auch an Umwelt- und andere Kriterien) hinzukriegen. Lassen Sie uns diesen Einstieg in eine ganz neue Struktur der Agrarförderung mit Freude hinnehmen und dann daran arbeiten, dass wir das noch in diese Richtung verstärken. Ich glaube, die Entwicklung gibt uns recht und wird uns in der Zukunft unterstützen.

Joachim Fritz-Vannahme

Ich hätte eine abschließende Frage, ohne die ich Sie hier einfach nicht entlassen darf. Sie stehen ganz am Anfang als Beauftragter für die deutsch-französischen Beziehungen. Das ist nun (ähnlich wie Sie es am Beispiel Agrar geschildert haben) eine Aufgabe, die viele technische Seiten hat.

Nichtsdestoweniger frage ich Sie: was sind denn eigentlich Ihre persönlichen, inneren Ziele? Was möchten Sie in den nächsten Jahren Ihres Mandats eigentlich am liebsten Wirklichkeit werden sehen? Haben Sie jetzt schon eine Idee, wo Sie sagen: „Das ist etwas, was mir wirklich am Herzen liegt, woran ich wirklich Lust habe und wo ich nicht einfach nur Abstimmungsvorgänge verbessern und Entscheidungen herbeiführen helfen will“?

Hans Martin Bury

Ich will Ihnen zwei Elemente auf ganz unterschiedlichen Ebenen nennen. Das eine ist, dass wir – glaube ich – bei aller Betonung des gemeinsamen europäischen Interesses den Eigenwert der bilateralen Beziehungen im Auge behalten müssen.

Das, was es heute an Städtepartnerschaften, an Partnerschaften zwischen Schulen, Vereinen usw. gibt, wird sehr stark (jedenfalls ist das in meinem Wahlkreis so – Neckarzaber liegt nördlich von Stuttgart, zwischen Ludwigsburg und Heilbronn, also nicht so grenznah wie Sie hier) vor allem von der älteren Generation getragen; von denjenigen, die ich vorhin als „Versöhnungsgeneration“ bezeichnet habe, die da mit großer Leidenschaft und wirklich tollem Engagement zugange ist. Aber wir sehen, wie schwierig es in diesem Bereich ist, die jüngere Generation für diese Form der Zusammenarbeit zu gewinnen. Gerade weil die – was ja positiv ist! – mit dieser Selbstverständlichkeit der Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland aufgewachsen ist.

Ich glaube aber, dass wir auch in der Zukunft solche Formen brauchen werden, um das Interesse am Leben zu erhalten, um das Interesse füreinander zu wecken. Das Interesse, das wiederum Voraussetzung dafür ist, die Sprache des anderen Landes zu erlernen, Menschen persönlich kennen zu lernen usw. Ich möchte mit meiner französischen Kollegin einen Beitrag dazu leisten, dass die Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland auf der regionalen und lokalen Ebene im unmittelbaren Austausch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern

lebendig bleibt. Darüber reden wir, wenn wir über solche Modelle wie beispielsweise den Eurodistrikt sprechen.

Wir haben vorhin gesagt, wenn diese Idee jetzt sehr schnell weitere Anhänger fände, die sich dort engagieren, dann würde ich das ganz großartig finden. Und irgendwann wird es dann auch – das sagt der Name – nicht nur eine französisch-deutsche Angelegenheit sein, sondern eine, die für Europa insgesamt Pilotcharakter hat.

Damit bin ich bei der zweiten Ebene. Deutschland und Frankreich werden mitunter dafür kritisiert, dass sie eine so starke Rolle im europäischen Entscheidungsprozess einnehmen. Aber wenn wir es nicht tun – das wissen alle anderen – dann kommen eben auch kein Fortschritt, keine Einigung zustande. Wenn Deutschland und Frankreich sich streiten, gelingt es selten, europäisch etwas voranzubringen.

Diese Verantwortung für die weitere Integration der Europäischen Union wahrzunehmen, das heißt die stärkere operative Zusammenarbeit zwischen unseren Regierungen nicht nur zur Durchsetzung französischer und deutscher Interessen wahrzunehmen, sondern dazu, dieses Europa der Bürgerinnen und Bürger zu bauen, für das die Verfassung Rahmen und Ausgangspunkt ist, das aber jetzt wachsen und leben muss. Das ist das zweite phantastische Ziel, an dem ich in diesem bescheidenen Rahmen ein kleines bisschen mitarbeiten möchte. Und deswegen, finde ich, ist es eine doch ganz glückliche Entscheidung, dass man in beiden Ländern die Europaminister mit dieser Funktion der Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit benannt hat.

Wir werden jetzt auch in viele andere europäische Länder reisen und deutlich machen, dass es nicht bedeutet, dass das hier jetzt so ein exklusiver Club ist, aber dass wir diese Verantwortung, die wir haben, auch in der Zukunft wahrnehmen wollen, damit der deutsch-französische-europäische Motor, der eine Zeitlang nicht so rund gelaufen ist, Europa in Zukunft kraftvoll nach vorne bringt.

Joachim Fritz-Vannahme

Ich wünsche Ihnen eine glückliche Hand dafür. Herr Staatsminister, wir danken für dieses Gespräch. Einen schönen Abend noch.

Dieter Salomon

Meine Herren, ich bedanke mich ebenfalls für dieses Gespräch. Ich war mir mit dem Rektor einig, dass es ein hervorragendes Gespräch war. Ich will Ihnen noch einmal danken, dass Sie eingesprungen sind. Sie waren alles andere als Ersatz. Es war für mich ein bereichernder Abend. Vielen Dank, Herr Bury, dass Sie gekommen sind.

Vielen Dank, Herr Fritz-Vannahme, dass Sie ebenfalls an die „Stätte alter Schandtaten“ zurückgekommen sind, wie Sie es selbst formuliert haben. Herr Fritz-Vannahme hat unter dem Namen Joachim Fritz hier früher bei der Badischen Zeitung – ich zitiere Sie jetzt selbst – „sein Unwesen getrieben“. Er ist dann über Paris nach Hamburg gelangt und heute Abend gerne wieder nach Freiburg zurückgekommen.

Ich darf Sie jetzt, weil Sie vorher zu Recht darauf hingewiesen haben – „Gibt’s hier keine Regie? Sagt hier eigentlich keiner, wer jetzt wann wo hingeh?“ – im Namen der Stadt Freiburg einladen. „Empfang“ ist übertrieben; es gibt ein Glas Wein. Sie wissen, wie das bei uns läuft: es soll dem Austausch, dem Kennenlernen dienen. Vielen Dank.

ÖFFENTLICHE FOREN UND GESPRÄCHE / TABLES

RONDES ET DÉBATS

FORUM „LEBENSWELTEN“/TABLE RONDE „CADRE DE VIE »

(Freitag, 4. Juli 2003)

(Leitung / Animation: Rolf G. Renner / Maurice Aymard)

Rolf Dieter Renner

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zu dem ersten der öffentlichen Foren der diesjährigen „Correspondances“. Es tut mir sehr leid, dass ich – wie auch gestern – noch einmal Frau Laure Adler entschuldigen muss, die ja an diesem Forum teilnehmen wollte.

Es tut mir nicht nur leid, weil sie an sich nicht kommt, sondern weil hier auch eine weitere französische Stimme und vor allem eine weibliche Stimme fehlt, denn ich stelle mit Schrecken fest, dass wir hier ein Gremium sind, das sich nicht weiter maskulinisieren lässt. Da scheint viel zu tun zu sein... aber das sind nun mal die Gegebenheiten.

Ich muss weiter entschuldigen: Herrn Aymard von der Maison des Sciences de l'Homme, der mich hier bei den „Correspondances“ begleiten wollte. Ich freue mich aber, dass Herr Bossuat von der Universität Cergy-Pontoise diesen Part übernommen hat und an meiner Seite Fragen diskutieren, aber auch mitsprechen wird.

Zum organisatorischen Ablauf und zum Ablauf des Forums überhaupt. Erstens: Wir machen um viertel vor elf eine Pause. Zweitens: Wir haben ja (das haben Sie gestern schon gehört), der neuen Konzeption folgend, nicht nur ein öffentliches Forum, sondern auch ein Forum, von dem wir uns wünschen, dass sich nicht nur die Teilnehmer, sondern auch die Hörer im Publikum daran beteiligen.

Wir werden Sie nach einer Phase, in der ich vielleicht einige Fragen an die hier auf dem Podium Versammelten gestellt habe, bitten, sich in diese Diskussion einzuschalten. Technisch möchte ich Sie zu beachten bitten, dass Sie eines der beiden Standmikros hier benutzen müssten, wenn Sie eine Frage stellen oder einen Beitrag machen. Nur dann ist sichergestellt, dass das, was Sie sagen, auch gedolmetscht wird. Da hier jeder in seiner Muttersprache spricht, ist es notwendig, dass diese Übertragung in die andere Sprache sofort erfolgt und dass Sie über diese Standmikrophone auch von den Dolmetscherinnen wahrgenommen werden können.

Ich möchte die einzelnen Teilnehmer hier jetzt nicht in einem langwierigen Prozess (der immer in Gefahr steht, dass wir dann auch noch eine Publikationsliste verlesen) vorstellen, sondern ich werde vielleicht dann ein paar kurze Worte zur jeweiligen Person sagen, wenn sie zu sprechen beginnt. Sie haben ja genügend Informationen über unsere Teilnehmer im Tagungsprogramm.

Soviel zunächst zum Organisatorischen.

Wir haben ja gestern im Vortrag von Staatsminister Bury und in der Diskussion mit Herrn Fritz-Vannahme sehr viel über objektive Gegebenheiten in diesem Prozess der europäischen Einigung gehört. Wir haben etwas über den Verfassungsentwurf gehört, der dem Konvent vorliegt, über die Fragen, die sich aus diesem Entwurf ergeben, und über mögliche Probleme, Konsequenzen, Entwicklungen, Veränderungen, die aus dieser Konstellation erwachsen werden.

Was wir in diesem Forum mit dem Titel „Lebenswelten“ heute machen: wir nehmen einen Blickwechsel vor. Wir richten den Blick erstens auf das, was aus diesen Gegebenheiten für unseren Alltag, für die Realität folgen kann. Wir richten zweitens den Blick darauf, wie wir diese Konsequenzen der objektiven Gegebenheiten wahrnehmen. Und wir wollen drittens den Blick darauf richten, wie diese Wahrnehmung der Konsequenzen solcher Gegebenheiten vielleicht uns und vielleicht unsere Wahrnehmung und vielleicht unsere Einstellung zum Projekt Europa verändert.

Sie erahnen vielleicht: in dem Begriff „Lebenswelten“ steckt durchaus ein Problem. Jeder, der die deutsche Sprache kennt, weiß, dass die Zusammenfügung zweier Substantive immer zweideutig ist und immer ein Problem birgt. „Lebenswelten“ – das können die Welten sein, in denen wir leben, das können die Welten sein, die wir erleben – oder wie wir sie leben. Wir haben ein linguistisches Problem; wir haben im Hintergrund natürlich auch ein philosophisches Problem.

Der Begriff der „Lebenswelten“, den wir hier verwenden, hängt ja zusammen mit Husserls Begriff der „Lebenswelt“, der uns auf ein fundamentales Problem aufmerksam macht, das man philosophisch definieren kann, das uns aber alltäglich betrifft. Jeden Tag. Nämlich den Sachverhalt, dass ein Unterschied zwischen dem besteht, was die „wirkliche Wirklichkeit“ ist, wie es Fontane nennt, und dem, wie wir die Wirklichkeit wahrnehmen. Der Tatsache nämlich, dass wir vielleicht, wie es ein anderer Autor sagt (Sie merken sofort, ich bin Literaturwissenschaftler), nur zu einem Teil in der Wirklichkeit leben, und zu einem anderen Teil irgendwo ganz anders. Aber wo leben wir? Leben wir in einer Konstruktion? Leben wir in einer Vorstellung? Und wie hängen solche Konstruktionen und Vorstellungen mit der Frage zusammen, über die wir heute sprechen, nämlich mit der Zielvorstellung Europa?

Die Frage danach, wie wir etwas wahrnehmen, ist natürlich auch immer die Frage nach uns selbst. Wir haben uns daran gewöhnt. Auch im Alltagsdiskurs geht uns der Begriff der Identität leicht von den Lippen. Sie werden keine politische Rede hören können, in der dieser Begriff nicht erwähnt wird.

Wir sprechen von „unserer Identität“, wir sprechen von „kultureller Identität“, wir sprechen von „europäischer Identität“. Aber der Begriff der Identität ist, glaube ich, genauso intrikat wie der Begriff der Lebenswelten. Ich denke, wir sollten unser Gespräch heute vielleicht damit beginnen, uns einmal über diesen Begriff und seine Implikationen zu verständigen. Ich möchte Sie dabei um Verständnis bitten, dass wir auch bei diesem Gespräch heute nicht nur die Wahrnehmung des Alltäglichen und das einfache Wahrnehmen besprechen, sondern dass wir auch versuchen, ab und an diese alltägliche Wahrnehmung zu hinterfragen – dass wir in unserem Gespräch also auch ein bisschen zwischen abstrakten Überlegungen und konkreten Ausführungen pendeln.

Ich möchte vielleicht vorschlagen, dass uns Siegfried J. Schmidt, der neben mir sitzt, am Anfang etwas zur Schwierigkeit des Begriffs der Identität erläutert, den wir so selbstverständlich verwenden. Herr Schmidt ist Professor für Kommunikationstheorie und Medienkultur an der Universität Münster. Er hat sich sehr viel mit empirischer Literaturforschung, mit Medienforschung befasst, und er ist natürlich auch immer in einer ganz zentralen Weise mit der Frage konfrontiert, wie sich Identität konstituiert und artikuliert – nicht nur allgemein in der Gesellschaft, sondern in einer Gesellschaft, die weitgehend durch ihre mediale Oberfläche bestimmt ist.

Ich darf Sie bitten, einige ganz kurze einleitende Bemerkungen zu diesem Zentralbegriff zu machen. Dann wollen wir versuchen, das in einzelne Fragen aufzuspalten.

Siegfried J. Schmidt

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachdem Herr Renner Sie vorgewarnt hat, dass es jetzt etwas theoretisch und vielleicht auch etwas kompliziert wird, wage ich mich daran, etwas über „Identität als ein europäisches Potential“ zu sagen. Und zwar ganz bewusst nicht aus der Sicht von Politikwissenschaftlern und Juristen, sondern aus der Sicht von Kommunikationswissenschaftlern und Kulturwissenschaftlern.

Spätestens seitdem Herr Donald Rumsfeld das „alte Europa“ wieder erfunden hat, ist die Debatte über Europa und über die europäische Identität neu entfacht worden. Gibt es überhaupt so etwas wie eine europäische Identität? Ist sie erreichbar? Und wenn ja, ist sie dann eigentlich wirklich wünschenswert?

Auch die oberflächlichste Debatte über diese Frage wird nur dann Sinn haben, wenn wir zumindest in Umrissen andeuten, was wir unter „Identität“ verstehen wollen. Und deshalb beginne ich mit dem Versuch einer Begriffsklärung.

Die Soziologen und Psychologen sind sich heute ziemlich einig darüber, dass Identität keine feste Gegebenheit ist, die wir besitzen, sondern dass Identität ein Prozess ist. Und dieser Prozess ist durch ein Merkmal gekennzeichnet, das alle sozialen Prozesse bestimmt: nämlich durch Reflexivität, durch wechselseitige Bezugnahme. Individuen wie Gesellschaften nehmen sich gegenseitig wahr und müssen diese wechselseitige Wahrnehmung mit Hilfe einer Unterscheidung interpretieren. Diese Unterscheidung ist traditionell „wir“ und „die anderen“. Erst wenn diese gegenseitige Wahrnehmung bewusst wird und wenn sie Deutungen herausfordert, wird das Thema Identität wichtig. Ansonsten spielt es keine Rolle.

Und da sich nun auf dem engen Raum des europäischen Kontinents Gesellschaften, Staaten und Nationen seit Jahrhunderten gegenseitig beobachten und diese Beobachtungen gerade nach dem Schema „wir“ und „die anderen“ verarbeiten, hat das Identitätsproblem in Europa seit Jahrhunderten Konjunktur. Wir können nicht darüber hinwegsehen.

Um welche Deutung geht es nun dabei? Es geht in erster Linie um Fragen der Geltung der eigenen Lebenswelt, das hatte Herr Renner schon angedeutet. Und für diese Lebenswelt sind – wie Philosophen und Soziologen von Husserl bis Habermas betont haben – Sprache und Kultur besonders grundlegend, besonders konstitutiv, weil sie die Grundlagen für Zusammenarbeit, für Interaktion und Kommunikation legen.

Beobachten wir nun diesen Zusammenhang etwas genauer. Im Prozess der Vergesellschaftung muss bestimmt werden, wie sich eine Gemeinschaft oder eine Gesellschaft zu ihrer Umwelt verhält, wie das Verhältnis der Menschen untereinander gestaltet wird, wie sich Organisationen und Institutionen herausbilden und welche Rolle Gefühle und Werte spielen. Diese Bestimmungen prägen sich dann in Gestalt grundlegender Unterscheidungen wie alt – jung, mächtig – machtlos, heilig – profan, gut – böse usw. heraus.

Das System dieser für eine Gesellschaft verbindlichen Unterscheidungen in den genannten fünf Bereichen (Umwelt, andere Menschen, Institutionen, Gefühle, Werte) nenne ich das Wirklichkeitsmodell einer Gesellschaft. Und damit dieses Wirklichkeitsmodell von allen in einer vergleichbaren Weise in Anspruch genommen wird, muss es so etwas wie ein Programm geben, das die Bezugnahme auf dieses Wirklichkeitsmodell regelt. Dieses Programm nenne ich Kultur. Das Kulturprogramm regelt also in einer sozial verbindlichen Weise, wie sich die Gesellschaftsmitglieder auf das Wirklichkeitsmodell beziehen und wie sie diese Bezüge emotional und moralisch bewerten.

Eine Gesellschaft erzeugt Identität, wenn das Zusammenspiel von Wirklichkeitsmodell und Kulturprogramm, das heißt Ordnungsbildung und Sinngebung, dauerhaft und verbindlich erfolgt und wenn diese Identitätsherstellung in der Kommunikation und über die Medien von den Mitgliedern der eigenen Gesellschaft wie von denen anderer Gesellschaften akzeptiert wird.

Identitätskonstruktion braucht also gleichermaßen Selbstzuschreibung und Fremdzuschreibung, Selbstbeobachtung und Fremdbeobachtung. Wir brauchen ein Bild von uns selbst, ein Bild der anderen und ein Bild der anderen von uns. Erst im Zusammenspiel dieser Bilder läuft der Identitätsprozess an. Bei dieser Bildkonstruktion arbeiten wir mit ganz bestimmten Erzählmustern, mit Images, mit Stereotypen, um Komplexität zu reduzieren und Legitimation zu erleichtern – eben weil wir die anderen immer nur von außen beobachten.

Die Herstellung von Identität ebenso wie die Darstellung von Identität ist unlösbar mit emotionalen und moralischen Aspekten verbunden. Das Identitätsschema, das eine Gesellschaft von sich selbst entwirft, muss von den Gesellschaftsmitgliedern wie von anderen Gesellschaften als positiv empfunden und als moralisch vertretbar eingeschätzt werden.

Dabei spielt der Umgang mit der Vergangenheit eine wichtige Rolle. Alle Gesellschaften richten sich ihre Vergangenheit so ein, dass sie damit leben können. Sie betreiben „Gedächtnispolitik“, um die soziale Autobiographie in einer akzeptablen Weise schreiben zu können. Erinnern und Vergessen sind diesem gedächtnispolitischen Ziel automatisch untergeordnet. Gerade an der deutschen Nachkriegsgeschichte wird ablesbar, wie schwer sich eine Gesellschaft mit ihrer Identitätskonstruktion tut, wenn die eigene Gedächtnispolitik aufgrund der staatlichen Vergangenheit von allen anderen argwöhnisch beobachtet und kommentiert, also ständig zum Gegenstand von Beobachtung gemacht wird.

Identitätsdarstellungen müssen im politischen Diskurs nach innen und nach außen durchgesetzt werden. Dabei spielen bekanntermaßen die Medien eine zentrale Rolle. Denn sie verknüpfen Identitätsherstellung und Identitätsdarstellung im Modus der Öffentlichkeit. Das heißt, sie machen beide Prozesse – Herstellung und Darstellung – beobachtbar und damit ebenso riskant wie kontingent. Alles, was beobachtbar wird, kann anders bewertet werden, kann anders ausfallen.

Nicht umsonst waren die europäischen Staaten im 18. und im 19. Jahrhundert so erpicht darauf, ein Nationalepos vorzuweisen, einen Staatsgründer vorzuzeigen, mit kulturellen Meisterleistungen aufwarten zu können. Denn all dies reduzierte Komplexität, verkürzte und vereinheitlichte Legitimationsdiskurse und produzierte scheinbar selbstverständliche Evidenz: „So sind wir! Das sind wir! So sind die anderen!“

Denn Identität lebt von Differenz, da sie erst aufgrund beobachteter und bewerteter Differenz überhaupt zum Thema wird. Heißt das nun, es kann gar keine europäische Identität geben, solange die nationalen Differenzen und die kulturell bestimmten Differenzen der Lebenswelten in den europäischen Staaten weiter bestehen?

In der Globalisierungsdebatte ist eines deutlich geworden: Globale Gesellschaft kann man nicht dadurch erreichen, dass man alle Nationen, Staaten und Kulturen abschafft oder durch eine globale Pop- und Trash-Kultur ersetzt. Wer so denkt, übersieht die Tatsache, dass Wirklichkeitsmodelle und Kulturprogramme Entwicklungsstufen der gesellschaftlichen Evolution sind: Entwicklungsstufen, die sich eingestellt haben, wenn Gesellschaften mit genetischen Problemen, mit sozialen Problemen, mit Umweltproblemen fertig werden mussten.

Eine globale Kultur im traditionellen Kulturverständnis ist wohl nichts anderes als ein Phantasma Orwellscher Weltentwürfe. Denkbar und mit demokratischen Traditionen und Zielsetzungen vereinbar ist dagegen eine neue Einstellung zur Kultur, die als Transkulturalität bezeichnet werden kann. Transkulturalität bezeichnet nicht einen neuen Modus von Kultur, sondern bezeichnet den Modus einer Einstellung, einer Bezugnahme auf Kultur. Eine transkulturelle Einstellung zu Kulturen, einschließlich der eigenen Kultur, akzeptiert deren jeweils lokale Problemlösungskapazitäten, sieht aber auch zugleich deren Kontingenz (wobei Kontingenz nicht Beliebigkeit meint, sondern das Eingeständnis möglicher sinnvoller Alternativen). Transkulturalität, so könnte man sagen, ist der Modus der Akzeptanz von Pluralität.

Eine transkulturelle Einschätzung von Kulturen, Sprachen und Lebenswelten sollte gerade in Europa besonders plausibel sein, wo seit Jahrhunderten die Pluralität von Kulturen und die Kreativität dieser Pluralität erfahrbar und erlebbar war und wo immer dann Katastrophen eingetreten sind, wenn diese Pluralität und Kreativität zum Anlass genommen wurde, um Komplexität gewaltsam zu reduzieren.

Das aus der Sicht der US-Hardliner arme „alte Europa“ hat immerhin eine Lektion hinter sich, die die USA noch vor sich haben, nämlich die Erfahrung der Unbilanzierbarkeit von Kulturen. Die ersten Lernschritte werden vor unseren Augen in Afghanistan und Irak gemacht.

Die Beschreibung und damit auch die Beurteilung einer Kultur setzt eine Beschreibungs- und Beurteilungskultur voraus, die ihrem Beschreibungsgegenstand zumindest angemessen sein muss, wenn sie mehr leisten will, als mit interpretativer und nicht selten eben auch mit militärischer Gewalt auf die Sinnzusammenhänge anderer Kulturgesellschaften loszugehen.

Europäische Identität – so folgt aus diesen Überlegungen – ist keine Frage der Vereinheitlichung der in Europa wirksamen Kulturen, sondern eine Frage der bewussten und überzeugten Anerkennung ihrer Legitimation und ihrer Kreativität. Erst in dieser Haltung gewinnen die Europäer endgültig europäisches Profil: indem sie kulturelle Vielfalt als kulturelle, politische und wirtschaftliche Produktivkraft anzuerkennen und zu nutzen lernen. Dieser Rohstoff ist immerhin unerschöpflich. Die Medien machen uns seit Jahren vor, wie eine solche Nutzung aussehen kann.

Aber diese Beschreibung Europas ist in der Beschreibungskultur der US-Hardliner wohl nicht vorgesehen. Und auch hier, denke ich, gibt es Nachholbedarf. Vielen Dank.

Rolf Dieter Renner

Vielen Dank, Herr Schmidt, für das breite Szenario von Fragen und auch Klärungen, das Sie uns gegeben haben. Mir kommt nun die unangenehme Aufgabe zu, diesen schönen Teppich ein bisschen zu zerschneiden und in kleine Fragen zu zerlegen. Möglicherweise wird das manchmal so aussehen, als sammelte ich nur die Brosamen auf, die von Ihrem reich gedeckten Tisch zu Boden fielen.

Mir ist aufgefallen, dass Sie sich bei der Beschreibung von Identität natürlich sehr stark auf die Frage „Wie konstruiert sich Identität? Aus Differenzerfahrungen? Aus Abgrenzungen?“ konzentriert haben. Und Sie sind ja hier teilweise sehr, sehr konkret geworden, indem die USA in einem Papier über europäische Identität auffällig häufig vorkamen. Ich möchte das zum Anlass nehmen, eine Frage an Herrn Bossuat zu richten.

Das aufklärerische Differenzmodell, das wir immer diskutieren, wenn wir über Identität sprechen, spielt also offenbar nicht nur im kulturellen Bereich und schon gar nicht nur im europäischen Kontext eine Rolle, sondern es ist auch ein Modell geworden, um europäische Abgrenzungen gegenüber anderen Ländern der Welt und ganz speziell gegenüber den USA vorzunehmen.

Meine Frage ist eigentlich (und sie bezieht sich ein bisschen auf die letzten Ereignisse, natürlich auf die Auseinandersetzung über den Irak-Krieg): Haben eigentlich diese politischen Differenzen mit den USA die europäische Identität gestärkt? Oder haben sie eher dazu geführt, dass nationale Identitäten im Kontext dieser europäischen Abgrenzung von den USA gestärkt wurden? Immerhin ist ja das Problem von „altem“ und „neuem“ Europa ausgerechnet im Zuge dieser Abgrenzung entstanden.

Gérard Bossuat

Merci beaucoup de votre question et merci aussi pour l'organisation de cette journée et de ces rencontres dans le fond entre spécialistes de disciplines différentes.

Moi je suis historien. Donc j'essaie d'avoir cette réflexion sur le passé, et je n'appartiens pas à ces historiens qui penseraient que l'histoire donne toutes les solutions. Je ne pense pas qu'il faille chercher dans l'histoire les leçons comme certains veulent les chercher. Ils ne les trouvent pas, parce que, dans le fond, chaque situation historique est originale. En revanche, c'est vrai que nous avons probablement des comportements qui viennent de ce passé qu'il faut identifier et qui, nécessairement, nous opposent par rapport à l'extérieur.

On ne va pas revenir, effectivement, sur le terme polémique de « vieille Europe ». En l'occurrence, la vieille Europe était l'Europe des six, si j'ai bien compris M. Bush... Dans le fond, cette « vieille Europe » a été capable d'innover. Dans le fond, moi je fais partie de la génération des fils de la réconciliation, et je crois qu'il ne faut jamais oublier effectivement cet acte fondateur franco-allemand.

Est-ce que ça nous confert des responsabilités ? Oui, sûrement. Est-ce que ça donne une direction à cette unité européenne telle qu'elle est en train de se construire ? Je le crois aussi, mais sans doute faut-il agir avec beaucoup de tact, de façon à éviter de susciter des jalousies (je ne sais pas si le terme est exact en politique).

Par rapport aux Etats-Unis, par rapport peut-être à la résurgence des nationalismes (c'était ça la question posée), est-ce que la crise actuelle a renforcé dans le fond l'unité de l'Europe actuellement ? Ce qui est assez curieux, c'est que, dans le fond, cette crise s'est développée ou plutôt elle s'est produite dans un contexte qui était celui de l'élaboration de la Constitution Européenne.

Et donc on a une espèce de phénomène de fond qui a débuté avant cette crise. Il y a la crise des relations entre les Etats-Unis et l'Europe qui s'est produite en même temps. Si on téléscopie les deux événements, on a l'impression que le relatif succès des travaux de la Constitution est une sorte de réponse, en quelque sorte, à cette crise. Ceci dit que si les travaux avaient échoué, qu'est-ce qu'on aurait dit ? Donc c'est quelque chose de très positif.

En même temps, c'est vrai que l'observation des négociations d'adhésion des nouveaux pays... moi, en tant qu'historien, elles m'ont laissé un peu sur ma fin en ce sens que j'ai eu le sentiment que beaucoup de ces pays adhéraient pour résoudre des problèmes économiques, voire politiques pour s'assurer en quelque sorte d'une sécurité démocratique, d'une garantie démocratique du reste de l'Europe, sans peut-être dans le fond avoir suffisamment réfléchi sur ce qui fait justement notre unité. C'est là où sans doute on joint, j'espère, cette table ronde : qu'est-ce qui nous unit en tant qu'Européens ?

Nous avons besoin d'unité ou d'identité culturelle européenne. Le précédent orateur vient de nous dire que cette identité culturelle venait de la diversité. Je ne peux qu'être évidemment d'accord avec ça. Mais dans le fond, l'histoire nous renvoie à des affrontements culturels que nous avons juste surmontés depuis quelques années. Comment, dans le fond, allons-nous continuer à cultiver cette diversité culturelle ? Dans quelle mesure pouvons-nous forger ensemble un avenir qui ne soit pas un avenir d'hostilité à l'égard des Etats-Unis évidemment, mais qui soit un avenir conçu par les Européens et pour les Européens, dans le cadre d'une coopération, bien sûr, avec le reste du monde. Quand on parle, par exemple, d'Europe-puissance (on aura l'occasion de revenir sur cette idée-là), le terme d'Europe-puissance évoque un petit peu les Etats impérialistes du XIXème siècle. Mais c'est absolument pas ça ! C'est-à-dire c'est plutôt, j'ai envie de dire, remplacer l'Europe-puissance par l'Europe de la responsabilité mondiale. Mais le mot est un peu long, donc il faudrait trouver autre chose.

L'idée c'est donc que les Européens ont à assumer effectivement des responsabilités. Ces responsabilités doivent être nécessairement soutenues par un corpus de valeurs qui évoque justement toutes les représentations de cet avenir commun que nous avons ensemble et qui sont liées aussi à la capacité de se faire entendre, et j'ai presque envie de dire de se faire respecter. D'où la nécessité de penser une politique étrangère et de sécurité commune et une défense aussi commune. Ce n'est qu'un début pour la discussion.

Rolf Dieter Renner

Sehr verehrten Dank für diese klare Antwort, die – denke ich – auch wieder den Blick von meiner Frage „Welche Rolle spielt die Außenabgrenzung?“ auf die Pointierung der Innenstabilisierung Europas zurückgelenkt hat. Ich möchte vielleicht mal an dieser Stelle mit den stabilisierenden Faktoren, mit der Überlegung fortfahren, was eigentlich dazu beiträgt, dieses europäische Selbstverständnis zu stabilisieren.

Sie haben sehr stark auf den politischen Prozess abgehoben. Aber ich denke, das Referat von Siegfried J. Schmidt hat auch gezeigt, dass Identitätsdarstellungen im politischen Diskurs, die nach innen und außen durchgesetzt werden müssen, in hohem Maß von der Tätigkeit der Medien abhängig sind.

Den Medien kommt eine zentrale Rolle zu, indem sie Identitätsherstellungen und -darstellungen öffentlich machen und öffentlich diskutieren. Ich möchte meine Frage deshalb jetzt an die Vertreter der Medien richten: an Herrn Steul, Landessenderdirektor des Südwestrundfunks, und Herrn Chimelli, Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in Frankreich. Sie beide sind zur Beantwortung dieser Frage vielleicht nicht nur deshalb geeignet, weil Sie Medienvertreter sind, sondern weil Sie sich auch in besonderem Maße mit der Wahrnehmung anderer Kulturen befasst haben. Beide haben Sie eine Phase in Ihrer Geschichte, in der Sie auch außereuropäische Kulturen sehr intensiv beobachtet haben.

Was können denn, Ihrer Meinung nach, die Medien leisten, um europäische Identität nicht nur zu stärken, sondern um sie, ganz schlicht zunächst einmal, immer wieder ins Bewusstsein der Menschen zurückzuholen? (Ich glaube, auch das ist ein Prozess, den es zu leisten gilt.)

Was tun die Medien? Sind sie dabei, einen Prozess zu begleiten? Oder verlassen sie sich darauf, dass sie nur noch gelegentliche Kommentare zu einem ohnehin gelingenden Prozess abgeben müssen? Fühlen sie sich in der Verantwortung?

Rudolph Chimelli

Vielen Dank. Wir bewegen uns hier auf einem Gebiet, auf dem es leichter ist, Fragen zu stellen als Antworten zu geben.

Man sollte, um die Positionen richtig abzustecken, vielleicht von Anfang an sagen: „die Medien“ gibt es nicht. Es gibt ganz verschiedene Medien. Es gibt erstens die gedruckten Medien und zweitens die audiovisuellen, an erster Stelle das Fernsehen. Man müsste es umgekehrt sagen: Es gibt an erster Stelle das Fernsehen, denn es beeinflusst heute die öffentliche Meinung, die Meinungsbildung, die Ausformung von Identität sicher mehr als die gedruckte Presse. Ich werde auch noch auf die gedruckte Presse eingehen – aber vorher einige Dinge zum Fernsehen.

Das Fernsehen – es gibt nicht *ein* Fernsehen. Es gibt mindestens *zwei* Fernsehen. Es gibt das öffentlich-rechtliche Fernsehen, das im Prinzip einen Informationsauftrag und auch einen (hochgestochen gesagt) Erziehungsauftrag hat. Wie weit das öffentlich-rechtliche Fernsehen diesen Anspruch erfüllt, können Sie genauso gut beurteilen wie ich: partiell –

sagen wir es einmal freundlich ausgedrückt. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen kann das deshalb nur partiell, weil es in ständiger Konkurrenz zum privaten Fernsehen steht, das von ganz anderen Gesichtspunkten beherrscht wird. Es geht dabei um Einschaltquoten. Und es geht nur um Einschaltquoten! Und es geht nur um die Profite, die sich damit machen lassen.

Das heißt, die Welt, die das Fernsehen – das private und in seinem Gefolge das öffentlich-rechtliche Fernsehen – an den Wahrnehmungshorizont projiziert, ist eine Welt, die wahrscheinlich ganz anders ist als die, die wir uns zur europäischen Identitätsbildung wünschen würden. Man kann von einigen kleinen Phänomenen ausgehen: ich glaube, wenn Sie heute auf die Straße gehen und mit jungen Leuten reden, dann werden Sie feststellen, dass sie von dem, was einst die europäische Identität ausmachte, und ihrem Hintergrund sehr wenig wissen.

In dem Bild, das das Fernsehen (und in seinem Gefolge auch andere Medien) vermittelt, spielen beispielsweise die Streitereien obskurer Viehhirten in Laramy, Wyoming, eine viel größere Rolle als die Odyssee oder das Rolandslied. Und die Phantasien und die Träume, die durch diese Medien geschaffen werden, sind ganz andere als die, die mit einer europäischen Identitätsbildung zusammenhängen oder dieser gar dienlich wären.

Ich glaube, man muss sich auch klar machen, dass das nicht einfach nur das Rasonieren eines – in meinem Falle – alten Mannes über das ist, was heute passiert. Wir haben es hier mit Einflüssen zu tun, die ganz anderer Natur sind, als wir sie in der Vergangenheit erlebt haben. Das hat nicht zu tun und ist nicht vergleichbar mit Vorgängen, in denen historisch Gedankenwelten, Gedankenelemente und Empfindungselemente übernommen wurden, die von außen kamen. Das Vordringen der Renaissance über die Alpen nach Nordeuropa war etwas ganz anderes.¹

Oder: die Aufklärung, die über den Rhein nach Deutschland kam, war auch etwas anderes. Diese neuen Einflüsse werden von Marketingexperten gemacht, mit den Methoden der Markenartikelindustrie, mit den Methoden der Werbung. Das sind ganz andere Dimensionen.

Ein Wort zur gedruckten Presse – und vielleicht sollte ich das Wort „Qualitätszeitungen“ in den Mittelpunkt stellen. Die sogenannten Qualitätszeitungen sind natürlich in einer anderen Situation, denn sie haben ein Publikum, das prinzipiell verständnisbereit ist und über den entsprechenden Wissenshintergrund verfügt, um differenzierte Informationen verarbeiten zu können.

Aber vor allem in den letzten beiden Jahren haben sich die Arbeitsmethoden und die Möglichkeiten, Qualitätszeitungen herzustellen, dramatisch verschlechtert. Auf der einen Seite gehen die materiellen Möglichkeiten stark zurück: allen Zeitungen geht es schlecht. Viele Zeitungen verlieren Geld – große Summen Geld! Und eine gute Zeitung zu machen, kostet Geld.

Aber auch die Bedingungen, unter denen die Zeitungen gemacht werden, werden anders. Wir sind atemlos geworden, wir müssen schnell sein, wir müssen kürzer sein. Auch wir laufen in Konkurrenz zu den schnellen Medien, in erster Linie zum Fernsehen.

Um Ihnen ein Beispiel zu geben: Als vor zwei Monaten – am 16. Mai 2003 – eine Serie von Anschlägen in Casablanca stattfand – das war ein Freitagabend –, hat mich meine Zeitung am Samstagmorgen angerufen und hat gefragt: „Können Sie da gleich hin?“. Da habe ich gesagt, „das kann ich schon, aber hat das Sinn?“ Und sie haben gesagt: „Wir müssen unbedingt am Montag etwas im Blatt haben.“

Es geschah genau das, was ich vorhergesehen hatte: ich traf in Casablanca um zwölf Uhr nachts Ortszeit, zwei Uhr unserer Zeit, ein, ging natürlich als erstes schlafen, weil ich müde war, habe am Morgen drei Leute angerufen – das hätte ich auch von Paris aus tun

¹ Willi Steul nimmt diese Aussage später als Zitat auf (übernimmt das Zitat dann allerdings falsch).

können -, hatte Zeit für einen kurzen Rundgang durch die Stadt, um mir die Verwüstungen anzusehen. Das Hotel, das am meisten betroffen war, kannte ich. Wie es an einer Stelle aussieht, wo ein Sprengsatz explodiert ist, weiß ich. Ich konnte mir also beides zusammen vorstellen, aber ich war eben dort. Ich habe mich um zwölf Uhr marokkanischer Zeit, zwei Uhr europäischer Zeit, an den Computer gesetzt und habe angefangen zu schreiben. Wie der Bericht ausgesehen hat, brauchen Sie mich nicht zu fragen. Ich möchte ihn nicht in meine gesammelten Werke aufnehmen. Früher hätte man dafür zwei, drei Tage Zeit gehabt und dann eine reflektierte Sache geschrieben, aber das hat sich geändert.

Summa summarum: ich würde, wenn es um die Herausbildung einer europäischen Identität geht – einer gemeinsamen oder auch einer gruppierten Identität – keine zu großen Hoffnungen auf die Medien setzen. Ich danke Ihnen.

Rolf Dieter Renner

Ja, ich weiß nicht, ob ich dieses pessimistische Bild mit Dankbarkeit oder mit Erschütterung zur Kenntnis nehmen soll. Ich neige eher zu dem zweiten, obwohl ich Ihnen natürlich für die Klarheit danke, mit der Sie gesprochen haben. Herr Steul, sehen Sie die Dinge anders oder sehen Sie sie als Vertreter eines anderen Mediums genauso?

Willi Steul

So sehr ich dem Kollegen Chimelli gerne widersprechen würde: er hat völlig recht. Besonders gefällt mir übrigens (ich habe mir das notiert, und Sie erlauben mir, dass ich es unter Angabe des Zitats auch weiterverwende) „das Vordringen der Renaissance über die Alpen war etwas völlig anderes als die Verbreitung der Levi’s-Jeans in ganz Europa als das normale Kleidungsstück junger Menschen“². Und dies ist das Phänomen, was tatsächlich ein Marketing-, ein Produktphänomen und damit natürlich ebenfalls ein kulturelles Phänomen ist. Aber nicht das, was wir unter Kultur in dem Sinne verstehen, indem wir es hier diskutieren.

Setzen Sie bitte keine Hoffnung auf die „Erarbeitung“ oder „Begleitung“ einer sich ausbildenden europäischen Identität durch die Medien. Die Medien werden in der politischen Betrachtungsweise sogar nationaler oder beengter, als sie es vor zwanzig Jahren waren...

Rudolph Chimelli

...provinzieller, wenn man das vielleicht sagen könnte...

Willi Steul

... das schoss mir durch den Kopf; ich wollte es vermeiden. Zumindest die Darstellung Europas wird in unserer internen Diskussion in den Redaktionen – ob es nun im Fernsehen

² Steul übernimmt ein Zitat, aber nicht in der ursprünglichen Form. (Ursprüngliche Form: „Wir haben es hier mit Einflüssen zu tun, die ganz anderer Natur sind, als wir sie in der Vergangenheit erlebt haben. Das hat nicht zu tun und ist nicht vergleichbar mit Vorgängen, in denen historisch Gedankenwelten, Gedankenelemente und Empfindungselemente übernommen wurden, die von außen kamen. Das Vordringen der Renaissance über die Alpen nach Nordeuropa war etwas ganz anderes.“)

oder ob es in den Zeitungen ist – zunehmend als Teil der Innenpolitik wahrgenommen. Europaseiten in den Zeitungen oder die spezielle fachredaktionelle Beschäftigung mit diesen europäischen transnationalen Phänomenen treten zurück, weil man sagt: „Europa ist ein politischer Prozess. Er findet auf allen Gebieten der Politik statt. Europa ist Teil der nationalen Debatte.“ Und damit wird auch die Besonderheit dieses kulturenüberschreitenden politischen Prozesses in meinen Augen negiert.

Die Europapolitik ist zwar Teil des nationalen politischen Diskurses, ist aber niemals (noch nicht, für lange Zeit nicht) tatsächlich Innenpolitik. In dem Moment, wo wir sie als Innenpolitik betrachten, banalisieren wir sie auch. Wir banalisieren das Phänomen und werden der ganzen Komplexität dieses ja ungeheuren Vorganges nicht gerecht. Aber dies ist die Realität in den Redaktionen. Dies ist die Realität in den Zeitungen, in den elektronischen Medien!

Ich glaube auch, dass wir uns mit diesem Prozess insgesamt zu wenig auseinandersetzen. Aber das tut auch die Gesellschaft nicht! Er ist uns gar nicht bewusst. Wir assoziieren mit Europa (ich verwende diesen Begriff jetzt einfach so, wie er in der allgemeinen Diskussion täglich verwandt wird) nicht eine wunderschöne, komplexe und in ihrer kulturellen Unterschiedlichkeit faszinierende Einheit; sondern die Menschen assoziieren damit das politische Europa, den Prozess, der sich in Brüssel abspielt. Sie assoziieren damit nicht ihre Lebenswelt.

Ich glaube auch, dass das so einfach, wie wir das gestern zum Beispiel bei Herrn Bury gehört haben (der mir teilweise sehr euphemistisch in seiner Darstellung war), nicht darstellbar ist, und dass wir, die an diesem Europa und an den europäischen Kulturen interessierten Menschen, uns mit sehr vielen anderen nicht verständigen können.

Wir erleben zwar einerseits – und das ist sehr positiv – dass wir (jetzt bleibe ich mal in Ihrer Diktion, dass man sich ständig unterscheidet) den Prozess vom Fremdsein zum Anderssein haben. Ich glaube, das haben wir alle erkannt; Franzosen und Deutsche zumindest. Wir erleben, dass wir von der Ausgrenzung über die Abgrenzung zu einem neutralen Bewusstsein der Unterscheidungen gekommen sind, was ja graduelle Unterschiede sind. Aber die Medien werden auch deshalb nicht zu einer Erweiterung dieses Prozesses beitragen können, weil wir die Sprachbarrieren nie überwinden werden, selbst wenn wir in den Schulen Französisch und Deutsch lernen (wofür ich bin)!

Und ich muss Ihnen auch sagen, ich bin seit demnächst 25 Jahren mit einer Französin verheiratet. Unsere vier Kinder haben den französischen und den deutschen Pass. Sie sind in Frankreich zur Schule gegangen. Wir leben in Frankreich, ich arbeite in Deutschland: für uns ist der Sprachwechsel kein Problem. Ich glaube, ich nähere mich sogar den anderen, die wirklich bikulturell sind – mit zunehmendem Alter beginne ich mich dem auch anzunähern, obwohl ich deren Bikulturalität natürlich niemals erreichen werde. Aber mir wird auch immer bewusster, wo die Grenzen der Verständigung sind, weil die wirkliche Verständigung über Sprache läuft. Und nicht nur, dass ich die Sprache des anderen tatsächlich sprechen kann, sondern dass ich sie in allen ihren Bildern und Assoziationen nachvollziehen kann. Wenn Sie bereits dieses Sprachniveau haben, werden Sie nicht mehr viel weiterkommen. Doch wie begrenzt ist das Sprachniveau – das Niveau der anderen Sprache – selbst eines Einser-Abiturienten!

Rolf Dieter Renner

Vielen Dank. Herr Schmidt, Sie fühlen sich spontan herausgefordert. Ich möchte aber auch die anderen Teilnehmer ermuntern, sich spontan herausgefordert fühlen zu dürfen, wenn sie wollen.

Kurt Brenner

Ich bin über den zutage getretenen Fatalismus der Medien doch etwas überrascht. Ich glaube doch, dass die Medien in dem europäischen Einigungsprozess, in dem Näherbringen der Bürger Europas eine bedeutende Rolle spielen sollten. Sie haben das gerade auch verbunden – Sie sagen, „ohne Sprache gibt es eben keine Kommunikation“. Beides hängt zusammen.

Ich berichte jetzt aus der Erfahrung von jemandem, der vor Ort, in Montpellier, für deutsche Kulturpolitik zuständig ist. Ich sehe, dass die Jugendlichen – die 10- bis 15-Jährigen, an die wir uns wenden – heute ein sehr diffuses oder überhaupt kein Deutschlandbild mehr haben, weil in den Medien ja gar keine Möglichkeit mehr besteht, Information einzuholen.

Wir haben ein Programm gestartet, eben gerade um die deutsche und die französische Sprache im Schulsystem zu stützen, weil wir nicht akzeptieren können, dass Europa mit einem teilweise amputierten Computerenglisch einsprachig wird. Wir sind überzeugt davon, dass also Kultur und Sprache verbunden sind und dass Deutsche und Franzosen in ihrer Muttersprache kommunizieren müssen.

Die Sprachsituation ist ja dramatisch: heute lernen in bestimmten Regionen in Frankreich gerade noch vier bis fünf Prozent der Schüler Deutsch. Und wenn man sich vorstellt, was sich in der Zukunft ereignen kann – ich sehe vor Ort im Umgang mit den Medien, dass es keinen 30- oder 40-jährigen Journalisten mehr gibt, der eine Verbindung mit der deutschen Sprache hat. Und deshalb ist es auch viel schwieriger, die Medien – die Zeitung oder auch das Fernsehen – jetzt dazu zu bringen, spontan über deutsch-französische oder europäische Beziehungen zu reden.

Wir haben ein Programm in Gang gesetzt und wenden uns an die 10- bis 15-jährigen Schüler, um vor der Sprachenwahl eine Sympathiewerbung für Deutsch in Gang zu setzen. Und da stellt sich eben wirklich heraus, dass die Schüler über Deutschland gar nichts mehr wissen.

Ich glaube also, diese Sprachfrage ist eine essentielle Frage. Und wenn ich das aus der französischen Perspektive sehe, so gibt es die großen Fernsehsender – das erste, zweite, dritte Programm – und hier findet man kaum Informationen oder Reportagen über deutsche Alltagssituationen, über Alltagssituationen in Europa. Und deshalb, meine ich eben, wäre es tatsächlich wichtig, dass sich die Medien stärker in diesen Prozess einbinden.

Rolf Dieter Renner

Vielen Dank, Herr Brenner. Sie haben ja schon einiges darüber gesagt, was Sie in Montpellier wirklich machen. Vor dem Haus hier steht ein Fahrzeug, das ebenfalls deutlich macht, wie konkret Ihre Initiative ist: das ist das Deutschmobil, das da unten steht, mit sehr großem Erfolg durch Frankreich fährt und das in der Tat etwas in Bewegung setzt, nämlich Interesse. Nicht nur für die Sprache, sondern auch für das andere Land.

Doch ich möchte die Frage noch einmal an Herrn Steul und Herrn Chimelli zurückgeben: Ist es nicht doch zu defätistisch, zu sagen: „Die Welt ist, wie sie ist?“ Das habe ich schon einmal bei Fontane gelesen. Sollten sich die Medien auf diesen Satz, „Die Welt ist, wie sie ist“, beschränken? Und die Medien beschreiben die Welt so, wie sie ist, und haben keinerlei Chance, sie zu verändern? Muss man sich mit diesem Satz abfinden? Könnte man hier nicht vielleicht auf einer ganz schlichten Ebene Änderungen bewirken, indem man einfach mal mehr Bilder des anderen zeigt, Nachrichten über den anderen bringt? Was mir ganz schlicht auffällt: Sie können im deutschen Fernsehen über sämtliche Naturkatastrophen der Welt etwas sehen, aber wenn es in Frankreich eine Überschwemmung gibt, bei der der

Verkehr für drei, vier Tage zusammenbricht (und es gibt viele Deutsche, die von Deutschland nach Frankreich und zurück reisen), dann erfahren Sie im deutschen Fernsehen so gut wie nichts darüber. Auch über einen Generalstreik in Frankreich wird en passant berichtet.

Wäre hier nicht auf einer ganz schlichten Ebene vieles zu tun, was einfach bewusster machen würde, wir sind nicht allein. Oder wir sind nicht nur „Weltbürger“, sondern Nachbarn von irgendjemandem?

Willi Steul

Medienschelte – vielleicht einmal als Grundbemerkung – ist wohlfeile Schelte. Medien sind Teil dieser Gesellschaft, und sie sind so, wie wir alle sind. Wir bilden diese Gesellschaft zum großen Teil auch nur ab. Ich bin auch kein Fatalist; ich bin sogar ein unverbesserlicher Optimist. Und ich will Ihnen auch etwas positiv sagen. Aber ich sage Ihnen noch einmal: dies hat nur zum Beispiel mit meiner eigenen (wie die Kollegen manchmal sagen) „kriminellen Energie“ zu tun.

Wir senden eine monatliche Sendung im Fernsehen des SWR, „Vis-à-Vis“, die wir zusammen mit den Kollegen von FR3 Alsace produzieren, und die monatlich ausgestrahlt wird: eine halbe Stunde, in der wir uns mit den Lebenswelten des anderen befassen, die von zwei Personen moderiert ist, die nicht nur jeder in der eigenen Sprache moderieren, sondern die spielerisch auch einmal die Sprache des anderen sprechen. Die Sendung wird hier von den Kollegen im Studio Freiburg gemacht – sehr schöne Bilder, ich bin sehr zufrieden mit dieser Sendung... ABER: die Quote ist nicht alles. Wir handeln nicht nach der Quote. Dennoch: wenn diese Sendung keine Quote hätte, könnte ich die Kosten nicht verantworten. Glücklicherweise hat diese Sendung eine solche Quote, mit der man zwar nicht zufrieden sein kann, aber dennoch sagt: „Wir machen weiter, und wir machen auch noch lange weiter!“

Welche Quote eine Sendung hat, steht nicht unbedingt im Zusammenhang mit der Qualität einer Sendung, sondern auch mit der Sendezeit usw. (Ich suche für Vis-à-Vis eine bessere Sendezeit, dann wird sie noch ein bisschen besser laufen. Aber: ein großes Interesse werden Sie für eine solche Sendung niemals finden. Das kann ich Ihnen sofort aus meiner journalistischen und meiner Medienerfahrung sagen. Dennoch: wir machen es.

Wir machen jeden Sonntag zur klassischen Hauptnachrichtenzeit „Dreiland aktuell“, eine Nachrichtensendung von acht Minuten, die ebenfalls von hier produziert wird, ebenfalls mit den Kollegen von FR3 Alsace, deren Material man übernimmt. So etwas können Sie in Grenzregionen machen, weil die Menschen, die hier leben, eine direkte Lebensgrenzerfahrung haben. Wir haben gerade hier im Raum Freiburg über 30 000 Menschen, die jeden Tag pendeln: Franzosen, die hier leben und drüben arbeiten oder dort leben und hier arbeiten. Ich bitte unsere Medienforschung immer ausdrücklich, sie soll die Frage nach „Vis-à-Vis“ und „Dreiland aktuell“ bitte nicht in Tauberbischofsheim oder in Stuttgart stellen, denn das dortige Interesse für diese Sendungen (die wir alle nicht landesweit ausstrahlen) ist sicher wesentlich geringer als hier.

Wir tun also etwas. Nur: Wir haben – da will ich Ihnen widersprechen – nicht den Auftrag, in dieser Gesellschaft etwas zu verändern. Wenn Medien, wenn Rundfunkanstalten, wenn Fernsehsender (und ganz schlimm wird es, wenn einzelne Redaktionen) für sich in Anspruch nehmen, sie möchten die Welt dahingehend ändern, wovon sie glauben, dass sie hingehen muss, dann wird es meiner Meinung nach ganz schlimm. Davor sollte man sich hüten. Wir haben einen Aufklärungsauftrag, wir haben einen Informationsauftrag, wir haben einen Bildungsauftrag und einen Unterhaltungsauftrag. Die Menschen dort draußen sind so erwachsen, wie sie sind – oder so erwachsen, wie sie nicht sind.

Rolf Dieter Renner

Vielen Dank für die weitere Klärung, die, glaube ich, jetzt auch sofortige Reaktionen hervorgerufen hat: Herr Berking, als Soziologe auch Spezialist für Globalisierungsfragen... Ich möchte dann... Herr Schmidt, ich habe Sie nicht vergessen, und Herr Bossuat, Sie hatten sich auch zu diesem Punkt der Medien, der nun doch spontanes Interesse erweckt, gemeldet.

Siegfried J. Schmidt

Herzlichen Dank, Herr Renner. Was die Mediendiskussion jetzt gerade für mich sehr deutlich gemacht hat, scheint mir ein ganz, ganz fundamentales Dilemma unserer Diskussion zu sein. Wir haben ja drei ganz unterschiedliche Kontexte. Worüber wir gerade diskutiert haben, ist eigentlich doch die Begrenzung der medialen Repräsentation auf nationale Kontexte.

Schauen Sie: das Wetter, die Wetterkarte in der Tagesschau kriegen Sie über den Wochentag hinweg immer nur bis zur Grenze. Am Wochenende erfahren Sie auch mal, wie das Wetter in Europa ist. Das ist aber ein generelles Dilemma: wir haben doch eigentlich drei unterschiedliche Ebenen, auf denen wir reden.

Und was soll jetzt eigentlich repräsentiert werden? Wir haben Europa. Als was? Wir haben bilaterale Beziehungen zwischen Staaten oder auch zwischen verschiedenen Kulturen – darüber haben Sie gerade diskutiert. Und wir haben dann gewissermaßen die Bilder. Meine These wäre: all das, was wir über Europa erfahren, geht über nationale Filter, über nationale Medienkontexte. Und daraus würde doch jetzt etwas sehr Interessantes resultieren. Daraus würde nämlich möglicherweise die Erfahrung resultieren müssen, dass das, was die Franzosen unter diesem Tertium, nämlich Europa, vermittelt bekommen, vielleicht etwas ganz anderes ist als das, was die Deutschen oder die Polen oder die Bulgaren unter diesem Tertium Europa vermittelt bekommen.

Jetzt würde ich gerne wissen: Worüber reden wir an dem Punkt dann eigentlich? Wenn Sie mal diese territoriale Konstruktion von Nationalstaaten wegstreichen... ich kam das erste Mal in ein political science department in den USA, und da hing eine Weltkarte. Und diese Weltkarte hat mich völlig verblüfft: in der Mitte war der Pazifische Ozean, und Europa war durchgeschnitten. Rechts oben war ein Stück, und links oben war ein Stück. Und da dachte ich: so kann man die Welt auch sehen. Was sieht man eigentlich, wenn man die Welt so sieht? Und in diesem Sinne, denke ich, ist mir jetzt so klar und deutlich geworden: wir reden über dieses Dritte – über das, was Europa als „Mehr“ im bezug auf das Europa der Nationen, der Nationalstaaten usw. sein soll – in einer sehr paradoxen Art und Weise, nämlich indem wir permanent das Nationalstaatsmodell nehmen, um über dieses Dritte zu reden. Und damit verliert sich für mich immer die Perspektive auf das, was denn Europa eigentlich sein soll respektive worüber wir eigentlich reden.

Willi Steul

Nur mal eine Nachfrage: Es gibt diese „dritte Identität“ Europas – neben dem Nationalen, dem Binationalen – nicht. Die gibt es als Bürokratie. Gibt es die als Begriff? Können wir die mit Mythen, einer Geschichte füllen, mit etwas, mit dem man sich jenseits der bürokratisch-administrativen Vorgänge identifizieren kann?

Siegfried J. Schmidt

Ganz kurz dazu: ja! Natürlich – es gibt die andauernde Diskussion über die Idee des kulturellen Europas. Wie geht die Standarderzählung? Griechenland, Rom, dann kommt die Renaissance über die Alpen, wie Sie es so schön beschrieben haben, dann rast man durch die Reformation, und dazwischen vergisst man viel. Und dann ist man aber auch schon bei Demokratie und Freiheit. Und das Ganze wird territorial natürlich auch noch einmal eingebunden.

Jetzt haben Sie eine historische Diskussion, die da heißt: Gehört denn Russland zu Europa? Was ist denn mit der Türkei? Christentum? Das passt doch alles nicht. Und hier hätten Sie gewissermaßen dieses „permanente Einfalltor“. Wir haben ein Europa der Kulturen, über das diskutiert wird, wir haben ein Europa der Identitäten, über das diskutiert wird, wir haben ein politisches Europa, über das diskutiert wird, ein Europa der Zivilisation (gegenüber anderen Zivilisationen)... wir haben so viele Europabilder in bezug auf diese mediale Vermittlung, dass man sich, glaube ich, erst einmal darüber verständigen müsste, was eigentlich die Kampffronten sind, um die man streitet.

Rudolph Chimelli

Zwei kurze Bemerkungen: Ich glaube, Europa kann es nur als Konstrukt geben, als ein Konstrukt aus Konstrukten. Und gerade in dem Zusammenhang scheinen mir die Medien so wichtig zu sein, weil sie – da würde ich Ihnen völlig recht geben – eben keine Gestaltungsaufgabe haben, sondern eine Beobachtungsaufgabe. Und diese Beobachtungsaufgabe ist von zwei Kriterien bestimmt: Öffentlichkeit und Aktualität. Also ist die Frage: Warum gibt es nicht mehr Aktualität in diskursiven Europakonstruktionen, die es für die Medien interessant machen würde, das als Thema aufzugreifen?

Dass die Medien die Wirklichkeit nicht abbilden, ist, glaube ich, auch kein Thema, das wir noch diskutieren müssen. Sie konstruieren ihre Medienwirklichkeiten. Und danach müssen sie sich auch beurteilen lassen.

Ein Punkt noch: es ist bis jetzt nur über die klassischen Massenmedien geredet worden. Ich denke, wenn man einen Blick auf das Internet wirft, ergibt sich ein anderes Bild. In dem Moment, wo es in einem Medium interaktive Möglichkeiten gibt, gibt es auch Formen der Kooperation, der Co-Diskurse innerhalb einer bestimmten „Fiktion Europa“, die – meines Erachtens – in Zukunft immer wichtiger werden und die mit einem rudimentären Küchenenglisch dann auch noch hingekriegt werden können. Das läuft in allen anderen Bereichen auch so. Das läuft im ganzen Bereich der Popkultur. Warum soll es nicht auch im Bereich eines „Pop-Europa“ möglich sein?

Letzter Punkt: Herr Bury hat gestern gesagt, die Europapolitik müsse sichtbar und berechenbar werden. Ich denke, das ist genau das, was die Medien in Zukunft leisten werden. Und dann ist natürlich die Frage: Wie beurteilt man das, wenn nun die europäischen Repräsentanten ähnliche „Medienstars“ werden, wie es die nationalen Repräsentanten schon immer gewesen sind? Und da liegt dann wieder die berühmte Frage: politisches System – Mediensystem – gibt es da irgendeine Form von Kolonialisierung? Oder behalten die beiden ihre Selbstständigkeit? Das wäre mein Plädoyer, um beobachtbar zu machen, was auf dem Wege zu einer Fiktion Europa passiert.

Ich denke, das ist der entscheidende Punkt. Nicht, dass wir „kulturelle Grenzen“ überwinden, Sprachgrenzen überwinden – das halte ich alles für relativ illusorisch. Aber dass diese Prozesse unter den jeweils eigenen kulturellen Bedingungen beobachtbar gemacht werden: das ist der zentrale Punkt. Denn dann muss man sich entscheiden. Und dann muss man sehen, mit welcher Differenz man diese Beobachtungen weiter bearbeitet. Und wenn

diese Differenzen auf einen Europadiskurs abgestimmt, „getuned“ sind, dann kommen wir einen Schritt weiter. Alle anderen „primären“ Unifikationsprozesse halte ich aus kulturtheoretischen Gründen für ziemlich problematisch. Das ist auch nicht das Europa. Und darum habe ich mit Herrn Rumsfeld begonnen: weil der uns im Grunde eine Unterscheidung angeboten hat, die wir jetzt weiter bearbeiten müssen. Und wir bearbeiten sie auch.

Rudolph Chimelli

Es gibt einen Aspekt, den ich in einer Fußnote erledigen kann. Die Wahrnehmung Europas besteht zum großen Teil in der Berichterstattung aus Brüssel. Und die meisten Redaktionen sind in Brüssel sehr stark und auch sehr gut besetzt – das Thema verdient es.

Aber ich möchte Sie auf eine Kuriosität hinweisen: In den meisten Redaktionen möchten sehr viele Leute gerne Korrespondenten in Rom, in London, in Paris, in Washington werden, manche auch in Peking. Sehr ungern gehen die Leute nach Brüssel. Denn für Brüssel gilt unter Kollegen die Regel: „In Brüssel ist alles wichtig, und in Brüssel ist alles langweilig.“ Es handelt sich immer um eine Materie, die schwer zu präsentieren und für das Publikum schwer verständlich zu machen ist. Danke.

Gérard Bossuat

Moi je veux revenir sur quelques remarques qui ont été faites sur le franco-allemand. Je pense que notre discussion ne doit pas uniquement tourner autour du franco-allemand, même si on est, évidemment, dans un cadre franco-allemand. Parce que le témoignage que vous apportez, effectivement, sur la situation de l'Allemand en France – elle est ce que vous dites.

Moi je le vois bien au niveau universitaire. Ce n'est pas désespérant non plus ; il ne faut pas non plus exagérer. Mais, si vous voulez, la connaissance que vous exigez des Français de l'Allemagne (inversement, je présume des Allemands de la France), dans un cadre européen, on est bien amené, dans le fond, à se poser la question aussi de la connaissance des autres Etats. Qui connaît actuellement les pays baltes, les nouveaux pays adhérents etc. ? Et d'ailleurs, ces Etats nous connaissent-ils ?

Autrement dit : fonder une sorte d'identité culturelle commune suppose effectivement cet apprentissage. Alors je souhaiterais très fortement que le franco-allemand donne l'exemple, mais j'ai le sentiment quand même que cela va prendre un certain temps. Alors donc, c'est ma première remarque.

Deuxième chose : à travers d'autres interventions, la question qui est posée c'est de savoir comment se percevoir européen, voire même : comment se bâtir un esprit européen ? Effectivement vous abordez la question des médias. Moi, ce que j'observe de mon pays et de ma télévision, c'est qu'on a une chaîne qui s'appelle « L'Histoire », par exemple, il y a ARTE aussi, qui est quand même assez regardée en France, compris qu'elle est plus regardée en France qu'en Allemagne, d'ailleurs, en proportion. On a les chaînes européennes du genre Euronews etc., mais qui, enfin, n'ont pas de grande structuration et de grand contenu.

Je veux revenir sur les médias et sur pour l'histoire. En France, dans le fond, on nous propose sur cette chaîne *Histoire* des thématiques essentiellement nationales. C'est-à-dire que dans le fond, l'écho de l'histoire, c'est un écho national. Pourquoi ? Est-ce que les gens qui dirigent cette chaîne sont anti-européens ? Mais non. Je pense d'abord qu'ils utilisent aussi un fond disponible sous forme d'émissions qui sont faites, d'interviews qui sont disponibles etc. C'est aussi le fond disponible !

Troisième chose aussi : c'est vrai que ce sont des chaînes qui répondent (je pense à *L'Histoire*, entre autres, comme aux autres chaînes) à une demande sociale. Alors c'est là où il y a un problème. C'est-à-dire que la demande sociale ne se porte pas, elle ne va pas sur l'Europe, elle va sur les grands drames nationaux. En France, on s'interroge encore sur Vichy, la responsabilité de l'Etat, le génocide, la guerre d'Algérie, la responsabilité de la France et de l'Etat dans ces drames etc. J'ai presque envie de dire que le drame de l'Europe c'est qu'il n'y a pas de guerre. Enfin, il n'y a plus de guerre... Et, dans le fond, si on ne parle pas du franco-allemand, c'est que justement il n'y a plus de problèmes entre les Français et les Allemands.

Et donc on a un petit peu banalisé cette relation. L'extraordinaire c'est qu'auparavant on en avait besoin pendant vingt ans... le problème il n'existe plus. Donc est-ce qu'on est capable de se bâtir une sorte d'esprit européen, une sorte de valeurs communes européennes ? C'est là où je ne crois pas encore. Parce qu'on reste encore à raisonner dans un cadre national. Parce que nos références historiques, nos lieux de mémoire historiques sont encore des lieux de mémoire nationaux. Parce que nous n'avons pas encore réussi, dans le fond, à créer ces lieux de mémoire européens, autour desquels nous pourrions bâtir une sorte d'affectivité commune, d'émotion commune.

J'ai souvent dit, un peu pour pasticher, malheureusement : « Qu'est-ce que disait la Martine à propos du drapeau rouge et du Tricolore ? » « Le drapeau douze étoiles, il a fait le tour des bureaux européens, mais il n'a pas fait le tour du monde ». A la différence du drapeau français, pour prendre cet exemple-là. Et donc cela veut dire que la charge affective, la charge émotionnelle des citoyens de chacune de nos nations, de chacun de nos Etats, de chacun de nos pays, se porte dans le fond sur des symboles qui sont encore essentiellement nationaux.

Observons par exemple ce qui s'est passé en l'ex-Europe de l'Est où, dans le fond, la structuration post-communiste s'est faite souvent autour de la religion, autour de l'orthodoxie, autour de la langue. Regardons en Pologne aussi : toute cette revendication autour de (je ne sais pas comment dire) « la polonité » etc. Et dans le fond on a oublié la construction qu'on a à faire parallèlement. Mais vous voyez – quand je dis « On a oublié la construction qu'on a à faire... » – comme s'il y avait un devoir de construire une identité européenne.

Peut-être certains d'entre vous, d'entre nous, nous le pensons, mais je crois que (bon, Paris se n'est pas faite en un jour, pour reprendre cette expression) « l'Europe ne s'est pas faite en un jour ». Cela n'empêche qu'effectivement nous avons à définir mieux ce que sont nos valeurs partagées. Et ces valeurs partagées ne peuvent pas être uniquement ce que j'ai entendu hier, c'est-à-dire le partage de la démocratie, bien entendu, le partage de la liberté, bien entendu, le partage de la solidarité, ce qui est déjà un peu différent (parce que la solidarité on l'interprète peut-être un peu différemment les uns et les autres). Mais c'est dans le fond faire en sorte que l'Europe soit ressentie tout de même comme une sorte de patrie commune.

Evidemment c'est un choix que je défends là, d'une certaine manière. Mais je ne vois pas d'autres solutions.

Francis Cheneval

Ja, ich möchte jetzt doch die Frage nach der Finalität stellen. Wollen wir in Europa einen nationalistischen Wiederholungszwang auf kontinentaler Ebene durchführen und die lieux de mémoire usw. wiederholen? Man muss sich ja auch vergegenwärtigen, was das an Gewalt bedeutet hat. Ich denke, wenn Europa eine Zukunft hat, dann doch gerade dadurch, dass das nationalistische Prinzip überwunden wird und wir nicht auf europäisch-kontinentaler Ebene wiederholen wollen, was wir auf der nationalen Ebene gemacht haben.

Deshalb stehe ich den Konstruktionen, die dem mittlerweile etwas pathologischen US-Nationalismus (das gebe ich zu) nun gewissermaßen einen „Euro-Nationalismus“ entgegenstellen wollen, eigentlich auch mit großem Misstrauen gegenüber. Also, die Antwort kann doch nicht sein, dass wir dem forcierten Nationalismus der USA (der vielleicht noch etwas andauern wird, aber vielleicht auch saisonal ist, das weiß ich nicht) jetzt den Euro-Nationalismus entgegenstellen. Denn Europa, so wie ich es verstehe und wie es für mich Sinn macht, ist gerade die Idee der ständigen Transzendierung, der Dezentrierung dieser nationalen Homogenitäten. Und wir wollen doch jetzt nicht eine europäische Homogenität schaffen, die wir dann der US-amerikanischen entgegenstellen.

Ich denke, wenn Jürgen Habermas geschrieben hat, es gelte eine kosmopolitische Ordnung zu verwirklichen, dann bedeutet das doch auch, dass wir jetzt gerade nicht auf eine euro-nationalistische Karte setzen, sondern Europa einfach so weiterkonstruieren, wie es bisher gemacht wurde. Der Weg ist das Ziel, würde ich sagen. Dieser Prozess selbst ist das Ziel! Die Finalität einer nationalstaatlichen Homogenität ist gerade nicht das Ziel, sondern das, was es eigentlich zu überwinden gilt.

Rolf Dieter Renner

Vielen Dank. Ich bekomme leider von der Regie gesagt, wir müssen jetzt unsere Pause nehmen. Es ist ein bisschen unglücklich, denn ich glaube, wir sind im Moment an einem sehr spannenden Punkt. Und ich möchte eigentlich auch zu dem, was Herr Cheneval gesagt hat, spontan etwas sagen.

Die Diskussion, die jetzt in die Richtung eines europäischen Nationalismus geht, scheint mir nicht ganz angemessen wiederzugeben, was Herr Schmidt eingangs gesagt hat, als er den Terminus der „Transkulturalität“ dem US-Nationalismus gerade als ein wesentliches Merkmal dieses Prozesses europäischer Identitätsfindung entgegengestellt hat. Also, ich glaube, wir müssen schon beachten, dass diese wesentliche Einschränkung gemacht wurde. Aber ich denke, das ist der Punkt, an dem wir nach der Pause vielleicht weiter fortfahren sollten.

Ich würde auch gerne etwas zu dem Auseinanderdividieren der Beschreibungen von Europa als politisches, als bürokratisches oder als kulturelles Konstrukt sagen. Ich glaube, jenseits dieser – natürlich zulässigen – Auseinanderdividierungen in der Beschreibung müssen wir natürlich auch immer wieder nach dem Punkt der Erfahrung fragen. Wo kommen diese unterschiedlichen Konstruktionsmodelle in der individuellen Erfahrung zusammen? Wo berühren sie sich, wo berühren sie sich nicht?

Aber ich möchte das jetzt einfach als Ausgangsfrage für nach der Pause – Herr Schulthart, Sie entschuldigen – stellen.

Rolf Dieter Renner

Wir haben ja nun wirklich die Absicht, die Fragen an das Publikum weiterzugeben und das Publikum stärker einzubeziehen. Ich habe vorhin schon mal gesagt, dass ich ein bisschen Bedenken gegenüber der Konstruktion habe, die ausgehend von der Frage von Herrn Berking kam: „Worüber sprechen wir eigentlich?“. Es wurde sehr stark darauf abgehoben, Europa sei vielleicht nur eine Konstruktion – eine bürokratische, politische, kulturelle oder historische.

Ich habe dann doch mit Aufmerksamkeit den Beitrag von Herrn Cheneval registriert (der sich an der Universität Zürich ja mit europäischer Ideengeschichte befasst, also auch mit Legitimationsfragen Europas): die Frage, ob es so etwas wie einen europäischen

Nationalismus geben wird, sozusagen als Äquivalenzbildung zu früheren nationalen Nationalismen.

Ich denke, wir müssten auf zwei Dinge eingehen. Einmal – wie ich vorhin schon gesagt habe – das Konzept der Transkulturalität, das bei dieser Bestimmung Europas eine Rolle spielen müsste. Zweitens denke ich, die Frage danach, wie solche Konstruktionen denn wahrgenommen werden und wie sie in unser Leben hineinreichen, ist noch nicht aus der Welt geschafft (auch wenn wir die Konstruktionen beschreiben, bleibt sie immer noch übrig). Ich glaube, da gibt es auch Verschiebungen. Nehmen wir mehr die politische Konstruktion wahr, mehr die bürokratische oder mehr die ideengeschichtliche oder historische? Ich glaube, da hat es in letzter Zeit Verschiebungen gegeben, und diese Verschiebungen hängen eben auch damit zusammen, dass wir in einem Prozess stehen.

Was wir bis jetzt eigentlich noch gar nicht gemacht haben, ist, dass wir das Prozesshafte in einer langen Sicht betrachten – Europa, das sich irgendwo mal aus Griechenland oder sonstwie begründet. Wir sollten, glaube ich, den Blick auch auf das Prozesshafte der letzten Jahre richten. Und ich glaube, das kann man von zwei Punkten aus machen: von einem globalen und von einem sehr konkreten.

Wir könnten fragen (das ist übrigens eine Frage, die ich gerne an Herrn Chotard richten möchte – er ist Maire adjoint aus Nantes und hatte sich vorhin auch schon gemeldet. Und auch an Herrn von Kirchbach, der Kultur und Soziales in der Stadt Freiburg repräsentiert): Was hat sich denn in den letzten Jahrzehnten in der Wahrnehmung des Anderen, in der Wahrnehmung der europäischen Idee, der europäischen Orientierungen, auf der Ebene Kommunales-Interkommunales-Städtepartnerschaft verändert? Sie beide sind ja auch sehr mit der Frage der Städtepartnerschaften des deutsch-französischen Austauschs befasst.

Das wäre ein Komplex, und, Herr Neckel, ich denke, wir sollten auch einmal darüber sprechen, wie die Frage der europäischen Identität im Zusammenhang mit den globaleren Erfahrungen der letzten Jahrzehnte dargestellt oder diskutiert wurde. Da gab es mal eine Balkankrise, da gab es einen Irakkrieg, da gab es eine deutsche Vereinigung. Das sind ja Faktoren! Da gab es ein Größerwerden der Europäischen Union, in die nun Länder hineinkommen, die eine ganz andere historische Erfahrung haben. Hat das nicht sehr große Veränderungen bewirkt? Und bringt uns das nicht notwendigerweise auch dazu, unsere bisherige Art des Redens über Europa grundsätzlich zu verändern?

Ich möchte vielleicht mal mit Ihnen beiden, Herr Chotard und Herr von Kirchbach beginnen, bevor wir diesen zweiten, übergreifenden Komplex diskutieren, und Sie bitten, relativ kurz zu sprechen, denn wir wollen wirklich noch einige Zeit für Fragen haben.

Yvon Chotard

Merci M. le Président. Effectivement, dans le cadre de ce débat, moi je n'interviens pas au nom d'une spécialité scientifique ou professionnelle, mais au nom d'une ville, d'une ville française : la ville de Nantes, que vous repérez peut-être à l'ouest du continent, au bord de la Bretagne, sur l'Atlantique.

Nous sommes très fiers de nous présenter comme la porte atlantique de l'Europe. Vu de Nantes, je crois qu'il y aurait peut-être quelque chose d'un peu surpris dans le public nantais, à l'audition des interventions de ce matin, qui peuvent paraître un peu pessimistes, un peu angoissées, pour ne pas dire dépressives.

Je voudrais donc apporter le regard de loin, du Far West, pour vous dire: Non. Ne perdez pas de vue tout le chemin parcouru. Ce n'est pas parce que, actuellement, les petits Français ne veulent pas apprendre l'allemand, et les petits Allemands ne veulent pas apprendre le français, que c'est nécessairement dramatique. On se doutait bien, en permettant

à la Grande-Bretagne d'entrer en Europe (ce que ne souhaitaient pas vraiment nos dirigeants pendant une période), que cela aurait des conséquences linguistiques, et actuellement tout le monde veut parler anglais. Ça passera, et nous retrouverons nos langues nationales. Nous retrouverons le français, l'allemand. Personnellement, je ne suis pas inquiet sur ce plan. Ça me semble être le seul symptôme à redouter dans ce qui est décrit dans la période contemporaine comme un peu statique, pour ce qui est de la construction de l'identité européenne. Parce que pour le reste... et là, je répondrai directement à votre question qui était « Que s'est-il passé depuis dix, douze ans concernant les villes? » Et la réponse-réflexe qui me venait en vous entendant poser la question, c'était d'abord qu'effectivement il est plus simple de poser des questions que d'y répondre, mais deuxièmement la réponse c'est : banalisation.

Effectivement, les relations entre les villes françaises et les villes allemandes (par exemple entre Nantes et Sarrebruck, qui est la ville jumelle de Nantes) sont devenues terriblement banales. D'un certain point de vue, c'est une bonne chose. Si c'est devenu banal, c'est que donc cela va de soi et que cela ne pose plus de problèmes. Il n'y a pas d'enjeu dramatique derrière cette coopération qui fonctionne bien.

Je me trouvais donc hier en déplacement vers la ville de Fribourg. J'atterrissais à Strasbourg, une voiture venait me chercher, et on a traversé le Rhin. Pour un français (j'imagine pour un allemand aussi sauf s'il vit près du Rhin – donc au quotidien on oublie ces lieux de mémoire évoqués tout à l'heure) de l'ouest, le Rhin reste quelque chose de magique, d'inquiétant, de dramatique. Le Rhin, c'est automatiquement le souvenir de trois guerres. Le Rhin, pour moi, c'est même le souvenir précis de mon grand-père qui a fait la guerre en '14-'18 et qui avait vu la cathédrale de Strasbourg dont il m'a parlé quand j'ai été enfant. Il l'a vue à l'occasion de cette guerre. Son frère est mort à l'occasion de cette guerre, comme bon nombre des anciens de nos familles à tous.

Sans vouloir faire de pathos à ce sujet, je voudrais seulement rappeler (et en particulier aux jeunes générations) que nous avons connu les drames atroces de guerres nationalistes stupides. Nous avons connu l'horreur de la destruction de notre continent pour des raisons encore mal comprises maintenant, même si on a tendance à simplifier avec des théories – je ne veux pas dire médiatiques, mais vous me comprendrez...

On sait bien que les enjeux à cet égard ne sont pas seulement l'anti-nazisme ou l'anti-totalitarisme. Avant l'invention du nazisme et même avant l'invention du stalinisme, il y avait des guerres cruelles entre nos entités collectives en Europe. Et cela est dépassé. Aujourd'hui, la relation entre des villes jumelles françaises et allemandes est devenue quelque chose de banal. C'est formidable! N'oublions pas cela. N'oublions pas que nous avons un passé qui n'a pas été plaisant, et que ces difficultés ont été surmontées, et que nous sommes dans un processus, dans une trajectoire qui a eu un commencement et qui ne connaît pas encore sa fin.

Et je crois que l'angoisse que l'on peut ressentir actuellement, cette dépression dont je parlais, c'est celle du voyageur qui se trouve entre deux étapes. On a traversé un pays, on s'apprête à traverser un autre, et on se dit, dans le désert, sur la route, « mais à quoi bon ? Où va-t-on ? Qu'est-ce qui se passe ? » Mais cela ne veut pas dire que l'itinéraire n'a pas de sens. Je suis convaincu qu'il y en a en. J'abrègerai mon propos en proposant de réfléchir à l'aspect suivant du problème:

Nous réfléchissons à la question de savoir quelle est cette identité à laquelle nous nous référons – l'Europe. Bon. Tout de même: Est-ce qu'il y a une entité de cette importance dans l'histoire de l'humanité qui a autant de références communes ? On a évoqué rapidement la Grèce, et presque en s'en défendant. Pourquoi? La Grèce c'est formidable. Et la Grèce, c'est à nous tous. On a évoqué Rome. Rome – c'est Rome la République, Rome l'Empire. Mais Rome l'Eglise : c'est la Réforme, c'est la Renaissance, ce sont les Lumières après. Quelle est la nation de l'importance dans l'Europe, dans le monde qui a de telles références culturelles

communes et de cette richesse ? Et je n'aborde même pas l'apport judéo, outre donc les sources gréco-romaines, et puis tout le reste. Je vous épargne la description de l'ouragan européen qui s'est approvisionné partout en idées, en richesses. Et ce patrimoine est toujours là ! Ce n'est pas parce que nous l'oublions que le patrimoine n'est plus là. Donc moi, je ne suis pas inquiet. Je pense que nous retrouverons cette source culturelle identitaire commune. C'est là.

Bon. Je voudrais seulement suggérer d'envisager qu'à côté de l'entrée dans le sujet type clash des civilisations – la grande Europe – opposition ou pas opposition avec l'Amérique – l'Occident... Bon, je n'entre pas dans ce débat très intéressant, cela nous amènerait trop loin. Mais c'est une entrée éventuellement dans le sujet, c'est d'entrer par le haut et de dire : cette entité collective, cette identité collective, comment parle-t-on, comment la ressent-on, comment les médias vont-elles la populariser ? C'est une entrée, mais ce n'est peut-être pas le plus simple, le plus commode actuellement, c'est ce qui semble ressortir de la discussion qu'on a eue tout à l'heure.

Deuxième entrée : elle n'est pas plus commode. C'est celle confédérale, c'est-à-dire l'entrée par les nations. On en a parlé aussi. Bon. Nos nations (qui sont toujours des monstres froids, même si les monstres se sont encore un peu refroidis au sens où ils sont moins vivants) ont du mal à coexister, cohabiter. Le mérite de nos gouvernants a été immense de contraindre ces bêtes-là à se tenir tranquilles et à, malgré tout, avancer ensemble qu'un qu'un et maintenant, à vingt-cinq. Mais cela dit que ce n'est pas facile de choisir cette seconde entrée dans le sujet. Par les nations, je ne suis pas sûr qu'on puisse déboucher facilement.

Et il y a une troisième entrée. Cette troisième entrée, elle me paraît être riche de possibilités. C'est l'entrée, si j'ose dire, par le bas, l'entrée de service. Et qu'est-ce que c'est que le bas, qu'est-ce que c'est que le peuple, les peuples d'Europe ? Ce sont peut-être les villes. Les villes, comme les Etats, sont des entités collectives. Mais nous savons bien – on est à Fribourg, on se promène, on regarde – que les villes ne sont pas des monstres froids. Ce sont des entités, mais des entités chaleureuses, humaines, plaisantes, qui peuvent certainement échanger sur une base très riche qui viendrait renouveler le dialogue entre les peuples, renouveler la mobilisation des peuples d'Europe.

Moi je crois que c'est à cette espèce de confédération des villes d'Europe qu'il vient en aboutissement de ce grand travail des jumelages (qui était abordé par M. le Président tout à l'heure) et qui, maintenant, est entrée dans une phase complémentaire. Il n'y a pas seulement des villes jumelles, par exemple Nantes – Sarrebruck ou Fribourg qui est jumelé avec Besançon. Nantes est aujourd'hui à Fribourg, Fribourg était avant-hier à Nantes dans le cadre d'un colloque littéraire.

Nos villes fonctionnent en réseau. Les jumelages ne sont que certains des chaînons. Pour le reste, comme ces autoroutes qui relient nos villes : nos villes sont reliées par la pensée, par l'action, par un destin commun. Et c'est quelque chose qui nous renvoie encore à la Grèce : n'oublions pas que la Grèce n'était pas elle-même une nation. Plutôt c'était, comme l'Europe, une nation problématique où on parlait pourtant la même langue ; mais c'étaient des villes qui se chamaiaient, qui se faisaient la guerre, qui se mobilisaient quelquefois et qui ont laissé la même empreinte. Je crois que les villes d'Europe sont en train de fabriquer cette empreinte-là, et je ne suis pas pessimiste.

Rolf Dieter Renner

Vielen Dank für diese Eröffnung einer auch sehr konkreten Perspektive, die nicht verschwiegen hat, dass hier – Herr Bossuat hat das angesprochen – natürlich immer noch geschichtliche Erfahrungen da sind, deren Bewältigung keineswegs so selbstverständlich ist. Gestern war immer auch sehr viel die Rede von der „ersten Generation“ der Versöhner – ich

glaube, dieser Gedanke der Versöhnung ist nicht einfach weg, kann nicht einfach weg sein, sondern muss eine Aufgabe sein. Das haben wir auch gestern gehört. Und es ist, glaube ich, wichtig, dass im Rahmen solcher Netzwerke, wie Sie sie beschrieben haben, solche Erinnerungen präsent gehalten werden. Das ist eine wichtige Erfahrung.

Sie haben auch die ganze Problematik angesprochen, die dann aufbricht, wenn man das Vergangene präsent macht, wenn man den Rhein als einen lieu de mémoire sieht, der aus deutscher und aus französischer Sicht eben äußerst unterschiedlich besetzt sein kann. Ich glaube, das ist ein Punkt, der uns deutlich macht, wie hier die Probleme der Verständigung und die unterschiedlichen historischen Erfahrungen sehr eng ineinander greifen. Sie, Herr von Kirchbach, können vielleicht Ähnliches aus Ihrem Bereich berichten.

Ulrich von Kirchbach

Herr Steul hat vorhin von den Sprachbarrieren, die immer bleiben werden, von den Grenzen der Verständigung gesprochen. Ich glaube, wir müssen die Verständigung an den Kommunen, an der Basis ausloten. Wir haben ja mehrere europäische Partnerschaften: mit Granada, mit Guildford, mit Padua und natürlich vor allem mit Besançon. Hier kann Europa konkret erlebbar und erfahrbar gemacht werden. Wenn Partnerschaften über Vereine, über Schulen gelebt werden, dann kann auch das gegenseitige Verständnis, die Akzeptanz füreinander und der gegenseitige Respekt voreinander geschaffen werden.

Wir gehen in Freiburg ja auch sehr viel weiter: wir haben eine deutsch-französische Grundschule, eine école maternelle, ein deutsch-französisches Gymnasium (auch dies ist, glaube ich, essentiell in Europa, aber auch zur Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen), und wir haben einen sehr lebhaften Austausch mit der Stadt Mulhouse. Es finden regelmäßig einmal im Jahr gemeinsame Gemeinderatssitzungen statt, wo auch konkrete Beschlüsse gefasst werden. Jetzt wollen wir beispielsweise den kulturellen Austausch vertiefen. Wir haben auch konkrete Projekte beschlossen, was die beiden Akademien anbelangt. Wir wollen gemeinsame Symposien machen, jetzt beispielsweise ausgehend vom Europäischen Jahr der Behinderten – zwei Mal im Jahr wollen wir uns konkret mit der Situation der Behinderten vor Ort in Freiburg und Mulhouse beschäftigen.

Ich glaube, dies ist der richtige Weg. Und dann werden wir auch ein gemeinsames Europa schaffen. Dies wird keine Nation sein: es gibt ja auch Grenzen der Verständigung innerhalb einer Nation. Es gibt Grenzen der Verständigung zwischen Preußen und zwischen Bayern, und es gibt Grenzen der Verständigung innerhalb eines Bundeslandes (zwischen Badenern und zwischen Schwaben). Und deshalb sollten wir einfach auf diese gemeinsame Verständigung hinwirken.

Zum Abschluss möchte ich zur Transkulturalität einfach noch ein Zitat bringen, das es vielleicht auch trifft. Es ist von Vaclav Havel: „All die verschiedenen Nationen und Kulturen müssen sich keineswegs den anderen anpassen. Es wäre ausreichend, wenn sie sich als legitime und gleichberechtigte Partner akzeptieren würden. Sie müssen sich nicht einmal gegenseitig verstehen können; es wäre ausreichend, wenn sie sich gegenseitig Respekt erweisen würden, wenn sie ihre Andersartigkeit akzeptieren und in Ehren halten würden. Denn gegenseitiges Verständnis kann nur da entstehen, wo bereits gegenseitiger Respekt besteht.“

Ich denke, das ist essentiell und darauf sollten wir aufbauen. Und wir sind ja schon sehr viel weiter: alleine der Euro, den wir eingeführt haben, hat in den Köpfen schon viel für ein zusammenwachsendes Europa bewegt. Und vielleicht entsteht ja dann auch noch einmal eine europäische Identität.

Rolf Dieter Renner

Ja, vielen Dank, Herr Chotard und Herr von Kirchbach. Sie haben den Blick auf die Frage „Europa unter der Perspektive der deutsch-französischen Beziehungen“ gelenkt. Das ist sinnvoll. Das ist auch die Idee unserer Veranstaltung. Aber wir sind natürlich auch von der Überlegung ausgegangen, dass dieser Blick möglicherweise ein trügerischer ist, dass es auch wichtig ist (und in zunehmendem Maße wichtig wird), von den Rändern des entstehenden Europas den Blick auf Europa, auf Deutschland und Frankreich zu richten.

Wir haben – ich habe es vorhin angedeutet (und das ist die Frage, die ich an Herrn Neckel richten möchte) – ja erleben müssen, dass das europäische Selbstverständnis, dass sich viele der Formeln, mit denen über das Thema zu sprechen wir gewohnt waren oder manchmal auch noch gewohnt sind, durch Ereignisse auf dem Balkan, durch Ereignisse im Irak verändert haben. Wie stellt sich denn die Möglichkeit einer Selbstfindung Europas unter dem Blickwinkel dieser Herausforderungen dar? Herr Neckel?

Sighard Neckel

Erlauben Sie mir vielleicht, in diesem Zusammenhang insgesamt etwas zu der Diskussion zu sagen, die ich schon überraschend finde, weil ich mir vorgestellt habe, diese Diskussion hätte man im Grunde genommen genauso 1984 oder 1987 führen können; vielleicht nicht mehr 1995... Mir ist, gestern und auch heute, deutlich geworden, was eigentlich das wirkliche Problem von Europa ist: Europa ist (so verhandeln auch wir das, so ist es auch gestern verhandelt worden) ein Element dessen, was man die „repräsentative Kultur“ nennen kann oder was mein verstorbener französischer Kollege Pierre Bourdieu „legitime Kultur“ genannt hätte. Also eine Art der Kultur, die sich für das Zeremonielle, für das Ideale, für die Selbstdarstellung, für die Beschwörungen eignet.

Die europäische Wirklichkeit sieht in vielerlei Hinsicht ganz, ganz anders aus. Wir sprechen vielfach überhaupt nicht über die Wirklichkeit von Europa. Wir sprechen nicht über die soziale, über die gesellschaftliche Wirklichkeit von Europa und auch nicht über die politische Wirklichkeit von Europa. Die gesellschaftliche Wirklichkeit von Europa – nur ein ganz kurzer Moment – sieht so aus, dass Europa natürlich vor allen Dingen mit sozialen Gegensätzen einhergeht, mit denen wir uns vertraut machen müssen.

Das heißt, die Chancen, die Europa repräsentiert, sind in der europäischen Bevölkerung insgesamt (unabhängig von einzelnen europäischen Nationen) völlig ungleichmäßig verteilt. Europa ist nicht nur im repräsentativen, sondern auch im schnöden Bereich materieller und beruflicher Interessen und Statusinteressen ein „Projekt“, das im wesentlichen den oberen Mittelschichten dient, weil sich hier eine „Erweiterung von Optionen“ ergibt. Das bezeugen dann ja auch die Berichte!

Das bricht sich also runter, wenn man so will. In jeder Kommune ist Europa ein Thema der Gymnasien. Auf den Hauptschulen hat man vor Europa nur Angst, weil dort Europa keine Erweiterung der Optionen bedeutet, sondern eine Vervielfältigung der Konkurrenz. Und wir müssen uns diesen gesellschaftlichen Wirklichkeiten stellen. Die müssen überhaupt in unseren Diskursen vorkommen! Und ich glaube, dass sie bisher ein bisschen zu wenig vorgekommen sind. Wir müssen weg davon, dass Europa nicht nur im bürokratischen, sondern auch im gesellschaftlichen Sinne gewissermaßen ein „Oberschichtenprojekt“ ist.

Das ist das eine. Das andere ist politisch. Wir diskutieren so, als ob es viele Ereignisse gar nicht gegeben hätte: als ob es 1989/90 nicht gegeben hätte, als ob es den tiefen Einschnitt, den der Balkankrieg für Europa bedeutet hat, nicht gegeben hätte. Wir diskutieren so, als ob es Srebrenica, wo unter den Augen Europas grausamste Verbrechen stattgefunden haben (und

wir haben sie hingenommen! Unsere Regierungen haben sie hingenommen!), nicht gegeben hätte, als ob es den Irak-Krieg nicht gegeben hätte etc.

In diesem Zusammenhang finde ich den Begriff des „Euronationalismus“, der genannt wurde, äußerst unglücklich. Denn es geht doch im Augenblick eigentlich darum, gerade angesichts der Notwendigkeit, eine europäische Politik durchaus auch gegen die Instrumentalisierung supranationaler, transnationaler politischer Institutionen zu betreiben. Die Instrumentalisierung, die da, im UN-Sicherheitsrat etc., geschehen ist: es geht darum, eine Politik, die das Völkerrecht schon auch in einer schamlosen Weise gebrochen hat (schamlos deswegen, weil uns nachträglich erzählt wurde: „Ja, das mit den Massenvernichtungswaffen, das war alles nicht so gemeint...“), zu betreiben. Dass tatsächlich ehrwürdige Institutionen, die nicht nur Europa, sondern die Völkergemeinschaft nach dem zweiten Weltkrieg geschaffen hat, einfach nur quasi als eine mediale Bühne der Selbstinszenierung missbraucht worden sind! Es geht darum, angemessene Antworten zu finden. Und das beinhaltet natürlich – würde ich schon denken – eine Kritik an der gegenwärtigen amerikanischen Administration. Das bedeutet aber vor allen Dingen auch eine Form der Selbstkritik der europäischen Länder. Eine Selbstkritik, die eben mit dem Verhalten im Balkankrieg beginnen müsste. Zumindest damit, wenn nicht sogar schon vorher.

Ich meine, wir haben eine Phase erlebt, die in den letzten Monaten als eine Krise der europäischen Idee interpretiert worden ist. In den Wochen vor dem Irak-Krieg nämlich, als sich die europäischen Länder und Regierungen und Öffentlichkeiten sehr heftig über den besten Weg, über die politische Richtung gestritten haben. Ich fand, dass das der einzige Weg ist, wie es tatsächlich gelingen kann, Europa aus diesem sterilen Bereich der repräsentativen Kultur herauszubringen. Wenn Sie so wollen, war das eine Phase, wo es tatsächlich die Konstitution einer europäischen Öffentlichkeit durch Konflikt gegeben hat.

Und das waren Konflikte, die interessant waren, wenn man sie verfolgte. Zunächst haben sie nämlich vermeintlich immer die Befürchtungen bestätigt, dass jetzt wieder die nationalen Stereotypen ausbrächen. Und es sind ja viele nationale Stereotypen gewissermaßen „subkutan“, auch in den Medientexten, immer wieder verhandelt worden: das Bild vom raffinierten Franzosen, der mit diplomatischem Raffinement versucht, die Amerikaner auszutricksen; die immer etwas tumben Deutschen, die ständig ihre Gesinnung bemühen, aber praktisch nicht politikfähig sind; die Osteuropäer, die an ihren eigenen Vorteil denken... Eine interessante Situation, weil es gewissermaßen auch ein Durchbruch einer europäischen Diskurswirklichkeit war. Und ich glaube, dass wir uns dieser Wirklichkeit stellen müssen.

Daraus können wir im übrigen auch lernen, wie es in den europäischen Lebenswelten gelungen ist, unter dem Aspekt der Multiethnizität mit Verschiedenartigkeit umzugehen. Ich meine, wenn sich in den europäischen Ländern eine Kultur des Spiels mit den Differenzen und des offenen Aushandelns von Interessen verbreiten würde (so wie das teilweise ja etwa auch – was das Spiel mit den Interessen betrifft – in den multiethnischen Kulturen europäischer Großstädte der Fall ist), dann wäre viel gewonnen. Jedenfalls wäre mehr gewonnen, als wenn wir tatsächlich Beschwörungsdiskurse fortführen.

Und deshalb würde ich sagen, dass es jetzt im Augenblick darauf ankäme, diesen Prozess, in dem man durch einen gemeinsam durchgestandenen Konflikt und die Erfahrung eines gemeinsam durchgestandenen Konflikts tatsächlich zu einer in Erfahrung begründeten Form von Identität, von Gemeinsamkeit gelangt, zu befördern. Und das hieße tatsächlich erst mal, soziale, gesellschaftliche, politische Differenzen auszusprechen und auch die Möglichkeit zu geben, dass sie ausgesprochen werden können.

Das ist dringend notwendig! Gerade hier von Freiburg aus, wenn man so will, dem „alten Westen“ Europas im besten Sinne des Wortes, der auch in Freiburg zu Hause ist, darf es natürlich nicht gleichgültig bleiben, wenn zum Beispiel ein Land wie Polen, das historisch etwa mit Frankreich viele Berührungspunkte hat, wenn auf einmal die Polen die ersten Atlantiker sind. Das muss doch eigentlich eine ganze Welle von Bemühungen der

gegenseitigen Verständigung, aber auch der gegenseitigen Auseinandersetzung auslösen. Und das würde ich nicht als einen „Euronationalismus“ bezeichnen, sondern als einen notwendigen politischen Prozess.

Rolf Dieter Renner

Vielen Dank. Ich möchte diese sehr dezidierte Stellungnahme zum Anlass nehmen, das Gespräch für das Publikum zu öffnen, und ich wäre glücklich, wenn Sie sich jetzt unmittelbar in die Diskussion einschalten würden, damit wir auch von der repräsentativen Herstellung Europas auf dem Podium wegkommen würden und zumindest zu einer Saalöffentlichkeit voranschreiten können.

Peter Wien

Ich melde mich nicht, weil ich von ARTE bin, sondern weil ich nicht einverstanden bin, was meine Kollegen Journalisten an pessimistischen Äußerungen zu Europa gemacht haben.

Ich kann Ihnen sagen, es gibt Hoffnung. Viel mehr, als hier dargestellt worden ist! Weil sie nämlich die Rolle der Medien auf die Rolle der Informationsmedien reduziert haben... Medien sind natürlich unendlich viel mehr; sie sind die großen Geschichtenerzähler. Die Erzählkultur in Europa und in anderen Ländern ist immer ein ganz wesentlicher Teil der Identität. Es ist ja kein Zufall, dass die Diskussion um die identité culturelle in Frankreich eigentlich nichts anderes meint als die Freiheit, die Geschichten in Frankreich so zu erzählen, wie sie sie erzählen wollen, und sie unter ökonomischem Druck, etwa der Amerikaner, nicht mehr erzählen zu können. Das heißt, identité culturelle transportiert sich über das Geschichtenerzählen. Und Fernsehen erzählt ununterbrochen Geschichten. Das ist der Teil der Medien, der – meiner Meinung nach – viel bewusstseinsverändernder als der Informationsteil ist.

Und da, denke ich, gibt es eine ganze Menge an Bewegung. Wenn man sieht, dass schon aus ökonomischen Gründen die Geschichten nicht mehr national erzählt werden können, und dass zum Beispiel das Netz internationaler Koproduktionen inzwischen so eng geknüpft ist, dass es praktisch keine nationale Produktion mehr gibt (oder Produktionen, die national aussehen, aber fünf Koproduktionspartner in fünf verschiedenen Ländern haben), dann sieht man auch, dass da gemeinsame Nenner gesucht werden, mit denen eine schon europäische Identität entsteht – und ich denke, da ist die Hoffnung.

Willi Steul

Ich stimme Peter Wien absolut zu. Wir haben über „Was können wir Medien beitragen zu...?“ geredet – natürlich haben wir von den Informationsmedien gesprochen. Mir schoss die große Napoleon-Produktion durch den Kopf: der französische Mythos par excellence wurde vom ZDF und von ARTE mitfinanziert.

Rolf Dieter Renner

Darf ich um weitere Fragen bitten?

Zuhörer

Je voulais parler des Medien. Vous avez beaucoup parlé des médias ; je voulais en parler d'une manière un peu plus concrète. Je me présente rapidement : je suis français. Je vis en Allemagne depuis très longtemps. Je suis arrivé en Allemagne pour la première fois en 1944, en tant que Fremdarbeiter, c'est-à-dire en période nazi. Donc j'ai vécu toutes les évolutions des faits, des esprits, des mentalités en France et en Allemagne depuis cette époque et dans différentes périodes.

J'en suis arrivé à la conclusion que, aujourd'hui encore, il y a dans les mentalités et les comportements français et allemand, si je puis dire, de grosses différences. Et je pense que, justement, le *Projekt Europa* devrait aider à une meilleure compréhension et à ce que les liens des pays, particulièrement entre la France et l'Allemagne deviennent plus étroits... Ce qui est mieux en Allemagne soit adopté en France, ce qui est mieux en France soit adopté en Allemagne. C'est-à-dire, pour reprendre une parole de Tony Blair qui l'a dit : « N'ayons pas peur d'apporter ce qui se fait de mieux ailleurs pour que l'on le réalise chez nous. »

Pour parler donc de manière plus concrète concernant les médias : j'ai voulu profiter. Je pense justement que dans de telles assemblées, les spécialistes, les personnes d'influence dont vous faites partie peuvent et doivent, dans leurs pays respectifs, faire connaître ce qu'il y a de mieux dans l'autre pays. Je voulais en particulier m'adresser aux participants français ; pour le faire, j'avais préparé d'ailleurs une petite note écrite très prudemment avec la prière – je ne savais pas où je pouvais m'exprimer – de remettre cette note aux participants français. Je dois d'abord dire que cela a été refusé : Njet. Je ne sais pas qui a refusé, mais c'était comme ça. Donc entre la théorie et la pratique, il y a une certaine différence.

Ceci dit : l'un des grands problèmes, justement, c'est le problème comment les médias allemands et les médias français présentent les problèmes essentiels. Vivre en Allemagne chaque jour : à plusieurs chaînes allemandes, je peux suivre des discussions entre le Bundeskanzler, les ministres, les journalistes, les experts etc. Cela permet une meilleure compréhension pour le citoyen.

En France, cela n'existe pas. Résultat : à chaque problème à résoudre, c'est presque la guerre civile. On n'est pas capable d'arriver à des accords, d'arriver à des arrangements. Et je pense que les participants à de telles assemblées (je m'adresse donc aux Français ; il n'y a pas beaucoup – il n'a que deux ou trois ici, et c'est pour cela que j'ai écrit cette note...), qu'au moins dans le cadre du *Projekt Europa* et particulièrement en ce qui concerne la télévision, que ces débats contradictoires arrivent enfin en France, que les gens parlent entre eux, que les spécialistes parlent entre eux, que les gens qui ont des choses à débattre débattent entre eux, devant le public, devant le citoyen et le lecteur. C'est tout ce que j'avais à dire.

Rolf Dieter Renner

Vielen Dank. Darf ich um weitere Fragen an das Podium bitten?

Zuhörer

Je voudrais apporter à ce débat pluridisciplinaire une modeste contribution de la science politique. Cette recherche de l'identité européenne, la science politique contemporaine apporte un concept qui est celui de multi-appartenance. C'est vrai qu'aujourd'hui chaque citoyen se sent davantage le citoyen d'une ville. On a beaucoup souligné l'importance du réseau des villes. En particulier en France, il y a quelques décennies,

il n'existait que Paris et le désert français. Aujourd'hui la montée en puissance des capitales régionales est un phénomène majeur. Appartenance aux régions : bien entendu en Allemagne c'est quelque chose qui est vécu pendant des décennies. En France c'est aussi un phénomène nouveau. Appartenance bien sûr à la nation, mais appartenance également à l'Europe.

Ma deuxième remarque c'est que peut-être cette appartenance à l'Europe est la plus difficile. Pourquoi ? Parce que, précisément, l'Europe s'étant construite sur la réconciliation et sur l'élimination de la guerre, la construction européenne se fait dans la perspective des valeurs qui sont à la fois européennes, occidentales et ouvertes sur l'humanité. Et que ces valeurs que notre nouvelle charte des droits fondamentaux vient de consacrer sont à la fois des valeurs européennes, mais aussi des valeurs occidentales et des valeurs mondiales.

Alors quelle est la spécificité des références européennes parmi ces valeurs occidentales ? Je crois qu'on commence à en saisir un certain nombre, comme par exemple la priorité donnée à la sauvegarde de l'environnement, au développement durable, le rejet de la peine de mort que le Conseil de l'Europe a réalisé dans les textes et que nos Etats réalisent aujourd'hui dans les faits. Peut-être aussi une plus grande ouverture sur le multilatéralisme.

Il y a donc un certain nombre de valeurs spécifiques à l'Europe, mais dans le cadre de la civilisation occidentale qui sont en train d'émerger, et je crois que ces valeurs peut-être dans 10, 20 ou 30 ans (sans que ces valeurs s'affirment en quoi que ce soit contre la spécificité américaine ou la spécificité chinoise ou la spécificité hindou) donneront à la notion de citoyenneté européenne un contenu plus précis qu'elles ne peuvent le donner aujourd'hui. Je vous remercie.

Gérard Bossuat

Je pense que votre exposé résume assez bien les discussions qui ont eues lieu aussi dans les couloirs tout à l'heure avec les uns et les autres. Je crois qu'il est important dans le fond de réfléchir sur le fait de savoir s'il existe ou non une spécificité européenne en termes de valeurs. C'est vrai que nous avons, dans le fond, depuis très longtemps (et en particulier depuis j'ai envie de dire la Renaissance) considéré que les valeurs dites européennes ou développées sur le sol européen étaient universelles. En histoire, par exemple, on observe que Victor Hugo, en 1849, faisait une réunion à Paris qu'on appelle « le Congrès de la Paix ». C'était dans le cadre d'une conférence internationale : il y avait des Américains, des gens comme ça. Et pourtant il parlait des « Etats Unis d'Europe ».

Donc depuis 1945, depuis 1950, voire même, disons, depuis l'entre-deux-guerres avec Briand, le projet de fédération européenne etc., il me semble qu'on a européennisé d'une certaine manière certaines de ces valeurs dites universelles européennes qui ont marqué aussi l'organisation des Nations Unies.

Pourquoi ? Entre autres aussi parce que d'autres régions du monde ont été décolonisées. Dans le fond, l'effet de la décolonisation avec Bandung fait que déserts géographiques, culturelles etc. ont repris conscience d'elles-mêmes, de leur existence, de leurs valeurs. On n'en est plus à propos de l'Afrique à parler d'ethnies, de tribus. On emploie maintenant des mots nouveaux comme « royaume », « Etat » etc.

Donc cela veut dire qu'il y a une réappropriation par le monde non-européen de ses valeurs, de son identité. Donc nécessairement, ceux qui paraissaient universelles comme valeurs (enfin, quelques valeurs européennes qui paraissaient universelles) sont réduites dans le fond à n'être plus que valides pour l'Europe. Donc je crois qu'il faut qu'on arrive dans le fond maintenant à mettre au point un corpus de valeurs que vous avez esquissé : environnement, rejet de la peine de mort, développement durable etc...

C'est vrai que nous partageons tous dans le monde actuellement, au nom de la Charte des Nations Unies, l'idée que la démocratie et la liberté sont les biens suprêmes. Est-ce qu'il

n'y a pas chez nous une insistance plus grande à insister sur le respect de la personne ? Il me semble que la notion de personnalisme est quelque chose de très fort chez nous.

Est-ce qu'on arrive actuellement à définir un véritable corpus de valeurs européennes qui ne sont pas exclusives des autres ? Tout ce qui a été dit sur le respect de la diversité, et j'ai envie de dire aussi au sein même de l'Europe... Respect de la diversité cela veut dire qu'il convient, dans ce cas-là, de favoriser au maximum la prise de conscience de cette diversité célébrée, j'ai presque envie de dire, non pas la diversité pour elle-même, mais la valeur que la diversité apporte ; ce qui est immense, ce qui est un combat extraordinaire, parce que aucun d'entre nous ne pourra jamais posséder la culture intime d'autres valeurs et d'autres cultures. Mais néanmoins c'est probablement dans cette direction-là qu'il faut aller.

Donc est-ce qu'on est capable actuellement ? Est-ce qu'on n'est pas un tournant où on est en train de se dire : « Bon voilà, il y a eu des valeurs européennes qui ont été universelles, qui se sont dites universelles. » Dans le fond, les valeurs de la Renaissance, des Lumières, même les valeurs de la Révolution française se sont présentées comme des valeurs universalistes. Et jusqu'en 1948, il me semble qu'on a vécu sur cette idée que les valeurs issues de l'Europe partagées par les Etats-Unis aussi étaient des valeurs universalistes. Alors il ne s'agit pas de renier cet universalisme, mais en même temps il faut qu'on comprenne que d'autres ne pensent probablement pas comme nous.

Regardez tous les débats concernant par exemple le Tribunal International ou la réflexion sur les génocides etc. Il y a des pays – la Chine – qui ne partagent pas exactement ces valeurs-là. Le respect de la personne humaine n'est pas le même. Alors est-ce que nous, nous allons dire que parce que nous sommes Européens et que nous défendons ce type de valeurs tout le monde doit le partager ? Moi j'ai envie de dire ça, évidemment. Mais en tout cas il faut qu'on passe en revue ce qui est universel – valeurs universelles – et puis peut-être effectivement des valeurs à proprement parler européennes.

Donc dans le fond on est peut-être à un moment de l'histoire où on est en train de se provincialiser, nous les Européens ; en ce sens qu'auparavant nous étions les maîtres du monde. Nous ne sommes plus les maîtres du monde, y compris en termes d'idées, et donc il faut qu'on arrive à reconnaître au moins ce qui nous unit dans un premier temps, et puis évidemment faire en sorte que ces valeurs ne soient absolument pas contradictoires, évidemment, avec des valeurs de solidarité, d'entente mondiale. Je ne conçois pas le développement d'une Europe unie qui puisse développer un Etat d'esprit nationaliste au sens du XIXème siècle. Il faut que nous soyons porteurs, effectivement, de cet espoir de solidarité et de liberté, mais aussi d'harmonisation sociale. Donc là, vous voyez, il y a déjà des valeurs nouvelles qui réapparaissent ; le respect profond de la personne humaine – oui, bien sûr. Mais c'est tout de même insuffisant ce que je dis là. Mais comment allons-nous bâtir en quelque sorte ce corpus de valeurs qui vont nous unir ? Nous tous, les 25, et peut-être plus encore, ...(fin de bande)

Francis Cheneval

Juste peut-être pour reprendre le terme d'euro-nalisme : je l'ai utilisé comme une notion critique, une sorte d'avertissement. Justement pour dire que cela ne devrait pas être le projet de l'Europe : de devenir une nation et de confirmer les lieux de mémoire et les récits nationaux dans le sens du XIXème siècle. Justement il faut éviter la reproduction de nationalismes au niveau continental. C'est mon idée.

Je me demande si on adaptait la méthode Monnet aujourd'hui. Qu'est-ce que ça signifie ? Peut-être ça pourrait signifier de chercher des liens justement, des liens trans-nationaux aussi hors de l'Europe. Si on se met d'accord : nous ne voulons pas construire une homogénéité européenne, alors il faut justement fortifier les relations sectorielles avec les

autres parties du monde. Et il y a eu, la semaine passée, à Florence, une réunion d'économistes qui parlaient d'un projet – vous n'allez pas aimer ça – d'une monnaie commune entre les Etats Unis de l'Europe et le Japon. Moi je pense que c'est un peu ça : la méthode Monnet, il faut maintenant, aujourd'hui, l'appliquer à d'autres réalités transnationales qui ne sont pas exclusivement européennes.

Gérard Bossuat

En ce qui concerne la méthode Monnet, moi je la conçois comme ça. Enfin, il y a deux méthodes Monnet. Jean Monnet a eu l'intelligence (quelqu'un dans l'insistance ici connaît bien ce type de fonctionnement ou plan français) de réunir des représentants dits de la société civile avec les administratifs, avec les politiques, les syndicalistes aussi etc. pour essayer de concevoir ensemble le développement du pays. Donc ça se passait en 1945, '46, '47 – c'est un premier type de méthode Monnet.

Ce que l'on appelle habituellement « la méthode Monnet » (enfin, ce que moi j'ai en tête), ce sont les propositions d'union sectorielle. C'est-à-dire qu'on fait l'union européenne dans le charbon et l'acier parce qu'on ne peut pas la faire autrement. Donc on commence par un petit morceau en quelque sorte de la vie économique, et puis on essaie d'aller plus loin. Alors, cette deuxième proposition a été la CED ; ça a été un magnifique échec. Sa troisième proposition a été l'EURATOM ; ça a été aussi un échec. L'Europe des transports n'a pas marché.

Alors, vers la fin de sa vie, en '73, il a proposé un gouvernement provisoire européen. Et dans le fond, il passait d'une vision sectorisée de l'organisation européenne, de l'unité européenne, à une vision d'ensemble. C'est le moindre qu'on puisse dire. Puis il proposait un gouvernement provisoire européen ; ça veut dire donc qu'il avait une vision d'unité politique.

Moi, quand on dit « la méthode Monnet », je ne comprends pas très bien dans le fond ce que cela veut dire. « Méthode Monnet » est telle que, par rapport à ce que je viens d'expliquer.

Par rapport aux liens transatlantiques : il est évident que Monnet est dans une relation privilégiée avec les Etats-Unis. D'une part parce que lui-même a fait des investissements aux Etats-Unis qu'il a eu une vie financière, bancaire aux Etats-Unis jusqu'en 1932, '33. Et puis après, pendant la guerre, heureusement qu'il y a eu Monnet, parce qu'il n'y aurait pas eu le ravitaillement de la France et il n'y aurait probablement pas eu non plus le plan Marshall après.

En tout cas, est-ce que Monnet a parlé de relations avec le reste du monde ? Ma réponse est, malheureusement, non. J'aime bien Monnet, j'ai écrit des choses sur lui, j'ai fait un grand colloque là-dessus... Non, Monnet sur les rapports entre, par exemple, l'Europe et l'Afrique, l'Europe et l'Asie : il n'y a rien. Il n'y a strictement rien. Alors, Monnet comme modèle concernant les rapports entre l'Europe et le reste du monde, cela me paraît un peu court. Pour moi, ce n'est pas une source d'inspiration concernant les relations internationales de la future Europe. Les temps ont changé par rapport à l'époque de Monnet.

Rolf Dieter Renner

Wir stehen ein bisschen unter Zeitdruck, aber ich denke, wir sind an einem sehr spannenden Punkt. Ich möchte jetzt zunächst Herrn Berking das Wort geben. Und dann möchte ich noch einmal die Frage an Sie richten. Ich glaube, dass Ihr fundamentaler Einwand gegen die Diskussion, die Ihrer Meinung nach vielleicht eine Diskussion vergangener Jahre ist, vielleicht nicht ganz so gehalten werden kann. Ich denke, das ist ein Punkt, über den wir

unbedingt noch sprechen möchten. Aber vielleicht erst Herr Berking als Antwort auf Herrn Bossuat.

Helmuth Berking

Ich möchte noch einmal ganz kurz auf die Problematik dieser Frage nach den europäischen Werten eingehen, und zwar in so einer Perspektive des advocatus diaboli. Man kann die Geschichte ja auch ganz anders erzählen. Wie wir sie immer erzählen, ist paradox: Wir sind im Vergleich zum Rest der Welt etwas Besonderes, aber unsere Werte sind universell. Das hört sich ja erst einmal ein bisschen komisch an.

Nun könnte man ja fragen: Was erzählt eigentlich der Rest der Welt über uns? Da gibt es sicherlich ganz, ganz viele positive Bedingungen, also die Verrechtlichung etc. Alles geschenkt!

Aber man könnte die Geschichte auch so erzählen: Europa lebt seit der Entdeckung der Neuen Welt „auf den Knochen des Rests der Welt“. Europa hat in verschiedenen Phasen, die in diesem schönen kolonialen Spruch „The white men’s burden“ gut zusammengefasst sind, die Geschichte der Welt bestimmt: Kolonialismus, Imperialismus usw. Und jetzt machen wir’s eben mit Menschenrechten.

Rolf Dieter Renner

Herr Neckel, ich glaube, Sie sollten an diesem Punkt die Diskussion weiterführen. Ich sehe durchaus das Problem, das Sie sehen. Ich glaube aber, es gibt historische Antworten zur Lösung dieses Problems. Das ist eine Sache. Es gibt vielleicht auch konkrete Lösungen. Wir können uns nicht darauf beschränken, über die Genese Europas und über das, was nachher passiert ist, zu unterhalten, sondern wir sprechen ja gerade über eine Neudefinition Europas in einem neuen historischen Kontext. Und hier müssen wir natürlich irgendwann einmal den Kolonialismus und ähnliche Debatten verlassen.

Ich glaube, es hat keinen Sinn, wenn wir dann die Kolonialismusdebatte ins Ideengeschichtliche transferieren. Der Anspruch darauf, vielleicht eine Idee, die sich in politischer Praxis bewährt und die politische Realitäten erzählt hat, zu mondialisieren oder mit einem Anspruch auf Mondialisierbarkeit in die übrige Welt zu tragen, ist per se nicht falsch.

Ich glaube, wir müssen einfach mal die Frage stellen: Wo sind die Grenzen eines solchen Anspruchs? Aber wo ist vielleicht sogar auch die Verpflichtung zu einem solchen Anspruch? Und ich möchte, Herr Neckel, an das anschließen, was Sie gesagt haben: an das sehr pessimistische Bild.

Sie haben ja einerseits ein pessimistisches Bild gezeigt. Andererseits haben Sie es mit ungeheurer Distanz beschrieben. Sie haben das Versagen Europas beschrieben. Ich möchte Sie doch mal ganz direkt fragen: Heißt dieses Versagen, dieses sicherlich politisch-praktisch-aktuelle Versagen Europas an bestimmten Punkten internationaler Entscheidungen, dass die Ideen, die hinter diesem Europa stehen, depotenziert werden, weil sie nicht politisch umgesetzt werden können? Oder müssen daraus nicht ganz andere Konsequenzen gezogen werden? Welche Perspektiven würden Sie denn nach Ihrer distanzierten Zustandsbeschreibung entwickeln? Auf welcher Ebene würden Sie denn eine Möglichkeit der Entwicklung sehen?

Sighard Neckel

Ich bin gar nicht so pessimistisch. Ich glaube eigentlich den Beschreibungen eher nicht, die die Ereignisse der letzten Monate und die europäischen Differenzen zum Anlass genommen hatten, europäischen Pessimismus zu verbreiten. Ich glaube nur, dass wir in mehreren Hinsichten tatsächlich an einem doch entscheidenden Punkt sind: in politischer und in gesellschaftlicher Hinsicht.

In politischer Hinsicht glaube ich, dass wir nach den Erfahrungen der 90er Jahre, aber auch schon nach den Erfahrungen 1989/90 eine eigene Form der europäischen Menschenrechtspolitik brauchen, die Europa vertritt und damit auch eine Alternative (wenn man so will) zur pax americana gestaltet werden muss; in einer innereuropäischen Auseinandersetzung, die wir auch mit Mitteleuropa zu führen haben (wo wir im übrigen wenig Veranlassung haben, denke ich, so ganz furchtbar stolz auf uns zu sein).

Es gibt ja die politischen Differenzen zwischen dem kontinentalen und dem angelsächsischen Europa und zwischen Mitteleuropa, Westeuropa und Mitteleuropa. Zum Teil haben das die europäischen Länder – damals die Bundesrepublik Deutschland als Westdeutschland – auch ausdrücklich teilweise selbst mit verursacht, weil man zu den osteuropäischen Bürgerrechtsbewegungen kein richtiges politisches Verhältnis fand und damals die politische Koexistenz und den politischen Status quo über die berechtigten Forderungen der Bewegungen gestellt hat. Das rächt sich natürlich heute noch!

Wir brauchen also eine eigene Form einer demokratischen Menschenrechtspolitik in Europa. Und wir müssen uns damit auseinandersetzen. Da empfinde ich die letzten Monate als eine mitunter zwar streitbare, aber notwendige Phase. Damit Europa eben tatsächlich aus dem Bereich der repräsentativen Kultur heraustritt, muss Europa auch ein Raum des offenen Diskurses über die politischen Konflikte, die wir miteinander haben, sein.

Und da bin ich auch sehr optimistisch. Wenn man sich etwa anguckt (ich habe ja davon gesprochen, dass wir auch eine Art Wiederkehr des Austausch nationaler Stereotypen in der öffentlichen Interpretation des Verhaltens europäischer Länder erlebt haben), was am Beginn des 20. Jahrhunderts in der Zeit des Ersten Weltkrieges passiert ist, welche Folgen solche nationalen Stereotypisierungen damals gehabt haben und mit welcher vergleichsweise historischen Leichtigkeit wir heute damit umgehen – darin sehe ich dann tatsächlich auch schon eine Art von europäischem Fortschritt.

Das heißt, wir müssen in der Lage sein, unsere Konflikte auch in eine Art, kulturell würde ich sagen, „Spiel“ mit unseren Differenzen zu übersetzen und unsere politischen und ökonomischen Interessengegensätze in eine Kultur des offenen Aushandelns zu übersetzen. Dann kann aus Europa tatsächlich etwas werden. Und aus Europa muss etwas werden – das sagen auch gerade kritische Stimmen aus den USA. Wenn man an das denkt, was Richard Raughty geschrieben hat, der die Europäer geradezu aufgefordert hat und sie dafür (zu Recht, wie ich finde) kritisiert, dass sie politisch, kulturell kein Gegengewicht bilden.

Die gesellschaftliche Aufgabe, die sich, glaube ich, stellt: Ich habe vorhin darüber gesprochen, dass Europa sozial geteilt ist, dass es vielfach auch Verlierer von Europa gibt. Wir müssen dieses Ausmaß des Verlierens begrenzen. Konkret heißt das (und das ist natürlich auch ein innereuropäischer Streitpunkt, wie wir wissen): ich kann mir ein Europa der 25 in einem anspruchsvollen Sinne nicht gemeinsam mit der Abschaffung des europäischen Sozialstaats vorstellen. Wenn wir nicht weiterhin Elemente des europäischen Sozialstaats behalten, werden uns die Verlierer Europas die europäische Idee hinwegfegen. Deshalb muss dieser Sozialstaat „um Europa willen“ in Kernelementen erhalten bleiben. Und auch hier wird es, zwischen Großbritannien, Skandinavien, Frankreich, Österreich, Deutschland und den mitteleuropäischen Ländern heftige Auseinandersetzungen und unterschiedliche Wege geben. Aber wir kommen nicht darum herum, diese Auseinandersetzung zu führen.

Rolf Dieter Renner

Ich danke Ihnen für diese Ausführungen, die ich auch als ein abschließendes Wort nehmen möchte. Wir stehen am Ende unserer Zeit.

Ich danke Ihnen vor allen Dingen deshalb, weil Sie uns noch einmal bewusst gemacht haben, wovon wir ausgegangen sind, nämlich von der Überlegung, die Siegfried J. Schmidt vorgestellt hat: dass wir in einem Prozess stehen und dass alles Sprechen über Identität das Sprechen über einen Prozess ist. Sie haben, glaube ich, diese Prozesshaftigkeit und die Notwendigkeit dieser Prozesshaftigkeit betont. Und Sie haben sie vor allen Dingen in zwei Richtungen betont, die, denke ich, in den anderen beiden Foren dieser *Correspondances* noch eingehender behandelt werden, nämlich einerseits die Frage der Menschenrechte, die sicherlich auch eine Frage ist, die im Zusammenhang mit dem Thema „Verfassung“ erneut auftauchen wird, und selbstverständlich die Frage der sozialen Standards, der Angleichung sozialer Standards, des Festhaltens an sozialen Standards, die mit Sicherheit auch ein zentrales Problem des Forums über Gesellschaft sein wird. Insofern möchte ich mit gutem Grund hier dieses Forum schließen, weil wir in einer Bewegung stehen, die weiterführend und nicht mit diesem Forum geschlossen ist, sondern die auch in anderen Foren weitergeführt werden wird.

Ich danke Ihnen, den Teilnehmern der Diskussion, für Ihre Beiträge; ich danke den Zuhörern für ihre Aufmerksamkeit und ihre Geduld über die vorgesehene Zeit hinaus. Ich hoffe, dass sich dieses Beharrungsvermögen, das Sie heute morgen bewiesen haben, in den anderen Foren fortsetzen und vielleicht sogar noch steigern wird. Möglicherweise sind wir auch hier in einem Prozess der Steigerung des Interesses an der Sache.

GESPRÄCH/DÉBAT: EUROPA DER REGIONEN – EUROPA DER BÜRGER? / L'EUROPE DES RÉGIONS – L'EUROPE DES CITOYENS?

(Christoph Palmer / Adrien Zeller. Moderation / Animation : Klaus Wenger)

Klaus Wenger

Guten Tag, meine Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, Herr Rektor, liebe Freunde und vor allen Dingen: chers citoyens d'Europe,

wir haben heute morgen sehr viel miteinander über unterschiedliche europäische Lebenswelten gesprochen. Ich glaube, zu den Unterschieden der Lebenswelten zählt es eben auch, dass es in einer so vom französischen Lebensgefühl bestimmten Stadt wie Freiburg nicht ganz leicht ist, bereits um 14 Uhr einen Saal zu füllen. Wir werden uns aber bemühen, Sie, die Sie gekommen sind, nicht zu enttäuschen. Ich stelle Ihnen ganz kurz die Gesprächspartner vor.

Herr Minister Palmer sagte vorhin schon, er habe den Eindruck, er kenne jeden hier im Saal. Also gehe ich davon aus, dass auch jeder hier im Saal Minister Palmer kennt. Er ist Staatsminister in Stuttgart, hat mit Herrn Ministerpräsident Teufel (der heute in Brüssel ist, weil der Konvent noch einmal tagt) das Land Baden-Württemberg und damit die Bundesländer im Konvent vertreten. Ich nehme an, Sie werden uns dann die eine oder andere Frage auch aus der Innensicht des Konvents beantworten können.

Adrien Zeller ist Président de la Région d'Alsace. Er war eine Zeitlang, glaube ich, auch Beamter in Brüssel, er kennt also die Brüsseler Seite und er kennt die Seite als Exekutive in der Region. Wir wissen: beide sind Befürworter, treibende Kräfte bei der Ausgestaltung unserer Region zu einer der Kernregionen Europas.

Wir wollen es so halten, dass wir ungefähr eine Stunde lang auf dem Podium miteinander reden und dann noch eine gute halbe Stunde Gelegenheit haben, das Gespräch mit Ihnen weiterzuführen. Wir haben Saalmikrophone, und jede Frage ist uns willkommen.

Wir hatten ja gestern bereits einen ersten Einstieg in unser Thema. Wir hatten gestern, glaube ich, eine sehr optimistische Variante und eine sehr optimistische Einschätzung der Arbeiten des Konvents und der Zukunftsaussichten, die darauf beruhen. Sie werden mir nachsehen, wenn ich heute mit einer etwas skeptischeren Note beginne – und sei es auch nur, damit wir uns dann zum Schluss gemeinsam mit Optimismus weiter nach vorne bewegen.

Da ich Historiker bin, möchte ich mit einem Zitat beginnen: „Europa ist in einem heftigen Zustand. Jeder weiß es, ein jeder sagt es. Aber dieser Zustand: welcher ist er? Wo rührt er her? Hat er immer gedauert? Ist's möglich, dass er aufhöre? Diese Fragen sind noch unbeantwortet.“ Und dies schon fast seit zweihundert Jahren, denn dieses Zitat findet sich in einem Essay der französischen Schriftsteller Henri de Saint-Simon und Augustin Thierry über den Wiederaufbau der europäischen Staatengesellschaft von 1814, also zur Zeit des Wiener Kongresses, der auch einmal versucht hat, Europa eine neue politische Gesamtordnung zu geben.

Auch nach den Beratungen des Konvents scheint die Suche nach der Gestalt Europas immer noch nicht beendet, denn erst vor wenigen Tagen trafen sich in Berlin Politiker, Philosophen und Politologen zu einem Kolloquium unter dem bezeichnenden Titel „Desperately seeking Europe“. Die Antworten ließen übrigens vermuten, dass Europa derzeit eher in den schweren Wassern der transatlantischen Beziehungen zu kentern droht. Dennoch wollen wir uns hier oben und mit Ihnen auf die Suche nach diesem Europa begeben – in der Hoffnung, es in den Regionen zu finden. Ob verzweifelt oder leidenschaftlich (so die Ambivalenz des gerade genannten englischen Tagungsthemas), werden wir sehen.

„Erträumen wir Europa!“ – Mit dieser Aufforderung eröffnete Valéry Giscard d'Estaing vor über einem Jahr die Beratungen des Konvents. Trotz oder gerade wegen der

langen Nachtsitzungen blieb den Delegierten wohl doch wenig Zeit zum Träumen. Und den Europäern blieb auch ein eher nüchternes, ratloses Erwachen. Denn die Urteile über den Verfassungskonvent bewegen sich zwischen harscher Kritik und vorsichtigem Optimismus. Ich sagte es schon: letztere Variante haben wir gestern im Vortrag und der anschließenden Diskussion mit Herrn Staatsminister Bury vernehmen können. Dabei standen gestern die Institutions- und außenpolitischen Vorschläge und Gesichtspunkte im Mittelpunkt. Jetzt wollen wir uns diesem Europa aus einer anderen Perspektive nähern: der der Betroffenen, der Bürger, der citoyens d'Europe.

Denn wie Ministerpräsident Teufel zur Eröffnung der Freiburger Kulturgespräche 1998 sagte: „Man kann Europa nicht den Bürgern über den Kopf stülpen, sondern man muss es von unten aufbauen.“ Dazu konnte er in den vergangenen Monaten konkret beitragen.

Die Fragen unserer Gesprächsrunde drängen sich, glaube ich, geradezu auf:

Wie bürgernah ist der europäische Verfassungsentwurf? Können sich die Bürger mit dieser konstitutionellen und institutionellen Gestalt Europas identifizieren? Findet der europäische Einigungsprozess einen Widerhall und auch Unterstützung in der Öffentlichkeit?

Gibt es Ansätze eines espace public européen, einer europäischen Öffentlichkeit? Und welchen Beitrag können die Regionen dazu leisten? Sind die Regionen bürgernahe europäische Gestaltungs- und Erfahrungsräume und demnach die Keimzelle eines Europas der Bürger? Oder sind sie Rückzugsbastionen auf der Furcht vor der Globalisierung? Weisen uns die Regionen, insbesondere die zahlreichen Grenzregionen, den Weg vom „Europa der Vaterländer“, wie es de Gaulle nannte, zu einem „Vaterland Europa“, wie es Victor Hugo 1872 in seiner europapolitischen Vision formulierte?

Diesen Fragen wollen wir jetzt in drei Etappen nachgehen. Wir wollen uns zuerst der Frage zuwenden, welchen Platz der europäische Konvent den Regionen einräumt, wie bürgernah und wie begreifbar dieser Verfassungsentwurf ist. Wir wollen dann die regionale Zusammenarbeit als Modell für europäische Zusammenarbeit in den Blick nehmen und uns zum Schluss – und das, glaube ich, ist sehr wichtig – fragen, wo wir am Oberrhein stehen. Bildet sich hier eine europäische Kernregion? Wie hoch ist der Vorbildcharakter dessen, was wir hier grenzüberschreitend aufbauen können? Und natürlich interessiert uns auch ganz konkret, Herr Minister Palmer, Herr Président Zeller: wie wird der Eurodistrikt konkret ausschauen? Die Frage wird uns hier in Freiburg auch umso mehr interessieren, als Herr Oberbürgermeister Salomon bereits gestern die Kandidatenliste eröffnet hat und dort einen Spitzenplatz für weitere Eurodistrikte einnimmt. Und ich sehe, vielleicht kommt M. Bockel auch noch zu uns – dann werden wir hier sicher schon die Erweiterung des Eurodistrikts miteinander diskutieren können.

Doch kommen wir zum ersten Fragenkomplex, Europäischer Konvent und der Platz der Regionen. Noch einmal zur Bürgernähe des Verfassungsentwurfs. Herr Minister Palmer, Sie haben in einer schönen Broschüre zu Beginn des Konvents geschrieben: „Wir bringen Europa voran.“ Wo stehen wir heute?

Christoph Palmer

Allein diese Frage zu beantworten, würde jetzt die gesamte Zeit unserer Zusammenkunft ausmachen. Ich kann also nur ein paar Fortschritte, ein paar Anliegen skizzieren, die auf den Weg gekommen sind und die man hinbekommen hat. Wir können dann nachher (insofern bin ich über den kritischen Duktus vom Anfang dankbar) auch darüber diskutieren, was wir nicht erreicht haben. Auch da gibt es eine beachtliche Liste von Punkten, wo wir mit den Konventsergebnissen nicht zufrieden sind.

Wenn ich einmal ein paar wesentliche Punkte aus Sicht der Regionen, der deutschen Länder, sagen darf: wo wir mehr erreicht haben, als man vor eineinhalb Jahren erwartet hätte

oder erwarten konnte, da ist es zum einen Mal ein klarer Kompetenzaufbau Europas. Als Teufel das im Frühjahr 2002 gesagt hat, ging ein Sturm der Entrüstung durch Europa. Bis hin zu deutschen Europaabgeordneten, die gesagt haben: „Man wird doch nicht nach dem Vorbild des Grundgesetzes rubrizieren, katalogisieren? Kompetenzen in Europa – das behindert doch die Dynamik! Das kann doch nicht kommen! Das ist doch eine Abkehr vom bisherigen Prinzip Monnet! Wir müssen doch Flexibilität haben, Dynamik in der Integration! Das wollen wir doch nicht haben!“ – Das war die Ausgangssituation, in der Presse nachzulesen. Wir haben jetzt eine saubere Kompetenzabgrenzung in ausschließliche, in geteilte, in nur noch ergänzende Kompetenzen. Und da, wo die europäische Verfassung schweigt, gibt es überhaupt keine Kompetenz.

Wir haben Prinzipien verankert, wie diese Kompetenzen wahrgenommen werden. Und auch (damit wir nicht zu juristisch bleiben) diese Prinzipien sind mehr, als man von Deutschland aus hätte erwarten können. Ich glaube, dass insbesondere die Briten sehr hilfreich waren, dass aber auch die Franzosen über manchen Schatten gesprungen sind. Prinzip der Subsidiarität – das lässt sich doch in Europa gar nicht buchstabieren – kommt aus dem deutschen Sprachraum, aus der evangelischen Sozialethik, aus der katholischen Soziallehre: die unterste Einheit soll Verantwortung übernehmen. Die unterste Einheit, die eine Aufgabe sinnvoll verrichtet, soll diese tun! Da mussten sich Länder doch wirklich gewaltig bewegen, um das als Ausübungsprinzip von Kompetenzen in Europa zu akzeptieren – genauso wie das Prinzip der Verhältnismäßigkeit oder der strenge juristische Begriff der begrenzten Einzelermächtigung.

Es ist gelungen, die Schwerter zu schärfen. Europa darf nicht mehr in Themenfelder ausgreifen, für die es nicht eine konkrete und begrenzte Ermächtigung gibt. Über die einzelnen Politikfelder wird in Brüssel heute und auch noch einmal in der nächsten Woche verhandelt, aber es gilt der Grundsatz, dass die bisher erreichten Kompetenzen nicht erweitert werden dürfen. Das heißt, dass die begrenzten Einzelermächtigungen heute und nächste Woche präzisiert werden dürfen und müssen, aber nicht erweitert werden müssen. Wenn man das – Kompetenzabgrenzung, Subsidiarität (ich vereinfache jetzt) – mit Klagerechten, mit Überprüfungsmechanismen, mit einem „Frühwarnsystem“, mit der Verhältnismäßigkeit der Ausübung dieser Prinzipien und der begrenzten Einzelermächtigung zusammenfügt, dann haben wir schon einen Rahmen dieser Europäischen Union, der in allen Regionen Europas manche Befürchtung mildert, dass da ein Allmachtsstaat, ein Superstaat, ein Zentralismus, ein bürokratischer Wasserkopf (den nicht zuletzt der Regionalismus quer durch alle politischen Lager immer abgelehnt hat) entstünde.

Klaus Wenger

Herr Minister Palmer, in Deutschland war es so, dass Herr Teufel als Vertreter eines Landes und des Bundesrates die Interessen der Region direkt in die Diskussion des Verfassungsentwurfs einbringen konnte. M. Zeller – soviel ich weiß, war auf französischer Seite kein Vertreter mit einem regionalen Mandat im Verfassungskonvent vertreten. Wie stehen Sie als derjenige, der ein solches Mandat vertritt, zu den Ergebnissen?

Adrien Zeller

Zuerst möchte ich daran erinnern, dass Giscard d'Estaing, der Präsident des Konvents, zur Zeit noch Präsident der Region Auvergne ist. Das bedeutet zumindest eine gewisse Sensibilität zu Regionalfragen und eine große Offenheit für das Subsidiaritätsprinzip. Ich war vor etwa zehn Jahren Mitglied des Europaparlaments, und daher weiß ich, dass es Giscard

d'Estaing war, der dieses Konzept zum ersten Mal im Rahmen der europäischen Debatte wieder eingebracht hat; er und auch einige andere. Das war vor zwölf Jahren!

Christoph Palmer

Jetzt im Parlament Lamassure, ohne den nichts erreicht worden wäre!

Adrien Zeller

Sie wissen auch, dass der derzeitige französische Premierminister zehn Jahre lang Regionalpräsident war. Er ist eigentlich durch eine französische Region in die Politik eingestiegen – das war sein erstes wichtiges Mandat als Regionalpräsident von Poitou-Charentes.

Aber das sind nur Gegebenheiten, die vielleicht nicht unbedingt grundwichtig sind. Es ist für mich klar, dass die europäische Idee und die Idee, die Regionen zu befestigen und (zum Beispiel auch in unserer Verfassung) anzuerkennen, in Frankreich wie in den meisten europäischen Ländern parallel fortschreiten.

Zweitens möchte ich sagen, dass die französischen Regionen noch nicht vollständig bereit waren, direkten Einfluss auf das Konvent zu nehmen. Das hat eigentlich Erwin Teufel für uns übernommen – alles, was er durchgebracht hat, haben wir zumindest ihm zu verdanken. Es ist ganz klar, dass die Anerkennung der Regionen, der regionalen und lokalen Autonomie etwas Positives ist und dass das auch in Frankreich positiven Anklang finden wird.

Doch ich möchte trotzdem von vornherein etwas dazu sagen. Ich glaube nicht, dass es für Europa genügt zu sagen: „Wir wollen jetzt die Regionen stärken!“ Wir brauchen auch einen öffentlichen europäischen Raum, einen mehr oder weniger selbständigen europäischen Diskussionsraum. Denken wir an die nächsten Europaparlamentswahlen, denken wir an die nächste Darstellung der Organisation der europäischen Macht (Europarat, Europäische Kommission usw.). Wir brauchen unbedingt auch einen europäischen Raum! Ich könnte von der ganz kurzen Aktualität sprechen; ich will Ihnen nur ein kleines Beispiel geben, damit Sie sehen, was wir noch zu tun haben. Und das ist keine regionale Affäre!

Ich war heute morgen in einer Diskussion in einem Verein der Regionen Europas, in Straßburg, im Europarat. Wir haben vom Konvent gesprochen. Nicht einmal das Wort Giscard d'Estaing ist gefallen! Wenn man aber in Frankreich vom Konvent spricht, spricht man zu 50% von Giscard, und den Rest von den Institutionen, die vom Konvent vorgeschlagen sind.

Also, Sie sehen durch dieses kleine Beispiel, wie groß die Differenz zwischen unseren Nationalstaaten in der politischen Debatte über Europa noch ist. Und da können wir Dutzende von Beispielen geben, die beweisen, dass es – wenn wir die Regionen-Idee ausbauen wollen (in Frankreich natürlich auch mit dem Subsidiaritätsprinzip, mit der Anerkennung der niveaux, mit neuen Kompetenzen) – nicht genügen wird, um Europa zum Beispiel im Rahmen der Außenpolitik zusammenzubringen. Wir brauchen auch eine europäische Debatte.

Und Sie, Herr Wenger, deuten ja durch das Problem des europäischen Mediensystems an, dass wir etwas auf europäischer Ebene brauchen. Und dass es nicht genügt, einfach zu sagen: „Wir wollen jetzt die Regionen verfestigen, dann wird es klappen. In Europa werden wir dann keine Probleme und keine Widersprüche mehr haben.“ Das glaube ich nicht. Und wenn Sie die härtesten Debatten sehen (auch zur Zeit und was die europäischen Einrichtungen angeht), können Sie merken, dass sie seit Nizza stattgefunden haben: Anzahl der Stimmen im Ministerrat! Anzahl der Parlamentarier! Anzahl – pro Nation, pro Nationalstaat – der

Parlamentarier im Europaparlament, und Anwesenheit der Nationalstaaten in der Kommission!

Ich glaube, wir würden einen großen Fehler begehen, wenn wir sagen würden: „Jetzt wird nur von Regionen gesprochen, dann wird es in Europa klappen!“ Nein, die Nationalstaaten sind noch da. Und sie alle verteidigen sich hartnäckig! Der eine verteidigt mehr die Anzahl der Abgeordneten, der andere seine Anwesenheit, und der dritte die Anzahl der Stimmen, die jeder im Europäischen Rat haben soll...

Dies alles, um zu zeigen, dass wir alle diese Debatte etwas relativieren müssen. Natürlich ist mehr Region gut für Europa, gut für die Bürger, gut für die Demokratie, gut für die Effizienz der öffentlichen Politiken. Aber wir sollten nicht alles auf ein Thema reduzieren, wenn wir ein stärkeres Europa wollen. Dies möchte ich eingangs nur ganz klar sagen. Es gibt keine einzelne Lösung zu einem besseren und stärkeren Europa; es gibt mehrere Eingänge in diese Debatte.

Klaus Wenger

Nun haben Sie mir als Vertreter von ARTE mit der Frage nach der europäischen Öffentlichkeit ja sehr geschickt den Ball zurückgespielt. Ich werde ihn ab 19 Uhr heute abend dann wieder im Programm spielen. Aber jetzt möchte ich ihn noch einmal an Sie zurückspielen. Natürlich können wir im Dialog zwischen Politikern und Medien versuchen, diesen europäischen Raum aufzubauen. Aber: Resonanz werden wir nur finden, wenn es gelingt, die Bürger direkt mit dem zu befassen, was wir hier verhandeln. Und ein Anliegen dieses Konvents war es, Europa begreifbarer zu machen.

Herr Bury sagte gestern: „C’est une constitution par des citoyens pour les citoyens.“ Ich bin als citoyen ein bisschen ratlos. Wo ist die Transparenz? Wo fühle ich mich als Bürger von dieser Verfassung direkt angesprochen? Wo kann ich mitwirken? Wo ist der Stimulus, die Vision, dass ich sage: „Je m’engage.“ M. Zeller?

Adrien Zeller

Ich merke, dass im Konvent vorgeschlagen wurde, die Anzahl der Themen, wo das Europaparlament mehr Befugnisse, mehr Einfluss bekommt, zu erhöhen. Das bedeutet, dass zum Beispiel die Europawahlen etwas Wichtigeres werden als früher. Das Europaparlament hatte zu meiner Zeit wenig Kompetenzen, wenig Einfluss auf die Richtlinien von Brüssel. Das wird steigen – das ist ganz klar. Das wäre aber nur ein Beispiel.

Zweitens wird bei uns zum Beispiel eine Reform der Organisation der Europaparlamentswahlen stattfinden. Das heißt, dass sie zu Großregionen regionalisiert werden. Aber es ist schon etwas bürgernäher als mit nationalen Listen mit 70, 80, 90 Namen auf einer Liste, wo der Wähler eigentlich gar keine Übersicht hat, für was oder für wen er abstimmt.

Drittens ist es klar, dass wir heute und auch in der Zukunft noch eine europäische Regionalpolitik brauchen. Wir werden sicher darüber sprechen. Es ist ganz klar, dass wir eine europäische Regionalpolitik brauchen. Wir brauchen auch die Förderung von allen Sorten von Austausch zwischen den Regionen; zwischen Grenzregionen natürlich. Ich hoffe, wir werden es zusammen mit Herrn Palmer erwirken, dass die INTERREG-Programme auch nach der europäischen Erweiterung fortgeführt werden. Ich weiß, dass in diesem Raum noch viele Erwartungen bestehen.

Es gibt also sehr, sehr viele Möglichkeiten, den Bürger für Europa zu interessieren – denken wir an die Umwelt, an die nachhaltige Entwicklung. Da hängen wir alle zumindest

von europäischen Regelungen ab. Und man kann auch den Bürgern erklären, dass es wichtig ist, dass sie sich für europäische Fragen interessieren. Und auch mit der Verteilung der Kompetenzen wird schon ein Fortschritt kommen. Nicht unbedingt genügend... wir sind ja alle widersprüchlich! Wir wollen ja alle bleiben, was wir sind, und im selben Moment wollen wir Europa. Aber wenn wir alle bleiben wollen, was wir sind, kommen wir nicht zu einem Europa.

Jeder muss etwas von sich abgeben: Die Nationalstaaten, vielleicht auch manchmal die Regionen müssen etwas nachgeben und daran denken, es ist jetzt ein anderes Niveau, das kommt und Regeln festlegt. Natürlich wollen wir das Mitspracherecht, aber ich glaube nicht, dass man Europa dank der Regionen sans douleurs aufbauen kann. Das glaube ich nicht. Und wenn es mal heißt, europäische Steuern, ein europäisches Steuersystem zu haben (ich bin dafür, das sage ich ganz frei), dann trifft das den Bürger etwas direkter in seiner Tasche. Das tut einerseits weh, aber andererseits wäre es auch eine gute Sache. Es ist natürlich möglich, den Bürger direkt zu interessieren. Ich bin für eine europäische Steuer, die eine National- oder eine Regionalsteuer teilweise ersetzen würde. Ich glaube, es gäbe noch vieles zu tun, ohne zu sagen: „Man kann nichts tun ohne die Regionen.“ Doch, es gibt viele Wege.

Klaus Wenger

Also, als Grenzgänger bin ich natürlich sehr glücklich, dass es unterschiedliche Steuersysteme gibt, weil man daraus auch durchaus seinen Vorteil ziehen kann. Als europäischer Grenzbürger würde ich mir gemeinsame europäische Listen natürlich sehr wünschen.

Aber, Herr Palmer, ich kann Ihr Angebot nicht ausschlagen, Sie nach dem zu fragen, was noch nicht erreicht ist.

Christoph Palmer

Ja, ich hätte – in aller Freundschaft – auch ein bisschen Widerspruch anzumelden. Bei der Steuer bin ich gänzlich anderer Meinung. Wir haben eine Europäische Union, die die Ausgabendisziplin der Länder über die einheitliche Währung zu überwachen hat. In der Einnahmesituation der Nationalstaaten haben wir keine einheitlichen Systeme; weder in der nationalen Sozialpolitik (das wollen insbesondere auch die Franzosen nur sehr eingeschränkt, wofür ich Verständnis habe – ich will's nämlich auch nicht) noch in der nationalen Wirtschaftspolitik noch in der nationalen Steuerpolitik. Sondern es wird immer ein Staatsgebilde sui generis sein, ein Verbund von Nationalstaaten, etwas Besonderes. Mit einer festgelegten Finanzierungsobergrenze!

Und deshalb, glaube ich, ist eine Eigenfinanzierungsquelle der Europäischen Union schon ziemlich problematisch, weil das sehr tief eingreift und sehr viele Qualitätsänderungen erbringt. Und die weit überwiegende Anzahl der Konventsmitglieder war nicht dafür. Im übrigen würde es (darüber sind wir uns ja auch im klaren; ich appelliere jetzt einfach mal an die praktische Vernunft) im Augenblick nicht auf eine andere Steuerform verlagert, sondern es würde in allen Staaten als weitere Steuerschöpfung obendraufgesetzt werden. So ist es zwar von den Vordenkern einer solchen gemeinsamen Steuerschöpfung nicht gedacht, aber das wäre im Augenblick die praktische Auswirkung.

Aber was ist nicht erreicht worden – zurück zur Frage. Zum Beispiel ist – aus regionaler Sicht – ein ganz großes Defizit, dass sich der Konvent nicht über etwas verständigen konnte, das wir in Deutschland, aber auch im Elsass, für etwas Banales halten: dass nämlich die interregionale Zusammenarbeit einen Verfassungsartikel bekommt. Dass die

Städtepartnerschaften, die Idee der Verbundenheit über Ländergrenzen hinweg, wie vieles andere auch, in dieser Verfassung Aufnahme findet. Man hat im Konvent gekämpft – es war mit den Spaniern nicht durchzusetzen, die sich vor dem Hintergrund der baskischen Problematik (länderübergreifend, französische Basken, spanische Basken; Anspruch, die Territorialstaaten, der Nationalstaaten zu sprengen) mit Händen und Füßen gegen eine in der Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte doch auch ganz vernünftige Erwähnung der interregionalen Zusammenarbeit (was beispielsweise natürlich auch die Interreg-Programme stabilisiert und auch in die ferner Zukunft möglich gemacht hätte) gewehrt haben. Es war nicht zu erreichen. Das halte ich für einen großen Fehler.

Ich halte auch für einen Fehler, dass man die kommunalen und die regionalen Rechte in diesem Identitätsparagrafen sehr zurückhaltend formuliert hat. Wichtig ist aber, dass sie überhaupt zum ersten Mal in einem europäischen Vertrags- und Verfassungsdokument Erwähnung finden – das ist der große Fortschritt. Aber man hätte das natürlich auch kraftvoller ausgestalten können. Man hat jetzt zu einem Kompromiss gefunden (das geht immerhin in die richtige Richtung); wir hätten uns etwas mehr vorstellen können. Das sind Punkte, die unbefriedigend sind.

Dafür ist es gelungen, das Klagerecht der Regionen – da, wo zweite Kammern bestehen – mittels zweiter Kammern zu verankern, nicht für die einzelne Region gegen europäische Rechtssetzungakte. Es ist eine Aufwertung des Ausschusses der Regionen gelungen; es ist zum ersten Mal das Subjekt der europäischen Regionalität und auch der Kommune anerkannt. Das muss man schon hoch einschätzen. Also, da ist in den Konventsberatungen ein durchaus gemischtes Bild entstanden, wo aber eindeutig freundliche Interpretationen überwiegen.

Klaus Wenger

Könnte die Zurückhaltung einiger Regierungen gegenüber der Verankerung der interregionalen Zusammenarbeit in der Fassung nicht auch damit zusammenhängen, dass es ja nicht nur europaoffene Regionen gibt, sondern dass es auch Regionen und ein Regionalbewusstsein gibt, das sich ganz bewusst gegen Europa konstituiert? Denken wir an die Basken, denken wir an eine politische Region wie Padania: da gibt es ganz eindeutige Gegenbewegungen...

Christoph Palmer

... gegen den Nationalstaat...

Klaus Wenger

... gegen den Nationalstaat bei den Basken, aber auch gegen Europa. Und – M. Zeller – wir haben im Elsass eine Situation: Sie, die Politiker, marschieren voran nach Europa; die Bürger bleiben in ihren Schrebergärten. Riskieren Sie nicht, dass der Spagat so weit auseinandergeht, dass unter Umständen auch in einer solchen Region nationale, nationalistische, um nicht auch zu sagen: rechtsextreme Politiker großen Zulauf bekommen?

Adrien Zeller

Ich glaube nicht. Ich glaube, dass das, was wir hier in diesem Raum gemeinsam tun, von der Bevölkerung als sehr positiv anerkannt wird. Das Problem, das unsere Bevölkerungen haben, ist zweiseitig: das ist einerseits das Problem der Migration von außerhalb von Europa. Früher war es von innen, aus dem heutigen Europa: Italiener, Portugiesen usw. machten Angst auf dem Arbeitsmarkt. Das ist jetzt bei weitem überwunden, aber natürlich sind das Problem und die Kritik von Europa heute mehr bei den Bürgern an der Außengrenze zu vernehmen: als zwischenstaatliche oder regionale oder personelle Zusammenarbeit oder Kooperation. Auf diesem Niveau gibt es so gut wie keine Probleme. Wir wissen es sehr gut: jedes Mal, wenn wir beiderseits des Rheins gemeinsam einen Schritt tun, wissen wir, dass die Bevölkerung es sehr stark befürwortet, auch wenn sie nicht die Möglichkeit hat, persönlich mitzuwirken.

Klaus Wenger

Lassen Sie uns noch einmal kurz auf das Beispiel mit dem Steuersystem zurückkommen, weil es sehr interessant ist. Damit wir uns klar machen, worüber wir reden, wenn wir von einem „Europa der Regionen“ reden. Da haben wir ja ganz unterschiedliche Status.

Wir reden hier in Deutschland, wenn wir von einem Europa der Regionen reden, von Ländern, die in Maßen ihre eigene Finanzhoheit haben, die teilweise sogar eigene Verfassungen haben. Wenn ich nach Frankreich schaue, haben Sie fast keine Steuerhoheit. Sie kriegen eine Steuer, die Ihnen der Staat...

Adrien Zeller

... nein! das ist der Widerspruch dieser Lager!

Klaus Wenger

...eben! Und jetzt ist die Frage: Ihnen fällt es sicher aus dieser Situation heraus leichter, für eine einheitliche europäische Steuer zu plädieren, als Herrn Palmer, der viel aufgeben muss? Mit anderen Worten: wir reden über geopolitische Räume, die in Europa ganz, ganz unterschiedlich strukturiert sind, die unterschiedliche Aufgabenstellungen haben... Länder mit eigenen Verfassungen oder mit Verfassungsstatus. Das gilt für die autonomen Regionen, in Spanien zum Beispiel, genauso!

Und wir haben auf der anderen Seite Regionen, die im Grunde bessere Verwaltungsbezirke sind – ich gucke Sie jetzt bewusst nicht an, M. Zeller, weil ich nicht das Elsass und die französischen Regionen meine, sondern weil ich an die skandinavischen Regionen denke. Und wenn wir es noch einmal zwischen Deutschland und Frankreich auf den Punkt bringen: Sie waren mit Ihrem Premierminister bei unserem Ministerpräsidenten. Und nachdem Herr Raffarin zurückgekommen ist, hat er noch einmal deutlich gesagt, die Regionen seien keine Länder: „C'est un échelon.“

Riskieren wir nicht, wenn wir von einem Europa der Regionen reden, auch ein bisschen ein Europa *à deux vitesses* herbeizudiskutieren?

Adrien Zeller

... nicht alles zusammen! Wenn wir in Europa von Regionen sprechen, können wir das nicht abstrakt auf den Tisch legen. Das Konzept hat in jedem Nationalstaat einen etwas anderen Sinn: in Italien, in Spanien, in Frankreich natürlich, in Deutschland. Weil die Geschichte – ich spreche nicht von den 30 letzten Jahren – in den letzten 200, 500 Jahren nicht dieselbe war! Eine sehr frühe historische französische Einheit! Und im Geiste von vielen Politikern und vielen Intellektuellen kreiste immer noch die Idee, auf die Regionen zurückzufallen.

Auf vielen Ebenen ist das noch in den Köpfen. Weil sich die Revolution in Frankreich durch die Eliminierung der regionalen Behörden, seien es der Adel oder die Kirche usw. bewährt hat. Das darf man nicht vergessen.

Zentralismus war in Frankreich eng mit Modernität verbunden. Und das ist noch nicht ganz vom Tisch. Wir müssen den Weg finden. Das ist auch der Weg von Raffarin: er spricht von einer „dezentralisierten Republik“, aber auch im selben Moment mit der klaren Anerkennung der Regionen in der französischen Verfassung. Das ist eine große Neuigkeit seit der französischen Revolution!

Jetzt zur Zollsteuerfrage. Da möchte ich zwei Sachen sagen. Nicht, dass es wesentlich in der europäischen Sache wäre, aber man muss trotzdem die Sache ganz offen besprechen. Wie haben die Regionen in Frankreich angefangen? Es war vor 30 Jahren (ich war damals ganz junger Abgeordneter): da haben die Regionen angefangen und ein ganz kleines, begrenztes Steuerrecht bekommen. Von vornherein auf kleine Steuern begrenzt, aber sie haben es bekommen, und da wurde gesagt: „Ihr dürft nicht mehr als 10 € Steuern bei euren Bürgern erheben.“

Dann, zweite Stufe, wurde diese Grenze abgeschafft, die Regionen mit Direktwahl bestimmt usw., und Steuerfreiheiten wurden gegeben. Sogar sehr große Steuerfreiheiten! (Im Gegensatz zu dem, was Ihr glaubt, in den Ländern.) Sehr große – ich sage es auch Herrn Palmer. In den letzten fünf Jahren wurden die Steuerfreiheiten reduziert, aber heute, in der heutigen Lage, werden im Elsass immerhin noch 35% unseres Haushalts durch direkte Steuern erzielt. 35% unserer Ressourcen kommen von direkt bestimmten Steuersätzen, die wir auf die Gewerbesteuer schlagen, die wir auf die Grundsteuer schlagen, die wir auf die Automobilsteuer schlagen – mit ganz großer Freiheit der Sätze. Mit totaler Freiheit der Sätze! Das weiß man in Deutschland nicht genügend. Wir haben relativ wenig Kompetenzen, aber im Steuerwesen relativ größere Freiheiten.

Also, nun zu Europa zurück. Ich glaube, wenn Sie „Europa der Bürger“ sagen: Europa kostet was, andererseits bringt es was. Ich sehe keine prinzipielle Hemmung zu sagen und es darf nie angedacht werden, dass man im Rahmen von Begrenzungen des europäischen Haushalts sagt: „Es ist das Europaparlament, das im Namen der Bürger sagt, wie man festlegt, wie der Haushalt aussehen kann.“ Wenn man etwas von Europa erwartet, wissen wir alle, dass es manchmal etwas kostet. Und das, glaube ich, gehört zur Demokratie auf regionaler Ebene, auf nationaler Ebene und auch auf europäischer Ebene. Sogar wenn es etwas verfrüht war, darf man nie vergessen: die Demokratie hat mit der Steuerfrage eine direkte Verbindung. In allen Geschichten aller Demokratien in der ganzen Welt!

Christoph Palmer

Ich glaube, Europa kennt große und kleine Nationalstaaten. Kein Mensch will Luxemburg, seine Identität und seine Existenz in Frage stellen, obwohl es nach deutschem Maßstab ein größerer Landkreis ist. Kein Mensch will aber genauso durch eine europäische Verfassung oder durch Eingriffe in nationales Verfassungsrecht den Aufbauregeln eines Nationalstaates. Es gibt Länder in Europa, für die Regionen gar keine tunliche Ebene sind, weil es nichts regional zu regeln gibt. Was braucht denn ein Vier-Millionen-Land wie

Dänemark über einer Verwaltungseinheit, die interkommunal koordiniert, noch eine regionale Ebene?

Das gilt auch für viele Beitrittsländer. Es kommen kleine Beitrittsländer. Wir werden doch nicht einen europäischen Regionalisierungsanspruch mit dem Maßband über ganz Europa legen dürfen.

Aber wahr ist auch, dass in den vergangenen Jahren in den mittelgroßen und in den großen Flächenländern Europas die Tendenz eindeutig in Richtung regionaler Lösungen ging. Sei es in Form von föderalisierten Konzepten, sei es in Form von dezentralisierten Konzepten (was etwas völlig anderes ist als ein föderales Modell). In einem dezentralen Modell gibt der Staat von oben, behält sich aber im gleichen Atemzug auch vor, das gegebenenfalls einmal wieder an sich zu ziehen. Ein föderales Modell baut sich von unten nach oben; dort ist das konstitutiv, obwohl ich es auch in einem dezentralisierten Modell für einen ungeheuren Fortschritt halte, dass die Franzosen den Regionen jetzt zum ersten Mal Verfassungscharakter einräumen, dass sie die Regionen offiziell als Bestandteil in die Verfassung aufnehmen.

Und, das muss man sich schon vor Augen führen: jetzt ist ein Zentralstaat wie Großbritannien, entstanden nach den großen Bürgerkriegen, aus einer starken zentralen Grundhaltung heraus, im Übergang zu einem föderalen Staatswesen. Schottland: eigenes Parlament, eigene Regierung, eigene Haushaltsrechte, weitergehend wie die deutschen Länder. Wales: Blair hat angekündigt, bis 2005 auch das alte England, den Kernbestand, in acht Regionen mit eigenen Parlamenten, eigenen Regierungen, eigenem Steuerrecht, eigener Gesetzlichkeit durchzuföderalisieren.

Belgien ist eigentlich nur noch eine Klammer für die Regionen: der Nationalstaat Belgien hat weniger Kompetenzen als die Regionen Flandern, Wallonie, Brüssel.

Italien: mit allen Schwierigkeiten und Rückschlägen gilt hier doch die Erkenntnis, dass Regionalismus für die Größe des Landes doch eine richtige Antwort auf Bürgernähe, auf Wettbewerb, auf Lösungen vor Ort ist.

Polen: der größte der Beitrittskandidaten, das wir nicht nur westeuropäisch diskutieren. Polen stärkt seine Botschaften, regionalisiert, wählt; noch weit entfernt von einem bundesstaatlichen oder von einem föderalen Modell. Aber ich glaube schon, dass wir da einerseits Modellvarianten brauchen, Vielfalt (das muss auch nationalstaatlich geregelt werden), aber andererseits gewisse Entwicklungen herausinterpretieren müssen, herausdestillieren müssen. Und diese Entwicklungen gehen in Europa ganz eindeutig in Richtung Stärkung der regionalen oder der föderalen Ebene, wie Sie es nennen wollen. Das wird man schon als Bilanz der letzten Jahre vornehmen können.

Adrien Zeller

Was Palmer sagt, sage ich jedes Mal, jede Woche in Paris: zu sehen, dass es in fast allen großen Ländern von Europa neue Strukturen gibt. Natürlich ist das ein gemeinsamer Trend, der etwas bedeutet. Bürgernähe...

Klaus Wenger

... Wettbewerb...

Adrien Zeller

... nicht nur Wettbewerb. Auch dem Bedürfnis des Menschen, des Menschen als Mensch, einem Territorium, einer Gemeinschaft anzuhängen, wo er sich noch erkennen kann und das im Rahmen der Globalisierung noch nicht so groß ist usw. Diese Phänomene sind jetzt europäisch und sind in der modernen Welt. Ich glaube, das sind ganz tiefe Entwicklungen, die wir anerkennen und natürlich auch fördern müssen.

Klaus Wenger

Also kann man festhalten: die Regionen bieten uns in einem sich konstituierenden Europa Identifikationsräume, regionale Identifikationsräume, um sich zwischen Ich, *citoyenneté* und Globalisierung behaupten zu können?

Adrien Zeller

Nicht nur!

Klaus Wenger

Aber auch! Und wichtig!

Adrien Zeller

Wichtig, sehr wichtig! Aber auch ein angepasstes Niveau, um effiziente öffentliche Politiken zu verankern und sie zu verwalten. Demokratischer zu verwalten als zentral aufgebaute Politiken.

Klaus Wenger

Dann schauen wir uns das auch mal bei uns in der Region an.

Aber vorher noch eine Frage, weil Sie, Herr Palmer, das Stichwort „Wettbewerb“ angesprochen haben. Sie, das Land Baden-Württemberg, haben ja nun gerade seit Jahren erfolgreich Wirtschaftspolitik mit den europäischen Regionen betrieben – Lombardei, Rhône-Alpes, Sie arbeiten mit Ungarn zusammen. M. Zeller: das Elsass ist eine vergleichbar kleine Region; eine Region, deren Arbeitsplätze sich heute schon weitestgehend jenseits des Rheins finden – 70 000 Pendler haben wir täglich. Wie lange kann sich eine kleine Region wie das Elsass im europäischen Wettbewerb ökonomisch behaupten? Oder braucht es dann andere Strukturen?

Adrien Zeller

Das Problem der Dimension der Regionen wird in Frankreich zur Zeit diskutiert. Ich glaube nicht, dass in der heutigen Entwicklung der Regionalisierung in Frankreich die Größe der Regionen das wichtigste Problem ist (zur Zeit – ich möchte nicht sagen, dass es nie kommen wird, das weiß keiner). Das wichtigste Problem ist zur Zeit die

Kompetenzübertragung von den Ministerien zu den regional bestimmten, demokratischen Behörden. Ich glaube, wenn das im Bereich der beruflichen Ausbildung geschieht, sähe die Korrespondenz mit der wirtschaftlichen Entwicklung anders aus.

Wenn ich an den Technologietransfer denke, an die Universitätspolitik, an die obere berufliche oder auch universitäre Ausbildung.. oder auch im Transport: wenn wir diese Mittel besser in den Griff bekommen, bessere Kooperationen auf regionaler Ebene bekommen, gibt es keinen Grund zu sagen, dass wir keine Chance im europäischen Raum haben. Und das wissen wir auch!

Zweitens: wenn es heißt, zwischen relativ kleinen Regionen zu kooperieren – sei es in Frankreich, sei es mit Freiburg im Biovalley – sind wir sofort bereit. Wir kooperieren zur Zeit mit der Franche-Comté im Bereich der Automobilindustrie. Da ist Peugeot; viele kleine Betriebe drehen sich um Peugeot – die sind im Elsass, in der Franche-Comté, in Lothringen. Wir arbeiten sofort zusammen, wenn sich das Problem auf überregionaler Ebene stellt. Ich glaube nicht, dass das ein Hindernis ist, sich stärker als heute im europäischen Raum zu bewähren. Das glaube ich nicht.

Und ich sehe die Schweizer Kantone: die haben noch viel mehr Freiheiten als wir! Ich weiß nicht, ob Schweizer da sind... Wenn ich die Kantone Basel-Stadt und Baselland und den Entwicklungsstandard sehe, glaube ich nicht, dass das von Bern abhängt. Ich glaube, das stammt von einer Entwicklung aus eigener Kraft: weil die eigenen regionalen Institutionen vor Ort und am Platz waren und gut zusammen gearbeitet haben.

Klaus Wenger

Sie haben ja auch, hinausgehend über die Grenzregion, über die wir noch reden, weitere geographische Ambitionen. Sie haben mal vor einigen Wochen das Stichwort eines „Weimarer Dreiecks“, heruntergebrochen auf die regionale Zusammenarbeit, ins Spiel gebracht. Wie stellen Sie sich das vor? Was verstehen Sie darunter?

Adrien Zeller

Ich war beim letzten Weimarer Gipfel mit dabei; eingeladen mit den drei Nationalstaaten Frankreich, Polen und Deutschland. Auf regionaler Ebene wurden wir eingeladen. Ich glaube, das hat praktisch relativ wenig Sinn (wenn wir auch in der Universität in Polen anwesend waren); es hat aber einen großen symbolischen beispielhaften Wert: zu zeigen, dass die früheren Beziehungen zwischen unseren drei Staaten total überholt sind. Im europäischen Raum, im europäischen Sinn: Kooperation, Integration, Zusammenarbeit, gegenseitige Anerkennung. Es war mehr Politik als praktische Entwicklung, muss ich sagen.

Klaus Wenger

Aha. Aber kommen wir zur kulturellen Zusammenarbeit und damit zu dem, was uns hier ganz konkret zwischen Baden und dem Elsass bewegt. Sie waren vorhin sehr optimistisch, als Sie die Zustimmung der Bevölkerung zur Zusammenarbeit und zum Zusammengehörigkeitsgefühl dargelegt haben. Ich sage Ihnen ganz offen: ich sehe es etwas pessimistischer. Ich entsinne mich einer doch sehr zurückhaltenden Umfrage, die die *Dernières Nouvelles d'Alsace* zu Jahresbeginn gemacht haben und aus der hervorging, dass gerade aus dem Elsass Richtung Baden die Notwendigkeit der Zusammenarbeit, die

Bereitschaft zur Zusammenarbeit nicht so stark ist. Der letzte Oberrheinkongress in Straßburg fand ja doch vor sehr, sehr dünn besetzten Reihen statt.

Herr Minister Palmer, an Sie ganz konkret die Frage dazu: Ihre Regierung hat einen sehr mutigen Schritt getan, nämlich Französisch – die Partnersprache – als erste Fremdsprache einzuführen. Und es hat, wenn ich mich recht entsinne, doch ziemlich laute und erhebliche Proteste genau aus der Bevölkerung gegen diese Entscheidung gegeben.

Christoph Palmer

Also: gegen welche Reform gibt es nicht Proteste, die dann von den Medien verstärkt werden? Das war also so fürchterlich auch nicht. Ich bin auch ein paar Mal im Grenzland aufgetreten, und dann waren irgendwelche Leute mit Plakaten da. Eine Volksbewegung habe ich nicht erkannt, sondern ich habe legitime, punktuelle und ordentlich verstärkte Proteste gesehen. Das gehört dazu. Das war also keine Bürgerbewegung, die Baden am ganzen Rhein erfasst hat.

Ich glaube, es liegt ein grandioses Missverständnis vor – in dieser Interpretation von Ihnen natürlich gewollt und angelegt. Die Menschen im Elsass und in Baden-Württemberg interessieren sich nicht für die institutionelle Zusammenarbeit. Sie interessieren sich aber auch nicht dafür, wie wir in der Verwaltung funktionieren – im Regierungspräsidium und im Landkreis und was der Salomon in der Stadtverwaltung macht... Das muss halt klappen! Für die Themen und dafür, dass es klappt, interessieren sie sich sehr wohl! Sie interessieren sich dafür, ob man sich an der Universität Straßburg immatrikulieren kann, ob es einen gemeinsamen Kulturpass gibt, der benutzbar ist, welche Lebens- und Arbeitsbedingungen man drüben als Pendler hat, wie die Verkehrsverbindungen sind.

Ich glaube, dass Gemeinschaftsprojekte, die nicht theoretisch sind, sondern einen Nutzen haben – also nicht Institutionen verknüpfen, sondern für die Menschen erlebbar sind wie so eine Gartenschau, die gemeinsam veranstaltet wird, mit allen Schwierigkeiten, die durchaus auch in Stuttgart gelesen werden (es ist nicht so, dass wir nicht verfolgen, was sich da vor Ort tut und wie die unterschiedlichen Charakterköpfe aufeinandertreffen) – in allen Themenbereiche beim Menschen ankommen!

Aber wir dürfen uns halt nicht vorstellen, dass das auch gleich perfekte Bilingualisten sind, die sich auch für unsere Strukturfragen und für unsere politischen Entscheidungsfindungen interessieren. Das wäre zuviel verlangt! Es geht um den praktischen täglichen Fortschritt, und da sind dann auch gelegentlich mutige Entscheidungen wie beispielsweise das Grundschulfranzösisch erforderlich. Und im übrigen, glaube ich, sind die Bürger mit dem erreichten Stand in einem Maße einverstanden und wollen jetzt noch mehr haben, als man sich das eigentlich vor 50 Jahren erträumt hätte.

Klaus Wenger

Also, Ihre positive Lepporello-Liste... da könnte ich nun eine negative dagegenhalten: Wenn ich von Straßburg nach Freiburg will, muss ich umsteigen – wenn ich Pech habe, zweimal! Ich komme von Straßburg nicht nach Berlin! Und so weiter! Es gibt ganz konkrete Probleme!

Adrien Zeller

Darf ich antworten? Wenn man das kurzfristig sieht, kann man natürlich sagen: „Dies fehlt und das fehlt und das noch!“ Ich bitte Sie, sich daran zu erinnern, welche Fortschritte wir in zehn, zwölf Jahren gemacht haben: die zweite Rheinbrücke hat 20 Jahre gebraucht und ist jetzt da. Neue Zugverbindungen zwischen Saarbrücken und Straßburg bis Offenburg: das hat das Elsass gemacht und dabei sogar Lothringen etwas übersprungen, denn wir haben die Lothringer nicht gefragt, sondern wir sind direkt vom Elsass nach... (natürlich waren die Lothringer dafür, aber wir haben das gemacht.) Zwischen Saarbrücken und Offenburg können Sie jetzt seit 14 Tagen direkt mit französischen Zügen fahren. Das ist ganz neu!

Jeden Tag, jede Woche kommt also etwas Neues dazu – kleine Steine kommen zu dieser Zusammenarbeit.

Jetzt, diese Woche noch, konnte ich in der Presse lesen, dass die Bankwechsel jetzt frei werden, dass also eine Bank nicht mehr sagen kann, dass Geld von Straßburg nach Freiburg zu schicken teurer kommt als von Straßburg nach Brest. Abgeschafft! Wir haben darum gerungen. Lange haben wir darum gerungen! Und die Europäische Kommission hat das ernst genommen! Jedes Mal, wenn wir ein Problem haben, ist es eine andere Stelle, die den Beschluss zu fassen hat.

Wer hat uns mit der Krankenversicherung geholfen? Nicht die *sécurité sociale*, sondern der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Die *Cour de Justice européenne* hat gesagt: „Nein, es ist verboten, in der Pflege zu diskriminieren“. Wenn ein Franzose nach Deutschland kommt, müssen die Kosten von seiner Krankenkasse erstattet werden. Auch wenn die Pflege in Deutschland stattgefunden hat. Dieses Urteil ist vor drei Monaten gefallen.

Überall fallen also die konkreten verwaltungstechnischen Grenzen. Natürlich ist das ein historischer Prozess! Die Verwaltungen sind kompliziert; das braucht manchmal 10, 15, 30 Jahre. Aber der Weg zur Konvergenz ist nicht unbestritten.

Ich möchte noch etwas sagen, dass für unsere Seite – für Frankreich und fürs Elsass – sehr wichtig ist: Je mehr Zentralisierung wir in Frankreich haben, desto stärker können wir mit unseren Nachbarn und Freunden arbeiten. Aber Sie müssen auch wissen, welche Fortschritte wir jetzt schon machen. Vor kurzem war ich in Japan. Ich war in Russland, in China, in Kanada, wo wir regionale Wirtschaftsstellen eingerichtet haben (in Montréal, in London – überall!), in zehn, zwölf Ländern. Und jedes Mal – das sage ich vor dem Generalkonsul – haben wir die Unterstützung vom Außenministerium, von Paris bekommen. Direkt vom Botschafter, der gesagt hat: „Was Ihr tut, ist gut!“ Sie müssen also sehen, dass die Geister im Wandel sind. Es wird nicht mehr gesagt, Außenbeziehungen seien ein Monopol von Paris – das ist schon lange überholt. Wir arbeiten auf vielen Ebenen in guter Intelligenz zusammen.

Nur: es braucht lange. Auch interne Reformen zu Wege zu bringen, geht nicht auf einen Schlag. Das wissen wir alle. Aber ich glaube, alle Gegebenheiten sind da. Ich hätte es auch gerne gesehen, wenn die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von der Verfassung anerkannt würde. Ich weiß, Erwin Teufel hat dafür gekämpft; auch einige Franzosen haben dafür gekämpft. Unser eigener Vertreter, Hubert Haenel, erster Präsident bei uns im Regionalrat, war auch im Konvent, und wir haben alle in dieselbe Richtung gezogen. Ich glaube, es ist eine Bewegung, die voranschreitet. Und jede Generation von Bürgervertretern wird ihren Beitrag leisten – da habe ich gar keine Zweifel! Jede Generation von Verantwortlichen wird in diesem Bereich ihren Beitrag leisten. Es gibt gar keinen anderen Weg mehr. Alles andere wäre negativ! Und es wäre sehr schwer – Sie wissen, an was ich denke. Man kann nicht vier, fünf Jahre in Lauerstellung bleiben; man muss sich bewegen.

Klaus Wenger

Nur leider ist nicht jeder Bürger ein Marathonläufer wie Sie.

Christoph Palmer

Was für ein seltenes Kompliment, dass man einem Politiker sagt, er sei ein Marathonläufer. Normalerweise sagt man immer nur, er sei ein Kurzstreckensprinter, der an Legislaturperioden denkt.

Klaus Wenger

Ich hatte vorhin ein anderes Bild im Kopf. Aber natürlich möchte auch derjenige, der „nur“ 100 m Hürden läuft, ins Ziel kommen. Und schon deswegen ist es ein Problem: die einen denken in langen Zeiträumen. Der Bürger möchte relativ schnell für sich konkrete Ergebnisse erzielen. Und ich unterstreiche alles, was Sie gesagt haben, was erreicht ist. Aber: Wir wollen ja weiter zusammenarbeiten. Was wollen wir noch erreichen, was können wir erreichen? Auch zum Beispiel vor dem Hintergrund, dass unsere finanziellen Spielräume enger werden – im Kulturbereich werden sie enger.

Wo gibt es Chancen, wo gibt es Möglichkeiten – M. Zeller, Herr Minister – enger zusammenzuarbeiten? Ich werfe mal ein paar Stichworte in die Runde und hoffe, dass ich niemandem hier auf die Füße trete... Aber ist zum Beispiel vorstellbar, dass die Opernhäuser Straßburg, Colmar, Freiburg, Mülhausen, Basel enger zusammenarbeiten? Ist es vorstellbar, dass die Medienförderungen im Elsass und Baden-Württemberg enger zusammenarbeiten, ihre Gelder zusammenlegen? Dann hat man mit dem, was man fördern kann, auch eine europäische Ausstrahlung, weil einfach der finanzielle *impact* ein bisschen stärker ist.

Was schwebt Ihnen vor? Zwei, drei Projekte, die Sie in den nächsten... na ja, ich möchte nicht sagen, bis zur nächsten Wahl... das wäre ein bisschen vermessen und frech gefragt... aber sagen wir mal, bis zu den nächsten Freiburger Gesprächen voranbringen möchten?

Christoph Palmer

Nun kann ich nicht sagen, was ich ankündige und vorbringe; das wäre eine Anmaßung, wenn ich jetzt sagen würde, „wir müssen das machen“. Wir sind nicht Träger des Freiburger Theaters...

Aber ich will einmal etwas skizzieren, das ich im Kopf habe, ohne dass ich es umsetzen kann. Ich glaube, so sehr wir mehr Arbeitsteilung innerhalb der Länder brauchen (und das wird doch aufgrund des Drucks der leeren Kassen automatisch kommen: im Hochschulbereich haben wir die Themen zwischen benachbarten Hochschulstandorten schon versucht abzuschichten, Heidelberg und Mannheim stimmen ihre Theaterprogramme jetzt ab, eine Sparte verschwindet – zwischen Pforzheim und Heilbronn läuft das), wird es sehr gut vorstellbar sein, dass über Landesgrenzen hinweg arbeitsteilige Strukturen kommen. Der eine kann besser Oper, der nächste besser Ballett. Es wird aber immer ein Schauspiel geben: in französischer und in deutscher Sprache. Man muss also auch die Begrenzungen sehen. Man muss die Möglichkeiten sehen! Ausdruckstanz ist per se grenzüberschreitend: Natürlich kann eine Ballettcompagnie zusammenarbeiten und ist nicht an einen Standort gebunden.

Das sind also arbeitsteilige Möglichkeiten, die man sich vorstellen kann. Das gilt auch für den Mediensektor, wobei wir jetzt natürlich zu betrachten haben, dass Sie in einem Parlament nicht durchsetzen können, eigene Wertschöpfung, eigenes Geld in ein anderes

Land zu bringen. Das sind also im Augenblick komplizierte Verfahren. Da müssen beide mitmachen. Das braucht noch ein bisschen Zeit, aber ich kann mir das durchaus vorstellen!

Klaus Wenger

Bei ARTE ist es gelungen!

Christoph Palmer

Bei ARTE ist es mit beträchtlichem Aufwand gelungen, zu einem gemeinsamen Sender zu kommen, ja.

Adrien Zeller

Ich glaube, für mich wäre der Austausch der Schullehrer das Wichtigste. Das würde ich als Priorität sehen.

Zweitens: Natürlich brauchen wir im kulturellen Bereich Träger des Willens zur Zusammenarbeit. Das geht nicht auf einen Schlag. Wir haben es auf der elsässischen Seite fertiggebracht, dass die drei Opern Straßburg, Colmar und Mülhausen miteinander in einem Verbund spielen. Diesen Leuten muss die Idee gegeben werden: Warum nicht Freiburg mit einschließen? Oder auch Karlsruhe? Nur: was ich sehe, ist, dass wir mit INTERREG-Mitteln zur Zeit 70 Projekte gemeinsam tragen (auch mit der Nordschweiz). Die Kredite für sechs Jahre sind nach drei Jahren schon zu mindestens 70% aufgebraucht – das bedeutet, dass sehr viel läuft. In Umweltfragen, in kulturellen Fragen, in Transportfragen, Schulwesen, Wirtschaftsfragen, Universität, mit Biovalley usw.: es läuft schon sehr vieles.

Wir haben vielleicht ein Problem, alles das in die breiteren Schichten der Bevölkerung bekannt zu geben. Das stimmt. Aber nicht, dass eine Opposition bestände. Im Gegenteil! Nur: man sollte sie einbeziehen! Ich glaube, wenn sie etwas davon spüren, erfahren, sind sie stolz darüber und nicht das Gegenteil. Stolz über das, was läuft. Ich glaube, das Klima ist im großen und ganzen sehr positiv. Ich glaube, wir müssen jetzt besonders so weiterarbeiten. Aber es gibt kein Wundermittel. Wir machen zwischen dem Elsass und Lothringen sogar weniger als zwischen dem Elsass und Baden-Württemberg. Weniger! Das wird uns manchmal sogar vorgeworfen... dies nur, um zu sagen...

Klaus Wenger

Vielleicht gibt's ja auch da ein Sprachproblem...

Christoph Palmer

Ich wage mal eine Prognose: bevor es eine einheitliche baden-württembergische Fußball-Liga gibt – zwischen württembergischem und badischem Fußballverband – gibt es eine gemeinsame Bezirksliga zwischen dem Elsass und Baden. Ich halte das für möglich!

Klaus Wenger

Jetzt haben Sie als Württemberger die Baden-Frage aufgemacht!!!

Christoph Palmer

Aber ich glaube, ganz dosiert und durchaus mit einem folkloristischen Ansatz, so wie er in Freiburg auch immer diskutiert wird.

Klaus Wenger

Also, ich hätte dann Angst um den Racing Strasbourg – insofern wäre ich da etwas zurückhaltender.

Aber eine letzte Frage an Sie beide, untergliedert in A) und B). Wir reden über den Eurodistrikt Kehl-Ortenaukreis. A) Was dürfen wir uns als Bürger darunter konkret vorstellen? Wie kann die Bürgerbeteiligung am Entstehen dieses Distriktes befördert werden – zum Beispiel in Form einer impulsgebenden Versammlung; es muss ja nicht gleich eine verfassunggebende sein.

Und B): Wenn es schon zwei Kandidaten gibt, ist es dann sinnvoll, so klein anzufangen? Oder sollte man nicht überlegen, ob man gleich einen etwas größeren Eurodistrikt ins Auge fasst?

Christoph Palmer

Ich beginne mal mit der zweiten Frage. Wir haben uns halt mal auf einen Beginn festgelegt, damit man mal den Ball ins Rollen bringt. Es war ja doch sehr überraschend und auch nicht geplant, dass diese Diskussion kam. Ich war zu jeder Phase zugegen. Als die französische Europaministerin mir das im Dezember 2002 gesagt hat, gab es kein Dossier und kein Papier, sondern man muss dann halt einmal damit beginnen. Das ist Chance und Schwäche zugleich, weil natürlich alle gleich rufen: „Wo ist die fertige Konzeption?“

Das ist noch nicht fertig! Das ist ein Verfahren, das wir übrigens – weil wir nicht nur im innereuropäischen Feld Subsidiaristen sind – ganz bewusst nach Freiburg gegeben haben. Herr von Droste ist da: wir haben gesagt, „die Konzeption für den Eurodistrikt darf doch nicht in Stuttgart entwickelt werden, sondern das soll im Regierungspräsidium Freiburg durch den Regierungspräsidenten koordiniert werden“. Dort ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Wir müssen uns nur so weit beteiligen, dass Rückenwind da ist und dass nicht interpretiert wird, es herrsche Desinteresse und wir seien nicht daran interessiert. Aber eine Lösung soll bitteschön örtlich gefunden werden – da ist sie besser aufgehoben.

Ich stelle mir in diesem offenen Prozess erstens natürlich eine Bürgerbeteiligung vor; die ist aber im Papier angelegt. Es sollen alle vorhandenen Öffentlichkeiten, von Straßburg bis in den Ortenaukreis hinein, beteiligt werden. Die sind im einzelnen spezifiziert. Von den Kirchen bis zu den Sozialpartnern: alle sollen aufgenommen sein und daran mitwirken, und sie sind auch in den Dialogprozess eingebunden.

Zweitens: das, was ich vorhin gesagt habe, stelle ich mir für den Eurodistrikt vor. Arbeitsteilung! Warum sollen denn nicht Kinder aus der Ortenau in den Kindergarten in Straßburg gehen? Warum soll es denn nicht eine gemeinsame Schulplanung, eine Krankenhausplanung geben? Also eine Bedarfsplanung, Arbeitsteilung, Integration der verschiedenen Mechanismen. Das interessiert die Leute viel mehr: die konkrete Lebenswirklichkeit statt das abstrakte Thema einer Verwaltungszusammenarbeit oder wie das Kind jetzt heißt und ob es ein Parlament hat, ob es kein Parlament hat, ob es ein Zweckverband ist oder kein Zweckverband. Arbeitsteilige integrierte Lösungen da, wo Lebenswelten der Bürger aufeinanderstoßen. Wir sind noch am Ideensammeln. Aber ich kann nur sagen: Stuttgart (soweit wir gefragt sind; der Bund ist auch gefragt) gibt da sehr lange Leine. Was wir nicht unbedingt haben, ist Geld im Übermaß, weil davon auch in Stuttgart keines vorhanden ist. Also, diese Einschränkung muss ich immer machen. Wir haben jetzt gerade noch eine Milliarde zu decken... so reich wie Freiburg sind wir nicht; wir haben noch eine Milliarde im Landeshaushalt zu decken.

Klaus Wenger

Diese Situation kennen Sie, M. Zeller: kein Geld, aber viele Ideen...

Adrien Zeller

Ich glaube, zur Zeit ist der Geldmangel in der Region etwas weniger akzentuiert als auf Staatsebene. Das muss gesagt werden. Bis jetzt konnten wir uns noch jedes Jahr entschulden. Noch jedes Jahr! Und auch die meisten Gemeinden konnten sich in den letzten fünf Jahren entschulden. Das will ich behaupten...

Christoph Palmer

Da staunen wir Bauklötze!!!

Adrien Zeller

...aber das bedeutet, dass uns unser zentralistisches System auf kommunaler Ebene die nötigen Grundmittel freigegeben – ich glaube, das muss gesagt werden – auch wenn wir noch nicht genügend Kompetenzen in der Regionalisierung haben.

Zum Distrikt möchte ich folgendes sagen: es ist klar, dass, wenn der Eurodistrikt zu einer Verbandsgemeinde werden will, es keine großen Probleme geben wird. Gemeinsame Kindergärten – das hängt von beiden Lokalbehörden ab usw.. Auch die lokalen Transportsysteme kann man ausbauen, auch den Zugang zur Oper, ins Stadion, ins Schwimmbad, in die Bibliothek – das kann man sehr leicht machen. Die große Frage des Eurodistrikts ist, zu wissen, ob sich im Eurodistrikt die Staatsrechte verändern werden oder nicht. Ich denke an die Sozialrechte. An die Universität! Bei uns hängt die Universität vom Ministerium, vom Staat ab.

Was den Gemeindedienst angeht, hängt es nur vom Willen beider Seiten ab. Aber wenn es um größere Rechte geht (vom Wahlrecht schon gar nicht zu sprechen): das steht zur Zeit auf dem Spiel. Also müssen wir einen deutsch-französischen Vertrag haben, mit

gewissen Änderungen beiderseits. Oder können wir das mit einer Finanzgemeinde regeln? Ich würde sagen, es wäre sehr positiv, Zeichen zu setzen. Nicht nur dem Bürger hier, sondern auch nach außen – nach Deutschland, nach Frankreich, nach Europa – zu sagen: Ja, im Eurodistrikt läuft das und das etwas anders, um zu zeigen, wie das zukünftige Europa aussehen könnte.

Da müssen wir suchen, was vertragsfähig ist, was sinnvoll ist, was gewünscht wird und was einen großen symbolischen Wert hat. Ich glaube, wir müssen das etwas höher tragen, sonst hat es relativ wenig Wert zu sagen, dass die Kindergärten zwischen Kehl und Straßburg funktionieren oder so. Wir müssen etwas weiter sehen – wissend, dass unsere beiden Verfassungen, die deutsche und die französische Verfassung, nicht alles erlauben, und dass man mit einem Distrikt nicht die Verfassung ändern kann, sondern einige Sachen.

Christoph Palmer

Ich teile die Meinung. Und dazu bedarf es der Symbole. Ich könnte mir vorstellen, dass (ich sage das ja seit Jahr und Tag und nicht nur in dieser Diskussion) – sofern wir überhaupt zu einer regionalisierten Einteilung des Wahlrechts kommen (das muss in Frankreich und in Deutschland synchron gehen) – 2009 hier der erste gemeinsame grenzüberschreitende Wahlkreis zum Europäischen Parlament angelegt wird. Immer unter der Voraussetzung, die Verfassung gibt den Rahmen, dass wir ein vergleichbares Wahlrecht haben, ist das eine Möglichkeit, dass wir diesen Wahlkreis in dem Distrikt schaffen. Dann natürlich übergreifend – der Distrikt ist zu klein für einen europäischen Wahlkreis.

Klaus Wenger

Das ist ein Wort. Und ich glaube, damit sollten wir hier oben das Wort an Sie weitergeben. Wenn Sie Fragen oder Bemerkungen haben...

Teilnehmer

Ich bin Georg Löser, ein Bürger und zufällig Leiter eines trinationalen Projekts der Bürgerbegegnungen am Oberrhein. Ich möchte Sie fragen, ob es nicht sinnvoll ist, dieses Projekt, das an sich auch zu INTERREG gehört und ungefähr 70 kleine Projekte unterhalb von 30 000 Euro durchgeführt hat oder im Moment durchführt, fortzusetzen und auch wesentlich zu verstärken? Weil sich dann die Bürger konkret – ob in Sportvereinen, Theatern, Volkshochschulen oder Umweltschutzvereinen – begegnen können, etwas tun, sich kennen lernen, dabei auch ihre Sprachkenntnisse wieder verbessern. Trägt das nicht dann auch zur Zukunft der Region hier am Oberrhein konkret bei?

Meine zweite Teilfrage ist die: es wird ja viel über öffentliche Armut geklagt, vor allem hier auf dieser Seite des Rheins. Gibt nicht auch die EU die Chance, sehr viel Geld zu holen? Ich möchte namentlich INTERREG 3b erwähnen, wo noch Hunderte von Millionen Euro auf uns warten (auch auf diese Region; für Nordwesteuropa, den Alpenraum und Südosteuropa sind wir ja dabei). Es kommen zuwenig Anträge, weil die potentiellen Antragsteller alle Angst haben, sie kriegen die Co-Finanzierung nicht hin. Sollten wir uns nicht bemühen, die Co-Finanzierung zu erleichtern, damit wir hier viele europäische Gelder herholen, damit sich die Region in den verschiedenen Sparten weiterentwickelt, ob Ökologie, ob Verkehrsverbindungen, Kultur, Wissenschaft und vieles andere mehr? Ich denke, da haben wir noch viel zu tun, und da müssen wir noch stärker dran arbeiten. Auch hier in dieser

Region, die im Mittelalter eigentlich noch viel mehr Regionalcharakter hatte als heute: gemeinsam, trinational und über den Rhein hinweg. Da müssen wir wieder aufholen.

Konkret plädiere ich dafür, die Eisenbahnverbindungen nach Straßburg zu verbessern. Und zwar nicht nur von Offenburg aus, sondern dass man abends auch wieder zurückkommt, zum Beispiel nach Freiburg. Denn die letzten Züge verpassen sich gerade ganz genau. Als ob die Fahrplaner gar nicht bedacht hätten, dass man vielleicht auch von Freiburg nach Straßburg fahren möchte, ins Theater geht und dann nach einem Viertele mit den elsässischen Freunden wieder zurückkommt. Nach Basel funktioniert das ja schon. Da sind also aus Bürgersicht noch viele Aufgaben nach oben gereicht. Danke schön.

Klaus Wenger

Die letzte Frage geben wir an Herrn Mehdorn weiter, aber die Frage „Wie kommen wir von Straßburg nach Freiburg?“ kann Herr Zeller beantworten.

Adrien Zeller

Wir haben jetzt mit Straßburg-Offenburg angefangen. Wir haben es erreicht, europäisches Material einzusetzen, also europäisch-deutsch-französisch anerkanntes Schienenmaterial und Triebwagen, die auf beiden Schienen ohne Wechsel laufen können. Das hat Jahre gedauert! INTERREG hat das bezahlt. Jetzt müssen wir natürlich an Freiburg denken, und mein Traum ist auch, dass mal der TGV nach Freiburg kommt. Ich sage es ganz frei. Natürlich werden wir dabei mithelfen, dass es so kommt.

Was die INTERREG-Programme angeht, möchte ich nur folgendes sagen: ich habe vor zwei Wochen die Initiative ergriffen, Paris anzuschreiben, dass – ich sage es auch dem Landesminister – die INTERREG-Mittel 3a vergrößert werden, wenn auch auf Kosten der Mittel 3b.

Klaus Wenger

Können Sie das etwas für Nicht-Eingeweihte erläutern? 3a und 3b?

Adrien Zeller

3a und 3b sind große europäische Räume von Wien bis nach Straßburg, Besançon, über Mailand usw. Ganz große Räume, wo es sehr schwierig ist, gute, funktionsfähige, internationale Projekte aufzubauen. Wir unterstützen das natürlich, aber wir stellen fest, dass man es nicht aus dem Ärmel schütteln kann, das zum Beispiel bei Universitäten, von Österreich mit der Nordschweiz, mit Bayern, mit Stuttgart, mit Straßburg zu verbinden. Das ist sehr schwierig zu organisieren.

Und darum werden die Gelder nicht benutzt. Nicht aus Mangel an Unterstützung! Die Gelder werden nicht benutzt, weil nicht genügend Projektträger da sind und weil es sehr kompliziert ist, solche Projekte aufzubauen. Ich weiß nicht, ob es in Deutschland dasselbe ist, aber bei uns habe ich feststellen können, dass wir hier regional vieles tun können. Das habe ich gesagt. Wir benutzen diese INTERREG-b-Mittel für grenzüberschreitende Zusammenarbeit hier in diesem Raum. Und ich hoffe, dass wir die Erlaubnis von Paris bekommen. Sie sind einverstanden.

Drittens: Für konkrete Projekte. Ich glaube, ich kann sagen, wenn Sie anfangen, über Projekte zu sprechen, sagt die elsässische Seite immer zuerst Ja. Dann schauen wir, ob es gut ist, ob das Geld gut benutzt wird usw. Aber prinzipiell sagen wir zu grenzüberschreitenden Zivilprojekten zuerst: „Ja, diese Idee könnte gut sein. Wir wollen versuchen, das in konkrete Taten zu übersetzen.“ Das ist zur Zeit unsere Stellungnahme im Elsass.

Christoph Palmer

Man muss nicht verlängern, wenn man mit allem übereinstimmt.

Klaus Wenger

Also, dann sind Sie wieder dran.

Teilnehmer

Michel Mathou, Wissembourg. Als ich die Überschrift dieser Veranstaltung gelesen habe, dachte ich, es hieße „Europa der Regionen – Europa der Bürger“. In Wirklichkeit wurde heute über „Europa der Regionen = Europa der Bürger“ diskutiert. Das enttäuscht mich etwas. Wenn ich die Grundstimmung analysiere, stelle ich fest, dass der Regionalismus hier eigentlich sozusagen „die Tragweite des eigenen Schattens“ darstellt. Und ich wollte Sie überzeugen, mal über den Schatten zu springen.

Warum brauchen Sie dieses Europa der Regionen, warum brauchen wir das? Wir brauchen das, weil wir eine gewisse Verankerung wollen. Wir wollen vielleicht auch da sein, wo unsere Wurzeln sind, aber können wir damit Europa machen? Ich bezweifle das sehr. Wir haben in Europa etwas geschaffen, das „Freizügigkeit“ heißt. Und Freizügigkeit gibt nur dann einen Sinn, wenn real daraus Mobilität wird. Und Mobilität kann es nicht geben, wenn der Regionalismus zum Hauptprinzip gemacht wird.

Zweitens: ich habe den Eindruck, dass die Regionen nicht in der Lage oder nicht gewillt sind, zur Bildung eines europäischen Bewusstseins stark beizutragen. Das erlebe ich auf jeden Fall nicht. Möglicherweise verpasse ich auch einige Sachen. Diejenigen, die ein europäisches Bewusstsein schaffen, sind eigentlich andere Sinnschöpfer. Und als solche sind das möglicherweise die Kirchen, möglicherweise nicht. Aber mit Sicherheit die Parteien. Und ich stelle hier noch einmal die Frage: Wann werden wir anfangen, daran zu denken, die Parteien europäisch zu denken? Der Verfassungsvertrag – Giscard d’Estaings Werk – sagt oder erkennt die Rolle der politischen Parteien bei der Bewusstseinsbildung. Also müssen wir das vielleicht auch mal machen – aber nicht auf Regionalebene.

Christoph Palmer

Drei Fragen. Die europäischen Parteien werden kommen, zunächst aber nur für Europawahlen. Dort wird die Integration so voranschreiten, dass wir es auch mit noch einheitlicheren Familien zu tun haben werden als bei den bisherigen lockeren Dachverbänden. Eine genuin europäische Partei wird so lange nicht entstehen, solange Sie nationalstaatliche Traditionen und nationale Wahlen haben. Solange werden Sie Besonderheiten haben. Und deshalb werden wir uns von Wahl zu Wahl unterschiedliche Formationen vorstellen können. Erster Punkt.

Zweiter Punkt – ich mache es von hinten her: Sie haben bezweifelt, dass die Regionen Träger des europäischen Bewusstseins sind. Also, ich will doch ganz, ganz energisch eine andere Position einnehmen. Wenn Sie die europäische Integrationsgeschichte der vergangenen 50 Jahre anschauen, dann waren ganz maßgeblich Menschen aus der Regionalpolitik für Fortschritte oder überhaupt für die Trägerschaft des europäischen Gedankens maßgebend. Alle Väter Europas – Mütter gab es nicht – kamen aus Grenzlandregionen: Robert Schuman war Lothringer, Konrad Adenauer kam aus dem Rheinland, Alcide di Gasperi war Trientiner. Alle Europäer der ersten Stunde und bis zum heutigen Tag waren aus einer Grenzlandperspektive geprägt. Sie haben aus dieser Grenzlandperspektive, aus einem regionalen Bewusstsein an der Grenze dem anderen gegenüber, ihren europäischen Impetus gezogen. Man findet doch kaum einen Nationalstaatler, einen ganz überzeugten Anhänger der nationalen Identitätsidee, einen Souveränisten britischen, französischen oder deutschen Zuschnitts, der mit ganzem Herzen über die Vernunft hinaus Europäer wäre. Und deshalb bin ich schon der Meinung, dass Regionalpolitiker, regional denkende Menschen, regional verwurzelte Menschen – gerade die aus Grenzlandregionen – in besonderem Maße offen sind.

FORUM „EUROPÄISCHE VERFASSUNG“ /TABLE RONDE « CONSTITUTION

POLITIQUE »

Frank Baasner

Ich freue mich, Sie nun zum dritten Teil unseres heutigen Diskussionsforums begrüßen zu dürfen.

Europa hat sehr viele Facetten – das haben wir gelernt. Es gibt lange Zeiträume, es gibt kurzfristigen Handlungsdruck, es gibt viele Entscheidungsebenen, es gibt viele Verantwortungsebenen, es gibt Träume, es gibt kleine Realitäten, es gibt große Realitäten... Ich möchte vorab darauf hinweisen, dass die vorhin angesprochenen Dinge des Transports innerhalb von Europa und auch innerhalb dieses Kernteils von Europa, in dem wir uns hier befinden, manchmal noch zu wünschen übrig lassen. Es ist eine vielleicht einigermaßen entschuld bare Brücke, um Ihnen mitzuteilen, dass unsere französischen Kollegen (weil eben Paris doch weit weg ist – weiter als man denkt) relativ pünktlich, um 17.45 Uhr, in ein Auto springen müssen, um zur rechten Zeit das Transportmittel, das man immer noch braucht, um nach Paris zu kommen, zu besteigen: nämlich ein Flugzeug.

Sie sehen, es gibt gute praktische Gründe, den TGV gleich bis hierhin zu bauen: dann haben wir in ein paar Jahren dieses Problem nicht mehr. Ich werde mich deswegen auch sehr kurz fassen und überhaupt keine großen Eingangsstatements meinerseits präsentieren. Ich freue mich, dass wir einen Mix auf diesem Podium haben. Einen Mix nicht nur aus deutschen Juristen – sehr renommierten Juristen aus dem deutschen Universitätspektrum –, sondern auch aus Frankreich, die an sich schon eine interessante Diskussion bieten könnten. Wir haben gleichzeitig aber auch einen Mix zwischen Politikern von der kommunalen Ebene, deren Bedeutung uns ja eben noch einmal eindrucksvoll in Erinnerung gerufen worden ist. Und ich freue mich besonders, dass wir die nationale Parlamentsebene hier auf unserem Podium vertreten haben: mit Herrn Abgeordneten Erler. Denn seit gestern abend haben wir so ziemlich alles an Dimensionen, die es in diesem Verfassungskonvent gab, auf dem Podium gehabt: die Regionen, die nationalen Regierungen, und nun eben auch – sehr, sehr wichtig, denke ich – die nationalen Parlamente. Was uns im Konzert fehlt, sind europäische Parlamentsvertreter.

Wir haben uns die Abfolge so gedacht, dass wir zunächst den beiden Oberbürgermeistern die Gelegenheit geben, etwas aus der Sicht ihrer Funktionen, ihrer Sicht von Europa darzustellen – ergänzend, anknüpfend vielleicht an das, was bisher diskutiert worden ist.

Anschließend würde ich gerne dem dritten Politiker auf unserem Podium, Herrn Abgeordneten Erler, das Wort geben, und dann die „Spezialisten“, die Rechtsgelehrten im besten Sinne des Wortes, auf all das loslassen, was bis jetzt zu der Verfassung gesagt worden ist. Wir hoffen dann, ein recht lebendiges, konzises und kompaktes Gespräch zustande zu bringen. Die anschließende Diskussion wird mein Nachbar zur Rechten, Nicolas Baverez, leiten (damit wir, wenn wir über diese Dinge sprechen, die uns alle – denke ich – gleichermaßen wichtig sind, auch ein bisschen die „französische Stimme“ im Ohr haben).

Genug der einleitenden Worte. Vielleicht zuerst in einer Reihenfolge, die Sie sich gerne selber definieren können, die beiden Oberbürgermeister Mulhouse und Freiburg.

Jean-Marie Bockel

Es ist immer schwer anzufangen, nein? Je crois que c'est toujours un peu plus difficile parce que je voudrais être dans le sujet, mais je vais essayer...

Tout d'abord pour dire que, en France, il y a toujours ce paradoxe entre une présence de plus en plus importante de l'Europe partout et en même temps un Etat qui reste encore très centralisé. Bien sûr nous préparons une nouvelle étape de la décentralisation ; c'est bien. Mais sur les questions – par exemple – de coopération transfrontalière, l'Etat central, même quand il est de bonne volonté, reste encore, je dirais, « culturellement soupçonneux » vis-à-vis des collectivités locales. Et donc là, je dirais que nous ne sommes pas encore dans une situation idéale. Cela dit que ça nous empêche d'avancer. M. Zeller vous a certainement dit qu'au niveau de la région Alsace il y avait maintenant cette gestion des fonds structurels européens, qui est une expérimentation. C'est positif.

Au niveau local, bien sûr nous sommes aussi très engagés. Notamment d'ailleurs, ce n'est pas par hasard si nous sommes là tous les deux entre nos deux villes de Freiburg et de Mulhouse, avec également d'autres villes, puisque nous fonctionnons également du côté alsacien et franc-comtois en réseaux de villes ; entre nous (côté français), des réseaux qui vont par-delà des frontières régionales.

Il faut maintenant réussir à articuler cela dans une démarche transfrontalière avant d'en dire un mot, puisque je crois que nos travaux se font aussi en ayant à l'esprit la Convention dont les conclusions ont été reprises au sommet de Thessalonique. C'est vrai que la Convention a certainement réussi à limiter un peu le centralisme. Mais on ne peut pas dire qu'on soit allé, dans cette Convention, aussi loin que nous l'aurions souhaité, notamment au niveau des relations transfrontalières et de la place des collectivités territoriales. Mais bon...

Je crois qu'il ne faut pas non plus s'arrêter aux textes. Il faut aussi que nous ayons la capacité d'innover. Je pense que ce que nous avons essayé de faire, par exemple dans notre relation entre Freiburg et Mulhouse, ça a été d'abord de créer un certain état d'esprit avant d'évoquer différents sujets techniques, d'essayer de monter des opérations en commun. Et l'état d'esprit, chez nous, s'est traduit par ces conseils municipaux communs que nous tenons une fois par an, une fois dans une ville, une fois dans l'autre. Ça permet également aux élus de se rencontrer. Ça permet également à nos collaborateurs tout au long de l'année de préparer le travail, l'ordre du jour. Ça permet également de rythmer notre coopération, de voir ce qui avance, ce qui n'avance pas – et puis sur une période longue... puisque ça fait maintenant au moins une douzaine d'années que nous avons engagé cette démarche qui n'a rien à voir avec un jumelage. C'est autre chose. C'est vraiment une démarche beaucoup plus forte.

Eh bien, aujourd'hui nous nous demandons comment aller un peu plus loin, comment essayer d'éviter la routine, parce que même dans des relations très sympathiques, très intéressantes, avec des sujets d'ailleurs concrets, nous avons des sujets sur lesquels tantôt ce sont les uns qui ont de l'avance sur les autres, tantôt les autres. Sur les problèmes de transport, par exemple. Nous essayons de nous rapprocher de Freiburg, et nous avons certainement été inspirés par votre politique de transport en région mulhousienne. Mais c'est vrai aussi sur la maîtrise de l'énergie. Nous avons, dans le cadre d'un projet INTERREG, créé ensemble des agences locales de maîtrise de l'énergie, et là aussi, nous sommes plutôt inspirés de l'exemple de Freiburg que le contraire, puisque vous êtes une ville emblématique dans ce domaine. Peut-être (mais ce n'est pas à moi de le dire) dans d'autres domaines avez-vous trouvé des choses à apprendre également chez nous... Donc tout ça, c'est très bien.

Mais aujourd'hui nous avons l'impression qu'il faut franchir une nouvelle étape. Parce que nous sommes encore en situation d'échec sur des infrastructures que nous soutenons ensemble, notamment en matière de Train à Grande Vitesse, mais aussi de liaisons ferroviaires « classiques ». Nous avons également à renforcer notre coopération autour d'un aéroport franco-suisse qui traverse aujourd'hui des difficultés.

Nous avons certainement des progrès encore à faire – je le dis en présence de mon adjoint aux affaires culturelles, Michel-Samuel Weiss qui m’accompagne – en matière culturelle. Nous sommes deux villes très engagées dans le domaine culturel, et pourtant nos échanges sont insuffisants.

Au niveau de nos jeunes : nous avons fait des choses extraordinaires avec les Conseils des Jeunes, avec les Conseils des Enfants. Enfin, nous avons fait des choses, mais ce que nous avons fait nous donne envie d’aller beaucoup plus loin au niveau des échanges. Et puis, je pourrais citer d’autres exemples. Mais aujourd’hui également, même si nous avons du retard et une autre manière de travailler que nos amis allemands, nous sommes en train de structurer nos territoires, à travers l’apparition des agglomérations qui, peu à peu, se constituent en France (parce qu’il ne faut pas voir que Strasbourg qui est en communauté urbaine depuis plus de 30 ans). Nous aussi, peu à peu maintenant, que ce soit en milieu urbain ou même en milieu péri-urbain, nous sommes en train de nous structurer.

Et puis, nous avons maintenant en Alsace sept pays. Alors, la démarche de pays n’est pas aussi intégrée, aussi avancée que vos propres régions autour des villes-centre, comme la région de Freiburg par exemple. Mais ça ne fait rien. Ce sont tout de même des lieux de projets et des lieux où les villes, les communautés peuvent mettre en commun un certain nombre de projets, et ça nous permet donc de raisonner, notamment sur la coopération transfrontalière, sur un terrain plus vaste : grâce, par exemple, au pays de Mulhouse, qui est un pays urbain, mais qui regroupe pas tout à fait 300 000 habitants jusqu’au Rhin ; grâce au grand pays de Colmar qui est un peu plus petit, mais qui comprend un nombre plus important de communes et qui va aussi jusqu’au Rhin.

Et puis il faut ravoir aussi avec d’autres territoires : la région de St-Louis qui est également ouverte vers la Suisse. Les territoires qui sont situés entre Mulhouse et Colmar : il y a certainement là une facilité à nous retrouver (ce que nous voudrions bien) pour pouvoir, avec le pays de Freiburg, aller plus loin dans nos partenariats et nous engager également dans des projets transfrontaliers qui sont aujourd’hui encouragés par l’Union Européenne, qui sont aujourd’hui structurés à travers – en France par exemple – la Mission Opérationnelle Transfrontalière qui permet également d’accompagner, de porter des projets.

Mais ce qui nous manquait dans notre coopération, c’est d’être limitrophe, en quelque sorte. Et là, à travers cette démarche, on pourrait franchir une étape et donc avoir une coopération encore plus intégrée et sur des territoires plus vastes que simplement les villes-centre ou leur agglomération, puisque de votre côté la ville-centre et l’agglomération ne font qu’un depuis longtemps. Chez nous l’agglomération est en train de se constituer.

Voilà des pistes et des perspectives dont nous sommes en train de parler, avec le prédécesseur de Dieter Salomon, avec le Dr Boehme, nous avons défriché ces questions, et là, avec Dieter Salomon, nous sommes dans l’idée de franchir une nouvelle étape, mais qui est possible parce que la précédente étape où s’est créé un état d’esprit, un climat de confiance, une envie de travailler ensemble et où ce que les élus ont fait ensemble a aussi créé des effets de réseau avec d’autres responsables : économiques, culturelles, éducatifs, de la jeunesse, initiatives également individuelles, associatives ; parce que tout le monde sait que nous travaillons ensemble. Donc ça nous encourage à franchir cette nouvelle étape qui sera peut-être, si nous y parvenons et sans vouloir lui donner de nom pour le moment (je ne sais pas ce qui dira Dieter), un peu plus institutionnelle. Voilà. Je sais qu’il ne faut pas être trop long, donc je m’en arrête-là pour le moment.

Dieter Salomon

Vielen Dank, Jean-Marie. Ich erzähle das gleiche jetzt noch einmal auf deutsch... um zu dokumentieren, wie synchron wir hier schon funktionieren.

Ich denke, dass viele von Ihnen gestern Abend dabei waren und auch vernommen haben, was der Oberbürgermeister von Freiburg von der neuen Verfassung hält. Ich begrüße diesen Prozess, der (das habe ich allerdings eingeschränkt) von den europäischen Eliten vorangetrieben wird. Es ist ein begeisterndes Thema, wenn man sich tatsächlich dafür interessiert und sich in die Feinheiten dieses Verfassungsprozesses einarbeitet. Aber es ist auch ganz selbstverständlich, denke ich: die allermeisten Leute bleiben ihm gegenüber bestenfalls indifferent und interessieren sich nicht für den europäischen Verfassungsprozess... weil sie auch gar nicht wissen, was das mit ihnen zu tun hat.

Jetzt kann man auch sagen: Das ist etwas Normales. Europaminister Christoph Palmer hatte vorhin hier gesessen und hat gesagt: Gott, was regt Ihr Euch drüber auf? Bei uns weiß doch auch kein Mensch, welche politische Ebene eigentlich zuständig ist; ob jetzt die Stadt Freiburg zuständig ist oder das Land Baden-Württemberg oder ob der Bund da ein Gesetz gemacht hat und das Land das jetzt im Auftrag umsetzt, oder ob die Städte das vollziehen, und an wen man sich eigentlich wendet... Für die Bürger ist doch eigentlich das Entscheidende, dass ihre Dinge im Alltag funktionieren.

Jetzt kann man sagen: Das ist aber sehr resignativ! Aber meine Beobachtung, auch als langjähriger Parlamentarier, sagt mir: Genau so ist es! Man wird für alles verantwortlich gemacht, egal ob man Gemeinderat ist, Landtagsabgeordneter oder Bundestagsabgeordneter. Es heißt immer: Ihr Politiker! Wie soll denn dann jemand verstehen, wie diese Verfassung funktioniert? Und konkret – das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt – konkret wird Europa vor Ort; konkret wird Europa natürlich dort, wo verschiedene, unterschiedliche Nationalstaaten aneinanderstoßen: in den Grenzregionen.

Und ich denke, speziell in unserer Region hier am Oberrhein, wo sich zum einen in den letzten Jahrzehnten an deutsch-französischen Projekten viel entwickelt hat, von denen man nach dem Krieg wahrscheinlich für völlig unmöglich gehalten hätte, dass sie sich je entwickeln. Und zum anderen zur Schweiz hin, wo man einfach bedauerlicherweise sagen muss (es wird schon fast skurril): ab nächstem Januar, ab 1. 1. 2004, hat Deutschland, das ja viele Außengrenzen hat, noch eine einzige EU-Außengrenze – und die ist zur Schweiz hin. Es ist schwierig! Da können die Basler, mit denen wir hervorragend kooperieren, am allerwenigsten dafür, denn die würden liebend gerne in die EU aufgenommen werden; haben auch damals dafür gestimmt. Aber es hat halt in der Gesamtschweiz keine Mehrheit dafür gegeben...

Wenn Europa tatsächlich konkret wird, wenn es also für die junge Generation völlig normal ist, dass das, was sich EUCOR nennt – die Universitäten zwischen Basel und Straßburg, Mulhouse, Freiburg, Colmar alle zusammenarbeiten, kooperieren; dass die Scheine, die dort gemacht werden, also die Leistungsnachweise, die man erwerben kann, gegenseitig anerkannt werden, dass man, wenn man sich in Freiburg einschreibt, auch Vorlesungen in Mulhouse, Straßburg oder Basel besuchen kann – dann ist das eine hervorragende Sache!

Das wird als normal hingenommen, das heißt: Europa wird dann erlebt, wenn man konkret sagt: Was haben wir denn davon? Wir kennen die Leute dort drüben. Wir wollen mit ihnen zusammen leben, arbeiten; wir wollen die unterschiedlichen Rechtssysteme, die es natürlich gibt, aber wir verstehen schon unser eigenes kaum. W sollen wir denn das französische verstehen, geschweige denn das schweizerische? Beim politischen System ist das ähnlich – wir verstehen unser eigenes kaum; vom französischen haben wir noch viel weniger Ahnung. Ich bin immerhin Politologe, sollte es genau wissen, habe aber auch nur vage Vorstellungen. Und in der Schweiz wird's dann ganz schwierig. Das heißt: das ist zu abstrakt. Die Leute interessiert, wo's konkret wird.

Und Jean-Marie Bockel hat deutlich gemacht, wo's konkret wird. Es wird konkret in der Zusammenarbeit zwischen den Menschen linksseits und rechtsseits des Rheins. Da sind die Städte vorangegangen. Die Städte Mulhouse und Freiburg haben seit fast 15 Jahren eine

enge Kooperation. Es gibt schon seit zwölf Jahren gemeinsame Gemeinderatssitzungen. Wir hatten jetzt schon neun Stück; die letzte war letzte Woche. Was heißt „Gemeinderatssitzungen“? – es ist ein Symbol: es treffen sich die Gemeinderäte, man macht eine Tagesordnung, weil man gemeinsame Projekte vereinbart, aber institutionell hat man nichts zu beschließen. Man hat ja keine Beschlussgewalt. Und trotzdem kann man sich über Dinge verständigen, die man gemeinsam will.

Aber letzte Woche hatten wir gemeinsam das Gefühl, dass sich etwas bewegt hat. Beide – die Mulhouser und die Freiburger – haben sich wild durcheinander gemeldet; es war eine heftige Diskussion. Es war so etwas wie Parlamentarismus zwischen zwei Gemeinden links und rechts des Rheins entstanden. Es war eine unheimlich spannende Angelegenheit.

Kurzum: diese Verfassung, die ich begrüße, hat (und da haben auch einige Deutsche mitgeholfen; nicht zuletzt Erwin Teufel als überzeugter Regionalist und Föderalist) das Prinzip der Subsidiarität (nämlich das Prinzip, dass alles, was man entscheiden kann, zunächst auf der Ebene entschieden werden soll, wo es hingehört – nämlich möglichst weit unten – und erst dann, wenn man unten nicht mehr entscheiden kann, nach oben verlagert wird) in dem Kompetenzkatalog deutlich gemacht. Es hat deutlich gemacht, dass Europa nur die Dinge bestimmen soll, die tatsächlich nicht auf einer unteren Ebene, sei es eine nationale, eine regionale oder eine kommunale, geregelt werden können. Das heißt: wir haben dieses Prinzip der Subsidiarität verankert.

Ganz konkret haben wir ja im Januar 40 Jahre Elysée-Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich gefeiert. Stattgefunden hat das Ganze logischerweise in Straßburg, in der Europastadt Straßburg. Gerhard Schröder und Jacques Chirac hatten sich überlegt, man müsse dieses Jubiläum mit einem Symbol beleben. Was heißt „Symbol“? Man muss sagen, Europa geht voran, wir müssen das auch zeigen, und haben die Idee des „Eurodistrikts“ geboren. Das ist das Wort, das Jean-Marie Bockel nicht aussprechen wollte, weil er nicht weiß, ob er hier eine Debatte lostritt. Aber die Debatte ist schon losgetreten... Diese Idee des Eurodistrikts hat die Leute elektrisiert.

Wir haben vorher mit Adrien Zeller beieinandergestanden, und Adrien Zeller, der Präsident des Regionalrats Elsass, hat gesagt: „Dieser Eurodistrikt ist ein contenant sans contenu“, also ein Gefäß ohne Inhalt. Ich finde, das ist aber nicht schlecht, das ist eher gut. Das heißt, es ist ein Gefäß, das man mit Inhalt füllen kann. Insofern betrachte ich das Ganze als Chance.

Gestern abend war Staatsminister Hans Martin Bury da, also der „Europaminister“ des Bundeskanzlers, und hat gesagt: „Wir haben hier in Straßburg etwas angefangen, aber nicht exklusiv für Straßburg und Kehl oder die Ortenau, sondern als Beispiel für andere. Wer sich anschließen will, kann sich anschließen.“ Und was das dann konkret bedeutet, dieses leere Gefäß zu füllen, darüber müssen wir reden.

Da, denke ich, wird es spannend. Da wird dann konkret vor Ort verhandelt. (Wir haben ja zu Mulhouse traditionell gute Beziehungen, auch weil unsere Städte eine ähnliche Größe haben. Es sind zwei Großstädte.) Aber wenn man sich jetzt mal die Geographie anschaut, den Rhein als Achse nimmt, einmal links und rechts guckt und hier Freiburg nimmt und Freiburg auf die andere Seite spiegelt, dann kommt man auf der anderen Seite ziemlich genau nach Colmar. Und Colmar ist eine Stadt, zu der wir auch traditionell über die Geschichte hin enge Verbindungen hatten, die aber deutlich kleiner ist als Freiburg. Das muss man auch dazu sagen. Allerdings ist das Missverhältnis der Größe zwischen Freiburg und Colmar natürlich längst nicht so groß wie zwischen Straßburg und Kehl... Straßburg ist noch einmal doppelt so groß wie Freiburg, und Kehl hat, glaube ich, 30 000 Einwohner; Straßburg ist also mehr als zehnmals so groß wie Kehl.

Kurzum: wir – der Bürgermeister von Colmar, Gilbert Meyer, der Landrat von Breisgau-Hochschwarzwald, Jochen Glaeser, und ich als Vorsitzender der Region Freiburg (die Region Freiburg – für diejenigen, die es nicht wissen – ist die Stadt Freiburg plus die

zwei angrenzenden Landkreise) haben jetzt schon seit Jahren eine freiwillige Kooperation institutionalisiert. Offiziell können wir nichts beschließen, aber es ist eine freiwillige Kooperation. Und wenn alle drei dafür sind, hat man doch einigermaßen Rückhalt, die Dinge auch umzusetzen.

Wir kooperieren in vielen Bereichen: in der Wirtschaftsförderung, im öffentlichen Nahverkehr, in der Müllentsorgung usw. und sind am Überlegen – und zwar ziemlich konkret – dass die Region Freiburg und das, was jetzt (Jean-Marie Bockel hat darauf hingewiesen) durch die Möglichkeit der Dezentralisierung entsteht, die jetzt in Frankreich gegeben ist, nämlich der Zusammenschluss der Gemeinden um Colmar herum, das „grand pays de Colmar“, so etwas wie einen Eurodistrikt bilden können. Aber – und das sage ich ganz deutlich – das macht ja nur Sinn, weil unsere Region dreimal so groß ist (flächenmäßig und auch einwohnermäßig) wie Colmar, wenn wir die Mulhouser mitnehmen, mit denen wir traditionell gute Verbindungen haben. Denn für den Süden unserer Region – Richtung Müllheim, Neuenburg – ist Colmar natürlich viel zu weit weg; da bestanden immer gute Verbindungen zu Mulhouse.

Das heißt: wir wollen dieses leere Gefäß tatsächlich mit Inhalt füllen. Und ich glaube, wir haben Inhalte zu bieten. Wir sind daran, unsere Verkehrsinfrastruktur aufzubauen (Du hast es erwähnt, Jean-Marie); wir haben im kulturellen Bereich zusammengearbeitet, im Jugendaustausch, wir haben Kinderfestivals zusammen gemacht. Wir arbeiten wirklich in vielen Bereichen zusammen.

Und wenn wir aus Berlin und aus Stuttgart grünes Licht kriegen und die uns ermuntern, dann kann ich nur sagen, dass das, was momentan im Konvent in Brüssel erarbeitet wird und von dem ich hoffe, dass es vor Ort europäische Wirklichkeit wird, sehr, sehr konkret wird. Wir bauen darauf und schauen, dass wir das hier vor Ort hinkriegen.

Frank Baasner

Vielen Dank, meine beiden Herren Oberbürgermeister. Von unten scheint ja dieses Europa – in dieser Region zumindest – tatsächlich zu wachsen. Trotzdem sollten wir nicht aus den Augen verlieren, dass es natürlich auch andere Dimensionen gibt, in denen sehr, sehr maßgeblich Politik gestaltet wird. Und ich freue mich, dass Herr Abgeordneter Erler bei uns ist, um uns aus seiner Sicht als nationaler Abgeordneter (der ja auch die Sorgen der Menschen in seinem Wahlkreis kennt), einige Einschätzungen zu diesem Zustand des Verfassungsentwurfs, so wie wir ihn jetzt kennen, darstellen wird.

Gernot Erler

Vielen Dank, Herr Baasner. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen jetzt also von der Konkretheit der europäischen Region, in der wir leben und über die uns Jean-Marie Bockel und Dieter Salomon berichtet haben, doch zur größeren Abstraktheit der europäischen Verfassung bzw. des Entwurfs, der uns vorliegt. Immerhin aber ein Dokument, das den Anspruch erhebt, etwas über die Regeln von demnächst 450 Millionen Menschen auszusagen: wie sie leben sollen oder wie sie sich im Rahmen einer Verfassung bewegen können.

Ich möchte ein kurzes Vorwort zum aktuellen Stand, auf dem wir uns befinden, sagen, und dann eigentlich mit drei Thesen auf das Papier antworten, das Herr Baasner hier verbreitet hat – so eine erste Analyse der Verfassung, das Ihnen auch in Ihren Unterlagen vorliegt.

Zunächst einmal: wo stehen wir? 105 Mitglieder des Konvents haben in 16 Monaten etwas zustandegebracht, was man den „Vertrag über eine Verfassung“ nennen könnte; gegliedert in vier Teile und 460 Artikel. Immerhin ohne Optionen für Alternativen, sondern als geschlossenen Text, als Gesamtdokument eines solchen Verfassungsentwurfs. Die Arbeiten des Konvents sind noch nicht ganz abgeschlossen; man trifft sich heute, man trifft sich am 9. und 10. Juli noch einmal; am 18. Juli soll dann das Dokument der Ratspräsidentschaft übergeben werden.

Wir werden dann Mitte Oktober den Beginn der Regierungskonferenz haben, die möglicherweise bereits bis zum Dezember, spätestens aber bis zum März nächsten Jahres, einen Text abschließen und auch in die verschiedenen Sprachen bringen soll. Im Mai nächsten Jahres ist die Unterzeichnung der neuen Verfassung durch die 25 künftigen Staaten geplant (wir sind ja ab 1. Mai 2004 in der EU dann 25), ab Herbst 2004 beginnt dann die Ratifizierung, ein Prozess, der sich wahrscheinlich bis 2006 hinziehen wird. Am 1. 1. 2005 werden die institutionellen Neubestimmungen von Nizza in Kraft treten, und dann wird es noch einmal knapp fünf Jahre, bis zum 1. November 2009, dauern, bis die institutionellen Regelungen der europäischen Verfassung, über die wir jetzt sprechen, in Kraft treten sollen.

Das nur als Vorbemerkung. Jetzt wollte ich mit drei Begriffen etwas zu diesem Thesenpapier sagen, das uns vorliegt und das die Defizite des Verfassungsdokuments im Bereich der Subsidiarität und Kompetenzverteilung (darüber haben wir hier schon mehrfach etwas gehört), im Bereich des demokratischen Wahlprinzips, sehr stark hervorhebt, was insgesamt die Legitimierung einer europäischen Verfassung angeht (wo kritisiert wird, dass sie eben nicht durch ein gesamteuropäisches Referendum, sondern durch die Regelungen der Einzelverfassungen angenommen wird, und wo auch Zweifel über die Chance, über diese Verfassung eine Identitätsbildung zu erreichen, angedeutet werden.)

Dem möchte ich aus meiner Sicht unter drei Stichworten etwas entgegensetzen. Die Stichworte heißen: mehr Werteorientierung – mehr Demokratie – mehr Handlungsfähigkeit. Ich komme zu dieser Einschätzung, die positiver ist, einmal im Vergleich zu den bisher in Europa geltenden Regeln und Dokumenten, die wir darüber haben, aber – das gebe ich zu – auch gegenüber meinen eher skeptischen Erwartungen gegenüber dem Konventsprozess, die positiv übertroffen worden sind.

Zu dem ersten Stichwort „Mehr Werteorientierung“: Ich halte es für eine große Chance, aber auch für einen großen Erfolg, dass es in dem ganzen Konventsprozess und der Vorgeschichte nicht nur zur Formulierung und zur Verabschiedung einer Grundwertecharta gekommen ist, sondern dass sie in den Verfassungstext jetzt als zweiter Hauptteil eingeht und dass auch dem ersten Hauptteil eine Art Werte- und Zielkatalog vorangestellt werden soll, der Europa nach meiner Auffassung eindeutig als eine Wertegemeinschaft definiert.

Es gibt hier einige Überschneidungen und Wiederholungen; das muss man anerkennen. Aber immerhin: solche Begriffe wie „Solidarität“ und „Gerechtigkeit“, „Soziale Marktwirtschaft“, „Vollbeschäftigung“, „Sozialer Schutz“ und „Sozialer Fortschritt“, „Nachhaltige Entwicklung“, „Umweltschutz“, „Ausweitung, Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung“, „Recht auf Gleichstellung“, „Solidarität zwischen den Generationen“, „Garantie von sprachlicher und kultureller Vielfalt“ und „Internationale Friedenspolitik“: das alles erscheint in einem verbindlichen, auch einklagbaren Grundwertekatalog hier in der Verfassung. Ich halte das für einen außerordentlich wichtigen Punkt. Und auch einen sehr positiven!

Damit bin ich schon bei dem zweiten Stichwort „Mehr Demokratie“. Wir haben immer gefordert, dass die Stärkung des Europäischen Parlaments ein Grundelement in einer neuen europäischen Verfassung sein sollte. Das war auch die Auffassung einer großen Mehrheit im Deutschen Bundestag. Und das sehe ich in diesem Verfassungsentwurf durchaus ein Stück weit umgesetzt. Das Europäische Parlament wird in Zukunft im Regelverfahren an der Gesetzgebung beteiligt sein; es hat das Recht, den Präsidenten der Kommission zu

wählen, auch wenn dieser von dem Europäischen Rat vorgeschlagen werden soll, und es hat in diesem Verfassungsentwurf ein komplettes Haushaltsrecht erhalten. Und (das finde ich als Bundestagsabgeordneter natürlich besonders attraktiv): diese Rechte des Europäischen Parlaments, die erweitert sind, stehen in einer gewissen Korrespondenz zu einer Absicherung der Rechte der nationalen Parlamente.

Diese Rechte der nationalen Parlamente sind durch ein „Frühwarnsystem“, das es uns also ermöglicht, frühzeitig auch Gesetzesvorhaben der europäischen Ebene zu überprüfen, abgesichert – bis hin zu dem Recht, Klage vor dem Europäischen Gerichtshof, die sogenannte „Subsidiaritätsklage“, zu erheben, sich also dann zu wehren, wenn die nationalen Abgeordneten glauben, dass von dieser europäischen Ebene unzulässigerweise in eigene Regelungsrechte eingegriffen wird.

Zu dem Stichwort „Mehr Demokratie“ gehört aus meiner Sicht auch die Hervorhebung regionaler und lokaler Selbstverwaltung. Es ist das erste europäische Dokument, das die kommunale Selbstverwaltung als Recht beim Wort nennt. Dazu gehören natürlich auch die noch immer umstrittenen Regelungsbereiche der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Hier gibt es noch eine Menge Unklarheit. Bei Abgrenzung sehe ich das nicht, aber trotzdem ist ein Versuch gemacht worden. Darüber ist hier ja an anderer Stelle auch schon ausführlich diskutiert worden.

Auch die Anhörungspflicht für alle europäischen Institutionen von Organen der Zivilgesellschaft, also auch der NGOs, ist ein großer Fortschritt bei dem Grundgedanken von Demokratisierung.

Und ein Punkt (den übrigens jemand aus dieser Region, nämlich Prof. Jürgen Meyer, der ja einer der Vertreter Deutschlands in dem Konvent gewesen ist, besonders beharrlich und erfolgreich reingebracht hat) ist das Recht auf ein europäisches Bürgerbegehren. Zwar sicherlich nicht einfach, was das Quorum angeht – mit einer Million Menschen – aber immerhin ist es als Möglichkeit in diesen Verfassungsentwurf reingekommen. Ich begrüße das außerordentlich.

Als letzten Punkt im Bereich „Mehr Demokratie“ möchte ich auch bestimmte Formen verstärkter Transparenz sehen; dass der Rat etwa in der Endphase von Gesetzesentscheidungen öffentlich entscheiden soll, ist auch ein Fortschritt auf diesem Gebiet.

Damit komme ich zu dem letzten Abschnitt, „Mehr Handlungsfähigkeit“. Ich sehe in der gestärkten Position des hauptamtlichen Präsidenten des Europäischen Rates, der hier auf zweieinhalb Jahre – so sagt der Entwurf – gewählt werden soll, eine Stärkung der Handlungsfähigkeit, wie auch in der Tatsache, dass der Präsident der Europäischen Kommission Richtlinienkompetenz bekommt und selbst auch klar die Linie der Arbeit der Kommission, die auf 15 stimmberechtigte Kommissare (nicht etwa entsprechend der Erweiterung auf 25) begrenzt sein soll, bestimmen kann. Diese verstärkte Rolle des Kommissionspräsidenten könnte es erleichtern, die Ziele Kontinuität, Sichtbarkeit (oder „Visibilität“, wie das gerne genannt wird) und auch Kohärenz im Handeln der europäischen Politik durchzusetzen.

Dass das Amt des Europäischen Außenministers eingeführt wird, wenn auch hier die Kompetenzfragen noch nicht zufriedenstellend geklärt sind, ist auch eindeutig ein sehr aktuelles Plus an Handlungsfähigkeit. Dazu gehört auch, dass der Bereich der Mehrheitsentscheidungen nun deutlich ausgeweitet wird, dass Mehrheitsentscheidungen praktisch zur Regel werden – immerhin jetzt bei 70 statt bei 34 Politikbereichen – und dass wir sogar noch hoffen, dass dies sich noch weiter ausdehnen wird. Schließlich: die Solidaritätsklausel bedeutet mehr Handlungsfähigkeit, nämlich die Verpflichtung, sich im Fall von Terrorangriffen und Naturkatastrophen gegenseitig zu unterstützen.

Als letzter Punkt: die Weiterentwicklungsfähigkeiten dieser Verfassung. Das eindeutige Festschreiben der sogenannten „flexiblen Integration“ über die verstärkte,

strukturierte oder auch enge Zusammenarbeit ist ein Fächer von flexiblen Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Integration, die auch Handlungsfähigkeit bedeuten.

Meine Damen und Herren, ich übersehe nicht: die Schwächen, die es trotzdem immer noch gibt, den großen Umfang des Werks, die zum Teil etwas unübersichtliche Gliederung (die ist auch in dem Thesenpapier von Baasner angesprochen worden), die unzureichende Klärung der Kompetenz beim Außenminister, die Frage, warum der Kommissionspräsident vom Europäischen Rat vorgeschlagen werden muss und warum das nicht direkt vom Europäischen Parlament gemacht werden kann, die Frage der nationalen Liste der Kommissare (Warum sollte der Kommissionspräsident nicht selber ein Auswahlrecht haben?) und dann natürlich die Einschränkung des Mehrheitsverfahrens bei solchen wichtigen Bereichen wie GASP, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Europas, Teilen der Handelspolitik und der Steuerpolitik. Das sind in der Tat auch Schwächen. Sie wiegen aber aus meiner Sicht, wenn man das Erwartbare und das, was wir bisher hatten, ins Kalkül zieht, nicht so schwer wie das, was Herr Baasner hier gesagt hat.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich auf den weiteren Verlauf hinweisen. Wir haben, wie gesagt, jetzt noch an zwei Verhandlungstagen die Möglichkeiten (der heutige Verhandlungstag dürfte vielleicht schon vorbei sein), einige von den Punkten, die ich eben angesprochen habe, zu verbessern, obwohl deutlich ist, dass dieser Entwurf ein Kompromiss ist, der vielleicht die Chance hat zu überdauern. Ich halte für das Allerwichtigste, dass das komplette Paket nicht etwa in der Regierungskonferenz wieder aufgeschnürt wird. Wir haben jetzt bereits 1700 Änderungsvorschläge und -anträge von den 15 beteiligten Staaten vorliegen. Deutschland hat übrigens auch 57 Änderungsvorschläge gemacht, behandelt die aber eher als eine Art „Rückfallposition“, als eine Art „Vorratsantrag“ für den Fall, dass das Paket etwa doch noch aufgeschnürt wird und sich doch noch deutliche Änderungen ergeben. Dann muss man natürlich in früheren Kompromissen aufgegebene Positionen auch wieder aufwärmen dürfen. Aber Deutschland, die Bundesregierung, ist entschlossen zu versuchen, dieses, was wir jetzt haben, möglichst unbeschädigt durch die Regierungskonferenz zu bringen: als eine Grundlage, die tragen kann – und sie nicht den „zufälligen Ergebnissen“ dieser Regierungskonferenz als Beute zu geben.

Wir haben durch die positive Reaktion in Thessaloniki, durch die erstaunlich positiven Reaktionen der Regierungschefs der 15 Länder auf das Ergebnis des Konvents (wo es bis zu den letzten Tagen noch Zweifel gegeben hat, ob diese positive Reaktion erreichbar ist) eine gute Chance. Insofern komme ich doch zu einem verhalten optimistischen Ergebnis als Antwort auf die Frage, ob dieses Dokument eine Grundlage für eine künftige Verfassung sein kann. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Nicolas Baverez

Merci beaucoup M. le député. Je crois que depuis ces deux jours, nous avons bien vu la difficulté et les paradoxes de la situation présente de l'Europe. D'un côté, elle se réunifie, mais de l'autre elle s'est divisée sur une crise internationale majeure ; de l'autre elle s'engage dans l'euro, mais elle est menacée de déflation ; enfin, elle crée une Constitution, mais (ça a été souligné) cette Constitution pose des questions sur son identité, sur la souveraineté, sur la liberté.

Et finalement, la vraie question que pose la Constitution européenne, c'est qu'il en va un peu de l'Europe comme de la démocratie générale. C'est dramatique de ne pas en faire partie, mais une fois qu'on est dedans, eh bien, j'irais dire que c'est un peu indifférent. Et c'est la même réaction pour les peuples et pour les individus.

Alors la Constitution en elle-même n'est pas une réaction directe à ces difficultés. Mais c'est la condition préalable qui peut permettre d'avoir un projet et une action à l'échelle

de l'Europe. Classiquement, la Constitution, ce sont des valeurs, des institutions, une règle du jeu et puis un espèce de contrat social, moral, politique entre les citoyens. Et c'est là qu'existe une vraie difficulté au plan européen, puisque ce fameux contrat social, il n'est pas seulement entre des citoyens ; il est entre des Etats, des régions, des peuples et des citoyens. Et donc les notions classiques de la science politique, les notions de 'souveraineté' ou de 'séparation des pouvoirs', les notions de 'fédéralisme' ou de 'confédéralisme' trouvent mal à s'appliquer ou en tout cas doivent être redéfinies pour un objet politique qui n'a pas de précédent dans l'histoire.

Donc c'est pour cela qu'à partir de toutes ces contraintes (je dois dire aussi : à partir du fait que, auparavant, deux conférences intergouvernementales s'étaient achevées par deux traités mornés qui étaient le Traité d'Amsterdam et de Nice), par le fait que la Convention a travaillé sur le fond d'une crise internationale majeure, on peut d'ores et déjà dire qu'elle a bien travaillé. Reste à savoir si ce produit est satisfaisant, reste à savoir aussi quel sera son destin.

C'est pour cela que je voudrais me tourner vers Jean-Louis Quermonne qui est un professeur de sciences politiques, un spécialiste des questions européennes, un proche de Jacques Delors avec lequel il a beaucoup travaillé, pour lui demander s'il partage l'avis de M. le député Erler selon lequel ce projet de Constitution marque un progrès et du point de vue de la légitimité (donc de la démocratie) et du point de vue de l'efficacité (jusqu'à un des objectifs était de faire que puisse fonctionner à 25 une Europe qui était bloquée à 15), et deuxièmement quel avenir, quel destin il voit à ce projet.

Jean-Louis Quermonne

Merci M. le président. Dans ses mémoires publiées en 1976, Jean Monnet, après avoir fait l'éloge de la méthode communautaire dont il avait été l'inspirateur, en soulignait les limites. Et la limite essentielle pour elle, c'est lorsqu'elle rencontrerait l'exercice du pouvoir politique. Et là, ajoutait-il, il faudrait inventer.

La Convention a-t-elle inventée ? Je crois qu'elle a inventé à deux niveaux. D'abord en élaborant un projet de constitution. Alors s'agit-il vraiment d'une constitution ? Les juristes rigoureux et mon voisin de gauche en particulier, marqueront – je pense – des nuances, et c'est vrai qu'il ne s'agit pas de la constitution d'un Etat.

Néanmoins le mot « constitution » a été employé pour les statuts de l'Organisation Internationale du Travail. Il était utilisé au pluriel pour les ordres monastiques au Moyen-Age, et je crois que tout ce qui compte, c'est de signifier l'existence d'un statut. Et ce signifie pour moi un document unique qui regroupe l'ensemble des dispositions concernant les valeurs et les objectifs, les institutions et les politiques, ce qu'a indiqué tout à l'heure Nicolas Baverez.

Et ce document encore de 350 et quelques articles a vocation à remplacer des centaines d'autres, éparpillés par un processus de sédimentation.

La deuxième invention, c'est celle que j'appellerais d'un mot qui a été proposé dès 1993 par Jacques Delors : l'invention d'une fédération d'Etats-Nation et de citoyens. Et personnellement je regrette que, pour faciliter la vie à Tony Blair, Valéry Giscard d'Estaing ait au dernier moment retiré l'expression du texte, le mot « fédéral » faisant beaucoup moins peur à la France.

Qu'est-ce qu'une fédération d'Etats-Nation et de citoyens ? Eh bien, c'est une vraie fédération en ce sens qu'existent des institutions supranationales – la Commission, le Parlement, la Cour de Justice – et que le Traité préparé par la Convention tente à renforcer. Et le Traité également n'étant pas assez loin que beaucoup d'entre nous l'auraient souhaité, le principe de vote à la majorité qualifiée.

Mais c'est aussi une formule qui laisse une place très importante aux Etats-membres, ce que ne fait pas complètement un Etat fédéral. Car si, dans un Etat fédéral, en particulier dans la République Fédérale Allemande, les états, les länder, participent directement à la législation à travers le Bundesrat, ils ne participent pas directement à l'exécutif. Alors que dans la fédération des Etats-Nation, les gouvernements sont présents à travers le Conseil Européen et à travers le Conseil des Ministres. C'est là une différence fondamentale avec l'Etat fédéral.

D'autre part, le texte – même si la disposition est contestée – reconnaît décidément aux Etats le droit de retrait, le droit de sécession, ce que la Constitution américaine inventée par la Convention de Philadelphie n'avait pas reconnu, ce qui a entraîné la guerre de Sécession.

Il y a également un maintien d'un minimum d'unanimité dans les domaines les plus sensibles, en particulier en ce qui concerne la question de la défense. Encore aujourd'hui, aucun Etat n'accepterait qu'une institution supranationale décide l'envoi de ses propres soldats dans un terrain miné, dans un terrain où il conviendrait de combattre. Et enfin (et c'est là sans doute où la question se posera – et j'en terminerai par là) c'est le problème de la ratification et, ultérieurement, de la révision.

Actuellement, le projet élaboré par la Convention maintient le principe d'unanimité. J'entends bien qu'il évoque la possibilité si quelques Etats étaient réticents au dernier moment pour ratifier de renvoyer la question aux débats du Conseil Européen. Mais c'est une solution politique ; ce n'est pas une solution juridique. Et je crois que, précisément, ce sera le jour où le pouvoir de révision pouvait être exercé à une majorité certes surqualifiée, mais une majorité à ce que ce traité constitutionnel deviendrait enfin une Constitution. Je vous remercie, M. le Président.

Nicolas Baverez

Merci beaucoup. M. Rousseau, est-ce que vous partagez donc cette vision positive également du projet de la Convention ? Et est-ce qu'elle penche plutôt du côté du traité constitutionnel ou plutôt de la constitution ?

Dominique Rousseau

Merci. Je pense que ce n'est pas une constitution. Le projet qui est sorti de la Convention, ça ressemble peut-être à une constitution, ça porte le nom de constitution, mais il y a erreur sur la chose : c'est un traité, ce n'est pas une constitution.

Et Jean-Louis Quermonne finalement est aussi rigoureux que moi, puisqu'il a terminé sur ce qui fait la différence, au bout du compte, entre un traité et une constitution : c'est la question du mode de révision. Le mode de révision de ce qui est sorti de la Convention Giscard est un mode de révision conforme aux règles internationales, aux règles du droit international, de la diplomatie, c'est-à-dire c'est entre les mains des Etats, et c'est la règle de l'unanimité. Tant que la révision de la Constitution ne se fera pas au moyen de la majorité, nous ne serons pas en présence d'une constitution.

Vous allez me dire : « Est-ce que c'est grave ou pas ? » Est-ce que c'est grave ou pas ? – Oui, parce que le changement de nom n'est pas seulement un problème de juristes ou de technologie juridique. C'est vrai que les juristes mettent tout dans une case : un traité, une constitution... Le traité, ça relève de l'ordre internationale, la constitution de l'ordre interne. Le traité c'est un contrat, la constitution c'est un acte unilatéral. Le traité se négocie entre

Etats, dans des conférences diplomatiques plus ou moins secrètes, la constitution est un texte qui est d'abord de manière publique, par l'élection d'une assemblée constituante.

Il y a deux modes « de construction » sur le plan de la technique juridique qui sont bien différentes, et le projet qui est sorti de la Convention dite Giscard est beaucoup plus proche de la technologie du droit international et des traités que de la technologie constituante.

Mais au-delà de ces aspects techniques ou technologiques, je dirais, le passage du traité à la constitution représente un acte « révolutionnaire », au sens culturel du terme. C'est-à-dire le fait de passer à l'acte de constitution implique une révolution dans la manière de voir l'Europe. Ou bien nous continuons à nous voir comme des Etats étrangers les uns aux autres (et à ce moment-là nous parlons en termes de traité) ou bien nous nous représentons dans la tête comme faisant partie de la même société. Et à ce moment-là, nous avons une constitution.

Donc le fait de parler de traité ou de constitution n'est pas simplement un problème de cuisine juridique, c'est un problème symbolique, en quelque sorte, qui entraîne une modification des représentations des mentalités collectives.

Et je crois que là, il y a un échec total (alors, je suis obligé d'être un peu caricatural puisqu'on est pressé) de la Convention à la fois sur le plan de la technologie juridique, mais aussi sur le plan de la révolution symbolique. Et pourtant, je crois que l'Europe est totalement mûre pour avoir une constitution européenne au sens où je l'entends : c'est-à-dire à la fois ce que vous avez dit, c'est-à-dire un ensemble de valeurs, un ensemble d'institutions et un acte écrit permettant aux citoyens de comparer entre les politiques menées, ce qui est écrit dans la constitution.

Je sais bien qu'il y a des discussions là-dessus. Certains disent : « Il n'y a pas besoin de constitution parce qu'il y en a déjà une : Les traités ! » Et on vous cite les arrêts de la Cour de Justice des Communautés Européennes, ou les arrêts de la Cour Européenne des Droits de l'Homme qui disent : La convention de 1950, c'est la charte constitutionnelle. Les traités de Rome, c'est aussi une communauté de droit.

D'autres vous disent : « S'il n'y a pas de constitution européenne, c'est qu'il ne va pas en avoir, parce qu'il n'y a pas de peuple européen. » Or, pour qu'il y ait une constitution, il faut d'abord qu'il y a un Etat. Il faut d'abord qu'il y a un peuple, qu'il y a un peuple qui fait une constitution.

Je ne partage pas du tout cette idée ; je pense que (là encore au risque d'être un peu caricatural) le peuple est le résultat de la constitution et non pas la cause de la constitution. C'est la constitution qui produit le peuple, et ce n'est pas le peuple qui produit la constitution. (Je n'ai pas le temps de développer, mais je pourrais le faire.)

Je considère aujourd'hui que l'Espace public européen est suffisamment intégré sur le plan des valeurs et suffisamment formalisé dans un certain nombre de structures. Je pense par exemple à ce qui se passe au niveau de la confédération européenne syndicale, je pense à ce qui se passe au niveau des organisations non-gouvernementales et les associations qui « animent » la société civile européenne.

La question n'est plus aujourd'hui : « Est-ce que la France est contre les Etats-Unis ? Est-ce que l'Allemagne est contre les Etats-Unis ? Est-ce que la Pologne est pour les Etats-Unis ? » La question se pose par rapport à l'Europe : « Est-ce que l'Europe doit être pour, à côté, complètement à côté, le mode d'articulation de l'Europe par rapport aux Etats-Unis ? » Mais pas de chacun des Etats.

Autrement dit : ce qui divise actuellement, les discussions qu'il y a actuellement à l'intérieur de l'espace public européen, marquent bien l'existence de cet espace public. C'est-à-dire au même moment les Européens se posent les mêmes questions, que ce soit sur la drogue (« est-ce qu'il faut la dépénaliser ou pas ? »), sur l'euthanasie, sur le mariage homosexuel, l'adoption homosexuelle... bref sur tous ces problèmes qui concernent la vie quotidienne. Les Européens se posent en même temps les mêmes questions et apportent, avec

un décalage qui tient à l'histoire de chacune de nos sociétés, finalement au bout du compte des réponses qui sont assez voisines.

Donc je pense que le moment est propice, le moment est mûr. On a parlé des méthodes des petits pains – ou la méthode fonctionnelle par rapport à la méthode constituante (un débat qui avait eu lieu en '45 entre Monnet et puis Altiero Spinelli sur les différentes méthodes possibles. Je pense qu'aujourd'hui on devrait passer à la constitution européenne. Je pense qu'on a loupé le coche, et je pense – je souhaite, en tout cas – qu'il y ait une initiative qui soit prise l'année prochaine pour que, au moment des élections européennes, les listes qui soient présentées dans les différents pays prennent l'engagement devant les électeurs de transformer le futur Parlement européen élu en juin en assemblée constituante. Je vous remercie.

Nicolas Baverez

Merci beaucoup. Vous savez qu'on peut discuter de l'existence des lois de la nature, mais il y a au moins une : c'est que si vous prenez un texte et deux juristes, vous aurez forcément deux lectures et deux interprétations totalement différentes de ce texte.

Alors, M. Leveau, est-ce que vous vous ralliez à une des deux interprétations ou est-ce que, pour simplifier les choses, vous en avez une troisième à nous proposer ?

Rémy Leveau

...introduire plus de complexité dans l'affaire, parce que le problème des valeurs a été évoqué par mes prédécesseurs. Moi je vais réintroduire un élément du débat qui était présent ce matin. C'est la place, au fond, des valeurs identitaires, du religieux et de l'Islam dans l'espace européen.

L'Islam fait partie aujourd'hui de l'Europe. De l'Europe parce que, au fond, c'est l'identité de musulmans, européens pas tous encore aujourd'hui, mais de huit millions de personnes à peu près dans l'espace de l'Union Européenne dont, en gros, quatre millions sont citoyens européens. Cet un héritage colonial (pour partie) : pour la Grande-Bretagne et pour la France, du fait des liens avec le maghreb ou avec le sous-continent indien. (Pas pour l'Allemagne où, au fond, la Turquie n'a jamais été colonisée par l'Allemagne.)

Mais en fin de compte on s'aperçoit que, héritage colonial ou pas, nous sommes en face d'une situation qu'aujourd'hui sont comparables deux groupes de populations qui veulent s'intégrer à l'Europe par l'intermédiaire de différents espaces nationaux et locaux, mais veulent le faire en gardant leur identité. Et dans cette identité l'élément religieux et culturel constitue un élément important.

Ils veulent bien au fond abandonner leur nationalité d'origine (pas toujours complètement ; souvent on se trouve dans des situations de double nationalité imposée par les pays d'origine). Et on se trouve dans une situation de transition où, au fond, les individus entrent dans le système européen avec des bagages sans tenir compte de l'histoire, au fond, des différents pays où ils sont installés. Sans tenir compte, en Allemagne, de la paix d'Augsbourg qui règle les relations entre religion et politique, entre catholiques et protestants ; sans tenir compte de la laïcité à la française ni de la Révolution française ni, en gros, des lois de 1905.

Il y a une demande de contrat grosso modo sur des bases nouvelles, qui assure à la fois une identité collective et une visibilité plus ou moins forte car, effectivement, on va trouver tous les cas de figure : une identité collective et une visibilité où le phénomène, l'importance du local dans ce processus de négociation est très grande.

En fin de compte, les choses peuvent se passer de façon plus empirique et mesurée, je dirais, à Berlin, à Marseille ou à Manchester que dans les discussions de principe au niveau national. Et on retrouve là un certain nombre de problèmes de fond, mais on retrouve aussi les problèmes d'école, de logement, de lieux de culte, d'abattage rituel ou de cimetières.

On trouve au fond, dans l'espace européen, une extrême diversité qui n'est pas uniquement due ni au contexte national de l'intégration ni au pays d'origine, en dépit du fait que ces facteurs comptent. On trouve surtout, au fond, un processus empirique, expérimental, d'essai et d'erreur, où, de part et d'autre, on a souvent beaucoup de bonne volonté, mais on commet aussi beaucoup d'erreurs.

Beaucoup d'erreurs notamment parce qu'il n'y a pas, pour le moment, d'élite intermédiaire qui puisse jouer ce rôle intégrateur. Tout au moins il n'existe pas ou très peu dans le champ politique. Et ça existe plus facilement dans le domaine sportif, dans celui des médias ou de la chanson, oui. Là, dans la culture, il y a des choses qui se passent, ou – Dieu merci – dans la cuisine nous réalisons le cous-cous qui, aujourd'hui, est un plat national français. Et j'en suis ravi. Mais il n'y a pas, pour le moment, un français musulman au Parlement. Il y en a au Bundestag.

Il y a donc un problème de construction d'élites pour, au fond, favoriser l'abandon des particularismes. Parce qu'au fond, cet abandon des particularismes dans la tradition française, on pense qu'on va le faire par décret. On pense qu'on va pouvoir légiférer sur le voile. Lorsque l'on doit expliquer ce qu'est la querelle du voile dit islamique en dehors de l'espace français – ça m'est arrivé quelquefois, y compris ici, dans le passé – ce n'est pas toujours facile. Ce n'est pas une position qui est comprise, parce que c'est aussi une particularité de la « symbolique » politique française qui, au fond, dans l'espace européen, ne se pose pas vraiment.

Ce qui est peut-être plus grave – et j'emprunterai l'exemple à la France aujourd'hui – c'est qu'il y a aussi, autour de cela (de ce processus d'intégration) un processus de constitution de diaspora imaginaire, produit de la mondialisation, produit de la télévision. Je n'emprunterai qu'un exemple. Si vous voulez, l'identification des jeunes franco-maghrébins en banlieue aujourd'hui ne se fait pas avec les problèmes et les conflits du maghreb. Elle se fait à partir de l'image de la deuxième Intifada et des combats, des affrontements entre Israéliens et Paléstiens, et, au fond, une sorte d'identification imaginaire qui se produit là très largement, qui entraîne ensuite des réactions de violence, de violence symbolique contre les lieux, et de violence quelquefois contre les personnes de la communauté juive.

C'est aujourd'hui ce problème d'importation des conflits de l'extérieur lié à ces problèmes de valeurs qui peut poser des difficultés dans un processus d'intégration qui, au fond, se passe dans l'ensemble plutôt bien (contrairement aux crises que l'on peut voir à différents moments); processus qui n'en est qu'au début. Parce que, en fin de compte, si je vous ai posé le problème des musulmans dans l'espace européen en train de devenir citoyens européens (quelquefois on le trouve dans les enquêtes : avec une volonté de devenir citoyens européens, avant de devenir citoyens des différentes nations de l'Europe ou acceptant la nationalité des pays européens, de nos différentes nations), parce que cela leur ouvre ce grand espace de circulation et de prospérité.

Eh bien, il y a quand même autour de cela un certain nombre de problèmes que nous devons résoudre avant d'avoir à faire face à deux nouveaux problèmes qui sont inévitables demain : l'intégration des Balkans.

Lorsque l'Europe voudra sortir du protectorat qu'elle a institué sur les Balkans, elle ne peut en sortir qu'en intégrant (elle est déjà en train de le faire) les Balkans à l'Union, et là ils seront à peu près 4 millions de musulmans qu'il faudra ajouter, et qu'il faut ajouter avec des statuts extrêmement différents et des positionnements extrêmement différents de ceux des minorités musulmanes en Europe.

Et puis, derrière ça, nous avons le problème de la candidature et de l'acceptation de la Turquie dans l'espace européen. Je sais que sur ce point il y a débat qui est largement ouvert : avant, pendant et autour de la discussion sur les institutions. Je crois que nous avons, pour pouvoir faire face à tous ces problèmes, besoin d'institutions. Nous avons aussi besoin d'élites intermédiaires, d'une réflexion qui puisse savoir quelle place accorder dans cet espace européen au religieux, et dans cette place à accorder au religieux, accepter l'idée que l'Islam fait partie de la culture européenne, parce que, en fin de compte, l'Islam aujourd'hui fait partie aussi – sans compter les longs siècles d'histoire commune en Andalousie et ailleurs – de la tradition de la culture de millions d'européens, au moins de huit millions d'européens dont beaucoup sont nos concitoyens ou sont en train de le devenir. Merci, M. le président.

Frank Baasner

Vielen Dank. Wir sind im Grunde noch einmal auf das gekommen, was wir heute morgen diskutiert haben, nämlich in der Tat die Frage der Beschreibbarkeit von gemeinsamen Werten. Ich würde ganz gerne den Blick noch einmal auf die aufgeworfene Frage „Vertrag – Verfassung – Erfolg im Vordergrund – Probleme im Vordergrund“ zurücklenken und das Wort an unsere in diesen Fragen äußerst kompetenten deutschen Kollegen weitergeben.

Wie würden Sie das einschätzen? Erfolg? Halber Erfolg? Halber Weg? Wie würden Sie Noten verteilen, wenn Sie's denn dürften, sollten oder müssten?

Torsten Stein

Das kommt ein bisschen darauf an, woran man den Vertrag misst. Wenn man ihn an Nizza misst, so ist er ein erheblicher Erfolg. Denn all das, was dort nicht gelungen ist, ist doch zu einem guten Teil darin enthalten, und eines der erfolgreicherer Dinge ist zum Beispiel die Aufhebung dieser Säulenkonstruktion, die ja immer schwieriger wurde.

Wenn man ihn an den Parametern einer staatlichen Verfassung messen würde, fehlt natürlich noch vieles. Aber Herr Rousseau hat vollkommen recht: das hat mit einer staatlichen Verfassung im eigentlichen Sinne nichts zu tun. Dagegen steht im Grunde schon die Möglichkeit zum Austritt, die jetzt geschaffen wird. Normalerweise tritt man aus Verfassungen nicht aus; Sezessionsbestrebungen kommen meistens im Strafgesetzbuch, dann als Hochverrat, und nicht als legale Möglichkeit vor.

Also: der Qualitätssprung hat nichts mit dem Begriff Verfassung zu tun (da werden wir in der nächsten Zeit in den Medien noch viel durcheinander erleben), die Qualität kommt vielmehr aus der Änderung der Regelungen. Und da ist es doch eine ganze Menge, was jetzt besser geworden ist, auch wenn man vielleicht noch nicht sagen kann, dass wir jetzt einen ganz klaren Kompetenzaufbau haben. Das sieht man schon daran, dass der Binnenmarkt einmal bei den ausschließlichen Kompetenzen der Gemeinschaft vorkommt und einmal bei den geteilten. Da ist also sicherlich noch einiges zu polieren.

Und deswegen habe ich ein bisschen Sorge um den sehr engen Zeitplan, den man sich gesetzt hat, um das jetzt auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs mehr oder weniger „durchzuwinken“.

Es ist ja wohl in Thessaloniki gesagt worden, das sollte man „um Gottes Willen“ nicht in die Hände der Fachbeamten geben, denn sonst würde das Ganze wieder aufgedröseln. Da ist noch ein bisschen Polieren notwendig, wenn das ein Text werden soll, der hinterher auch in der alltäglichen Praxis handhabbar ist. Da ist noch manches, was man als Grundsatz in den ersten Teil gezogen hat und was dann hinterher im dritten Teil, der im wesentlichen ja aus den alten Verträgen besteht, dann noch weitergeführt wird. Das ist noch nicht alles so ganz

passgenau, und da ist sicherlich noch einige Arbeit zu tun. Deswegen darf man das nicht zu eilig durchwinken, sonst haben wir in zwei Jahren den nächsten Konvent und den nächsten Regierungskonvent, der dann die sogenannten „left-overs“ von Rom (oder wo auch immer das dann zu Ende geht) behandeln muss.

Vielleicht noch eine kurze Bemerkung zur Subsidiarität, von der jetzt ja gesagt wird, nun sei sie in dem Vertrag endlich richtig. Wir haben sie schon seit Maastricht. Und es hat sich eigentlich in der Sache auch nicht viel geändert; es gab mal ein Durchführungsprotokoll, das war mindestens dreimal so lang wie das, was jetzt noch da reinkommt. Subsidiarität hat sich bisher eigentlich schon als Abschreckungswaffe bewährt, wenn man die Fälle zählt, in denen sie vor den Gerichtshof gekommen ist (nämlich in höchstens einem halben... wenn überhaupt).

Aber vielleicht muss sie sich in Zukunft bewähren. Man wirft ja der Kommission oft vor, sie mache zuviel und wolle alles regeln. Meistens kommt der Anstoß dazu aus einem der Mitgliedsstaaten. Und meistens dann, wenn Sie eine beschränkende Regel haben, mit der Sie sich viel wohler fühlen würden, wenn sie eine europäische und nicht nur eine nationale wäre.

Und da muss man, glaube ich, aufpassen, und da kann sich Subsidiarität durchaus bewähren – als Minderheitenschutz, wenn wir jetzt überall die qualifizierte Mehrheit reinkriegen. Denn einen Beschluss mit qualifizierter Mehrheit durchzubekommen, ist heute kein großes Problem mehr. Die Kommission ist geübt darin, Pakete zu schnüren, in denen jeder etwas findet, der dann auch der anderen Sache zustimmen soll. Und dann haben wir plötzlich, ohne uns darüber ganz klar zu werden, eine europäische Verbotsgemeinschaft, die keiner haben will. Und da mag es dann durchaus sein, dass hier dann die Subsidiarität die einzige Bremse ist. (Was aber dann auch voraussetzen würde, dass der Europäische Gerichtshof das auch ernsthaft annimmt. Bisher war die Rechtsprechung eigentlich in der Regel so, dass – wenn die vom Vertrag geforderte Mehrheit da ist – wir kein Kompetenzproblem haben. Das müsste sich dann in dem Falle ändern – und dann wird vielleicht auch aus der Subsidiarität was.) Dies vielleicht in aller Kürze.

Frank Baasner

Herr Magiera, würden Sie sich dem anschließen?

Siegfried Magiera

Juristen sind, glaube ich, in diesem Punkt nicht sehr unterschiedlich. Alleine wenn ich mit dem Maßstab beginne (ich würde noch hinzufügen: wenn man auch die geschichtliche Erfahrung, 50 Jahre, als Maßstab nimmt), dann kann man nicht erwarten, dass in einer Tagung oder einem Kongress von anderthalb Jahren die Welt umgestürzt wird. Das war auch nicht die Aufgabe des Konvents.

Ich denke, was er geschafft hat, ist aber dennoch beachtlich: nämlich eine Ordnung in die nun trotzdem lang geratene Verfassung oder den trotzdem lang geratenen Verfassungsvertrag zu bringen. Und wenn man weiß, wie es früher war, und sich die Ergebnisse angesehen hat, dann lässt sich das wirklich sehr gut verkaufen. Auch an die Bürger.

Ich wollte vielleicht auf einen Punkt eingehen, den Sie, Herr Vorsitzender, in Ihren Thesen auch gebracht haben: die Frage der Finalität.

Das hat mich doch sehr bewegt. Es war ja der Wunsch des Konvents (und es ist der Wunsch aller), die Bürger in diesen Prozess einzubeziehen – besonders unter dem Stichwort

„Zivilgesellschaft“, was ja ein etwas schillernder Begriff ist (darauf möchte ich jetzt im Moment aber nicht eingehen). Ich denke so an die Bürger im allgemeinen. Ich glaube, dass es dem Konvent nicht gelungen ist, das zu schaffen. Eine der Überlegungen, die ich aufgrund Ihrer Frage hatte, war die folgende, nämlich die Frage nach der Zielbestimmung der Europäischen Union.

Wir sollten uns einmal fragen (ich hatte mir vorgenommen, weil ich ja nun Jurist bin, hier nicht nur Spezialitäten des Juristischen anzusprechen): Welche Zielbestimmung hat heutzutage eigentlich die Europäische Union? Und welche sollte sie zukünftig haben? Zu Beginn der europäischen Integration war es klar. Ich glaube, ich brauche nicht mehr darauf einzugehen, warum man zum Ende des Zweiten Weltkrieges die europäische Integration wollte. Das hat uns lange getragen.

Aber ich denke, mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist da ein gewisses Vakuum eingetreten. Im EWG-Vertrag hieß es relativ allgemein, dass die Mitgliedsstaaten sich ein Ziel setzten, nämlich einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen. Dieses Ziel ist ausdrücklich auch noch in den Unionsvertrag von 1992, in den Maastricht-Vertrag und zuletzt noch in die Grundrechtecharta aufgenommen worden. Im Konvent ist dieses Bekenntnis nicht sehr deutlich. Es ist inzwischen an einer ganz versteckten Stelle: in der Präambel der Grundrechtecharta, die ja nun total aufgenommen wird; dort steht es nämlich noch. Aber nicht mehr in der Präambel des Vertrages selbst. Da ist eine etwas eigenartige Formulierung. Ich habe es mir jetzt nicht konkret aufgeschrieben, aber da passt das nicht mehr so.

Herr Erler hat vorhin zu Recht gesagt, es seien aber Ziele im Unionsvertrag aufgeführt, die auch sehr positiv zu bewerten seien. Das möchte ich hier auch – damit kein Missverständnis entsteht – in keiner Weise bezweifeln. Nur ist der Artikel 3, der die Ziele auflistet, sehr, sehr lang geraten. Es ist, glaube ich, fast eine DiN-A4-Seite, und an das Konvent sind darüber hinaus noch Wünsche herangetragen worden, was man sonst noch als Ziele aufnehmen könnte.

Aber ich frage mich: ist damit nicht vielleicht das Hauptziel einer Verfassung verfehlt (und das war, glaube ich, auch das, was Herr Rousseau sagte: da fehlt etwas, als Verfassung), nämlich dem Bürger transparent und klar zu machen: Wofür brauchen wir eigentlich die Europäische Union? Die Ziele, die dort im Artikel 3 stehen, unterschreibt heutzutage jeder Staat in der Welt. Ich möchte (jedenfalls in unserem Kulturkreis) einen Staat sehen, der diese Ziele nicht auch hat. Und wenn man das dann dem Bürger sagt, sagt er: „Ist ja ganz gut und schön. Europa macht dasselbe. Aber was macht Europa denn zusätzlich zu meinem Staat?“

Ich denke, es ist sehr, sehr wichtig, dass man das vielleicht doch noch einmal etwas tiefer diskutiert – nämlich einmal, dass wir die Staaten weiterhin brauchen, dass wir sie auch haben wollen, und dass wir trotzdem noch zusätzlich die Union brauchen.

Und was ist das Ziel, das diese Union wirklich für sich ausmacht? Ich denke, eine Diskussion darüber würde vielleicht auch die Bürger bewegen, dass sie sich fragen, „warum brauchen wir zusätzlich zu unseren Staaten, unseren Nationalstaaten, überhaupt die Europäische Union?“ Aber diese Diskussion wird nicht geführt; ich kenne auch gewisse Motive, die dahinterstehen. Manche möchten das gar nicht... Aber ich denke, wenn man die Bürger wirklich einbeziehen möchte, dann kann man diese Diskussion nicht vermeiden. Dankeschön.

Frank Baasner

Es besteht ein gewisser Widerspruch zwischen zwei Aussagen. Einerseits hieß es – das sagte Nicolas Baverez: Wenn Juristen miteinander reden, gibt es so viele Meinungen, wie es Juristen am Tisch gibt. Sie sagen das Gegenteil. Das freut mich natürlich, und ich sehe doch

auch mit Interesse, dass die Dimension dieser ganzen Diskussion, die man vielleicht doch schon fast eher eine philosophische nennen müsste, immer mehr an Gewicht gewinnt.

Mir ist jetzt nicht ganz klar, wie stark der Zeitdruck unserer französischen Kollegen ist. Il faut vraiment partir là, tout de suite ? Oui ? Tout de suite, c'est dans cinq minutes. Très bien.

Dann haben wir vielleicht noch Zeit, den Test zu unserer widersprüchlichen Aussage *Wie viel Einheit haben die Juristen an unserem Runden Tisch?* zu machen.

Herr Schwarze, sind Sie da auch mit allem einfach so nahtlos einverstanden?

Jürgen Schwarze

Ich würde in dem letzten Punkt Herrn Magiera antworten: Die Gemeinschaft hat das Ziel, Aufgaben zu übernehmen, die der einzelne Staat nicht erfüllen kann. Und wenn ich den Artikel 3 richtig lese, dann kann er allein nicht einen grenzüberschreitenden Binnenmarkt mit den Grundfreiheiten für die Bürger sichern. Er kann nicht einen grenzüberschreitenden Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts schaffen. Und er kann auch nicht zur Führung einer einheitlichen Außenpolitik in der Zukunft beitragen.

Ich bin hier der Auffassung, dass ich nicht so sehr die Frage nach der Finalität Europas in den Vordergrund stellen wollte. Eine Verfassung – und eine spezifische Verfassung – für die Europäische Union kann zunächst nur einen Rahmen setzen, Organe und Verfahren vorsehen und (Herr Erler hat darauf hingewiesen) Grundwerte formulieren. Und wenn man diesen Anspruch an diesen Verfassungstext richtet, dann bin ich der Meinung, dass es ein – pragmatisch betrachtet – guter Text ist.

Zur Vorbereitung habe ich mir den Katalog einer Ausstellung angesehen, die gegenwärtig in Berlin gezeigt wird: „Die Idee Europas. Verfassungsentwürfe über den ewigen Frieden.“ Ich habe darin geblättert und habe an sich nur wunderbare Dokumente gefunden. Das Problem ist nur: keines dieser großen Dokumente ist je verwirklicht worden. Und deswegen hat dieser Verfassungsvertrag für mich doch den ganz entscheidenden Vorteil: in Form des Verfassungsrechts und der praktischen Politik betrachtet, ist er ein eindeutiger Fortschritt gegenüber den bisherigen Vertragszuständen. Und da kann man durchaus Giscard d'Estaing zustimmen, nicht perfekt, aber doch unerwartet – oder besser, als man erwarten konnte.

Ich weiß auch nicht, ob die rein verfassungsrechtliche Debatte, die in Deutschland geführt wird, wirklich den Kern der Probleme ausmacht, dass immer wieder in den Vordergrund gestellt wird: Was ist eine staatliche Verfassung? Was ist eine Verfassung der Europäischen Union? Wir brauchen unseren eigenen spezifischen Weg! Da kann die Verfassung nur den Rahmen setzen. Sie muss auch Gestaltungsspielraum für die nächsten Generationen lassen. Europa verlangt Kreativität von jeder Generation, und man kann nicht alle Fragen von einer Verfassung beantwortet bekommen.

Meine Schlussfolgerung wäre: praktisch halte ich den Verfassungsentwurf für einen nennenswerten Fortschritt. Und wir sollten ihn nicht kleinreden.

Frank Baasner

Herr Hilf, Sie nicken. Also doch eitel Eintracht unter den Spezialisten?

Meinhard Hilf

Herr Vorsitzender, diese Eintracht werden Sie nie herstellen können.

Wenn wir uns auch 1951, am Beginn der Integration, zusammengesetzt und gesagt hätten, „Wir wollen als erstes das Ziel definieren“, dann hätten wir den Weg nie begonnen. Die Grundkonflikte, die heute immer wieder aufkommen, sind schon von Anfang an da gewesen. Und der Weg wäre nie beschritten worden, wenn man von Anfang an gesagt hätte, Unser Ziel ist der europäische Bundesstaat. Oder: Unser Ziel ist das Europa der Vaterländer – nicht ganz so eng, aber doch alles, was wir so brauchen; Subsidiarität und so.

Das Erfolgsgeheimnis des bisherigen Weges, der hier eine sehr interessante Ergänzung bekommt (als mehr würde ich das nicht bezeichnen), ist eben gewesen, dass man das endgültige Ziel nicht definiert, sondern pragmatisch versucht, zwischen den jeweiligen Völkern und historischen Momenten weiterzukommen. Und da ist es in der Tat sehr erstaunlich, dass man nach dem großen Loch, das Nizza hinterlassen hat, jetzt auf einmal doch einen erstaunlichen Schritt vorwärtsgekommen ist.

Wenn Sie mich als Juristen oder Verfassungsjuristen fragen, würde ich auch sagen: Das ist keine Verfassung. Wir haben in Deutschland gelernt, eine Verfassung solle so sein, dass man sie unter dem Arm tragen und immer auch halb auswendig lernen kann. Das können Sie mit einem Riesendokument von 460 Artikeln nicht machen.

Eine Verfassung soll auch eine stabile Grundlage für alle jetzigen und künftigen Fragen sein. Bei 460 Artikeln, wo Sie alles bis ins Detail regeln, müssen Sie im Grunde genommen nach zwei oder drei Monaten schon wieder herangehen und ein neues Änderungsverfahren einleiten. Also, ich kann mit einem so großen Dokument keine stabile Grundlage legen. Mir wäre es also lieber gewesen, man hätte tatsächlich versucht, die Grundlagen in maximal 150 Artikeln zu legen und das Ganze auch mit Vorlagen auszustatten – vor einem ergänzenden Vertragsverfassungsteil. Aber das ist leider nicht gelungen. Es wird in jedem Fall nur ein Zwischenschritt sein.

Ja, das wäre so in etwa meine Meinung hierzu. Ich bin auch, wie Herr Schwarze, sehr überrascht darüber, dass so vieles gelöst werden konnte, worüber man sich in Nizza noch so heftig gestritten hatte und letztlich keine Einigung gefunden hat. Vielleicht war es ganz gut, dass man von den Amerikanern auch daran erinnert wurde, dass man ein alter Kontinent ist, der nun eigentlich doch auch mal wieder etwas Neues schreiben muss.

Frank Baasner

Vielen Dank. Was wir unserer Arbeit, gerade auch mit französischen Regierungsvertretern, immer wieder merken, ist, dass gerade in Frankreich die Vorbehalte, die in Nizza noch immer ganz, ganz massiv formuliert worden waren, aus vielen Köpfen tatsächlich raus sind. Und selbst im unmittelbaren Umfeld des Staatspräsidenten Chirac werden Sie tatsächlich weniger Vorbehalte finden, als das zur Nizza-Zeit der Fall war. Das ist sicherlich überraschend und, in Ihrem Sinne, mehr als man erwarten konnte. Und wenn man sich das Glas anschaut, dann ist es sicherlich nicht mehr halbvoll, sondern weiter gefüllt worden.

Was uns – glaube ich – gerade auch in den letzten Beiträgen klargeworden ist, ist, dass wir uns in Europa doch dauernd in einem Übergangszustand bewegen. Ihr Kollege Oppermann benutzt immer gerne das Bild mit dem Fahrrad: wenn man das mal angeschoben hat, dann muss es irgendwie weiterfahren, sonst fällt es irgendwann um. Und es ist sicherlich ein starker Tritt ins Pedal, den wir jetzt beobachten können. Dann wird man sehen, wo die nächsten Notwendigkeiten in der Handlung sind.

Und gerade wenn wir das in der zeitlichen Dimension etwas ausweiten, ist, glaube ich, noch einmal deutlich geworden, dass dieser Prozess, in dem wir uns befinden, doch sowohl auf der verfassungsrechtlichen als auch auf der politischen Meinungsbildungsebene und auch auf der Identitätsebene ein sehr langsamer Prozess ist.

Wie würden Sie, Herr Würtenberger, der Sie doch in der Verfassungsfrage etwas längere Zusammenhänge betrachten, aus Ihrer Sicht den jetzigen Moment einschätzen?

Thomas Würtenberger

Besten Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte das Spektrum ergänzen, das von Herrn Dominique Rousseau vorhin schon angerissen worden ist. Er sprach von der „Symbolkraft“ der Verfassung. Ich würde sagen, es gibt in Europa einen Mythos von der Verfassung. Man kann vielleicht sogar sagen, dass der Verfassungsstaat der Gründungsmythos des neuzeitlichen Europas ist. Warum nämlich? Weil all die wichtigen Werte, die wir in Europa jetzt auch in die Verfassung hereingeschrieben haben, seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, teilweise nach erheblichen politischen Auseinandersetzungen, in die Verfassungen aufgenommen wurden: Demokratie, Rechtsstaat, Gewaltenteilung.

Ein Gründungsmythos ist er vielleicht auch deswegen, weil man auch im 19. Jahrhundert mit großem politischen Engagement heftigst um die Ausgestaltung der Verfassungsordnung gekämpft hat.

Und wenn wir nun fragen, Ist diese neue europäische Verfassung eine Verfassung, die nahtlos an diesen Gründungsmythos oder an diese alteuropäische Vorstellung von der Verfassung anschließt?, dann müssen wir in der Tat sagen, es gibt eine Zäsur, einen Unterschied: diese Verfassung, diese neue europäische Verfassung, ist eine Verfassung aus der Hand der Regierungen. Und die Verfassungen in Europa waren immer Verfassungen, die von der Souveränität des Volkes oder durch verfassungsgebende Versammlungen verabschiedet worden sind. Da würde ich eine ganz wesentliche Zäsur sehen.

Es mag sein, dass die Verfassungen der Zukunft, die den supranationalen Bereich, die Konstitutionalisierung der internationalen Ordnung betreffen, all diese Texte Regierungstexte sein müssen. Das mag sein, aber das sind dann nicht mehr die Verfassungen, die sich mit dem Gründungsmythos von Europa verbinden lassen.

Ich möchte nur noch einmal daran erinnern, dass man gerade auch im deutschen 19. Jahrhundert einem Verfassungsvertrag, den es auch in Deutschland gab, dezidiert entgegengehalten hat, dass diese Gründung eines neuen deutschen Staates eben nicht auf der Souveränität des Volkes beruhen würde.

Die Möglichkeiten, ein Referendum zu veranstalten, sind von Herrn Rousseau ja vorhin angesprochen worden. Ich will das nicht weiter vertiefen. Ich will nur noch kurz ein Wort zur Frage Lässt sich eine solche governativ erlassene Verfassung vielleicht dann doch demokratisch legitimieren? sagen. Kann sie demokratische Legitimation gewinnen?

Das Grundgesetz ist ja nun auch nicht gerade demokratisch entstanden, hat ja auch einen demokratischen Geburtsmakel. Aber in Deutschland würde keiner sagen, dass dieses Grundgesetz nun nicht demokratisch sei. Was ist nun die Rahmenbedingung gewesen? Die Rahmenbedingung ist natürlich gewesen, dass hinter dem Grundgesetz in Deutschland eine lange Verfassungstradition gestanden hat. Diese Rahmenbedingung fehlt vielleicht für die europäische Verfassung, denn Europa ist weit, die europäischen Institutionen sind weit. Wir haben da größere Schwierigkeiten, einen wirklichen Verfassungskonsens, eine Akzeptanz der Verfassung zu erzeugen.

Gleichwohl denke ich, dass diese Verfassung, à la longue gesehen, eine „output“-Legitimation erhalten wird: nicht nur durch die Konkretisierung dieser Verfassung, durch die

europäische Politik, die die Zukunft bestimmen wird, sondern auch (so denke ich) durch die neue europäische Verfassungsgerichtsbarkeit, durch den Europäischen Gerichtshof.

Die Verfassung ist hinreichend unpräzise gefasst. Eine Verfassung, die hinreichend unpräzise gefasst ist, kann nach den jeweiligen Umständen und nach dem, was die Öffentlichkeit vom Gerichtshof erwartet, konkretisiert werden. Es sind ja gerade die Leistungen des Bundesverfassungsgerichts gewesen, die für die Legitimation des Grundgesetzes in Deutschland stehen. Es ist nicht der Text, sondern die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgesetzes, die hier legitimierend wirkt. Man könnte sich vorstellen, dass nun ein europäischer Gerichtshof jene Legitimationsleistungen durch akzeptanzfähige Rechtsprechung erbringt, derer eben auch eine demokratische Verfassung bedarf.

Letztes Wort hierzu: Eine Verfassung, die eine Verfassungsgerichtsbarkeit vorsieht, ist eine Verfassung, die dem Souverän, der die Verfassung gegeben hat, ein Stück seiner Souveränität nimmt. Besten Dank.

Dieter Salomon

Jean-Marie Bockel hat mich, bevor er jetzt auch gehen musste, gefragt, ob wir beiden – wir zwei Oberbürgermeister – nicht etwas hors sujet, etwas außerhalb des Themas, agiert und argumentiert hätten, wenn man sich diese ganzen Verfassungsrechtler hier anschaut. Ich habe ihn beruhigt und gesagt: Nein. Denn die entscheidende Frage hat, denke ich, Herr Professor Schwarze beantwortet, indem er gesagt hat, „Kant hat auch ideale Verfassungen geschrieben, nur wurden die nie Wirklichkeit“.

Für uns ist es eine ganz praktische Frage. Was wäre denn gewesen, wenn Giscard d'Estaing, als er, ähnlich wie der Vorsitzende eines Kaninchenzüchtervereins, den Auftrag bekommen hat, eine Verfassung zu erarbeiten, gesagt hätte: „Freunde, wir haben da ein paar Probleme, wir müssen uns zusammensetzen und uns eine neue Satzung geben oder die Geschäftsordnung ändern. Das funktioniert irgendwie nicht mehr so richtig.“ – Das hätte doch keinen Menschen interessiert! Stattdessen hat er sich ein großes Vorbild gesetzt und gesagt: „Ich will so was machen wie den Philadelphia-Konvent von Jefferson, der dann zur amerikanischen Verfassung geführt hat.“ Jetzt kann man sich natürlich vorstellen, dass Amerika 1787 etwas anderes war als Europa 2002/2003. Ist ja völlig klar! Aber alleine das Symbol...

Und es ist überhaupt nicht banal, weil man nämlich auf dem Weg (und das hat Herr Hilf so schön gesagt), den 1951 noch nicht mal jemand als Ziel zu definieren gewagt hätte, ein gewaltiges Stück vorankommt, denke ich. Banal gesagt: Wir geben uns tatsächlich eine neue Geschäftsordnung, wir geben uns ein paar neue Institutionen – wer was zu sagen hat und was nicht – jeder meckert etwas rum, weil er sagt: „Eigentlich hätte man noch viel mehr machen müssen“, die anderen sagen: „Es ist schon viel zu weit“. Aber das man überhaupt dahin kommt, das ist der praktische Wert.

Ob sich die Subsidiarität bewährt (ob ich da jetzt etwas übertrieben habe und zu optimistisch bin – Herr Stein sagt, das sei doch schon längst drin gewesen), das muss sich dann in der Praxis beweisen. Das muss sich dann beweisen, wenn es beklagt wird, das muss sich dann beweisen, wenn es konkret wird. Aber die entscheidende Frage ist doch, ob Europa dieses – ich sage es jetzt einmal ganz neutral – Dokument annimmt und mit Leben erfüllt oder nicht.

Und jetzt komme ich zurück zum Ausgangspunkt: ich glaube eben nicht, dass wir zwei jetzt völlig am Thema vorbeigesprochen haben, weil natürlich auch Chirac und Schröder wussten, was sie taten, als sie im Januar sagten: „Na, dann macht doch euren Eurodistrikt (guckt mal, was ihr hinkriegt)“. Also, das ist ein offenes Feld.

Und dieses offene Feld gilt es zu gestalten. Und ich glaube, dass wir dieses offene Feld mit diesem Dokument besser gestalten können, als es vorher der Fall war. Ich will sagen: Nizza ist noch nicht lange her. In Nizza hat die Presse europaweit kommentiert: Europa steht vor dem Scheitern. Diese endlosen Gipfel, das ist weder physisch noch psychisch noch institutionell durchzuhalten – reine einstimmige Entscheidungen, jeder hat ein Vetorecht: das kann so nicht funktionieren, und wenn Ihr ein größeres Europa machen wollt, dann müsst ihr euch vorher reformieren. Das war die mehr als skeptische Einschätzung der meisten Kommentatoren nach dem Gipfel von Nizza. Und das, was heute vorliegt, hätte ich so nicht erwartet.

Ich bin froh darüber, dass dieses Konvent, dieses Gremium, in dem nationale Abgeordnete, Europaabgeordnete, Leute aus den Regionen (wie unser Ministerpräsident), also eine bunte Mischung unterschiedlichster Qualitäten und Experten, drin waren, tatsächlich in diesen anderthalb Jahren auf einer völlig anderen Grundlage ein Ergebnis gezeitigt hat, das nicht im Orkus verschwinden wird, sondern das aller Voraussicht nach auch von den nationalen Regierungen ratifiziert wird. Sei es eine Verfassung oder nicht, ich bin froh um diesen Prozess.

Jürgen Schwarze

Ich würde nur noch ein kleines Wort zu der kommunalen und regionalen Ebene anfügen wollen, um zu demonstrieren, welcher Fortschritt hier eigentlich erzielt worden ist. Von einem der berühmten Europarechtsprofessoren aus Hamburg, nicht Herrn Hilf und auch nicht mir, sondern von unserem Vorgänger Hans-Peter Ibsen, stammt das schöne Wort: „Europa sei mit Landesblindheit geschlagen, richte sich also nur an die zentralen Staaten.“

Wenn man das zugrunde legt und vergleicht, dass zum ersten Mal an mehreren Stellen regionale und kommunale Selbstverwaltung positiv erwähnt wird (wenn vielleicht auch zurückhaltend formuliert), so ist der Satz von Ministerpräsident Teufel durchaus sehr verständlich, dass Europa von unten nach oben gebaut werden müsse. Und diese Anerkennung findet jetzt in dem Verfassungsvertrag statt. Das mag für manche von uns nur einen symbolischen Wert haben. Aber ich glaube, wenn Europa sich anschickt, auch in die internen Verfassungszustände der Mitgliedsstaaten hineinzugucken und wir auf diese Weise Verbindungslinien schaffen, wird das auch zu einer Verfestigung dieser europäischen Verfassung führen.

Frank Baasner

Vielen Dank. Wenn im Moment auf dem Podium spontan keine weiteren Reaktionen zu erkennen sind, will ich Sie, die Sie hier auf dem Podium sitzen, fragen, ob wir noch eine Viertelstunde das Wort ins Publikum geben dürfen. Dann bitte ich das Publikum, freimütig zu fragen, zu ergänzen, zu widersprechen: in allen Aspekten, die Ihnen wichtig erscheinen.

Wer macht den ersten Schritt? Oder sind Sie ermüdet? Oder durch die „mononationale“ Besetzung unseres Podiums gelangweilt? Das könnte auch sein... Herr Hilf, bitte.

Meinhard Hilf

Wo Sie das Wort an das Publikum richten... „Publikum“ kann man ja eigentlich nicht sagen. Man könnte es ja an das „europäische Volk“ richten. Das wird ja gesucht! Und für eine

echte Verfassung, so wie Herr Würtenberger sie umschrieben hat, müsste man eigentlich doch irgendwo ein europäisches Volk sehen können.

Da würde mich eigentlich interessieren, wie Sie das sehen. Ob Sie sich schon als Teil eines solchen europäischen Volks, das eine Verfassung hervorbringen kann, fühlen, oder ob Sie sagen: „Ich bin Teil meines deutschen Teilvolks, und ich sehe zu, dass meine deutschen Interessen in der weitergehenden Integration berücksichtigt werden.“

Ich habe mal eine Doktorarbeit über das Thema „Gibt es ein europäisches Volk?“ schreiben lassen.

Die Antwort war: es kann eines geben – unter drei Voraussetzungen:

1. wenn es eine Willensgemeinschaft quer durch alle Staaten gibt – man will Europa und sich auch als Staat zusammenfügen,

2. wenn es darüber eine Kommunikationsgemeinschaft gibt; man kann darüber auch mit allen Nationen sprechen (und das muss nicht an der Sprache scheitern... Tour de France: da wird jetzt ganz Europa dabei sein)

und 3. wenn es eine Wertegemeinschaft gibt, auf der das Ganze basiert. Und es ist (so hat Herr Erler ja sehr schön betont) tatsächlich in der Charta, Teil 2 dieses Textes, in – meines Erachtens – hervorragender Weise und erstmalig sichtbar aufgeschrieben worden, was unsere gemeinsamen Werte sind. An die müssen wir uns erst einmal gewöhnen, wenn wir das lesen. Manchen ist das schon viel zuviel, manchen fehlt etwas, aber da stehen die erstaunlichsten Dinge drin. Diese Lektüre kann ich nur empfehlen.

Dann möchte ich Sie auch fragen: Fühlen Sie sich dann auch schon als Teil eines solchen europäischen Volkes, das sich eventuell auch überstimmen lassen kann? Ich meine, Deutschland ist groß genug. Wer Deutschland überstimmen will, der muss schon mehrere Kleine zusammenbringen. Aber sind die Kleinen um uns herum wirklich schon soweit, dass sie sagen: „Gut, wir sind Teil eines europäischen Volkes, und wenn es nun mal über unsere Köpfe hinweggeht – große Mehrheit da draußen (und ich meine, Einstimmigkeit kann man in einem Staat nie herbeiführen. Mit großen Mehrheiten muss auch eine Verfassung fortentwickelt werden.) – da sind wir dann überfordert.“ Das wären so meine Fragen, die ich noch einmal in den Raum stellen wollte.

Frank Baasner

Volk, wo bist du? Das Volk – Madame.

Teilnehmerin

Die Frage ist vielleicht ein bisschen schwierig zu stellen, weil in der ganzen Diskussion bisher überhaupt nicht darauf eingegangen wurde.

Ich bin Anfang März auf ein Problem gestoßen, das bestimmt nicht nationalstaatlich, sondern nur europäisch zu lösen ist, und zwar das Problem des Umgangs mit Tieren in der EU.

Zufällig habe ich einen Panorama-Bericht über Tierversuche gesehen, der mich sehr erschüttert hat. Ich habe mich weiter mit dem Problem beschäftigt, bin auf das Problem der Massentierhaltung in Europa, das Problem des Tiertransports (jährlich werden 250 Millionen Tiere unter unsäglichen Bedingungen transportiert) gestoßen, habe in der Presse wenig dazu gefunden – das meiste findet man im Internet. Im Internet habe ich auch gesehen, dass eine Initiative besteht, um diesen Tierschutz in die europäische Verfassung aufzunehmen. Es gab wohl drei Abgeordnete, die einen entsprechenden Antrag gestellt haben, aber ich habe bisher

der Presse nicht entnehmen können, ob das gelungen ist, ob der Antrag positiv aufgenommen worden ist, und ob das europaweit überhaupt in der Diskussion ist.

Das ist eine Frage, die sicher nationalstaatlich nicht zu lösen ist, die aber dringend in die Debatte gehört, weil das Lebewesen sind, die nun wirklich keine eigene Stimme haben und eigentlich der Bevölkerung und der Politiker bedürfen, die ihnen eine Stimme verleihen.

Ich weiß nicht, wer die Frage beantworten kann. Meistens wird man, wenn man sich mit dem Problem beschäftigt, immer so ein bisschen in eine Ecke gestellt, aber ich halte das, nach allem, was ich gelesen habe, für so brisant, dass es ein Thema der Europäischen Gemeinschaft und der europäischen Bürger werden müsste.

Frank Baasner

Meine Herren, wer möchte auf diese Frage antworten? Herr Magiera.

Siegfried Magiera

Also, ich bin jetzt nicht ganz sicher, ob irgendwo in diesem langen Vertrag (den man ja noch sehr genau studieren muss), irgendetwas wäre, womit man auch den Tierschutz begründen könnte.

Aber ich würde vielleicht gerne noch mal einen Punkt ansprechen – auch aufgrund dessen, was wir vorhin, am frühen Nachmittag, gehört haben. Es ist doch sehr interessant, dass Sie dafür plädieren, dass der Tierschutz europaweit geregelt werden muss. Wir haben ja vorhin über die Vielfalt gesprochen, und ich kann mich erinnern, wir hatten am frühen Nachmittag doch auch ein wenig unterschiedliche Meinungen – auch die beiden Herren aus dem Publikum, die sich gemeldet hatten.

Das ist wieder diese ganz schwierige Frage, und deswegen möchte ich sie, wenn Sie gestatten, vom Tierschutz auf das Allgemeine bringen, zu dem, was auch Herr Schwarzer gesagt hatte: Wozu ist Europa da? Was soll Europa eigentlich machen?

Er hatte dafür plädiert, alles, was die Staaten nicht können (und das wäre so ein schönes Beispiel, wo man sich fragen muss: Können das die Staaten? Wollen sie es nur nicht? Oder können sie es doch nicht? Muss das Europa machen?)... auf Europa zu übertragen.

Vor diesen Fragen stehen wir immer. Wir haben vorhin über die Kompetenzordnung gesprochen – das soll jetzt nicht noch mal geschehen – ich bin aber der festen Überzeugung, dass diese Aufteilung in ausschließlich geteilte und durch Zuständigkeiten ergänzte Kompetenzen nur eine formale Aufteilung sein wird, denn (wenn man sich jetzt die einzelnen Gebiete ansieht) in allen Sachbereichen sind immer europäische, nationale, regionale und lokale Aspekte vorhanden.

Und jetzt, um Ihre Frage vielleicht zu beantworten: ich denke, in diesem Falle wäre es sinnvoll, auf Gemeinschaftsebene eine Art Richtlinie über Mindesttierschutz zu erlassen...

Thomas Würtenberger

... gibt es schon...

Siegfried Magiera

... Herr Würtenberger sagt, so etwas gibt es sogar schon... aber dann die Einzelheiten je nach den Gepflogenheiten der einzelnen Mitgliedsstaaten in diesen näher auszugestalten. Vielleicht kann Herr Würtenberger noch etwas dazu sagen?

Frank Baasner

Herr Erler, bitte.

Gernot Erler

Ich wollte hier eigentlich noch ein Wort zu der Frage von Herrn Hilf sagen. Und zwar eigentlich mehr aus einer politischen Betrachtung heraus.

Ich glaube, wir müssen uns über den Prozess, der jetzt hier langsam in die Entscheidungsphase kommt, doch noch mal von der Sicht der beteiligten Staaten aus klar werden. Und zwar ist es bei uns eigentlich ja schon völlig im Bewusstsein, dass es für Deutschland aus ganz verschiedenen Gründen außerordentlich vorteilhaft ist, in die Richtung einer weiteren europäischen Integration zu gehen. Es ist für uns aus wirtschaftlichen Gründen ein großer Vorteil. Es ist für uns aus Gründen, ein uraltes Problem Europas zu lösen, attraktiv, nämlich das schiere Problem der Größe Deutschlands im Verhältnis zu den Nachbarn. Was kann man Klügeres machen als zu sagen, ich beteilige alle meine Nachbarn – in diesem Falle 24 – an allen künftigen Entscheidungen über die Zukunft, gebe damit erhebliche Souveränitätsrechte ab und habe damit eine Art „Mitbestimmungsrecht“ von allen, die früher mal Angst vor Deutschland hatten, über mich selber installiert. Dadurch werde ich einfach nicht mehr zulassen, dass von diesem großen und innerhalb der Europäischen Union größten Land noch mal eine Gefährdung ausgeht. Und das werde ich zurückbekommen: ein Weniger an Misstrauen, ein Weniger an Angst usw.?

Das, was ich hier eben für Deutschland beschreibe, ist ja in dieser Form für viele gerade der neuen Mitglieder der Europäische Union überhaupt nicht existent. Man muss sich immer wieder auch in diese zum Teil sehr viel kleineren Länder hineinversetzen, die zum Teil nicht viel länger als seit zehn Jahren wieder über eigene Souveränitätsrechte verfügen, von denen einige, geschichtlich gesehen, sie eigentlich sogar zum ersten Mal bekommen haben und von denen jetzt plötzlich folgendes verlangt wird:

15 ihrer Nachbarn machen den Vertrag über eine Verfassung. Sie sind in sehr, sehr unzulänglicher Weise, nämlich nur völlig indirekt, daran beteiligt worden. Sie sind eingeladen, dieser Union am 1. Mai des nächsten Jahres beizutreten. Und von ihnen wird verlangt, Rechte, die sie – historisch gesehen – höchst sekundenhaft wahrgenommen haben, abzutreten, ohne auch nur ein echtes Mitwirkungsrecht an der Ausführung dieser Verfassung zu haben.

Ich muss einfach darauf hinweisen, weil dahinter übrigens eine enorme historische Leistung von diesen unseren Nachbarstaaten, besonders im Osten und im Süden steht: dass sie sich auf diesen Prozess einlassen. Und wir müssen natürlich auch beachten, dass sie das in ihren Ländern überhaupt nur mehrheitsfähig machen können, indem sie damit bestimmte Versprechen, auch von Prosperität (also von wirtschaftlichem Wohlstand) verbunden haben. Die Prosperität kommt zwar als eines der Ziele und Werte hier vor, ist aber in diesem Verfassungswerk in Wirklichkeit nicht zentral. Da sind doch, wenn man die Gesamtheit dieser Werteorientierung nimmt, ganz andere Dinge vorwaltend als nun gerade dieser Einzelbereich ‚Wirtschaftliche Prosperität‘.

Das ist eine große Zumutung und ich glaube, dass wir uns dessen immer bewusst sein müssen (weil ja jetzt gerade die Frage danach aufkam, die Herr Hilf gestellt hat: Wie ist denn

das mit der Akzeptanz der Bürger für diesen Prozess?): Wir haben, im Vergleich zu diesen anderen Ländern, diesen Prozess zu akzeptieren. Der ist kompliziert, die Sprache ist kompliziert, 460 Artikel sind zu viele – das sind alles Dinge, die wir erwähnen können.

Aber ich will darauf hinweisen: was da andere – die Tschechen, die Polen, die Ungarn, die baltischen Staaten, Slowenien, die Slowakei; solche Staaten – alles mitmachen müssen, die über das Prosperitätsversprechen hinweg eine ziemlich enge Erwartung an die Europäische Union haben und jetzt in einen Prozess geradezu „hineingerissen“ werden, der zu akzeptieren außerordentlich anspruchsvoll, auch für ihre Bevölkerung, ist. Und am allerschwierigsten ist die Abgabe von Souveränitätsrechten. Es ist völlig klar, dass das auch ohne diese ganze Erfahrung des Nationalstaats des 19. Jahrhunderts (einige von diesen Ländern hatten den nicht oder nur in ungenügender Weise) viel schwieriger ist, einen solchen „unerhört verkürzten“ Prozess mitzumachen.

Ich wollte das nur sagen, weil ich finde, dass wir in unserer Diskussion immer mitbedenken müssen, in welcher anderen Lage die sind, die wir auf diesen Prozess mitnehmen, und dass wir immer auch eine Bereitschaft entwickeln müssen, dieses ‚Mitnehmen‘ zu organisieren und uns klarzumachen, dass eigentlich unsere Probleme, die wir sehen, im Vergleich dazu nicht so existentiell sind. Es sind schon existentielle Fragen, die diese kleineren Staaten lösen müssen.

Frank Baasner

Vielleicht noch eine letzte Frage. Eine noch. Bitte.

Guillaume Duval

Merci. Guillaume Duval, « Alternatives Economiques ».

Je ne sais pas si je vais répondre à la question de savoir s’il y a un peuple européen, mais il y a une chose dont je suis assez sûr : c’est que, en ce qui me concerne, je ne parierai pas un euro sur le fait qu’un référendum sur cette constitution en France soit gagné ; pour une raison simple. C’est que, quels que soient les progrès que des juristes y voient par rapport à situation antérieure, je pense que personne ne réussira jamais à vendre l’idée que ce texte (en tout cas tel que j’ai pu le lire jusqu’ici) contienne le moindre élément supplémentaire par rapport à la situation antérieure qui permette de convaincre un citoyen de base normale qu’il y aura demain plus de croissance et moins de chômage au sein de l’Union Européenne, et que les changements qui ont été faits dans les institutions et au niveau de ce texte le permettront.

Il ne comprend aucun élément de changement concernant la gestion de la monnaie, la gestion de la Banque Centrale. Il ne comporte aucune avancée en matière de gouvernement économique. Il ne comporte aucune avancée sensible en matière sociale par rapport aux craintes qui sont fortes dans la population par rapport au dumping social dans une Europe élargie. Il ne comporte aucune avancée sensible en matière de protection des citoyens au niveau de la reconnaissance des services publics à l’échelle européenne et de reconnaissance de ce principe par rapport au principe de la concurrence.

Donc en ce qui me concerne, je vois mal comment ce texte, s’il doit être adopté par un processus référendaire, sera accepté en France. Et je pense que ce n’est pas le seul pays dans lequel se poseront ces types de problèmes.

Frank Baasner

Es wäre schade, wenn wir unser Gespräch mit dieser doch skeptischen Note beenden müssten. Deshalb möchte ich Sie bitten – wen auch immer – dazu Stellung zu nehmen.

Ist es tatsächlich so, dass dieser Verfassungsvertrag gerade im Bereich der sozialen Erwartungen der Bürger, natürlich auch in einer Situation ökonomischer Krise (was es auch immer sein mag) gar nichts zu bieten hat? Kann man tatsächlich so skeptisch sein?

Meinhard Hilf

Ja, ich will niemandem vorgreifen. Ich würde jeden den Teil 2, die Grundrechtecharta, lesen lassen. Das ist das erste Mal, wo in einem Dokument auf europäischer internationaler Ebene politisch-freiheitliche Grundrechte (die wir auch im Grundgesetz haben) und soziale Rechte oder Grundrechte miteinander verbunden worden sind. Die sind auf der Ebene des Europarates geteilt, mit unterschiedlicher Wertigkeit.

Bei uns in Deutschland lehnen wir soziale Grundrechte völlig ab, weil wir sagen, das müsse der Gesetzgeber je nach Steueraufkommen machen, weil das soziale Netz irgendwie in die Nähe von einklagbaren Rechten gekommen ist – ein sehr gefährlicher Prozess.

Aber damit haben wir uns nicht durchgesetzt. Hier, in der Charta, ist – wenn man sie Stück für Stück liest – eine Fülle von sozialen Grundrechten festgeschrieben (mit Augenmaß, würde ich aber auch sagen). Das wäre für jemanden, der dort Erwartungen haben möchte, schon ein erheblicher Fortschritt. Diesen Skeptizismus würde ich also nicht unterschreiben.

Bloß beim Referendum finde ich immer so interessant, dass die Völker ja keine Gründe benennen, warum sie so und nicht anders abstimmen. Bei Gesetzen erfährt man immer die Regierungsbegründung, und Herr Erler mit seiner Fraktion schreibt noch mal wunderbar etwas dagegen und so... jeder weiß, warum eine Norm zustande kommt. Aber bei einem Referendum weiß man eigentlich nie, warum ein Volk ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ sagt. Und wir sind immer erstaunt – wieso sagen die Iren jetzt plötzlich ‚Ja‘? Gestern haben sie ‚Nein‘ gesagt. Und die Dänen sagen ‚Nein‘ – gestern haben sie ‚Ja‘ gesagt...

Sie ahnen schon, dass ich sehr skeptisch bin. Ich würde mit Ihnen auch nicht über den Ausgang eines Referendums in Deutschland wetten wollen.

Dieter Salomon

Aber da sind wir doch wieder an dem Punkt. Ich finde, was Gernot Erler vorhin gesagt hat, war ein ganz entscheidender Punkt: die neuen Staaten Mittel- und Osteuropas, die jetzt Souveränitätsrechte aufgeben müssen und die gesagt haben: „Wir wollen zu euch kommen! Wir wollen in die Europäische Gemeinschaft rein!“ Und viele in dem reichen Westeuropa haben gesagt: „Was sollen wir eigentlich mit diesen bettelarmen Ländern? Das passt ökonomisch doch gar nicht!...“

Jetzt fragt man sich: Gibt es ein europäisches Volk? Hm. Das kann man lang und breit diskutieren. Aber wer hätte denn einem Polen, einer Tschechin, einer Ungarin oder einem Slowenen sagen wollen: Du bist kein Europäer!? Die haben sich als Europäer definiert, weil ihnen völlig klar war, dass sie Europäer sind. Und man hätte mit allen ökonomischen Gründen der Welt eigentlich nie sagen können: Ihr dürft nicht zu uns kommen!

Wir haben den Prozess kanalisiert. Und deshalb ist diese Grundrechtecharta ein Selbstverständnisdokument der Menschen, die in Europa wohnen, die diese Werte teilen, die eine gemeinsame Geschichte teilen. Ich finde das großartig! Und letztendlich kann dieses Dokument für die Staaten, die ja aus Unterdrückung und aus ökonomischer Armut kommen, doch so etwas Ähnliches werden – Gernot Erler hat es richtig gesagt: um in diesen Ländern überhaupt eine Mehrheit dafür zu kriegen – wie die amerikanische Verfassung – dass dieses

pursuit of happiness, dieses Glücks- und Freiheitsversprechen, dort dann tatsächlich als der Punkt gilt, warum es auch Mehrheiten dafür gibt.

Ich finde das ein ganz großartiges Moment dieses Dokuments, das natürlich etwas auf der Metaebene angesiedelt ist, wo wir als saturierte Westeuropäer viel zu abgeklärt sind, aber woran die Osteuropäer durchaus ganz andere Ansprüche haben.

Frank Baasner

Kein besseres Schlusswort, wollte ich schon sagen, aber da winkt das Volk... Darf ich noch eine weibliche Stimme zulassen, meine Herren? Ja, bitte... dann aber wirklich die allerletzte.

Teilnehmerin

Ich wollte mich jetzt noch mal als Stimme des Volkes melden, dem Aufruf von Professor Hilf folgend. Was mich selber betrifft: ich fühle mich mehr als Europäerin denn als Deutsche. Und wenn man diese Aspekte unter der Fragestellung „Sind wir ein europäisches Volk?“ betrachtet, denke ich, dass wir uns dahin entwickeln, dass wir immer mehr miteinander kommunizieren. Auch wenn wir nicht nur eine Sprache haben. Aber immer mehr Menschen sind in der Lage, auf englisch, französisch oder wie auch immer zu kommunizieren, sich eben auch auszutauschen, Kulturen der anderen kennen zu lernen.

Ich denke, dass wir gemeinsame Werte haben – Christentum, Demokratie, wie auch immer – dass wir zum Teil eine gemeinsame Geschichte haben. Ich kann nur dafür plädieren, dass ich mich als Europäerin fühle, und mit diesen Fragen habe ich mich auch als Studentin des Masterkurses ‚Europäisches Verwaltungsmanagement‘ beschäftigt. Aber mein persönliches Gefühl: ich bin Europäerin, und ich stehe zu der europäischen Entwicklung. Vielen Dank.

Frank Baasner

„Das Volk hat gesprochen“ – sozusagen. Meine Herren, ich danke Ihnen sehr für Ihre engagierte Beteiligung. Ihnen allen herzlichen Dank für Ihre Geduld. Ein langer Tag; wir entspannen uns heute Abend sicherlich in dieser wunderschönen Stadt, und ich freue mich, dass der Hausherr heute noch einmal dabei war. Wir entspannen uns hier alle sehr gerne, um morgen noch einmal einen gemeinsamen Anlauf in dieses vielfältige Thema zu machen.

Um zehn Uhr geht es mit dem großen Thema „Gesellschaft“ weiter, wo wir sicherlich einiges von dem, was heute angesprochen worden ist, fortführen. Nochmals vielen Dank und einen schönen Abend in Freiburg.

FORUM „GESELLSCHAFT“ / TABLE RONDE « CONTEXTE SOCIAL »

(Samstag, 5. Juli 2003)

Hermann Schwengel

Meine Damen und Herren, guten Morgen. Ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserem dritten öffentlichen Forum, das heute das Thema „Gesellschaft“ in den Mittelpunkt stellt. Es wird gewiss eine Reihe von Motiven, die vorgestern und gestern bereits genannt worden sind, noch einmal aufnehmen und zusammenzuführen versuchen. Es wird aber sicherlich auch der Frage nachgehen wollen (und müssen), ob so etwas wie eine europäische Gesellschaft entsteht, ob es eine Verdichtung von wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Beziehungen gibt, die am Ende so etwas wie eine Gesellschaft nach sich zieht.

Alle Worte, alle Begriffe, die wir in diesem Zusammenhang gebrauchen, haben eine lange Geschichte. Es gibt im frühen 19. Jahrhundert Wörterbücher, in denen noch beschrieben worden ist, wie aus der Vielzahl der Gesellschaften – mit denen Berufe, Vereinigungen, alle möglichen Gemeinschaften gemeint sind – ein Wortbild „Gesellschaften“ geschaffen wird. Dass so etwas wie Gesellschaft entsteht, ist also alles andere als selbstverständlich und ein häufig schwieriger, konfliktreicher historischer Prozess. Und dieser Prozess spiegelt sich auch in der Sprache wieder.

Ich bin sicher, dass wir zu diesem Prozess in unserer heutigen Runde mit den Teilnehmern, die diesen Prozess aus ihrem Erfahrungsbereich und ihrer Profession heraus beobachten, kommentieren, teilweise miterleben, sehr viel zu sagen haben. Und wir hoffen, dass wir – auch mit der Beteiligung des Publikums – in der Lage sind, vielleicht einen Schritt weiterzukommen.

Ich darf sehr herzlich begrüßen: Rudolf von Thadden. Er ist Berater für die deutsch-französischen zwischengesellschaftlichen Beziehungen. Er führt mit dem Thema „Zivilgesellschaften in Frankreich und Deutschland“ ein. Wir haben vereinbart, dass sich die Teilnehmer, wenn dann nach dieser Einführung die Podiumsdiskussion beginnt, selbst kurz vorstellen. Sie haben in Ihren Unterlagen die jeweiligen Funktionen, Anschriften – alles, was man braucht, damit wir so schnell wie möglich in die Diskussion kommen können.

Zuerst aber herzlich willkommen, Rudolf von Thadden. Sie haben das Wort.

EINFÜHRUNG: RUDOLF VON THADDEN „ZIVILGESELLSCHAFTEN IN FRANKREICH UND DEUTSCHLAND“ / INTRODUCTION: RUDOLF VON THADDEN „LES SOCIÉTÉS CIVILES EN FRANCE ET EN ALLEMAGNE

Rudolf von Thadden

Guten Morgen, meine Damen und Herren. Ich erlaube mir, von hier aus zu sprechen, weil das leichter ist und deutlich macht, dass wir nachher diskutieren und ich jetzt nur ein paar Worte zur Einführung sagen möchte.

Ich bin von Haus aus Historiker, habe 30 Jahre lang den Lehrstuhl für Neuere Geschichte in Göttingen innegehabt, und bin dann, als ich emeritiert wurde, Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit geworden. Diese Tätigkeit ist gestern zu Ende gegangen, und so ist dies hier für mich die erste Gelegenheit, in meiner neuen Funktion, wie es so schön heißt, als „Berater für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Franzosen“ etwas zu sagen.

Da der neue Generalsekretär, Staatsminister Bury, hier vorgestern gesprochen hat, ist die Brücke leicht zu bauen. Aber sie bedarf einer Erklärung. Und Sie werden gleich sehen, dass das mit unserem Thema etwas zu tun hat. Insofern ist es nicht nur eine biographische Einführung.

Auf dem deutsch-französischen Gipfel im Januar, also dem großen Gipfel aus Anlass des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrages, ist beschlossen worden, eine neue Struktur in der deutsch-französischen Zusammenarbeit einzuführen. Man wollte – und nach meinen Informationen war es vor allen Dingen der Wunsch der Franzosen, also konkret von Chirac, aber auch der Deutschen – eine Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Man hat aber diesen Begriff der Intensivierung mit einem zweiten verbunden, der nun mit dem heutigen Thema etwas zu tun hat, nämlich dem Begriff der „Gouvernementalisierung“.

Sie können sich denken, dass ich, als ich dies gehört hatte, mich sofort geregt und gefragt habe, Wo bleibt dann die Zivilgesellschaft? – wenn denn ein Prozess der Gouvernentalisierung zur Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit führen soll.

Daraufhin kam ein zweiter Beschluss, der lautete, dass man den neuen Generalsekretären (auf deutsch heißt er übrigens „Beauftragter“. Warum man dafür einen neuen Namen gefunden hat, weiß ich nicht, aber jedenfalls ist das so. Herr Bury ist also „Beauftragter“, während Madame Lenoir „Secrétaire général“ ist... also gut...) als Ergänzung Berater zur Seite stellt. (Das klingt in diesem Falle nun wieder auf französisch viel schöner: „conseiller“). Und so bin ich aus – wie soll ich sagen – aus Angst, dass die zivilgesellschaftlichen Fragen vernachlässigt werden könnten, unter diesem neuen Etikett dann auf einmal wieder eingeführt worden und habe deswegen jetzt, wie man das so schön nennt, „eine gute Vorlage“ für das, was ich vortragen möchte.

Die Frage, die ich zu Beginn stellen möchte, lautet: Welchen Stellenwert haben die Zivilgesellschaften oder, wie man auch sagen kann und vielleicht sagen sollte, die Bürgergesellschaften in der deutsch-französischen Zusammenarbeit?

Als guter Deutscher fange ich mit einer Begriffsbestimmung an, die zugleich auch eine Inhaltsbestimmung ist, nämlich: Jeder Begriff, der geprägt wird, grenzt sich gegen einen anderen ab. Ich will nicht sagen: wird „in Front gegen einen anderen gebildet“, aber in Abgrenzung gegen einen anderen.

Wogegen grenzt man Zivilgesellschaft ab? Die Antwort lautet in jedem Land anders. Ich fange bewusst nicht bei Deutschland und Frankreich an, sondern bei einem Land, dem ich auch durch meine Herkunft verbunden bin, nämlich in Polen. Wenn Sie in Polen heute über die Zivilgesellschaft diskutieren, werden Sie spüren, dass dabei immer eine Abgrenzung

gegen die Klerikalgesellschaft im Spiel ist, weil die katholische Kirche in Polen aus Gründen, die wir alle kennen – das hängt mit der Teilung Polens zusammen (die katholische Kirche war ja zeitweilig die Garantin der inneren Einheit des polnischen Volkes) – so stark ist. Die katholische Kirche hat in keinem anderen Land Europas (vielleicht gibt es noch Irland, aber sonst...) eine so starke Stellung wie in Polen. Und dort wird diskutiert, wie weit es denn – wenn man schon nicht vom Staat spricht – eine Zivilgesellschaft gibt, die sich gegenüber der starken Präsenz der katholischen Kirche halten kann, so dass also Zivilgesellschaft in Abgrenzung gegen Klerikalgesellschaft diskutiert wird.

Das war bei uns anders, und damit komme ich zu einem zweiten Beispiel. Und weil ich Historiker bin, greife ich auf ein historisches Beispiel zurück, nämlich Preußen. Wenn Sie in Preußen – denken Sie an Zuckmayer – über die Zivilgesellschaft diskutieren, dann ist es in Abgrenzung gegen die Militärgesellschaft. Der „preußische Militarismus“, wie wir uns zu sagen angewöhnt haben, war so stark, dass man sich ihm gegenüber behaupten musste. Und da ist ja auch etwas dran.

Wenn Sie sich die Bilder aus Kaiser Wilhelms Zeiten angucken: da hatte ja wirklich jeder zweite eine Uniform an. Und wären wir heute nicht hier in Freiburg im Jahr 2003, sondern wären wir in Berlin im Jahre 1903, dann bin ich sicher, dass hier 20 Uniformen sitzen würden. Und das hat dazu geführt, dass der Begriff „Zivilgesellschaft“ in Auseinandersetzung mit dem Begriff „Militärgesellschaft“ geführt wurde.

In Frankreich, auf das ich jetzt – um es nicht zu lange zu machen; das könnte man aber wirklich mal für alle Länder durchspielen – zu sprechen komme, ist es natürlich anders gewesen. In Frankreich ist eine Größe immer besonders stark gewesen, noch viel stärker als in Preußen: nämlich der Staat. L'Etat, avec une majuscule. Und folglich wird (und das war im 19. Jahrhundert nicht anders als heute) der Begriff der „société“ in permanenter Gegenüberstellung zum Begriff des Staates diskutiert. Und man kann es sogar noch zuspitzen, damit es nachher für die Diskussion auch besser zu handhaben ist: das, was wir „Etatismus“ nennen, mit Folgen für die Gegenwart.

Was Deutschland betrifft, so möchte ich einen Unterschied zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland machen, genauer gesagt: zwischen den alten Bundesländern und den neuen Bundesländern. In den alten Bundesländern ist die Entwicklung so verlaufen (nicht zuletzt auch wegen der Abschaffung Preußens), dass die Wirtschaft eine besondere Stärke bekommen hat, so dass manche sagen, die Zivilgesellschaft würde bei uns in Westdeutschland (also in der alten Bundesrepublik) unter einer Wirtschaftsgesellschaft erdrückt, während der Staat in Ostdeutschland, in der DDR (also in den neuen Bundesländern) erstens eine starke Position gehabt hat, aber zweitens etwas ist, was beinahe noch wichtiger ist. Und das merkt man im Verhalten.

Es gibt dort etwas, was ich so formulieren möchte: eine „Bürgergesellschaft ohne Bürgertum“. Das Bürgertum ist ja in der kommunistischen Zeit sehr stark verdrängt worden (also nicht nur der Adel auf dem Lande, sondern auch das Bürgertum, jedenfalls in seinen oberen Schichten), so dass man also in den heutigen neuen Bundesländern durchaus sagen kann: es gibt, wenn es überhaupt eine Bürgergesellschaft gibt, so etwas wie eine Bürgergesellschaft ohne Bürgertum.

Und deswegen ist der Dialog zwischen Franzosen und Westdeutschen nicht identisch mit dem Dialog zwischen Franzosen und Ostdeutschen. Und wir müssen immer an den Dialog mit den Ostdeutschen mitdenken. Das sage ich auch als Mitbegründer des deutsch-französischen Instituts in Genzhagen, in Brandenburg, das sich eben bewusst um die ostdeutschen Zustände kümmert.

Nun etwas mehr zu den Begriffen in der französischen und deutschen Diskussion. Ich lasse die anderen Länder jetzt beiseite und fange an, es auf zwei Begriffe zu bringen; den Begriff der „nation citoyenne“ in Frankreich und den Begriff der „Bürgergesellschaft“ in Deutschland.

In Frankreich diskutieren wir dieses Problem heute im Kontext einer Ihnen bekannten Debatte, die auch in den deutschen Zeitungen diskutiert und vorgeführt wird, nämlich im Kontext der Dezentralisierungsdebatte, die ja vor allen Dingen von Raffarin nicht nur betrieben, sondern jetzt möglicherweise auch zu einem präsentablen Ergebnis geführt wird.

Wenn Sie genauer auf die französische Diskussion achten (das kommt nicht immer gleich nach Deutschland herüber), dann spüren Sie, dass bei dieser Dezentralisierungsdebatte eine unterschwellige Angst vor einer Beschädigung der „nation citoyenne“ (was man als „BürgerNation“ ins Deutsche übersetzen kann), also eine Beschädigung der BürgerNation im Spiel ist. Und zwar, was interessant ist, auf der linken und auf der rechten Seite. Hier haben Sie keinen Unterschied zwischen Links und Rechts, sondern Sie haben Zentralisten im Lager der Linken, Sie haben Zentralisten im Lager der Rechten (also der Gaullisten), und Sie haben Dezentralisten im Lager der Linken und Dezentralisten im Lager der Rechten. Es geht also quer durch alle Lager. Aber überall ist – ich wiederhole – eine Angst vor der Beschädigung der „nation citoyenne“, der BürgerNation, zu beobachten.

Die Nation insgesamt, so wird gesagt, und nicht Teile wie die Gesellschaft, haben 1789 in der französischen Revolution das Konzept der „citoyenneté“ (also das, was man im Deutschen schlecht und recht mit – ich sage nicht „Staatsbürgerschaft“, weil es dann endgültig missverstanden wird – „Staatsbürgersein“ wiedergibt) durchgesetzt. Deswegen – und das ist wichtig – ist „nation“ mehr als „Volk“ bei uns im Deutschen, vor allem mehr als das ethnische Volk, und deswegen ist eine postnationale Gesellschaft, über die wir in Deutschland gerne diskutieren – denken Sie an Habermas und andere – in Frankreich weniger erwünscht als in Deutschland.

Wir in Deutschland verstehen unter einer postnationalen Gesellschaft eine Gesellschaft, die sich vom ethnischen Denken befreit, also vom Denken in Kategorien eines ethnischen Volkes. Deswegen ist dann natürlich eine postnationale Gesellschaft ein Fortschritt; während man in Frankreich – geht ja nicht anders, zumal auch die Sprache das nahelegt – unter postnationaler Gesellschaft eine Abwendung von der Gesellschaft, die durch die Nation (aber im Sinne von 1789) geprägt ist, versteht. Und da fragen sich dann keineswegs nur Reaktionäre, sondern auch sehr moderne Leute, ob das eigentlich im Sinne des Erfinders ist. Eine postnationale Gesellschaft als Abwendung von dem Begriff der „BürgerNation“ könnte ja auch negativ sein.

Die Frage lautet in Frankreich also: Wer trägt, wer verbürgt die Werte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, um es auf die Begriffe der französischen Nation zu bringen? Die Nation oder die Gesellschaft, die notwendigerweise parzelliert ist? Beschädigt die Dezentralisierung das Bürgerbewusstsein oder stärkt es dieses? Und ich sagte: da gehen die Fronten durch die Parteien. Und manchmal habe ich als Historiker das Gefühl, als kriegten wir eine Wiederauflage des alten Streits aus dem Jahr 1792 zwischen Jakobinern und Girondisten.

Soviel also zum historischen Kontext der französischen Debatte. Nun die deutsche.

In Deutschland ist man, wie wir alle wissen, Bürger zunächst eines Heimatortes, also Freiburg, Göttingen und so. Dann einer Region (obwohl das eine schlechte Übersetzung für „Land“ ist), und schließlich dann des Staates, in unserem Fall also der Bundesrepublik. Das sind die drei Stufen, in denen sich bei uns in Deutschland – ich sage das jetzt mit dem deutschen Wort – „Zugehörigkeitsgefühle“ artikulieren.

Dazu kommt ein sprachliches Problem, das man ins Bewusstsein heben muss, nämlich: „Bürger“ kann sowohl „citoyen“ als auch „bourgeois“ sein. „Bürgerliche Gesellschaft“ kann also eine „société civile“, aber auch eine „société bourgeoise“ sein. Und manchmal habe ich den Eindruck, dass wir deswegen so gerne Zuflucht zu dem Wortungetüm „Zivilgesellschaft“ nehmen, um dieses Missverständnis zu vermeiden: weil bei „Zivilgesellschaft“ eindeutig ist, dass wir die „société civile“ nennen und nicht die „société bourgeoise“. Aber ich meine, man könnte das Problem auch auffangen, indem man einen

deutlichen Unterschied zwischen „bürgerlicher Gesellschaft“ und „Bürgergesellschaft“ macht. Dann käme man auch mit „deutschen Hausmitteln“ an das Definitionsproblem heran.

Welche Folgen hat das? Es hat Folgen für etwas, das ich erst wieder in den neuen Bundesländern, das heißt in den Ländern der alten DDR ins Bewusstsein bekommen habe. Nämlich dass nicht nur in der deutschen Sprache, sondern auch in der deutschen Tradition eine Unterscheidung zwischen „bürgerlich“ und „unbürgerlich“ entstanden ist, die ganz erhebliche Folgen gehabt hat.

Die DDR verstand sich als ein Arbeiter- und Bauernstaat (eben bewusst in Abgrenzung gegen einen bürgerlichen Staat) und hat sich damit natürlich in der Tradition marxistischen Denkens bewegt. In dieser Tradition des marxistischen Denkens hat das Bürgerliche eine negative Konnotation. Ich gebe Ihnen ein Beispiel, nachdem ich die Frage so formuliert habe: Wie weit übernimmt die Arbeiterbewegung bürgerliche Werte?

Das Beispiel: denken Sie an die große Diskussion um den Hauptmann Dreyfus im Jahre 1898. Da konnten Sie den Unterschied zwischen französischer Arbeiterbewegung und deutscher Arbeiterbewegung mit Händen greifen.

Wir reden immer nur über die Menschenrechte. Aber es geht um die Menschen- und Bürgerrechte. Die gehören zusammen. Und Jean Jaurès sagt ausdrücklich, dass die Menschen- und Bürgerrechte, also „les droits du citoyen“, für alle gelten (also nicht nur für „la société bourgeoise“, sondern auch für „le mouvement ouvrier“, die Arbeiterbewegung, „les paysans“ usw.), während August Bebel, der Führer der deutschen Sozialdemokratie, damit seine Probleme hatte. August Bebel kam zu dem Ergebnis, dass – jetzt wieder in deutscher Sprache – der Streit, die Auseinandersetzung um den Hauptmann Dreyfus ein Problem der bürgerlichen Gesellschaft sei. Und indem er es so formulierte – jetzt merken Sie, wie wichtig die Sprache ist – sagte er: „Das geht uns in der Arbeiterbewegung nichts an. Das sollen die diskutieren; ist nicht unsere Sache.“

Da sehen Sie am Beispiel des Unterschiedes zwischen Jean Jaurès und August Bebel nicht nur den Unterschied der Traditionen, sondern ich würde sagen, auch der Befangenheiten in Sprachtraditionen.

Und heute? (Ich will ja nicht über das Jahr 1898 sprechen.) In der alten, der westlichen Bundesrepublik, haben wir nach dem Kriege eine Relativierung des Staatsdenkens erlebt, im Zuge dessen, was man getrost „Entpreußung“ nennen kann. In den 50er Jahren erschien in Tübingen, nicht weit von Freiburg, ein Buch von Theodor Eschenburg unter dem Titel „Herrschaft der Verbände“.

Eschenburg sah eine Gefahr in der Entwicklung zu einer Herrschaft der Verbände, also dass die Gesellschaft am Ende nur noch eine Herrschaft der Verbände ist. Natürlich in erster Linie eine Herrschaft von Wirtschaft, Gewerkschaften, aber auch, interessanterweise (und das ist ein Thema, das zu diskutieren ist), der Kirchen, denn (erlauben Sie mir das an dieser Stelle zu sagen) eine Frage, die immer verdrängt wird – auch die Kirchen gehören zur Zivilgesellschaft. Es fällt den Protestanten etwas leichter als den Katholiken, das zu sagen. Ich habe das auch auf dem ökumenischen Kirchentag in Berlin gemerkt. Da habe ich immer so Testfragen gestellt, bewusst auch bei Bischöfen (die ich jetzt nicht beim Namen nenne; ich bin ja ein freundlicher Mensch).

Da habe ich also festgestellt, dass es den katholischen Bischöfen sehr viel schwerer fiel, ja dazu zu sagen, dass auch die Kirche ein Teil der Zivilgesellschaft, also der Bürgergesellschaft sei, während es bei den Protestanten – abgesehen von einem, der sein Amtskreuz sehr demonstrativ trug – eigentlich selbstverständlich war, dass die Kirche zur Zivilgesellschaft gehört.

Warum erwähne ich das? Weil dieses heute einen Stellenwert in der deutsch-französischen Diskussion hat, denn die Franzosen sind ja bekanntlich kein katholischer, sondern ein laizistischer Staat. Im Französischen würde man allenfalls sagen: „un état laïque

de tradition catholique“. Das könnte man ja sagen. Aber es ist kein katholischer Staat – es ist nicht Polen.

Frankreich wird uns (das haben wir ja erlebt) auch damit noch in der Diskussion im Konvent beschäftigen. Da ging es ja dann um – wir haben das dann immer nur „Gottesbezug“ genannt – den „Gottesbezug“ (so nennt man das) in der Präambel. Aber es geht um ganz andere Sachen. Es geht um die Stellung der Kirchen in der Gesellschaft, um die Frage des Religionsunterrichts. Solche Sachen kommen dann. Und wenn die Deutschen dann sagen, wir wollen eure Laizisierung nicht (wo sie immer ein schlechtes Gewissen haben, weil ja Frankreich so schön ist), dann kommen die Franzosen und sagen, wir wollen eure Konfessionalisierung nicht.

Und Sie können sich denken, welche Folgen darin stecken: nämlich das ganze Thema der Integration der Einwanderer. Die Deutschen neigen dazu, heute jeder Religion einen eigenen Platz im Schulunterricht zu geben, also nicht nur Muslimen und Juden, sondern... ich weiß nicht, wie viele Religionen es auf der Erde gibt. Da hat dann im Prinzip jeder das Recht, einen eigenen Religionsunterricht zu machen. Während die Franzosen konsequent dabei bleiben: „Keine Glaubenslehren in der Schule“. Das kann jeder privat machen, aber in der Schule gibt es keine Glaubenslehre.

Und diese Diskussion zwischen einem laizistischen Verständnis im Umgang mit Einwanderern, „immigrés“...! Ich sage bewusst nicht „Ausländer“; Sie sehen in meiner Sprachwahl: ich mag das deutsche Wort „Ausländer“ in diesem Kontext nicht. Denn der Sohn eines türkischen Einwanderers in Göttingen spricht ja besser Göttingisch als ich... der ist ein Göttinger türkischer Herkunft. Deswegen warne ich also vor diesem falschen Begriff „Ausländer“. Für mich ist ein Chinese, der in Göttingen ein Semester studiert, ein Ausländer. Aber nicht der Sohn eines türkischen oder serbischen oder kroatischen Einwanderers, der besser deutsch spricht als ich (jedenfalls Göttinger Deutsch)...

Deswegen besteht an dieser Stelle ein riesiger Diskussionsbedarf, über den wir wahrscheinlich heute gar nicht die Zeit haben zu diskutieren, den wir aber diskutieren sollten: nämlich der Umgang mit den Einwanderern in unserem Land. Das hat was mit „société civile“ zu tun.

Und nun noch schnell die neuen Bundesländer. In den neuen Bundesländern, sagte ich, spürt man heute noch, dass es eine lange Gewöhnung an einen starken Staat gegeben hat. Die DDR war preußischer als Preußen, um es gleich sehr deutlich zu sagen. So etatistisch wie die DDR war Preußen nie (auch wenn sie den Stechschritt von den Preußen übernommen haben), und entsprechend war die Gesellschaft schwach. Und umso schwächer, als es (was ich vorhin sagte) dann auch eine Bürgergesellschaft ohne Bürgertum war, denn es sind ja seit 1949 doch immerhin (nennen wir die Zahl) mehr als drei Millionen Menschen ausgewandert. Wir dürfen nicht immer nur von 1961, vom Bau der Mauer an, zählen. Seit 1949 sind über drei Millionen in den Westen ausgewandert.

Also: die Situation in Deutschland ist differenziert, aber – weil ich von der Kirche gesprochen habe – auch hier müssen Sie auf die Unterschiede zwischen neuen Bundesländern und alten Bundesländern achten. Und ich warne ausdrücklich davor, dass wir uns das Thema ‚LER-Unterricht‘ in Brandenburg in dem Sinne zu einfach machen, dass wir immer nur abfällig darüber reden.

Ich sage das hier mal sehr deutlich: ich bin evangelischer Christ. Ich komme aus einem prononciert evangelisch-christlichen Elternhaus. Nicht umsonst hat mein Vater den Kirchentag gegründet! Aber ich verteidige als evangelischer Christ die Ansätze in den neuen Bundesländern! Und ich sage: wenn wir so weitermachen und (ich sage das mal so massiv) bayrische Verhältnisse auf Brandenburg übertragen wollen, dann wird das dazu führen, dass wir eine Allianz kriegen, an die Sie alle nicht denken: nämlich eine Allianz zwischen Frankreich und Brandenburg. Und dann kriegen wir einen neuen deutsch-französischen Dialog. Und auf den freue ich mich!

Ich komme zum Schluss, denn ich habe schon zu lange gesprochen. Dies alles hat, wie Sie sehen, Folgen für die gegenwärtige Diskussion. Nicht nur für die Diskussion über die Frage, wie wir mit den immigrés, mit den Einwanderern, umgehen, sondern auch für die Diskussion über die Frage, wie wir mit uns selbst umgehen. Denn – möge jeder aufstehen, der das Gegenteil von dem denkt, was ich sage – wer Kinder hat (ich habe vier), der weiß, dass es einen Prozess der Säkularisierung in unserer Gesellschaft gibt, der rapide ist. Und ich möchte nicht, dass wir eines Tages eine schiefe Ebene in der europäischen Diskussion (auf die es mir ankommt) über die sogenannte Religionsfrage bekommen.

Ich karikiere: da haben Sie eine junge deutsche Generation, die erstens von der Bibel gar nichts mehr weiß, die auf dem Umweg über den Islam und die Muslime jetzt auf einmal anfängt, sich für den Koran zu interessieren und die gar nicht mehr weiß, dass bestimmte Dinge, die im Koran stehen, auch in der Bibel stehen. Und die, zweitens (und das ist wichtiger), nicht mehr weiß, dass der Dialog, den wir führen und der bei uns in Deutschland interreligiös (das ist ja die Vokabel) geführt wird, also der Dialog zwischen den großen monotheistischen Religionen (so heißt das dann): Juden, Christen, Muslime, und – Kirchen, stattfinden soll.

Beim Kirchentag war das dann auch noch der Dalai Lama; der hatte die meisten Hörer. Da kam der Kardinal Kasper gar nicht mit; 25 000 waren beim Dalai Lama; Kasper hatte zusammen gerade knapp 1000. Auch interessant, wie die Stimmung bei uns im Lande ist! Und die Botschaft vom Dalai Lama war, das Verbindende, wie er sagte, zwischen Jesus und ihm sei, dass sie beide dafür seien, dass die Menschen glücklich würden. „Happiness“ als Motiv. Ich habe das Evangelium anders gelesen (macht nichts; ist vielleicht meine Dummheit). Bei mir kam im Evangelium das Kreuz vor. Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen in Freiburg ist – bei mir in Pommern kam das vor.

Also, das ist nicht so einfach reduzierbar auf die Frage der „Happiness“. Aber da waren 25 000 Leute. Darüber muss man mal nachdenken! Auf dem Kirchentag! Wir reden alle über Ökumene und ob wir gemeinsam das Abendmahl nehmen könnten – da hat sich kein Laie dran gehalten! Ich war in einer polnischen Gruppe, da waren fürchterlich viele Polen, und ich sah, die nahmen alle das evangelische Abendmahl nach beiderlei Gestalt, mit dem Wein. Und da habe ich einen angesprochen und dachte, nun will ich doch mal rauskriegen, was hier los ist – die Polen konnten alle Deutsch – und ich sagte: „Aus Ihrer Sprache entnehme ich, dass Sie Polen sind.“ – „Ja, wir sind aus Polen, wir kommen hier herüber.“, und ich sagte: „Sie sind, wenn Sie Polen sind, doch wahrscheinlich katholisch.“ – „Ja, ja, wir sind katholisch.“ – „Und Sie nehmen hier alle das evangelische Abendmahl?“ – „Ja“, sagte der eine, „da gibt’s doch wenigstens Wein“. Das ist die Realität!

Ich komme zum Schluss und muss den Bogen von dort noch den Bogen von Polen nach Frankreich spannen. Ich freue mich auf den europäischen Dialog zwischen Polen und Franzosen. Danke.

Hermann Schwengel

Ja, vielen Dank für diese Einführung. Ich glaube, es ist auch deutlich geworden: Sie haben mit einer Begriffsgeschichte begonnen, die nach und nach durchaus in eine Konfliktgeschichte übergeglitten ist, in der sich das Zivile ja auch erst bildet.

Ich würde jetzt gerne in unsere Diskussion einsteigen, indem ich Herrn Kaelble das Wort gebe (er ist Historiker an der Humboldt-Universität in Berlin), und zwar aus folgendem Grund: Wir möchten doch gerne wissen, wie weit sich bei dem Streit um Intergouvernementalität, bei dem Konflikt, wie die Institutionen ausgestaltet sein sollen, eigentlich die Gesellschaft entwickelt hat. Ist sie weiter, als Politik und Institutionen denken? Ist sie aber vielleicht weiter zurück hinter den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen

Verflechtungen? Professor Kaelble ist jemand, der sich schon seit langem damit auseinandergesetzt hat, ob es so etwas wie eine europäische Gesellschaft gibt, wie lange es sie gibt und auf welche Faktoren, auf welche Prozesse wir dabei zurückgreifen können, um das, was Herr von Thadden eben einfürend als „Konfliktgeschichte“ hat anklingen lassen, im Anschluss daran vielleicht wieder aufgreifen zu können. Herr Kaelble.

Hartmut Kaelble

Vielen Dank für diese Einladung nach Freiburg. Ich bin sehr gerne hier, da ich in der Nähe aufgewachsen bin.

Ich würde die Frage von Herrn Schwengel, „Gibt es eine europäische Gesellschaft?“, mit ‚Ja‘ beantworten, aber nicht, wenn gefragt wird, „Hat die Europäische Union eine europäische Gesellschaft geschaffen?“ Wenn man so fragt, wäre ich sehr skeptisch. Sie hat ein bisschen dazu beigetragen, aber meine These wäre, dass die europäische Gesellschaft vor allem ohne Zutun der Europäischen Union entstanden ist. Und sie hat vier Elemente.

Das erste Element besteht in meinen Augen darin, dass die Konvergenzen zwischen den europäischen Gesellschaften, überwiegend den westeuropäischen – aber nicht nur denen – seit dem Zweiten Weltkrieg zugenommen haben. Es gab auch Divergenzen. Aber die Konvergenzen beherrschen doch das Bild.

Zweitens – das ist ein zweites Element dieser Antwort – entwickeln sich Gemeinsamkeiten dieser europäischen Gesellschaft. Diese Gemeinsamkeiten sind nicht dauerhaft, sie sind nicht jahrhundertealt. Sie kommen und gehen. Europa ist auch kein Biotop in der Wüste, das abgeschlossen ist; es wird von außen beeinflusst. Diese Gemeinsamkeiten sind oft eine Antwort auf andere außereuropäische Gesellschaften, aber – jedenfalls als Historiker, Soziologe – man kann solche Gemeinsamkeiten herausstellen: Gemeinsamkeiten der Werte, etwa im Bereich der Einstellung zur Gewalt oder in der Einstellung zu internationalem Recht, aber auch Gemeinsamkeiten im Bereich der Familie oder der Arbeit, des Wohlfahrtsstaates und ähnlicher Themen.

Ein drittes (und neues) Element dieser europäischen Gesellschaft, das seit dem Zweiten Weltkrieg verstärkt auftritt, ist der wechselseitige Lernprozess zwischen den europäischen Gesellschaften – ein Lernprozess, der nicht nur ein Lernprozess von (nationalen oder kommunalen) Politikern ist, sondern auch ein Lernprozess der Gesellschaften voneinander: durch Reisen, durch Studium im Ausland, durch Tourismus, Individualtourismus, durch Geschäftsreisen. Ein dauernd vor sich hinlaufender Lernprozess. Und das Entscheidende, was sich in diesem Lernprozess geändert hat – allmählich, nicht vollkommen, aber doch in der Tendenz – ist, dass die Kernmotivation in diesem Lernprozess nicht mehr darin besteht, dass jede Nation sich von den anderen absetzen will, besser sein will, sich überlegen fühlen will, sondern dass dieser Lernprozess pragmatischer geworden ist und man sich für die Lösung der vielfältigen Probleme eher bei den anderen umschaute, um von deren Lösungen zu lernen.

Ein viertes Element dieser europäischen Gesellschaft ist natürlich die Debatte über das Bewusstsein von dieser Gesellschaft, wie auch der heutige Vormittag gezeigt hat. Diese Debatte ist nicht einfach ein Spiegelbild dessen, was man als Historiker nachträglich herausfinden kann, sondern diese Debatte läuft oft anders. Das, was wir als Historiker an Besonderheiten der Stadt vorfinden, muss nicht unbedingt in die Debatte eingehen. Oder das, was wir als Besonderheiten des Wohlfahrtsstaates vorfinden, muss nicht unbedingt in die Debatte eingehen. Die Debatte kann anders laufen als das, was man als Sozialwissenschaftler oder als Historiker vorfinden kann.

Das wäre – in kurzen Worten – meine Antwort. Und ich denke, dass es, natürlich nicht nur nach dem Zweiten Weltkrieg, eine europäische Gesellschaft gibt. Es gab sie schon vorher, aber es gab sie vorher in anderer Form, mit anderen Inhalten.

Herr Schwengel hat uns auch die Frage gestellt (falls ich zu viel Zeit in Anspruch nehme, protestieren Sie!), wie weit durch die Erweiterung der EU und durch das Hinzukommen neuer Mitglieder, vor allem in Ostmitteleuropa, eine neue Teilung der europäischen Gesellschaft entsteht. Die Frage, die dahinter steht, ist: Ist eigentlich diese europäische Gesellschaft nicht doch nur eine westeuropäische? Und haben wir nicht in Ostmitteleuropa, in Osteuropa, eine ganz andere Gesellschaft? Führt die Erweiterung zu einer neuen Teilung der Gesellschaft?

Ich denke, die Frage, die Herr Schwengel gestellt hat, ist sehr berechtigt. Es gibt vor allem das Problem, dass im östlichen Mitteleuropa andere Vorstellungen von (vor allem äußerer) Sicherheit existieren, die man sich sehr genau anhören muss. Es gibt andere Vorstellungen von Souveränität, denn diese Länder haben gerade erst ihre Souveränität zurückbekommen und versucht, sich neu zu definieren. Nun stehen sie vor dem Problem, dass sie diese Souveränität wieder verlieren.

Es ist auch eine schwierige ökonomische Transformation für diese Länder; sie sind in einer weit anderen ökonomischen Situation als die westeuropäischen Länder. Und schließlich ist in meinen Augen ein wichtiger Punkt, dass sich die Intellektuellen, die Wortführer in der Öffentlichkeit, umstellen müssen. Sie hatten während des kommunistischen Regimes eine enorme Chance, sich gegen dieses Regime zu profilieren, bekannt zu werden – nicht nur in ihrem Land, sondern auch vor der europäischen Öffentlichkeit. Diese Rolle ist entfallen. Mit der Zugehörigkeit zur Europäischen Union müssen sie versuchen, sowohl eine nationale als auch eine internationale Rolle zu finden. Das ist sehr schwer und bedarf einer außerordentlich schwierigen Umstellung. Und mit ihnen steht auch die jeweilige Öffentlichkeit vor diesem Problem.

Trotz dieser massiven Probleme, die man auf keinen Fall unterschätzen kann und sollte, denke ich, zeigt die jüngere Geschichte der europäischen Gesellschaften doch gewisse Lösungsmöglichkeiten.

Ich denke hier vor allem an die Geschichte Portugals, Spaniens und Irlands in den letzten Jahrzehnten. Das waren Länder, die in ihrer Wirtschaft vom europäischen Durchschnitt ähnlich weit weg lagen wie heute Polen, Ungarn oder Tschechien. Und diese Länder haben, erstens, den dramatischen ökonomischen Abstand in den letzten Jahrzehnten aufgeholt. Es gab nicht nur ein deutsches Wirtschaftswunder; es gab später auch ein portugiesisches Wirtschaftswunder, ein finnisches, ein irisches und auch ein spanisches, italienisches Wirtschaftswunder. Ich denke, es spricht nichts dagegen, dass es im gleichen Sinne auch ein polnisches und ungarisches Wirtschaftswunder geben kann.

Zweitens haben es diese Länder geschafft, obwohl sie – wenn man an Irland denkt – ihr eigenes nationales Selbstverständnis in einer Abhängigkeit (oder geglaubten Abhängigkeit) von einer anderen großen Macht umzudefinieren. Einige dieser Länder, vor allem Spanien, haben innerhalb der Europäischen Union eine außerordentlich wichtige Rolle und Funktion gefunden. Und ich kann mir vorstellen, dass Polen, ähnlich wie das Spanien gelungen ist, als eines der größeren Länder in der Europäischen Union ebenfalls seine Rolle finden wird.

Die größte Schwierigkeit sehe ich im Bereich der Intellektuellen. Ich habe mit polnischen Intellektuellen, mit ungarischen Intellektuellen viele Diskussionen geführt, vor allem zu dem Thema „Zivilgesellschaft“, das Herr von Thadden heute morgen angeschnitten hat. Dieser Ausdruck, der ja ein Schlüsselbegriff der Dissidenten vor 1989 gewesen ist („Wir sind die Zivilgesellschaft, die sich gegen die anderen stellt“ – also ein zweiter Gegner; der dort nicht nur die katholische Kirche, sondern auch der Staat gewesen ist), ist verschwunden.

Wenn man heute mit polnischen oder ungarischen Intellektuellen spricht, dann verstehen sie unter Zivilgesellschaft etwas, das von NGOs aus dem Westen exportiert und ihren Gesellschaften aufgedrängt wird. In diesem Begriff zeigt sich die Krise, die Schwierigkeiten der Intellektuellen, ihre neue Rolle zu finden. Der Begriff, mit dem sie sich früher gegen das kommunistische Regime positionierten, ist entwertet worden und zu einem Begriff geworden, der ihnen auch von außen aufgedrückt worden ist. Und sie haben noch keinen neuen Begriff gefunden, in dem sie ihre neue Rolle ausdrücken können.

Hier sehe ich einerseits einen sehr schwierigen Transformationsprozess für die Intellektuellen. Trotzdem bin ich andererseits eigentlich guter Hoffnung. Wenn ich heute polnische Intellektuelle sehe, so denke ich, dass es ihnen gelingen wird, nicht nur in ihrem eigenen Land (in dem sie ja die wesentlichen Träger, die Befürworter dieser neuen Zugehörigkeit zur Europäischen Union sind), sondern auch in der europäischen Öffentlichkeit eine Rolle zu finden. Das zu erreichen, ist meines Erachtens außerordentlich wichtig für die Frage, ob es eine neue Spaltung der europäischen Gesellschaft gibt. Ich glaube, sie existiert ökonomisch, aber ich glaube, man kann sie überwinden, indem man sich die Geschichte der letzten Jahrzehnte ansieht. Danke.

Hermann Schwengel

Vielen Dank, Herr Kaelble. In jedem Falle, glaube ich, gilt das, was Sie gesagt haben: dass uns die mittel- und osteuropäischen Gesellschaften dazu zwingen, die härteren Fragen zu stellen. Ich glaube, wir haben alle die Erfahrung gemacht, dass es bei manchen Diskussionen über Europa Zeiten gegeben hat, in denen sie zu gemütlich wurden und auch nicht klar gefragt wurde, mit welchen Konflikten und sehr unterschiedlichen Geschichten wir es eigentlich zu tun haben.

Ich will versuchen, dass vielleicht Herr Duval an dieser Stelle mit einer ähnlichen Frage einsetzt. Er kommt von der Zeitschrift „Alternatives économiques“. Gibt es so etwas wie eine europäische ökonomische Gesellschaft, eine europäische Gesellschaft, die sich vielleicht tatsächlich neben (oder teilweise sogar entfernt von) den politischen Institutionen entwickelt? Gibt es auf Ihrem Feld und unter Ihren Interessen, die Sie verfolgen, eine europäische Gesellschaft?

Guillaume Duval

Oui, merci. Moi aussi, je suis toujours très heureux de venir à Freiburg, bien que je ne sois pas du tout né dans la région. Essentiellement parce que c'est très exotique (et que ça reste très exotique pour nous).

Je dois dire que je donne tout à fait raison à ce qu'a dit M. von Thadden tout à l'heure. C'est-à-dire c'est vrai que je me sens beaucoup plus proche de ce que je vis en France quand je viens à Iéna-Lobeda, dans ces grandes zones de HLM avec des crèches, et ce que vous avez sur la question de la laïcité etc. Il est vrai que, de ce point de vue-là, les sociétés allemande et française restent assez différentes.

Mais donc est-ce qu'il est en train d'émerger une société européenne ? A vrai dire, ce n'en est pas vraiment le sentiment. M. Kaelble a dit tout à l'heure qu'il ne croyait pas que l'Union européenne y avait apporté grand chose pour l'instant. J'ai l'impression que l'on a lancé la construction européenne pour d'excellentes raisons, sur la base de la construction du Marché Commun, après l'échec donc de la Communauté européenne de Défense, parce que ça paraissait à tous les Etats-membres le moyen le plus facile de faire quelque chose ensemble.

Et c'est vrai que cela l'a été, que cela l'a été pendant très longtemps. Ça a permis d'avancer, bon, avec tout un tas de crises pendant tout un tas d'années. Mais je crois qu'on est vraiment arrivés au bout de cette construction de l'Europe par le Marché. Ça fait même un certain temps, une vingtaine d'années maintenant que cette dynamique n'enclenche plus d'effets positifs. Et ces effets positifs, je crois qu'on les voit... enfin, l'absence d'effets positifs on l'a mesuré essentiellement à la question du chômage et de la croissance.

Je sais que c'est peut-être difficile ici, à Freiburg (je ne sais pas), de dire qu'il faudrait davantage de croissance en Europe. En tout cas, moi je suis très convaincu qu'il y a d'importants problèmes environnementaux et que ces problèmes sont parmi les plus graves de ceux que nous avons à résoudre pour le futur, mais qu'il n'y aura pas de moyen (y compris de résoudre ces problèmes environnementaux) sans davantage de croissance. Parce que ce qu'il y a à faire, y compris dans ce domaine, implique des investissements considérables, un changement considérable du système économique, qui ne peut pas se faire dans un contexte de décroissance ou de stagnation économique tel qu'il est aujourd'hui. Je crois que les difficultés que l'Allemagne rencontre avec les écotaxes illustrent bien aujourd'hui : on en aurait besoin de plus, mais c'est très difficile à mettre en place dans un contexte d'aussi faible croissance.

Donc on ne pourra pas avancer sur la voie d'une société européenne si on n'a pas davantage de croissance qu'aujourd'hui. Et je crois que la logique de la construction par le Marché ne peut pas amener cette croissance. L'échec du Marché Unique de 1993 et de l'Acte Unique de 1996 qui l'avaient préparée l'a montré.

La logique du Marché, ce n'est pas de sa faute. Mais dans ce contexte-là, chaque acteur, chaque Etat-membre de l'Union a intérêt à mener une politique restrictive sur son propre territoire, à faire que ses coûts diminuent etc., pour gagner des parts de marché chez ses voisins.

Chacun d'entre nous, dans un contexte comme cela, essaie d'exporter son chômage. Ça peut marcher, quand il y a un seul Etat qui fait ça ou quand un petit Etat comme les Pays-Bas le font vis-à-vis de gros Etats comme la France ou l'Allemagne. Mais quand tous les Etats le font ensemble, et en particulier les gros Etats comme la France et l'Allemagne, mènent des politiques économiques restrictives pour gagner des parts de marché à l'exportation chez les autres membres de l'Union. Ça aboutit au fait que, dans l'ensemble de l'Union, on va plus mal. Et c'est ce qui s'est passé depuis vingt ans, c'est ce qui s'est passé en particulier depuis 1993.

Donc la question qui se pose de ce point de vue-là, c'est : Est-ce qu'on est capable de changer d'approche vis-à-vis de la construction de l'Union sur le terrain économique? C'est-à-dire : est-ce qu'on est capable de construire ensemble du non-marchand ? De l'économie non-marchande à l'échelle européenne ?

Le problème c'est que si les pères fondateurs ont choisi de construire le Marché, c'est parce que c'est le plus facile. Construire du non-marchand à l'échelle européenne, c'est beaucoup plus compliqué, parce que ça veut dire que nous aurions entre nous un sentiment de solidarité suffisante pour mettre ensemble des moyens plus importants qu'aujourd'hui.

Parmi vous, il y a beaucoup de spécialistes de l'Union Européenne, mais quand je pose la question dans un débat en France, personne ne sait quel est le budget de l'Union Européenne. Mais au bout de plus de 45 ans de travail commun, on a réussi à mettre en commun 1,2 pour cent du PIB de la production de l'Union Européenne. C'est absolument ridicule. C'est dix fois moins que ce que les Etats-Unis mettent en commun au niveau fédéral, c'est trente ou quarante fois moins de ce que chacun de nos Etats met en commun au sein de son Etat sur le plan de l'économie non-marchande.

Et ce qui m'effraie, ce qui m'effare, c'est qu'on n'a même pas réussi à faire de la question de l'élargissement un moyen d'élargir cette part consacrée à la solidarité entre nous au sein de l'Union Européenne. Et nos deux Etats, la France et l'Allemagne, ont été parmi les

plus attentifs à faire qu'on ne soit pas généreux du tout vis-à-vis les pays de l'Est qui vont nous rejoindre l'année prochaine. Et c'est d'ailleurs, je crois, une des raisons principales pour lesquelles ils nous ont rendu la monnaie de notre pièce sur la question irakienne. S'ils se sont opposés à la France et à l'Allemagne sur cette question, c'est notamment parce que nos pays ont réussi à obtenir qu'on ne soit pas généreux, qu'on ne transfère quasiment aucun financement supplémentaire pour les aider à rentrer dans la Communauté dans de bonnes conditions.

Donc pour l'instant il reste, semble-t-il, très difficile de construire une société européenne, puisqu'il reste, semble-t-il, très difficile n'avoir de mettre de l'argent dans un pot commun. Pour moi, ça reste un des critères essentiels.

Bon. J'ai évoqué tout à l'heure les problèmes environnementaux. J'ai bon espoir quand même que la montée en puissance des problèmes environnementaux puisse éventuellement être un des leviers qui permettent de développer un des mécanismes de solidarité de transferts financiers beaucoup plus importants au niveau de la Communauté. Je pense qu'on va voir comment on traite la question de l'effet ser au niveau de l'Union Européenne. Mais c'est manifestement un problème qui est transnational dans sa structure, et qui va peut-être permettre de développer ce type de choses.

L'autre chose qui permettrait de construire une société du non-marchand au niveau de l'Europe pourrait être (et je pense que vous en parlerez tout à l'heure) de mettre en commun une autre dimension qui est essentielle pour nous aussi : ce sont nos systèmes de protection sociale. Ce sont les systèmes de protection d'Assurance Maladie, d'Assurance Chômage.

Bon. On y reviendra. Il y a des choses qui sont engagées dans ce domaine. Ce qui m'effraie là (et là je dois dire que c'est en particulier le débat allemand actuel qui m'effraie), c'est que la manière dont ça se fait me paraît très marquée par l'idée que le niveau de protection sociale que nous aurions atteint aujourd'hui serait la cause de nos problèmes, par l'idée que c'est en démantelant ces systèmes de protection sociale, que nous pourrions avancer vers l'avenir. Ce que je peux vous dire, c'est que si c'est le chemin que prend l'Union dans son ensemble, on n'est pas prêts à construire une société européenne ensemble. On est prêts à construire quelque chose qui devrait ressembler d'ici pas très longtemps à un champ de bataille.

Et la dernière question que je voulais évoquer sur ce plan (parce que, là aussi, je crois qu'elle est essentielle, non pas simplement d'un point de vue français, même si ce sont souvent les Français qui l'imposent, et de manière très maladroite aussi souvent), c'est la question des services publics.

La construction européenne s'est faite autour du marché. Cela aboutit au niveau de l'Union Européenne à considérer pour l'instant l'existence des services publics au niveau national comme une exception plus ou moins tolérée à la loi du marché de la concurrence au niveau de l'ensemble de l'Union. Si on devait persister dans cette voie, là aussi, on irait vers des choses très difficiles. Alors le problème c'est que construire des services publics ou la notion de service public à l'échelle de l'Union Européenne, c'est très compliqué parce que nos histoires de ce point de vue sont assez différentes.

Mais il est vrai qu'il n'y a pas qu'EDF ou le modèle EDF qui est menacé par la construction européenne. J'ai cru comprendre que les Stadtwerke allemandes avaient aussi des tas de problèmes avec la construction européenne telle qu'elle se déroulait actuellement sur ce plan. J'ai cru comprendre aussi que les Landesbanken allemandes avaient aussi des gros problèmes sur ce plan.

Donc là aussi, construire une société européenne, ça veut dire, pour moi, être capable de définir des services publics à l'échelle européenne.

Simplement pour terminer, ce que je veux dire c'est que je ne crois pas du tout qu'une société européenne émergera spontanément de la construction de l'Union Européenne par le marché telle qu'elle a été lancée jusqu'à maintenant. Je crois qu'une société européenne ne

pourra venir que d'une action politique volontaire, pour construire du non-marchand à l'échelle européenne maintenant. Et vous l'avez peut-être compris hier soir (pour ceux qui étaient là). Je regrette beaucoup que le projet de constitution tel qu'il est présenté aujourd'hui ne propose aucune avancée significative sur ce plan.

Hermann Schwengel

Vielen Dank. Ich glaube, es bewahrheitet sich an dieser Stelle, dass die Frage nach der europäischen Gesellschaft in der Tat dazu zwingt, die härteren Fragen zu stellen. Wenn ich eine Verbindung zwischen dem herstelle, was Herr Kaelble anfangs gesagt und Herr Duval jetzt fortgesetzt hat, dann könnte man doch auch altmarxistisch sagen: Es mag Konvergenzen im Bereich des Überbaus geben; Konvergenzen, die mit Einstellungen, mit Bewusstsein, mit dem Verzicht auf Überlegenheitsattitüden zu tun haben und die auch tief in den Gesellschaften verankert sind. Dass sie aber nicht in dem gleichen Rhythmus verlaufen wie die ökonomischen Beziehungen. Ich würde Ihnen auch zustimmen, dass es etwas wie eine europäische Gesellschaft nicht geben kann, wenn es auf der Ebene der ökonomischen Beziehungen nicht auch eine stärkere Konvergenz der Ideen gibt. Welche Art von Wirtschaftskultur wir in Europa eigentlich brauchen, wie die Anpassungsprozesse an die Weltwirtschaft, die zweifellos vonnöten sind, auf eine Art und Weise gestaltet werden können, dass die spezifischen Vorteile und die spezifischen Dynamiken europäischer Ökonomien auch zum Tragen kommen – ich glaube, wir müssen jetzt in der nächsten halben Stunde beide Spuren in der Diskussion verfolgen.

Ich würde jetzt gerne Herrn Picht das Wort geben, aber nachher auch Frau Favarel fragen, inwieweit sie die europäischen Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft sieht, oder ob sie eher eben Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen sind, die vergleichsweise von der Dynamik abgekoppelt sind, die die kulturellen und politischen Institutionen aufweisen.

Ich würde aber zunächst gerne Herrn Picht das Wort geben, der – wie ich auch – aus diesem Überbau kommt und am Collège d'Europe in Bruges lehrt, und ihn einladen, vielleicht an dieser Stelle zum Thema „Auf dem Wege zu einer europäischen Gesellschaft“ einzuhaken. Und vielleicht einigen wir uns für unsere Diskussion zwischenzeitlich darauf, dass europäische Gesellschaft verlangt, dass da auf der einen Seite die wirtschaftlichen und sozialen, auf der anderen Seite die kulturellen Beziehungen und die Bewusstseinsverhältnisse etwas sind, was sich aufeinander zubewegen muss, damit so etwas wie Gesellschaft entsteht.

Herr Picht hat das Wort.

Robert Picht

Ja, Herr Schwengel, wir beide werkeln in Brügge am europäischen Überbau, aber zugleich und ganz intensiv bauen wir auch europäische Realität. Und was jetzt hier mit den „harten Fragen“ beginnt, ist eine gute Tradition der Freiburger Kulturgespräche. Was Herr Duval gesagt hat, erinnert mich sehr an die Debatte, die wir hier zwischen Pierre Bourdieu und Michel Rocard veranstaltet haben. Eine französische Debatte, die Bewegungen ausgelöst hat, die dann ATTAC usw. geworden sind. Es ist klar, dass, wie Herr von Thadden sagt, wenn wir über Europa reden, wir über uns selbst und über unsere wirklichen Probleme reden.

Aber, Herr Duval: Wie, bitte, wollen Sie Wachstum ohne Markt erzeugen? Wie soll ein marktloses Europa aussehen? Die Erfahrung ist doch eigentlich die umgekehrte: dass gerade die Öffnung des Gemeinsamen Marktes, gerade der „Acte unique“, gerade das, was sich seit 1993 vollzieht, die Stärkung Europas und nicht die Schwächung Europas bedeutet.

Dass das mit immensen Problemen verbunden ist, ist klar. Aber diese immensen Probleme werden wir nicht durch eine Art von Eurosozialismus (also die Wiederherstellung der Allianz zwischen Plattenbauten Ost und HLMs/Sozialwohnungen West) lösen. Ich glaube, so darf und kann es nicht sein. Und dass dieses System nichts löst, haben wir ja gesehen.

Aber: die Fragen, die Sie stellen, sind wirklich die zentralen Fragen. Und wie zentral sie sind, sieht man, wenn man sich so, wie wir das tun (weil wir nicht nur in Brügge, sondern auch in Warschau lehren), damit beschäftigt.

Es sind zugleich die Fragen der Erweiterung. Unsere europäische Realität ist nicht das gemütliche Westeuropa, sondern ist sehr real ganz Europa. Vor den Referenden hat Eurobarometer in allen osteuropäischen, mittelosteuropäischen Ländern große Befragungen darüber durchgeführt, was eigentlich die Erwartungen der Bevölkerung (also nicht nur die der Intellektuellen und der Eliten) von diesem Prozess sind. Ist der Beitritt in die Europäische Union so etwas wie es die deutsche Vereinigung war oder ist es ein Prozess, wirklich ein neues Europa zu bauen? Und wenn Sie die Leute in Polen und in Ungarn fragen: das ist keine Beitrittsmentalität, sondern das ist – entgegen dem, was Herr Rumsfeld meint – tatsächlich neues Europa.

Also: welche Erwartungen haben die einfachen Leute gegenüber Europa? Ich muss das jetzt extrem schematisieren, aber die Richtung ist dadurch klar. Es gibt 20 Prozent, die sich von der Union rasche Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erhoffen. Es gibt 40 Prozent, die aus der Erfahrung mit allen möglichen Umbrüchen (Postkommunismus, Transformation usw.) sehr genau wissen, dass der Eintritt in die Union zunächst einmal einen Strukturwandel auslöst (siehe zum Beispiel die polnische Landwirtschaft), damit größere Probleme schafft, damit mehr Arbeitslosigkeit schafft, damit noch schwierigere reale soziale Situationen schafft als in diesen Ländern ohnehin schon vorhanden. Dann gibt es in Polen 20 Prozent Fundamentalisten, Nationalisten, ultrakatholische Gruppen, die einfach dagegen sind, die „eine Art Albanisierung“ ihrer Länder im Sinne haben. Und dann gibt es 20 Prozent (aber nur 20!), die sagen: „Keine Ahnung. Das geht uns nichts an. Damit haben wir nichts zu tun“.

Was bedeutet das? Und wenn man jetzt weiterfragt: Diese realistische, eigentlich sehr reife Haltung dem gegenüber wird so artikuliert: „Wir haben keine Alternative. Wir müssen es tun, und wir tun es gerne. Denn wir tun es für unsere Kinder. Wir haben eine langfristige Perspektive der Entwicklung, des Aufbaus usw., und wir agieren auch ganz real“, wenn Sie mal mit den Leuten in die Familien reinschauen, „langfristig.“

Vergleichen Sie diese Mentalität mit dem, was Sie bei westlichen Eurobarometer-Umfragen erfahren, dann sehen Sie, dass da ein anderer Horizont (und ich muss sagen: eine größere Reife) ist.

Aber – und da bin ich ganz auf der Seite von Herrn Duval – auf diese Reife kann man sich nicht verlassen. Man kann nicht sagen: „Lasst es den Leuten schlecht gehen, und irgendwann wird es wieder besser gehen.“ Sondern es stellt sich in ganz dramatischer Form im Osten, aber auch im Westen wirklich die Kernfrage dessen, was Europa ist. Wenn Jacques Delors hier säße, dann würde er sagen: „Europa, das ist das modèle social européen.“

Was Europa vom Rest der Welt unterscheidet, ist, dass wir weder Kalkutta noch Brooklyn wollen, sondern dass wir Europa bauen auf – ja, auf was? Auf den Wohlfahrtsstaat? Auf sozialer Solidarität? Und wie soll das gehen? Und diese Fragen sind brennend. Wir hier – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich, in Österreich und auch in anderen Ländern – erleben jetzt das Ende des Gleichsetzens von Solidarität mit einem immer weiter öffentlich und paraöffentlich finanzierten Sozialstaat, Wohlfahrtsstaat usw. Das kann so nicht weitergehen!

Wir haben ziemlich kleinkarierte politische Konflikte darüber, die sich noch an der Randzone dieser Problematik bewegen. Aber ich finde es beeindruckend, um wie viel schneller die öffentliche Meinung in Deutschland im Vergleich zu Frankreich genau sieht, dass das nur der Anfang ist und dass man diese Fragen fundamental neu stellen muss.

Wenn Sie das jetzt für den Osten betrachten, in postkommunistischen, immer weniger funktionierenden Sozial- und Gesundheitssystemen: da ist diese Frage natürlich noch viel dramatischer. Das heißt: Wie soll man es machen, dass man angesichts des Strukturwandels, angesichts des von der Bevölkerung verstandenen Strukturwandels ein Minimum von – ja, von was? – von sozialer Solidarität, von sozialer Sicherheit aufbaut? Aber welche Sicherheit?

Wenn wir jetzt keine Antworten darauf finden, wenn wir nicht europäisch darüber nachdenken, wie wir das europäische Sozialmodell – das heißt auf deutsch „Soziale Marktwirtschaft“, das heißt aber auch „Subsidiarität“ (und da ist jetzt nicht die von Brüssel, sondern die der katholischen Soziallehre gemeint); das heißt die ganzen europäischen sozialen Traditionen vor Bismarck (das Soziale hat es in gewisser Weise schon gegeben) – umstrukturieren, dann wird es brenzlich.

Diese Fragen stellen sich neu. Über diese Fragen müssen wir theoretisch nachdenken und uns sehr praktisch fragen: „Wie kommen wir damit klar?“. Und da ist es, wenn Sie das wiederum vom Osten her anschauen (ich komme gerade aus Ungarn zurück), schlechterdings beschämend, welche großen Erwartungen gerade auch in diesem Bereich an Kerneuropa und an Deutschland, Frankreich gestellt werden. Es gibt die Erwartung Variante Duval: der reiche Westen soll zahlen, und dann machen wir halt eine neosozialistische Wohlfahrtskaserne auf. Da wissen aber die Leute im Osten ganz genau, dass das nicht funktioniert.

Und die Antwort auf die Frage ist: „Welche Antworten findet ihr, welche Antworten können wir entwickeln, damit wir bei der Lösung dieser Fragen vernünftig weiter agieren können?“ Da ist der Konvent natürlich im Moment aus Gründen, die wir gestern diskutiert haben, eine sehr leere Hülse. Da kommen zwar auch die soziale Marktwirtschaft und so was drin vor, aber eigentlich hat man sich um diese Fragen gedrückt. Aber diese Fragen haben immense Dringlichkeit.

Letzter Punkt: Wo und wie gibt es europäische Gesellschaft? Ganz konkret – Sie sagen: „Redet über eure Berufserfahrung.“ Meine, unsere (vieler hier im Saal) Berufserfahrung ist, dass man die europäische Gesellschaft durch Bildung und Erziehung baut.

Jetzt können Sie sagen: „Das ist so eine Superelite der Eurokraten, die dann halt Nachwuchseurokraten sind!“ Wenn Sie aber sehen, was das ERASMUS-Programm bewirkt: wir haben heute in allen Kreisen mehr und mehr keineswegs nur Studenten; Leute, die völlig selbstverständlich wirklich in verschiedenen Systemen ausgebildet sind. Wir haben das gleiche (und das finde ich sehr beeindruckend), wenn man sich mit Fragen der sozialen Ausgrenzung beschäftigt: Was tut man mit Jugendlichen aus französischen banlieues oder aus Köln oder irgendwoher?

Eine der besten und erwiesenermaßen für soziale Integration wirksamsten Maßnahmen ist es, solche Jugendlichen (ob sie so richtig lesen und schreiben können, weiß man nicht so genau... also, Göttingisch können sie, aber...) ins Ausland zu bringen. Wenn man die irgendwelche Häuser in der Bretagne oder sonstwo zusammenbauen lässt, hat das unglaubliche Wirkungen. Und der zentrale Punkt dieser Wirkung ist Anerkennung. Die, die bei uns als die letzten Idioten behandelt werden, sind in solchen Gruppen jemand und leisten etwas; ihre Ehre ist wieder hergestellt. Und die Stärkung von Ehre ist – aber das ist ein anderes Thema – der Kern jeder sozialen Integration. Ich glaube, dass wir in diesem Bereich sehr konkret sehr viel tun und noch sehr viel tun müssen, wiederum – Herr Duval hat recht – Europa, die Europäische Union viel zu wenig tut und (aus nationalem Machtprotektionismus) viel zu wenig tun darf. Aber so können wir Europa bauen. Die Jugend wartet darauf, und wir sollten es tun.

Hermann Schwengel

Vielen Dank. Der Übergang zu Frau Favarel-Dapas ist einfach, weil sie vom Ministère des Affaires sociales, du Travail et de la Solidarité kommt. Es ist in mancher Hinsicht schon ein Programm, das in diesem Titel drinsteckt. Ich glaube, ich bin jetzt das dritte Mal bei deutsch-französischen Kulturgesprächen dabei, doch es ist für mich erstaunlich, wie stark ungarische, polnische, osteuropäische Motive hier als Verstärker bestimmter Fragen wirksam sind. Das war früher nicht so der Fall. Verstärker in der Frage, inwieweit ein soziales Europa auch ein ökonomisch vitales Europa ist, das in der Lage ist, sich auf Märkten durchzusetzen und zugleich seine eigenen sozialen und kulturellen Wege zu gönnen. Die Frage nach der Vitalität des Sozialen ist etwas, das sehr stark mit osteuropäischem Unterton in unsere Debatte hineinkommt und auch gewisse Gemütlichkeiten wegschüpft.

Ich würde jetzt einfach weitergeben. Ist Europa sozial, auf dem Felde der Arbeit, auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft? Oder welche Hindernisse, Probleme sehen Sie auf diesem Wege? Frau Favarel.

Brigitte Favarel-Dapas

Merci, M. le président. Et merci de m'avoir invité à ces rencontres extrêmement riches et extrêmement intéressantes.

Alors, effectivement, derrière ces questions qui tournent autour de « Existe-t-il un modèle social européen ? Est-on en train de voir se former autour des questions sociales une société européenne ? », je vais essayer d'y répondre à partir de là où je suis, de ce que je fais, à savoir le suivi au sein d'une administration du Ministère des Affaires sociales en France, des Affaires européennes.

Ces questions sont, effectivement, assez centrales, parce que les systèmes sociaux sont porteurs de valeurs fondamentales auxquelles, je pense, les citoyens européens sont extrêmement attachés. Les enquêtes Eurobaromètre ont été citées par le précédent orateur ; on voit bien quand on interroge les Européens via les sondages que le progrès social, la justice sociale, la solidarité, la protection sociale sont des éléments auxquels ils tiennent et auxquels ils sont énormément attachés. Et donc, derrière toutes ces questions sociales, en fait la question fondamentale qu'il y a aussi, c'est dans quel type de société nous Européens nous souhaitons vivre.

Je voudrais faire trois types de remarque dans cette intervention. La première c'est celle qui a trait à la diversité des systèmes sociaux entre les Etats-membres, l'existence ou non d'un modèle. Et avec cette diversité et ces valeurs partagées qu'est ce qui s'est construit ? Qu'est-ce qu'on veut construire ?

Il faut partir effectivement, je crois, du départ. M. Duval l'a dit : les pères fondateurs ont négligé totalement une politique sociale lorsque le Traité de Rome a été fait. Par facilité, a dit M. Duval – moi je crois que c'était au nom de deux impératifs. Le premier c'était qu'ils avaient une conviction profonde, à savoir que le social se retirait par le progrès économique et par le développement économique et par l'Intégration. C'est-à-dire faisons un grand Marché Unique, faisons un Marché Commun, et le progrès social suivra. Il ne faut pas oublier qu'à l'époque quand même on était dans une époque où la croissance était à des sommets qu'on n'a plus jamais retrouvés, et je ne crois pas qu'on les retrouvera de si tôt. Et donc il y avait cette conviction profonde.

Le deuxième élément qui empêche finalement qu'il y ait une politique sociale plus forte de ce qui a été inscrit dans le Traité de Rome, c'est que la diversité entre les six Etats-membres est très grande, et que, de surcroît et au fil des élargissements, eh bien, la diversité est allée en s'accroissant. Donc voilà. Ce sont les deux éléments qui font que l'Europe sociale n'existe pas.

Mais alors ce qui est remarquable c'est de voir que malgré cette diversité, il y a une Europe sociale qui va naître quand même. Et elle va naître parce que, finalement (je reviens

deux secondes sur la diversité), on a eu énormément de travaux pour essayer de définir qu'est-ce qui différenciait les systèmes. Et on a l'habitude maintenant de faire de grandes catégories de modèles sociaux : avec un modèle anglo-saxon de caractère plutôt libéral, avec une protection faible des salariés, des prestations sociales certes universelles, mais disons de faible ampleur afin qu'effectivement les gens (les travailleurs ou les personnes) soient incitées à la fois à trouver une activité et aussi à se prévenir par des systèmes d'assurance privée ; avec un modèle scandinave avec, au contraire, un système de protection sociale universelle financé par l'impôt, très généreux, avec un souci de cohésion sociale très fort ; avec un modèle continental qui est celui de l'Allemagne, qui est celui des Pays-Bas, de la Belgique, de l'Autriche, où on trouve en fait un système bismarckien fondé sur l'assurance et puis géré par les partenaires sociaux, puisque les contributions sont effectivement versées par les employeurs et les salariés ; et puis avec un modèle du sud qui concerne l'Italie, le Portugal, l'Espagne, la Grèce, où les prestations sociales sont de plus faible ampleur parce que, aussi, les solidarités familiales sont plus fortes et qu'elles pallient un certain nombre d'éléments.

Alors, malgré cette diversité on a l'habitude de dire que voilà, au-delà de ça, il y a un certain nombre d'éléments en commun qui fondent une spécificité européenne, qui ont été dits par M. Picht, et qui sont, effectivement, le fait que tous les Etats-membres de l'Union ont mis en place des réglementations protectrices des salariés, et cela dans des luttes sociales qui se sont à peu près déroulées au même moment, à la fin du XIXème siècle ; une conquête des droits sociaux, de protection des salariés à la fois individuelle et collective, d'une couverture sociale donc pour prévenir contre les risques auxquels ils sont confrontés, et enfin des systèmes de relations professionnelles englobant à la fois de la négociation collective et de la représentation des salariés. Voilà donc.

Au-delà de la diversité, il y a ces fameuses « valeurs communes » que Jacques Delors a beaucoup portées, et qui font souvent dire qu'effectivement aux yeux de New York ou même de Tokyo, ce qui nous rassemble en Europe est plus fort que ce qui nous divise.

Et donc sur la base de ce constat et du souci aussi d'avoir un système fondé sur une logique de marché, c'est évident. Mais avec un souci parallèle de justice social s'est développé tout un acquis social européen dans le domaine législatif. Ce n'est pas du tout négligeable.

On considère souvent que l'Europe sociale n'existe pas. Moi, enfin, je pense que c'est faux. Il y a près de 200 textes réglementaires dans le domaine du droit du travail, à la fois individuels, collectifs, dans la représentation des salariés, dans le domaine de l'égalité des chances entre les hommes et les femmes, c'est un domaine où l'Europe attirait beaucoup d'Etat-membres.

Effectivement, ce sont des règles minimales. Mais elles ont eu, pour certains Etat-membres, une importance très grande. Je ne pense pas seulement à des pays comme le Portugal ou la Grèce ou comme l'Espagne qui ont dû effectivement ajuster, lorsqu'ils ont adhéré, leur législation sociale. Je pense par exemple à un pays comme le Royaume-Uni qui, pour intégrer dans son droit certaines directives, a dû vraiment à la fois se battre beaucoup sur un front intérieur, parce qu'il y a quand même une opposition assez grande, mais aussi réajuster de façon assez forte son propre système social. Donc ce n'est pas négligeable comme résultat.

Et l'autre résultat de cette Europe sociale qui a été beaucoup portée par Jacques Delors (et j'y reviendrai à la fin, puisque c'est un élément important), c'est l'Europe du dialogue social. C'est le fait qu'il a compris, quand il est arrivé dans les années 80 à la tête de la Commission européenne, que ce qui était en train de se passer, ce qui commençait à se dessiner ; à savoir ce mouvement de restructuration, cette mondialisation des économies, ces changements technologiques, ces bouleversements auxquels on allait devoir faire face tous.

Eh bien, ça a impliqué que les acteurs sociaux soient partie prenante des changements qu'il fallait devoir conduire. Et donc depuis très longtemps existaient à Bruxelles des organisations représentatives, des employeurs et des syndicats. Et c'est pour ça que moi je

trouve que, enfin, de mon point de vue – responsable du domaine social – l’Acte Unique n’est pas du tout un échec. L’Acte Unique est entré dans le Traité de dispositions qui taille un rôle important aux partenaires sociaux, et qui, d’ailleurs, trois ans après (et tout à fait remarquable) vont enclencher d’abord un dialogue assez conséquent entre employeurs et syndicats au niveau européen, et vont donner lieu, en 1992, au moment du Traité de Maastricht, à un accord extrêmement important des partenaires sociaux qui va être intégré dans le Traité. Et qui dit quoi ? C’est quand même une avancée sociale assez fondamentale.

C’était ma première remarque. Ma deuxième c’est sur ce qui se passe depuis cinq ans au niveau de l’Europe sociale. C’est-à-dire que dans cette première phase dont j’ai parlé avec cet acquis législatif, il y a quand même un problème. C’est que les domaines, qui sont les domaines essentiels de la politique sociale nationale, sont complètement en dehors du champ de la compétence communautaire : l’emploi, la protection sociale, la lutte contre l’exclusion.

Et à un moment donné, ça devient un paradoxe absolument insoutenable, c’est-à-dire que dans les Etat-membres ces questions-là sont fondamentales : les gouvernants sont quand même souvent défaits parce que les Etat-membres sont confrontés à des taux de chômage complètement vertigineux après la crise de début des années 90.

Et à Bruxelles, on ne parle pas de ces questions. On ne parle pas d’emploi, on ne parle pas de protection sociale. Tout simplement parce que ce sont des éléments tellement forts des identités nationales ; ce sont des domaines qui sont vraiment considérés comme de la compétence nationale. Et donc à Bruxelles on n’y touche pas. On discute parfois aimablement de résolutions, les ministres adoptent des résolutions sur l’emploi, sur le chômage des jeunes, mais rien de très sérieux. Et la rupture (moi je la considère comme fondamentale) c’est (je n’ai pas raconté toute l’histoire) en tout cas à partir du moment où Delors, toujours lui quand même, a fait adopter par la Communauté Européenne un Livre Blanc sur la croissance, l’emploi et la compétitivité.

Eh bien, on voit se dessiner effectivement tout un mouvement qui met ces questions (les questions d’abord de l’emploi, mais ensuite de la protection sociale ET de la lutte contre l’exclusion) dans le champ européen. Et je trouve que la formule, d’ailleurs, qui est dans le Traité d’Amsterdam, pour parler de l’emploi, est une formule qui est assez juste. Elle dit : « Cette question est une question d’intérêt commun. » C’est-à-dire qu’en fait elle reste dans la compétence des Etat-membres, mais il y a un intérêt à ce que tous, ensemble à quinze, nous en discutons.

Et nous en discutons pourquoi ? Parce que, précisément, notre modèle, notre fameux modèle social, eh bien, il ne fonctionne plus très bien. Et c’est là que je diverge avec M. Duval : moi je pense que personne à Bruxelles ne parle de démantèlement de la protection sociale. On constate simplement que nos modèles – il y en a qui réagissent mieux que d’autres, c’est vrai. Certains Etat-membres s’en sortent mieux que d’autres. Mais en gros on a laissé se développer un chômage de masse. Nos systèmes de protection sociale sont quand même confrontés pour cause de vieillissement démographique à des problèmes de financement et de viabilité assez importants. De surcroît ils arrivent mal à répondre à un certain nombre de nouveaux problèmes. Et enfin on est des sociétés extrêmement économiques, extrêmement riches, mais on voit se développer des nouveaux phénomènes d’exclusion, de pauvreté. Et donc voilà il y a une nécessité de reconsidérer tout ça, et de voir ensemble quelle réponse on peut apporter.

Et alors, ce qui est très intéressant c’est que la méthode qui est choisie pour en parler à Bruxelles, c’est ce qu’on appelle maintenant une « méthode ouverte de coordination », et c’est en effet la méthode du benchmarking. C’est-à-dire qu’on n’est plus du tout dans la tentative d’harmoniser par la législation ; on est dans le benchmarking. Ça veut dire quoi ? Ça veut dire qu’on se fixe ensemble, à quinze, des objectifs communs. Et puis chacun, avec les propres caractéristiques de son système, s’engage à les mettre en œuvre au niveau national. On en rend compte, on en rend compte à travers des rapports, des plans d’action qu’on remet à

Bruxelles, on en discute ensemble, et on compare les performances. On compare les performances et on compare les pratiques.

Hier il y avait une personne dans la salle qui est d'origine française et qui a vécu en Allemagne, qui a dit, Pourquoi en Europe, finalement, on ne regarde pas qu'est-ce qui se fait le mieux dans un Etat-membre, pour le transférer dans un autre ? Eh bien, c'est exactement ce qu'on fait en ce moment sur les sujets de l'emploi, de la protection sociale et l'exclusion sociale. On regarde chacun ce qu'on fait dans sa propre maison, et on regarde qu'est-ce qui marche le mieux. On essaie d'avancer.

Alors on peut effectivement considérer que ce n'est pas très contraignant, comparer aux critères de convergence qui ont été adoptés effectivement dans le champ économique. C'est une méthode douce, soft, non-contraignante. Moi je peux dire que je la trouve extrêmement efficace, que, effectivement, depuis cinq ans on a eu quand même sur le front de la lutte contre le chômage des résultats assez remarquables : dans beaucoup de pays européens c'est reparti à la hausse. En tout cas, on en tire tous un constat, c'est que l'on a besoin de croissance économique pour avancer dans le domaine social.

Et rien que ça. Le message que les Ministres des sociaux délivrent en ce moment assez régulièrement à Bruxelles à leurs homologues de la politique économique, c'est : Retrouvons le sentier de la croissance européenne.

Je rejoins tout à fait M. Duval : nous avons des capacités de croissance économique endogènes, en ayant plus de projets communautaires en tirant sans doute un peu plus de façon communautaire aussi tout ce qui a trait à la recherche, à l'innovation. Et donc c'est effectivement une condition. On est persuadé que c'est une condition sine qua non pour régler nos problèmes sociaux, qu'on ait effectivement plus de croissance économique.

Mais en tout cas, cette méthode est un formidable outil de connaissance des autres, d'appropriation. Je crois qu'autour de ça on voit bien que les choses bougent aussi, finalement, à l'intérieur des Etat-membres. Je ne veux pas entrer dans les détails, mais on est en train de forger à quinze et de s'approprier un certain nombre de concepts dans le champ social qui sont communs, qui ont trait à la formation tout au long de la vie, qui ont trait au concept d'emploi-abilité, de prévention du chômage, du gender mainstreaming (c'est un terme un peu barbare, d'intégration de l'égalité des genres dans toutes les politiques). (Je suis ravie qu'aujourd'hui, enfin, il y ait deux femmes à cette tribune...)

Donc tous ces concepts communs, ça fait bouger. Ça fait bouger à l'intérieur des Etat-membres ; il n'y a pas de transférabilité possible à cause de la diversité des systèmes. Ce n'est pas parce qu'un Etat-membre réussit parfaitement dans un domaine que, bien sûr, on va arriver à transférer ça. Mais en tout cas on s'en inspire, on en parle. Et c'est déjà un grand pas.

Dernière remarque (et je termine là – excusez-moi d'être un peu longue) sur la question très importante, fondamentale, de la participation de la société civile à tout cela.

C'est très difficile. C'est vrai qu'on est, malheureusement, à Bruxelles dans une logique, une politique d'élites (ça a été mentionné hier). En tout ca, on est effectivement dans une logique d'expertise d'action gouvernementale. Cela étant, le Traité offre un espace énorme aux partenaires sociaux européens pour négocier entre eux. Et ils ont commencé à le faire. Alors, les regards qui sont lancés sur cette action des partenaires sociaux sont assez divergents. C'est un peu l'affaire du verre à moitié vide et à moitié plein. Certains considèrent que, au regard des possibilités qui leur sont offertes par le Traité, ce qu'ils ont fait tout à fait mineurs, on peut aussi considérer que, finalement, quand on regarde le temps qu'il a fallu au niveau de chaque Etat-membre pour constituer la représentation sociale, les dix ans qu'ils ont mis finalement pour construire et pour adopter (parce qu'ils ont adopté plusieurs accords européens qui ont été transposés en directives), finalement ce n'est pas du tout là non plus négligeable que c'est un peu...

Je vais m'arrêter là. Je vais juste terminer en disant une chose. C'est qu'on est tous aujourd'hui à Bruxelles calés sous l'objectif de Lisbonne, de la stratégie de Lisbonne qui est

que les chefs d'Etat et de gouvernement ont décidé de faire de l'Europe la société la plus compétitive du monde et de créer...

Alors ils ont, enfin, en 2010 plus d'emplois, de meilleurs emplois, et d'être capable d'une cohésion sociale. Quand on dit qu'on a l'ambition de devenir la société la plus compétitive du monde, évidemment on se compare avec les Etats-Unis. Et ce qui est important, c'est qu'on rajoute quand même qu'on veut plus d'emplois, mais on veut de meilleurs emplois, des emplois moins précaires ; on veut plus de cohésion sociale.

Ça veut dire que pour nous, la lecture qu'on en fait (et on l'a fait à quinze), est : Voilà, on veut être aussi compétitifs que les Etats-Unis, mais on ne veut pas perdre notre trame. On ne veut pas perdre ce que fait notre spécificité européenne. Ce n'est pas gagné.

Ce n'est pas gagné. Je pense que tout ce qui se passe en ce moment autour de la protection sociale de l'emploi, c'est effectivement : Est-ce qu'on va réussir ou non à garder cette cohésion sociale qui fait la spécificité européenne ? Merci.

Hermann Schwengel

Merci, madame. Die Regie hat mir einen Zettel mit der Mitteilung hingelegt, dass ich die Kaffeepause nicht vergessen soll. Aber ich möchte Sie doch nicht – um mit Frau Strauss und Herrn Kreis fortzufahren und um das dann in das Plenum zu öffnen – ohne eine gewisse Zumutung in die Kaffeepause entlassen.

Ich glaube, dass wir doch schon gemerkt haben, dass dieser Weg, den Madame Favarel eben beschrieben hat, zu dem Europa, wie es in Lissabon deklariert worden ist, auch verlangt, dass man sich mit den eigenen Widersprüchen in diesem Prozess auseinandersetzt. Lassen Sie mich ein Beispiel geben: eine halbe Generation in Deutschland ist damit erwachsen und selbständig geworden, dass sie über Wachstum selbständig, kritisch und ambivalent urteilt und sich damit auseinandersetzt. Soziale Bewegungen sind davon geprägt worden. Und wir sehen uns jetzt einem Druck gegenübergesetzt, in dem Wachstum verlangt wird, damit wir elementare Probleme überhaupt angehen können.

Diese Erfahrung ist eine sehr tiefe, und ich glaube, wir müssen uns damit auseinandersetzen. Wenn es so aussieht, als ob jede Arbeit fast besser sei als keine Arbeit, wenn die Wachstumszwänge eine Dramatik annehmen, um überhaupt den Einstieg in Problemlösungen finden zu können, muss man sich mit den Erfahrungen der Generation auseinandersetzen, die jetzt in diesem Entscheidungsprozess beteiligt ist und die wiederum ihre Biographie darin einbringt.

Ich glaube, das war auch in den Beiträgen spürbar, in denen nicht Thema war, die Gestalt dieser Modernisierung und die Gestalt Europas erst noch einmal diskutieren zu müssen?

Ich fürchte, Madame Favarel, dass wir mit der Bestimmung von Zielen nicht genug getan haben, sondern dass wir die beteiligten Akteure verstehen müssen, und dass wir auch verstehen müssen, warum und wie sie sich an diesem Prozess beteiligen. Vielen Dank erst mal. Wir gehen jetzt in die Kaffeepause und setzen dann mit Ihnen beiden ein, um die Diskussion für das Publikum zu öffnen.

Bernard Falga

Wir fangen wieder an. Je vais parler en français, wenn Sie das erlauben, poser peut-être quelques questions et essayer d'être peut-être un peu provocateur parce qu'il me semble que le débat d'aujourd'hui, comme d'ailleurs celui du forum de la deuxième partie de l'après-midi hier ait mis en évidence des vraies contradictions ou des positions nettement différentes.

Hier on avait cette opposition entre Vertrag et Verfassung, aujourd'hui on a cette opposition-là que peut-être je vais construire d'une manière un peu artificielle, mais les participants qui sont intervenus réagiront brillamment. Opposition entre l'annonce de tout ce qui a été fait et de tout ce qui existe en matière de société européenne et de proximité de ces sociétés et la mise en évidence, peut-être surtout par un des participants à cette table ronde, de tout ce qui n'est pas fait et de tout ce qui resterait à faire pour qu'il y ait vraiment une société européenne.

Permettez-moi aussi d'être sensible, en tant que Français, à la proximité (là je réagis aussi à ce qu'a dit le professeur von Thadden) entre les concepts de société, ceux d'Etat et aussi de politique.

Hier j'ai été (quand j'ai entendu le Ministre du gouvernement du Land du Baden-Württemberg insister comme il l'a fait sur la subsidiarité telle qu'elle avait été atteinte de son point de vue dans la Constitution) très sensible une fois encore.

J'ai travaillé sept ans par le passé en Allemagne, maintenant je travaille en France dans le cadre d'un ministère français. Et j'ai été encore une fois sensible au fossé qu'il y a dans les perceptions, dans les mentalités français et allemande. C'est-à-dire que ce qui est exprimé là par cet homme politique allemand me faisait immédiatement penser aux débats et aux mouvements sociaux français tels qu'ils se déroulent depuis, par exemple, plusieurs mois, enfin, à l'actualité sociale française, et en particulier dans sa façon qu'elle a de mettre en évidence la nécessité de ce que le professeur von Thadden appelle « la nation citoyenne ».

Je prends un exemple concret : le Ministre chargé d'enseignement supérieur, le Ministre de l'Education Nationale veut appliquer dans toutes les universités françaises le système qu'il appelle LMD et qui est le système européen. Cette volonté politique très concrète – donc d'appliquer aux étudiants français le même système que celui qui existe en Allemagne ou en Grande-Bretagne, enfin dans toutes les universités européennes – engendre, me semble-t-il, en tout cas une réaction qui a conduit en partie d'ailleurs au retrait provisoire peut-être de ce projet de loi de modernisation, engendre une réaction de la part des étudiants qui est une réaction de crainte sur la valeur du diplôme national. C'est-à-dire que les étudiants français se mobilisent pour garantir le diplôme national et pour éviter une localisation trop grande du diplôme. Et il me semble que là, il y a une contradiction assez forte (en tout cas moi, je la perçois comme telle) entre la façon dont on perçoit les choses ici en Allemagne et dont elles sont ressenties en France.

Deuxième remarque (là aussi c'est un peu le fruit des réflexions qui reviennent à un praticien que je suis qui fait de la politique culturelle soit à l'étranger soit en France) : J'ai le sentiment, moi, d'après mon expérience, qu'on est encore (en termes d'orientation politique) en direction de la société. Et pour rapprocher les sociétés, on est encore extrêmement extrêmement timide.

Je prends, là encore, deux exemples très particuliers, presque anecdotiques. J'ai été en poste comme conseiller culturel à Moscou les quatre dernières années. On a essayé de mettre en œuvre à Moscou l'idée que l'Allemagne et la France pourraient tout simplement avoir une représentation culturelle commune sous le même toit. A Moscou, ceci a un tout petit peu de sens, évidemment, puisqu'on est à la fois, je dirais, à la frange en Europe. En Europe, on fait des débats, et les Russes de même en débattent. Et ce projet, qui est plutôt partie de la base, je crois, n'est toujours pas réellement mis en œuvre, alors qu'il paraît extrêmement simple ; beaucoup plus simple que ce qu'on a essayé de faire précédemment et sans succès – c'était de faire une ambassade commune. Mais même un centre culturel commun, même une colocalisation sous le même toit, même ça c'est difficile. Bon.

C'est vrai que, excusez-moi ; j'ai été très frappé, M. le Maire de Fribourg, de la qualité des relations que vous avez avec Jean-Marie Bockel. Mais j'ai (à un autre moment de ma carrière) pratiqué pendant quatre ans la Commission Sar-Lor-Lux, et j'ai été désespéré par les

débats interminables qui accouchaient des souris. Vraiment on parlait et parlait et on se réunissait pour des résultats extrêmement minces.

Donc, si j'ose dire, j'ai le sentiment qu'il faudrait effectivement que des orientations fortes soient données pour que ces sociétés se rapprochent ou qu'il y ait plus de choses concrètement de fait (c'est sans doute la perception que j'aie). Et je pense – M. Duval reprendra la parole, je pense, après que Dorothee Strauss et Monsieur Kreis ont même fait leur communication – mais j'aurais envie de demander à Dorothee Strauss ce qu'il en est de son point de vue peut-être dans le domaine culturel. Moi, j'ai évidemment une perception parce que j'ai travaillé... je suis un peu spécialiste de ce domaine-là. Quelle est la sienne ? De ce point de vue-là, est-ce que les sociétés, est-ce que les arts jusqu'aux artistes d'art plastique sont les mêmes connectés ou pas entre la France et l'Allemagne d'une part, en Europe de l'autre ?

Dorothea Strauss

Ja, vielen Dank. Erst einmal möchte ich mich auch für die Einladung bedanken. Ich habe mich sehr darüber gefreut, nicht zuletzt darüber, dass in diesem Forum zeitgenössische Kunst, für die ich stehe, und eben auch zeitgenössische Kultur, ein wichtiges Argument in unserer Diskussion sein kann.

Ihre Frage ist eine große Frage. Ich versuche jetzt, ihr von verschiedenen Seiten zu begegnen. Die Entwicklung der Kunst vor allem in den letzten zwanzig Jahren war ja auch eine Entwicklung dahin, dass sich die Kunst eigentlich aus dem vieldiskutierten und vielbesprochenen Elfenbeinturm herausgearbeitet hat.

Gerade die Diskussion der institutionellen Kritik in den siebziger Jahren hat eigentlich dazu geführt, dass Kunst ganz stark auch die ganzen Themen der Relevanz der Kunst in der Gesellschaft thematisiert hat; also dass Kunst nicht nur (ich sag's jetzt etwas verkürzt) ein bloßes Kunstwerk sein will, sondern Verbindlichkeiten zu künstlerischen Themen, zu ästhetischen Themen, zu gesellschaftlichen Themen thematisiert. Und da sind dann eben auch politische Themen dabei, da sind soziale Themen dabei, da ist die ganze „Latte“, die wir eigentlich eben im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Themen aufzählen können, dabei. Und deswegen ist es auch sehr spannend.

Meine Vorrednerinnen und meine Vorredner haben sehr viele Begriffe – vielleicht aus anderen Bereichen – genannt, die wir auf sehr spannende Weise eigentlich auch auf den Kunstbereich übertragen können. Und ich wünsche mir natürlich sehr, dass noch etwas Zeit bleiben wird, damit wir das im Einzelnen zumindest noch diskutieren können.

Eine wichtige Frage im Verhältnis zwischen Kunst und Gesellschaft ist natürlich immer diejenige: „Kann Kunst etwas bewirken?“ Und ich denke, das Verhältnis zwischen Kunst und Gesellschaft (und im Besonderen unsere Frage von Kunst und Europa) ist wahrscheinlich eine Hassliebe: auf der einen Seite möchte man zur Gesellschaft dazugehören, auf der anderen Seite will man sie auch demontieren.

Diese Fragestellung bedeutet meiner Ansicht nach immer wieder, dass Kunst auch eine gewisse Art von Probeplattform, Probephase bieten kann, um gewisse Themen auszuprobieren, ohne vielleicht immer die absolute Schärfe der Konsequenz zu problematisieren.

Ein wichtiger Aspekt ist meines Erachtens dabei auch, dass dieser „wechselseitige Lernprozess“ (das ist ja auch ein Begriff, der heute genannt wurde) in dem Spannungsfeld „Kunst und Europa“ eine ganz wichtige Rolle spielt. Das heißt: wenn ich versuche, das Verhältnis zwischen Kunst und Gesellschaft zu thematisieren, dann ist es wahrscheinlich eine Liaison, die mit einer wilden Ehe und der Tendenz fremdzugehen zu vergleichen ist. Und quasi diese Auseinandersetzung zwischen „Fremdgehen“ positiver Natur, Integrieren von

verschiedenen Standpunkten in einen Prozess, den man dann vielleicht nicht mehr als einen eindeutigen Gesellschaftsprozess im eigentlichen Sinne nehmen kann, sondern als eine gewisse hybride Form von verschiedenen, sich durchaus gegenseitig auch ausblendenden Begriffen – ich glaube, in diesem Prozess ist die Kunst im Moment.

Und es gibt einen anderen, sehr wichtigen Aspekt, wenn wir über Kunst und Gesellschaft sprechen. Da möchte ich jetzt ganz konkret das Dreiländereck zwischen der Schweiz, Frankreich und Deutschland nennen, das ich persönlich sehr spannend finde und von dem ich auch denke, dass es ein Stück weit unsere Zukunft ist, die wir auch sicherlich schon in den letzten zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren vorbereitet haben.

Es ist ja so: wenn zum Beispiel eine jüngere Künstlerin in Frankreich sehr bekannt ist und vielleicht schon – wie man so schön sagt – zu den „Hot Shots“ gehört, kann es durchaus sein, dass niemand in Deutschland ihren Namen kennt. In dem Transfer, der passiert (wenn jetzt also eine deutsche Institution, zum Beispiel der Kunstverein in Freiburg, diese französische Künstlerin einlädt], setzen sich beide Positionen einer Art von Kommunikation aus. Und das ist eben sehr spannend, denn sowohl die Künstlerin ist nicht mehr das, was sie vorher in ihrem Umfeld war, nämlich ein Star (oder ein kleinerer Star), und auch wir – die Institution – können wechselseitig nicht damit operieren.

Ich glaube, dass die Kunst genau an diesem Punkt ansetzen kann, gesellschaftskonstituierend zu wirken. Denn wenn ich jetzt noch einmal auf den Aspekt zurückkomme, dass sie sich nicht mehr im Elfenbeinturm bewegt (oder sitzt, liegt, wie auch immer), dann bedeutet das auch, dass sie sehr viel korrespondiert. Und Korrespondenzen (und Kooperation) bedeutet natürlich auch: sehr viel Kommunikation.

Das heißt, ein Austausch zwischen zwei Institutionen, die in zwei verschiedenen Ländern sind, bedeutet nicht einfach nur zwei Ausstellungen, sondern es bedeutet tatsächlich eine extreme Vernetzung von unterschiedlichen kommunikativen (und damit eben auch: ästhetischen) Umgangsformen, die man miteinander abgleichen kann, die man nicht immer deckungsgleich bekommt, die aber dazu führen, dass man (im Grunde genommen kann man sagen, Kunst und Gesellschaft ist ein Forschungsprojekt) eigentlich versucht, Begrifflichkeiten, Vorstellungswelten, Haltungen zu entwickeln, die dann so etwas wie eine europäische Gesellschaft bedeuten, sozusagen in dieser vorherig thematisierten Hassliebesituation.

Und dann sehen wir – gerade jetzt hier in unserem Dreiländereck –, dass es eine ganz unterschiedliche Situation gibt, in Deutschland zum Beispiel an den Akademien oder in Frankreich an den Akademien... Um nur ein kleines Beispiel zu nennen: in den Akademien in Frankreich thematisiert man immer Pierre Bourdieu. Das heißt, es geht immer darum, wie sich eigentlich Gesellschaft konstituiert, was es bedeutet, wie man sich eigentlich überhaupt erkennt. Also das heißt: die feinen Unterschiede, die es dann ausmacht, dass wir wissen, wer denn eigentlich unser Gegenüber ist. Oder aber Machtverhältnisse; Michel Foucault. Das sind Themen – um nur ganz wenige zu nennen – mit denen sich französische Künstlerinnen und Künstler an ihren Akademien auseinandersetzen.

In Deutschland – um es sehr verkürzt zu sagen (natürlich funktioniert das in dieser klaren Trennung nicht mehr) – setzt man sich immer noch sehr mit dem solitär funktionierenden Kunstwerk auseinander; wohl wissend, dass es das nicht mehr gibt. Also auch dort, in den Akademien, besteht auf beiden Seiten eine gewisse Art von Hassliebe. In dem einen Land aus bestimmten Positionen heraus, in dem anderen Land wiederum aus anderen Haltungen heraus.

Das heißt, wenn sich diese verschiedenen Haltungen in einer Offenheit und vielleicht auch in einem Disput treffen (ich glaube, Foucault hat von der „Lücke“ gesprochen), genau in dieser Lücke des Diskurses, von dem man nicht genau weiß, wie man ihn beginnen soll, kann so etwas wie dieses merkwürdige Gebilde „Europäische Gesellschaft“ beginnen. Vielen Dank.

Bernard Falga

Merci d'avoir, d'une certaine manière, mis en valeur ce qu'ont en commun et en même temps que différencie les rapports entre arts et société en France et en Allemagne et dans d'autres pays européens, et de montrer à quel point ces rapports « arts et société » sont au cœur de la démarche artistique. C'est peut-être cela qui est en commun.

M. Georg Kreis, par rapport à ce débat que j'ai essayé, peut-être d'une manière trop caricaturale, de « zuspitzen » (comme on dit en allemand), de souligner, entre ceux qui pensent que la société européenne est là, elle est en train de se construire, elle avance, et ceux qui pensent qu'elle fait du sur place pour simplifier qu'elle n'avance pas assez vite. Est-ce que là-dessus vous avez une position ou est-ce que vous développez un autre troisième point de vue ?

Georg Kreis

Ich möchte mich zunächst ebenfalls herzlich für die Einladung bedanken. Ich weiß nicht: ist es meine Herkunft als Bürger der Asterix-Schweiz, oder ist es meine Herkunft aus der Europastadt Basel, die mir die Einladung einträgt? Ich frage mich jetzt eben, abgesehen von dieser zugespitzten Frage, was man am Schluss einer derart langen Runde überhaupt noch an Neuem sagen kann...

Ich denke, man müsste vielleicht nochmals anmahnen, dass jede Auseinandersetzung mit dieser Frage eine Funktion hat und dass wir uns überlegen sollen, in welcher Funktion wir eigentlich eben – wenn eingangs gesagt worden ist, dass die Gesellschaft gegenüber den Institutionen, den Verfassungsprojekten vielleicht defizitär ist, agieren.

Das nimmt auch Ihre Frage auf. Dann denke ich, dass das wohl möglich sei, dass wir aber (wenn wir hier den statthaften Vergleich mit dem „nation building“ des 19. Jahrhunderts anstreben) sagen: „Das ist normal; es sind die Institutionen, die vorausgehen“ und die, was dann eigentlich auch die Verstärkung einer gesellschaftlichen Kohärenz zur Folge hat, und dass ich es von daher nicht dramatisch finde, wenn die Vorstellung einer europäischen Gesellschaft jetzt hinter dem Ist-Zustand der Verfassungsprojekte herhinkt.

Wir können uns eben auch wirklich fragen: „Wollen wir das jetzt eher deskriptiv machen? Wollen wir das normativ machen?“ Ich habe den Eindruck gehabt, dass viele Voten eher normativ waren und nicht den Ist-Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse beschreiben, dass es darum geht, Idealmodelle unserer Gesellschaftsvorstellungen zu transportieren – also das eher sozialistische vs. das eher liberale Modell.

Dazwischen würde ich eigentlich gerne die dritte Position, wie Sie sie haben möchten, in Erinnerung rufen. Wenn ich eine europäische Gemeinschaft definieren muss, dann definiere ich sie als „Projektgemeinschaft“. Wir haben ja auch den Titel Projekt Europa, und das heißt auch, dass wir unsere Gesellschaft weniger essentialistisch inhaltlich definieren müssen, sondern dass wir das Prozedurale und auch das Prozesshafte in den Vordergrund stellen müssen. „Projektgemeinschaft“ – dazu haben wir auch gehört, dass wir, wenn wir das inhaltlich umschreiben oder mindestens eine Richtung angeben wollen, in der Pflege der West-/Ost-Beziehungen ein wichtiges Projekt sehen (wobei da unsere Nord-/Süd-Beziehungen etwas vergessen worden sind, denn wir können auch wichtige Gesellschaftsrealitäten in der Nord-/Süd-Achse innerhalb von Europa feststellen).

Es gibt aber auch durchaus Projekte, die die Außenbeziehungen betreffen. Ich erinnere nur an das fehlende europäische Navigationssystem, das zwar sehr praktische Bedeutung hat und auch eine gewisse praktische Emanzipation von US-Infrastruktur mit sich brächte, aber

dieses Navigationssystem könnten wir auch als Symbolprojekt verstehen, das nun als Nebenprodukt neben der Realisation dieses konkreten Projekts auch die Gesellschaft und die Gemeinschaft verdichtet.

Sie kennen wahrscheinlich alle die Radfahrer-Ideologie der Politologen, die sagen, „wenn man mit dem Rad nicht mehr fährt, fällt das Rad um“. In dieser Beziehung, meine ich, wird der europäischen Gesellschaft der Bestand an Projekten nicht ausgehen. Im übrigen schätze ich das als Schweizer an der Europäischen Union: dass sie nicht meint, dass sie bereits ans Ende der Geschichte gekommen ist, sondern dass sie eben Projekte verfolgt; sei es jetzt im Streit der Modelle, dass wir hier den Wettbewerbscharakter, aber dass wir gleichzeitig auch Realisationen anstreben.

Bernard Falga

Merci, M. Kreis, effectivement de nous garder de l'espoir et de nous mettre dans un work in progress « Qu'est l'Europe? », évidemment. Peut-être, M. Duval, il faut regarder en même temps l'heure, puisqu'il serait bien aussi passer la parole à la salle avant que... (Bandende)

Guillaume Duval

Oui, excusez-moi, mais c'est le risque quand on parle tôt dans la table ronde.

Simplement Dorothea Strauss vient de dire que, quand on est à Freiburg, on n'est pas toujours ce que l'on est dans son contexte. Ça m'a fait sourire de me retrouver rangé dans le camp du socialisme de caserne, puisque, effectivement, dans les débats français, le journal pour lequel je travaille est plutôt considéré comme droitier. Dans le débat que vous avez évoqué entre Pierre Bourdieu et Michel Rocard, on nous case quand même plutôt plus volontiers du côté de Michel Rocard que de Pierre Bourdieu. Et on est parmi ceux qui disent qu'EDF pose des problèmes, que les retraites à la SNCF, on peut changer un certain nombre de choses etc. etc.

Donc, effectivement, sur ce plan-là je me suis bien retrouvé dans ce que vient de dire Dorothea Strauss. Mais en même temps je ne peux pas m'empêcher de vous dire aussi autre chose à cette occasion.

Ça doit faire à peu près trente ans que je lis maintenant « Der Spiegel » chaque semaine. Il me semble que ça fait au moins vingt ans que j'entends ce que M. Picht a dit tout à l'heure. C'est-à-dire que chaque semaine, les économistes et la plupart des médias allemands répètent que l'Etat social allemand est trop développé, qu'il faut le réduire, qu'il faut baisser les impôts etc. etc. Et je me demande où cela vous a amené de suivre ce genre politique.

Il m'a semblé que les communes allemandes étaient un peu toutes en difficultés, à commencer par la première d'entre elles. Il m'a semblé que la croissance allemande était, par une toute petite période autour de la réunification, significativement inférieur à ce qu'elle était dans le reste de l'Union, en particulier par rapport à ce qu'elle a été quand la gauche a été au pouvoir et a mené une politique justement plutôt différente de celle-là.

Et je vous rappelle simplement un fait qui est assez simple ; c'est que le grand pays développé qui a les prélèvements obligatoires les plus faibles au monde, ce n'est pas les Etats-Unis et ce n'est pas le Royaume-Uni ; c'est le Japon. Et le fait que le Japon ait les prélèvements obligatoires les plus faibles au monde (je vous passerai la démonstration), on peut assez facilement démontrer que ça a un lien très étroit avec les énormes difficultés qu'ils ont à sortir de la profonde crise où ils sont depuis dix ans.

Alors si l'Allemagne veut devenir le Japon de l'Europe – pourquoi pas ? Vous pouvez choisir cela, mais simplement sachez que ce n'est pas simplement votre responsabilité. Que vous faites ce choix-là aura des conséquences dramatiques pour l'ensemble de l'Europe et pour la construction que nous faisons ensemble. Voilà.

On a parlé tout à l'heure à propos de la RDA et des différences entre l'Est et l'Ouest et la France. Une explication me paraît relativement simple (bien que ces choses-là soient toujours très compliquées), c'est que les femmes allemandes veulent travailler comme les femmes de l'ensemble du monde développé aujourd'hui. Il n'existe pas d'infrastructure publique pour s'occuper des enfants, en particulier des enfants en bas âge. Donc voulant travailler, elles ne font pas d'enfant. Bon. C'est simple.

Simplement la solution que vous pourriez trouver à ce problème-là (et qui est un problème grave non seulement pour l'Allemagne, mais pour l'ensemble de l'Europe), ce seraient effectivement des infrastructures publiques pour accueillir les enfants toute la journée, quand ils sont scolarisés et quand ils sont des jeunes enfants. Mais vous ne le voulez pas. C'est, je pense, une des causes, un des problèmes difficiles que vous avez, y compris sur le plan des retraites.

Bernard Falga

Merci pour cette intervention. Je dirais que je suis un peu attrapé à mon propre jeu. J'avais voulu souligner la contradiction.

D'une certaine manière le débat est vraiment pointu et un peu serré. Et moi, j'ai envie de dire qu'il ne faut pas le regretter, et c'est tant mieux, et j'aurais envie de dire aussi (avant de donner bien sûr la parole à Robert Picht pour sa réponse) que c'est bon signe, me semble-t-il, qu'un Français puisse, au-delà des précautions diplomatiques ou en faisant fis des précautions diplomatiques, intervenir et s'adresser aux partenaires allemands en intervenant, y compris dans le débat politique allemand. Je trouve que c'est bon signe.

Et moi, chaque fois qu'un Allemand fait de même en France, en intervenant dans un débat politique ou dans des questions françaises, je trouve ça très bien. Et je pense que c'est comme ça aussi que les choses pourront progresser en matière de rapprochement des sociétés française et allemande. M. Picht.

Robert Picht

Herr Duval klingt so, als ob die Probleme im wesentlichen durch staatlich initiiertes Wachstum und durch das Halten bzw. Ausbauen staatlicher Systeme gelöst werden können. Das europäische Sozialmodell – Bismarck und die Folgen – ist diesen Weg ziemlich weit gegangen, aber mit diesem Weg kommen wir sichtlich nicht weiter. Also ist die Frage, eben auch im europäischen Vergleich: Wo gibt es vielleicht Alternativen, die nicht „Abbau“ heißen?

Ja, was heißt „Abbau“? Vorsicht! Das heißt „Abschaffung sozialer Grundsicherung, Zerstörung sozialer Solidarität, Zerreißen sozialer Kohäsion“. Wenn es ein europäisches Gesellschaftsmodell gibt, dann ist es ja eines, das versucht, soziale Kohäsion auf vielen Wegen aufzubauen und zu erreichen.

Und die Diskussion, die Herr von Thadden angefangen hat, trifft genau den Punkt: Gehen wir nur auf der staatlichen Ebene weiter oder sollten wir vielleicht dieses Schaffen von sozialer Kohäsion so, wie es in der europäischen Tradition jahrhundertlang war, sehr dezentral angehen? Nämlich zu sagen: Was ist denn eigentlich die Rolle von Gemeinden, was ist die Rolle von sozialen Bewegungen, was ist die Rolle von Kunst? Eben sehr wichtig.

Wenn Sie Jugendliche wieder in die Gesellschaft integrieren wollen, ist künstlerischer Ausdruck, Umgang mit Kunst sehr wichtig.

Das, was ich in die Debatte bringen will, ist folgendes: dass wir natürlich gerade mit Blick auf Mittel-/ Osteuropa mit anderen Konstellationen, einem anderen „policy mix“ (wie man technokratisch sagt) zwischen – natürlich – gemeinsamen, solidarischen, auch finanziellen (europäische Sozialfonds, europäische Regionalfonds, Strukturfonds usw.) helfen muss, aber vor allem zur dezentralen Hilfe zur Selbsthilfe helfen muss. Das ist ein liberales Konzept, dem vielleicht ein weniger liberales Konzept gegenübersteht. Aber die Realität ist so, dass wir überhaupt nur mit diesen sehr boden-, bürgernahen und sehr bürgeraktivierenden Dingen weiterkommen, weil der Rest nicht mehr geht.

Bernard Falga

Avant de passer la parole à la salle : si quelqu'un veut soit compléter soit poser une question soit apporter la contradiction soit porter sa pierre dans le débat...

Il y a une prise de parole là, une deuxième après. Le principe « ladies first ».

ZuhörerIn

Ja, Heide Czerny mein Name. Ich wollte zunächst Herrn von Thadden danken. Ich habe mich ganz besonders gefreut, dass heute bei Ihnen in den Diskussionen im deutsch-französischen Feld auch einmal das Thema „Beziehung zu Kirchen, zu Religion“ zum Ausdruck kam. Ich habe mich als Bürgerin dieser Region, die zwischen Frankreich und Deutschland hin- und hergeht, oft gefragt: Ein sehr angesehener Kultursender unserer Region, SWR2, sendet jeden Morgen um fünf vor acht das „Wort zum Tag“. Wäre so etwas drüben in Frankreich möglich, wo ich hinfahre?

Also, es hat mich sehr gefreut. Auch Ihre Ausführungen über Ihre Erlebnisse beim Kirchentag.

Und jetzt möchte ich mich an Herrn Kaelble wenden. Herr Kaelble, Sie haben in Ihrem Vortrag festgestellt, dass das gegenseitige Lernen zwischen den europäischen Staaten größer geworden sei. Da möchte ich Sie jetzt einfach fragen: Haben Sie auch den Eindruck, dass dies gerade im Schulbereich zwischen Deutschland und Frankreich geschieht? Ich sage jetzt bewusst nicht „im Bildungsbereich“, also dem universitären Bereich, sondern „Schulbereich“.

Das berührt auch das, was Herr Duval eben sagte: Wir haben ja nicht Strukturen in der Kinderbetreuung, wie sie in Frankreich gang und gäbe sind. Auch stelle ich zur Zeit fest, dass in Frankreich im sozialen Rahmen für Schüler, gerade auch der Primar-, Sekundarstufe I, sehr viel mehr Unterstützung stattfindet, wenn es um Landschulheimaufenthalte usw. geht. Jedenfalls ist es dort transparenter (Woher kriege ich mein Geld, wenn ich mit meiner Klasse da und da hin fahre?). Das ist meine Frage, eben auch vor dem Hintergrund der ganzen Bildungsdiskussion in Deutschland, PISA usw.

Hartmut Kaelble

Das ist eine sehr wichtige Frage.

Wir leben in einem seltsamen Kontrast. Auf der einen Seite lernen offensichtlich weniger Schüler in Deutschland die französische Sprache (und damit oft auch etwas über

Frankreich), und umgekehrt dann weniger Schüler in Frankreich die deutsche Sprache und damit über Deutschland.

Auf der anderen Seite haben im Universitätsbereich beide Seiten Studenten, zwischen den Forschern eine sehr starke Zunahme der Beziehungen und ein sehr starkes Zunehmen von Lernenden. In meinen Seminaren in Berlin habe ich manchmal bis zu 20 Prozent der Studenten, die in hervorragendem Deutsch Referate halten.

Es ist also ein seltsamer Kontrast: bei den Schulen sinkt offensichtlich das Lernen der Sprache und damit auch das Lernen voneinander; an den Universitäten nimmt es enorm zu. Ich fürchte, dass dieses Defizit in diese Richtung gehen wird, dass, wenn nichts getan wird, das Lernen voneinander abnimmt, wenn nicht auf beiden Seiten in den Schulen wieder mehr Französisch bzw. Deutsch gelernt wird.

Mein Schluss wäre, dass die Politik sich dringend (und das wird ja immer wieder diskutiert) darum kümmern muss, dass Französisch als zweite Fremdsprache wieder stärker eingeführt wird.

Teilnehmer

Veillez me permettre d'ajouter en complément ce que vient de dire le professeur Kaelble.

Du côté français : il me semble que (enfin, sauf à être contredit) on assiste aussi à un processus un peu analogue, on sait bien, avec la régression observée dans les les collèges surtout et dans les lycées de l'enseignement de la langue allemande. C'est-à-dire qu'on a eu un processus qui (comme souvent en France – comme je le rappelais – où le social, le politique et l'Etat sont extrêmement liés) est venu d'une volonté politique (celle du général de Gaulle dans les années 60) qui a été de généraliser l'enseignement de l'allemand dans les lycées français. De même d'ailleurs, je dirais (puisque je me suis aussi occupé de la Russie) qu'il y a eu un véritable enseignement du russe dans les lycées par la volonté du gouvernement et du chef de l'Etat.

L'allemand est en train de baisser de manière assez dramatique dans les collèges et dans les lycées français, me semble-t-il, sauf à être contredit. Moi, j'y vois de nouveau – je sors un tout petit peu de mon rôle de modérateur – la nécessité effectivement de prendre des initiatives politiques en direction du rapprochement des deux sociétés.

Bernard Falga

Et comme le professeur von Thadden a été tout à l'heure interpellé par Madame, peut-être souhaite-t-il dire quelques mots ?

Rudolf von Thadden

Ich will (unter dem Eindruck dessen, was ich vorhin vom Kirchentag in Berlin erwähnte) gerne noch etwas zu diesem kirchlichen Thema sagen, weil das tatsächlich konkreter ist, als es manchmal in Erscheinung tritt.

Der Kirchentag in Berlin war ja ein ökumenischer Kirchentag; er hat sich jedenfalls so verstanden). Aber der Ökumene-Begriff ist selber in Entwicklung und im Begriff (ich sage es etwas zugespitzt) „aufgeweicht“ zu werden. Es gibt viele Leute, die nicht mehr wissen, dass der Ökumene-Begriff eigentlich einmal ein christlicher war (also christliche Ökumene),

sondern meinen, Ökumene heißt, dass jetzt also auch Muslime und Juden und Buddhisten und Ich-weiß-nicht-was-alles dabei sind – also weltweites Denken.

Entsprechend – und deshalb sage ich das – stelle ich fest, dass das Folgen für den Europabegriff hat. Ich stelle fest, dass es bei vielen so ist, dass man kritisch gegenüber dem Nationalstaat wird, aber dann nicht auf Europa zugeht, sondern sofort auf einen weltweiten Ordnungsbegriff. Europa kommt „in die Zange“ zwischen der großen weiten Welt und der kleinen „nationalen“ (oder wie Sie es nennen wollen) Ordnung, in der wir leben.

Analog zu der kirchlichen Aufschwemmung des Ökumene-Begriffs, wo dann ein Dalai Lama auf einmal als ökumenischer Bruder in Erscheinung tritt, haben wir einen Aufweichungsprozess Europas. Oder – hier muss ich es präziser sagen – es wird konturenunscharf.

Ich habe mich gefragt: Woher kommt das? (Denn darüber muss man ja nachdenken). Und ich habe zwei Dinge in Berlin gelernt, die ich hier wenigstens referieren will, obwohl ich mich damit noch nicht bis zu Ende beschäftigt habe.

Das eine ist, dass mir Wirtschaftler sagten, dass hier ein wesentlicher Unterschied zwischen der Großindustrie und der mittelständischen Wirtschaft sei. Die Großindustrie (also Siemens, Daimler-Chrysler) denke global – da ist Europa schon beinahe uninteressant – während die mittelständische Wirtschaft natürlich kleinräumiger denkt, denken muss. Also hier Freiburg, Colmar oder so: dazu brauche ich nicht die Großindustrie.

Der erste Punkt sind also wirtschaftliche Interessenunterschiede (oder wie Sie es nennen könnten), die dazu beitragen, dass Europa nicht überall in der gleichen Weise konturenunscharf gesehen wird.

Und der zweite, nämlich der kirchliche Bereich: das hat nun etwas mit der Säkularisierung zu tun. Denn diejenigen, die (was ich vorhin erzählt habe) da zum Dalai Lama hinschwärmten, waren nicht Leute, die am innerkirchlichen Dialog beteiligt sind, sondern das waren Leute, die aus der Welt der säkularisierten Jugend kommen und die gar nicht mehr genau wissen, wo die Trennschärfen sind.

Ich meine also, das ist der Versuch einer Antwort. Wir müssen – es ist ja ein Anfang der Diskussion – im europäischen Rahmen stärker darüber nachdenken, wie sich diese Prozesse abspielen. Läuft das in Frankreich ähnlich? Läuft das anders? Warum läuft es anders?

Der Unterschied zwischen global orientierter Großindustrie und europäisch interessierter mittelständischer Wirtschaft wird in Frankreich nicht anders sein. Aber (ich komme damit auf das zurück, was Herr Kreis sagte) ich finde den Begriff mit der „Projektgemeinschaft“ für unsere Arbeit nützlich, denn er macht deutlich, dass es hier nicht um feste Bestände geht, die wir haben. Hier sind alle Dinge im Fluss. Und ich fände es schon sehr viel, wenn wir uns auf die Formel „Europa als Projektgemeinschaft“ einigen könnten. Den könnte man dann auch kirchlich übertragen und „Ökumene als Projektgemeinschaft“ sagen. Mehr ist es nicht.

Das wäre mein Versuch einer Antwort darauf.

Hermann Schwengel

Wir müssen uns langsam auf das Ende zubewegen. Das definitive Schlusswort und die Zusammenfassung des ganzen wird Herr Jurt geben, dem ich gleich das Wort gebe. In der Zwischenzeit kann ich vielleicht den Bogen zu Ende führen, der in der Diskussion mit Herrn Duval begonnen wurde.

Wir können beobachten, dass in der Debatte zwischen Frankreich und Deutschland Parallelitäten entstehen; Parallelitäten, die auch konfliktreich sind. Lassen Sie mich das nur an einem Punkt, den ich eingangs schon einmal eingeführt habe, aufzeigen. Der Umgang mit

Wachstum und Arbeit, wie er durch die nationalen Traditionen und Konfliktlinien bestimmt ist, beginnt sich ein Stück weit zu synchronisieren.

Ich glaube nämlich, Herr Duval hat in der Sache völlig recht. Wir können eine deutsche Diskussion, wie wir sie 20 Jahre lang – Sie haben den „Spiegel“ genannt – geführt haben, nicht mehr nur national führen, sondern wir müssen sie europäisch führen. Es hat vor gut 20 Jahren eine Zeit gegeben, in der es die These gegeben hat, dass man möglichst viele Dinge aus dem Markt herausnehmen müsse, weil sie staatlich, kommunal, partizipatorisch, wie auch immer organisiert sein sollten. Und das traf sich ganz gut, weil man damals auch der Auffassung war, dass der Gesellschaft die Arbeit ausgehe.

Dagegen hat ein massiver Wandel im Bewusstsein wie in der Politik stattgefunden: Jetzt wird nämlich argumentiert, dass die Länder in Europa erfolgreich waren, die höhere Erwerbsquoten (und jetzt kommt Ihr Punkt), vor allen Dingen höhere und qualifizierte Frauenerwerbsquoten, aufweisen. Sie sind deshalb erfolgreich, weil sie andere Qualitätskreisläufe in einer Gesellschaft in Gang setzen können, in der soziale und kulturelle Dienstleistungen als Experimentierräume der Gesellschaft zwischen Staat und Märkten Raum finden.

Wir haben jetzt eine Situation, in der niemand mehr sagen wird, gebt einfach nur den Märkten Raum. Sie werden diese Prozesse schon umstrukturieren. Sondern was gerade passiert, ist eine neue „mixed economy“: es entsteht eine Mischung aus privaten und öffentlichen Institutionen, die parallel in Deutschland wie in Frankreich diskutiert wird.

Denken Sie daran: In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre war Frankreich sowohl in der Wachstums- wie in der Arbeitsmarktpolitik sehr viel erfolgreicher. Und das hing mit einer hohen lokalen und regionalen Flexibilität von Arbeitsmärkten, kommunalen Initiativen und Institutionen zusammen. Meine These ist also, dass wir in diesem Lernprozess durch die Krise der Sozialversicherungssysteme eher angetrieben werden, aufeinander zu schauen. Und Herr Duval hat völlig recht: wir sollten uns nicht von Ökonomen (hoffentlich ist keiner da) in diesem Lande in eine Debatte drängen lassen, die mit der französischen und europäischen bald nicht mehr so viel zu tun hat.

In der Tat kann so etwas wie die Nutzung von Nachfrage als etwas, das neue Impulse für eine Gesellschaft gibt, in der nicht nur Unternehmen, sondern Gemeinden und kulturelle Einrichtungen in hohem Maße daran beteiligt sind, ein „europäisches Markenzeichen“ werden. Die Krise ist ein Lehrmeister. Und wenn wir es genau bedenken, war das eigentlich schon immer so.

Für das definitive Schlusswort bitte ich jetzt Herrn Jurt, der wie kein anderer hier mit den Deutsch-Französischen Kulturgesprächen verbunden ist.

SCHLUSSBETRACHTUNG/CONCLUSION

(Samstag, 5. Juli 2003)

Joseph Jurt

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, ich freue mich sehr, dass ich für einmal das letzte Wort habe.

Ich soll hier – das wurde eben gesagt – die Ergebnisse der Debatten von drei Tagen zusammenfassen; das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Eine Synthese herzustellen, wäre vermessen; vor allem für einen bescheidenen Literaturwissenschaftler, wie ich das bin. Ich möchte nur ein paar Schwerpunkte aufgreifen.

Ich glaube, die Debatte hier hat gezeigt, dass es mit der Gemütlichkeit vorbei ist. Die Debatte hat auch keine Harmonieseligkeit zelebriert. Es wurde kontrovers diskutiert; es wurden unterschiedliche Einschätzungen zum Ausdruck gebracht. Und das war gut so.

Das belegt, dass der Prozess Europa nicht abgeschlossen ist, dass dieser Prozess von Dynamik geprägt ist, dass er ein Projekt bleibt. Und es gab hier in den verschiedenen Bereichen auch unterschiedliche Einschätzungen.

Im politisch-juristischen Bereich zum Beispiel, gerade im Bereich des Verfassungsentwurfs, wurden relativ positive und optimistische Urteile geäußert. Viel mehr Skepsis wurde im Laufe der drei Tage hinsichtlich einer europäischen Bürgergesellschaft geäußert, und ebenfalls Skepsis über ein soziales Europa.

Herr Dr. Salomon hat am Anfang bei der Eröffnung – wenn ich hier wieder die Brücke schlagen darf – auf das berühmte Dorf im Süden angespielt, das bald die letzte EU-Außengrenze für Deutschland bilden wird. Ich darf Ihnen versichern, dass ich (wie er) dieses Abseitsstehen meines Heimatlandes bedaure. Dies umso mehr, da die Schweiz in der Mitte des 19. Jahrhunderts einen analogen Integrationsprozess vollzogen hat und eigentlich ein Modell sein könnte: sie hat den Übergang von einem Staatenbund souveräner Kantone zu einem Bundesstaat schon im 19. Jahrhundert, 1848, vollzogen.

Im Grunde genommen wäre oder ist die Schweiz ein Modell. Man müsste allerdings einschränken, dass das, was jetzt in Europa geschieht, nicht der Übergang zu einem Bundesstaat ist, sondern es wird hier ein völlig neues Gebilde geschaffen; das, was Delors eben eine „Föderation der Nationalstaaten“ genannt hat (ein Begriff, den auch der deutsche Außenminister aufgegriffen hat und der leider wegen des englischen Widerstands nicht in den Verfassungsentwurf aufgenommen wurde). Dieses völlig neue Gebilde fordert die Kreativität der politisch Verantwortlichen heraus, wie das auch gestern Nachmittag im Forum betont wurde.

Völlig neu in der Geschichte ist auch, dass Staaten freiwillig einen Teil ihrer Souveränität abgeben. Herr Erler hat gestern betont, dass das vielleicht für Deutschland noch am leichtesten ist, weil Deutschland dadurch auch eine größere Akzeptanz innerhalb von Europa erreicht.

Erstaunlich ist aber auch, dass in Westeuropa die Integration vertieft wurde, während die osteuropäischen Staaten gerade aus einem transnationalen Verbund ausgetreten sind, um wieder ihre Nationalstaatlichkeit zurückzugewinnen. Allerdings darf man hier bei diesen beiden Integrations- und Desintegrationsprozessen nicht vergessen, dass die Integration in Westeuropa ein freiwilliger Prozess ist, während die Integration im Sowjetimperium aufgezwungen worden war. Ich finde, die Tatsache, dass die mittel- und osteuropäischen Staaten nun nach so kurzer Zeit bereit sind, Teile ihrer Souveränität abzugeben (wie das auch Herr Picht vorhin unterstrichen hat), verdient großen Respekt.

Es wurde auch zu Recht bedauert, dass man in Westeuropa gegenüber diesem Prozess allzu indifferent war. Denn es ist ein politischer Prozess, nicht bloß eine ökonomische Entscheidung – eben ähnlich (das wurde auch schon heute morgen gesagt) wie die Aufnahme der südeuropäischen Staaten (Portugal, Spanien und Griechenland) ein politisch motivierter und nicht ein ökonomischer Prozess war, der dann natürlich auch positive ökonomische Folgen hatte.

Um auf den Integrationsprozess der Schweiz in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückzukommen, kann man feststellen, dass sich hier eine dreisprachige Öffentlichkeit ausbildete, die sich durch einen historisch-mythologisch begründeten Gemeinschaftsglauben nach außen abgrenzte und die durch den Kampf um die richtige ideelle und institutionelle Gestalt der Nation integrierend wirkte.

Hier lassen sich drei Parameter ablesen, die eigentlich jeden Integrationsprozess bestimmen und die auch unsere Diskussion hier strukturiert haben.

Es braucht einen Gemeinsamkeitsglauben, der den Unterschied zwischen dem Eigenen und dem Anderen benennt. Hier ist das Stichwort „Identität“ vor allem im ersten Forum sehr stark unterstrichen worden.

Es braucht eine Öffentlichkeit, die diesen Gemeinsamkeitsglauben verbreitet und die Legitimität oder Illegitimität der bestehenden Ordnung zuschreibt. Hier spielen die Medien eine wichtige Rolle.

Es braucht Mechanismen der Machtverteilung zwischen den Einzelstaaten und der Föderation, damit eine gewisse Autonomie erhalten bleibt und der föderative Verband Handlungsfähigkeit erhalten kann.

Die Diskussion drehte sich in der Tat um diese drei Punkte. Der erste Punkt: eben die Frage nach einem Gemeinsamkeitsglauben, die Frage nach der europäischen Identität. Ich glaube, da war man sich einig (vielleicht einiger als früher), dass das, was die europäische Spezifität ausmacht, eben Vielfalt ist, dass es darum geht, nicht zu homogenisieren, sondern mit den Differenzen zu spielen.

Identität wurde hier als eine Konstruktion verstanden, und es wurde selektiv auf verschiedene Elemente der europäischen Geschichte Bezug genommen: auf Griechenland, auf Rom, auf die Renaissance, auf die Reformation, auf die französische Revolution. Aber keines dieser Elemente hat Europa in allen Teilen im Ganzen geprägt. Das, was wohl entscheidend ist, ist die Transkulturalität, der kulturelle Austausch.

Gewarnt wurde hier auch vor der Idee einer europäischen Homogenität, die die Basis eines Euronationalismus bilden könnte. Und gerade vorhin haben wir gesehen, dass in Europa auch in der Sozialpolitik nicht auf Vereinheitlichung oder auf Homogenisierung gesetzt wird, sondern auf den Wettbewerb der unterschiedlichen Wege zu einem gemeinsamen Ziel.

Herr von Thadden hat heute auch die Frage der Religion als einem der konstitutiven Elemente Europas aufgeworfen. Diese Frage ist eigentlich im Laufe der Debatten nie gestellt worden, außer durch einen Hinweis auf die Präsenz von acht Millionen Muslimen in Europa. Ich denke, dass die christliche Tradition als Konstituenz Europas als Kriterium nicht exklusiven Charakter hat und sich nicht als Kriterium eignet, um zum Beispiel die Türkei auszuschließen. Aber trotzdem bleibt diese Tradition ein wichtiger Strang in der europäischen Tradition. Die Frage zwischen der Rolle eines laizistischen Selbstverständnisses oder der religiösen Toleranz ist heute auch noch einmal gestellt worden.

Ich denke, dass im Bereich der europäischen Identität (das wurde gestern Nachmittag unterstrichen) ein wichtiger Qualitätsschub durch den Entwurf einer europäischen Verfassung geschaffen wurde. Denn in dieser Verfassung sind Grundwerte und Grundrechte festgehalten, und Europa artikuliert sich so auch als eine Wertegemeinschaft.

Es wurde aber auch gesagt, dass es sich hier eigentlich, formal gesehen, gar nicht um eine Verfassung handele, sondern um einen Vertrag. Aber ich denke, durch den Bezug auf den Philadelphia-Konvent, der hier hergestellt wurde, ist auch durch die Bezeichnung

„Verfassung“ (obwohl die formal nicht zutrifft) der Wille zum Ausdruck gekommen, dass man hier ein ganz starkes Symbol schaffen wird, selbst wenn dieses Symbol mit 460 Artikeln zu umfangreich geworden ist.

Bei der Frage nach den Werten, die Europa ausmachen, stellte sich in der Diskussion auch die Frage, ob es spezifische europäische Werte gibt oder ob diese Grundrechte nicht letztlich eigentlich universelle Rechte sind. Aber wenn die Werte universell sind, ist – glaube ich – die zweite Frage, die sich stellt, wie ernst man es mit diesen universellen Werten meint, die man dann auch in der konkreten Politik durchsetzen will.

Identität artikuliert sich auch in der Abgrenzung gegenüber anderen. Hier wurden sehr oft die USA erwähnt; selbstverständlich nach den großen Debatten im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg. Vielleicht müsste man hier noch mehr zwischen der Bush-Administration und Amerika unterscheiden. Denn gerade auch für die Verfassung Europas hat man sich ja explizit auf Jefferson bezogen.

Und man wird auch nicht vergessen dürfen, dass die Menschenrechte eben zuallererst in Amerika verbrieft wurden, und dass Europa als Wertegemeinschaft im Grunde genommen auch sehr viele Werte mit den Vereinigten Staaten teilt (das, was vielleicht Europa, die Spezifität von Europa ausmacht, die konkrete Gestaltung im politischen Alltag), dass sich hier unterschiedliche Traditionen ausgebildet haben. Gerade heute wurde zu Recht sehr stark betont, dass nun der Sozialstaat eine europäische Spezifität darstellt. Eben dass das – Herr Picht hat auch zu Recht auf Delors verwiesen – was Europa ausmacht, „le modèle social européen“ ist.

Aber gleichzeitig wurde – vor allem gestern – auch Kritik gegenüber dieser Idealvorstellung vorgebracht. Es wurde gesagt, dass das Projekt Europa ein Unternehmen der repräsentativen Kultur sei, ein Projekt, das sich vor allem an die Mittelschichten richte und das die Chancen ungleich verteile, dass dieses Projekt keine Antwort auf die dringenden Fragen wie Beschäftigungslosigkeit biete.

Michel Rocard, der bei den ersten „Kulturgesprächen“ 1996 in Freiburg war, hat damals gesagt, „der Markt ist per se nicht sozial“. Das heißt, es braucht Markt, aber es braucht eine sozialpolitische Begleitung. Gleichzeitig wurde gestern auch unterstrichen, dass der Verfassungsentwurf weiter geht als das dem deutschen Selbstverständnis entspricht, indem in der Verfassung die freiheitlichen Grundrechte mit den sozialen Grundrechten auf die gleiche Ebene gestellt werden – umgekehrt gesagt, dass die sozialen Grundrechte in dem Verfassungsentwurf denselben Stellenwert haben wie die freiheitlichen Grundrechte.

Zweiter Problemkreis: Gibt es eine europäische Öffentlichkeit? Welche Rolle spielen die Medien? Wie wird Europa von den Bürgern wahrgenommen? Hier wurde ein Desinteresse der Bürger (vor allem auch im Bereich von verwaltungstechnischen Fragen) festgestellt. Europa werde im Alltag greifbar, im Wegfall der Grenzen. Von mehreren Vertretern, vor allem auch der jungen Generation, wurde ihr „Europäersein“ vor allem durch die große Mobilität erfahren. Ich glaube, dass hier auch auf Universitätsebene – wie das heute gesagt wurde – einiges gegangen ist.

Es gibt in Deutschland und Frankreich 7000 Studenten in integrierten Studiengängen (die die Hälfte ihres Studiums in Deutschland und die andere Hälfte in Frankreich machen), die nachher nicht nur über ein binationales Diplom, sondern über eine binationale Ausbildung verfügen. Ich war Ende April zu einer Tagung in Nanterre eingeladen, wo sehr viele Studenten ihre Erfahrungen über diese binationale Ausbildung zum Ausdruck gebracht haben. Und ich kann Ihnen versichern, dass hier eine neue Generation heranwächst (obwohl 7000 Studenten auf die Gesamtzahl von fast vier Millionen in Deutschland und Frankreich eine sehr kleine Zahl ist). Hier immerhin geschieht einiges.

Was in den Debatten eigentlich wenig betont wurde, ist die Funktion des Euro – zunächst einmal nicht nur als Element der Währungsunion, sondern auch als wichtiges Symbol und als eine Konsequenz Europas, die man ständig in der Tasche herumtragen kann.

Eine europäische Öffentlichkeit, die europäische Fragen debattiert, scheint aber noch wenig existent zu sein. Die Medien unterstrichen, dass der ökonomische Konkurrenzdruck nun so groß sei, dass in der Berichterstattung die regionalen Themen eine immer wichtigere Rolle spielen, dass die internationale oder die europäische Berichterstattung zunehmend abnimmt, dass, wenn in den Medien von Europa die Rede ist, Europa eigentlich immer nur aus nationalstaatlicher Sicht gesehen wird, und dass mit Brüssel vor allem Bürokratie assoziiert wird. Die Medienvertreter haben aber auch gesagt, dass sie es nicht als ihre Aufgabe sehen, das Bewusstsein zu verändern, sondern dass sie hier einen Bewusstseinszustand widerspiegeln.

Es wurde auch der Einwand geäußert, dass im Bereich der interaktiven Medien eine europäische Dimension viel stärker zum Ausdruck komme. Und es wurde betont, dass es nicht nur darum geht, im Bereich der Informationsmedien zu bilanzieren, sondern dass auch dem Geschichtenerzählen eine große Rolle zukommt. Und dass in den Medien Geschichten erzählt werden (hier hat sich vor allem ein Vertreter von ARTE zu Wort gemeldet), die spezifisch europäische Geschichten sind und dass die Spielfilme fast immer europäische Koproduktionen sind.

Frau Strauss hat zu Recht auf die Bedeutung der Kunst für diesen europäischen Dialog hingewiesen. Denn Kunst und Literatur bringen Selbst- und Fremderfahrung zum Ausdruck. Und vor allem stellen sie viel Selbstverständliches in Frage. Zu Recht hat sie auf Pierre Bourdieu hingewiesen, der in seinen letzten Schriften immer wieder betont hat, wie viel er gerade auch aus literarischen Werken über die Gesellschaft erfahren hat, weil hier eine viel größere Komplexität und Intensität als in diskursiven Texten vorherrsche.

Der Dialog auf der europäischen Ebene ist aber auch eine Frage der Sprache. Es wurde vorhin von Herrn Kaelble noch einmal gesagt, dass sowohl in Deutschland als auch in Frankreich die Sprachkompetenz zurückgeht. Man fragt sich in der Tat, ob sich eine europäische Öffentlichkeit und ein Gemeinschaftsgefühl ausbilden können, wenn große Bevölkerungsteile keine der europäischen Integrations-sprachen beherrschen und so auch ihre Partizipationsmöglichkeiten an der europäischen Debatte eingeschränkt sehen. Begrüßt wurde hier die voluntaristische Politik der Regierung Baden-Württembergs, die nun an der Rheinschiene Französisch in der Grundschule einführen will.

Das europäische Bewusstsein ist in den Köpfen der Bürger keineswegs so stark verankert wie in den Köpfen der politisch Verantwortlichen. Vielleicht ist das ein normaler Vorgang, wie das auch Herr Kreis gesagt hat. Norbert Elias hat schon von einem „Nachhinkeffekt“ gesprochen. Er hatte vor Jahren betont, dass de facto die Nationalstaaten die Funktion von Überlebenseinheiten gar nicht mehr wahrnehmen können, dass transnationale Institutionen (wie die UNO, das Rote Kreuz, amnesty international, der Weltwährungsfonds oder auch die Europäische Union) eine immer wichtigere Rolle spielen. Und trotzdem artikuliert sich die emotionale Bindung der Bürger noch vor allem auf der Ebene des Bewusstseins, eben sehr stark regional- oder nationalstaatlich. Aber ich denke, das wird sich ändern.

Der dritte Fragenkomplex war die Frage nach der Machtverteilung zwischen Föderation und Einzelstaaten. Hier wurde das Prinzip der Subsidiarität hochgelobt; der Verfassungsentwurf, der eine klare Kompetenzordnung zwischen ausschließlichen, geteilten und ergänzenden Kompetenzen abgrenzt und der auch ein Klagerecht, etwa der Regionen, vorsieht. Allerdings sind das noch sehr stark formal bestimmte Vorgaben. Die Praxis wird zeigen, wie das dann durchgesetzt wird.

Es wurde auch unterstrichen, dass der neue Verfassungsentwurf mehr Demokratie bringt, dass das Europaparlament gestärkt wird und Europa über Mehrheitsentscheidungen (die auf 70 Bereiche ausgeweitet wurden), nun auch über eine größere Handlungsfähigkeit verfügt. Allerdings konnte man gerade heute morgen in der Presse lesen, dass der Vorschlag des deutschen Außenministers, man wolle im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik von

der Einstimmigkeit abrücken, beim Konvent von England strikt abgelehnt wird; dass man also hier von einer politischen Union, die mit einer Stimme spricht, auch in Zukunft leider noch weit entfernt ist.

Und trotzdem: es wurde vorsichtiger Optimismus geäußert, vor allem auch in bezug auf die Ausgangspunkte. In Nizza – das hat der Staatssekretär in seiner Eröffnungsrede betont – waren die Standpunkte vor allem zwischen Deutschland und Frankreich noch sehr weit voneinander entfernt. Frankreich setzte auf Intergouvernementalität, Deutschland wollte größere Integration. Der Verfassungsentwurf ist das Produkt eines Kompromisses. Und letztlich ist es wohl – das würde ich meinen – auch die Kunst der Politik, Kompromisse schließen zu können. Aber auf der anderen Seite, glaube ich, darf man Kompromisse nicht als große Visionen verkaufen.

Es wird sich zeigen, ob sich eine zweiköpfige Leitung mit einem Präsidenten der Kommission und einem Präsidenten des Rates, der auf zweieinhalb Jahre gewählt wird, bewährt.

Der Verfassungsentwurf – das hat Herr Würtenberger gesagt – ist letztlich ein Vertrag von Regierungen und nicht die Äußerung der Souveränität der Völker. Das, was mich eigentlich etwas gewundert hat, war, dass sich alle Leute äußerst skeptisch gegenüber der Möglichkeit eines Referendums äußerten, das vielleicht dann schief gehen könnte, aber das diesem Vertrag zwischen den Regierungen auch eine breitere Legitimationsbasis geben würde. Vielleicht wundere ich mich, weil ich aus einem direkt demokratisch organisierten Land komme, das kein Misstrauen gegenüber dem Volk hegt, das wir Souverän nennen.

Schließlich sind in dem Verfassungsentwurf erstmals die kommunalen und regionalen Rechte festgelegt worden. Die Debatte zwischen Adrien Zeller und Staatsminister Palmer hat sehr schön aufgezeigt, wie sich die europäische Integration gerade in der Region bürgernah äußert.

In der Tat geht wohl die Tendenz europaweit in Richtung einer Aufwertung der Regionen: ob das nun in föderalistischer Art oder über den Weg des Dezentralismus ist. Aber hier gibt es zwischen Frankreich und Deutschland zweifelsohne eine Annäherung. Aber auch in Frankreich wird die Dezentralisierung nicht generell als positiv angesehen. Es wird dort, gerade von der Idee der „nation citoyenne“ aus, die Befürchtung geäußert, dass eine Dezentralisierung Ungleichheiten zwischen den Regionen verstärken könnte, während der baden-württembergische Minister das als „gesunden Wettbewerb“ hochlobte.

Gleichzeitig wurden auch Defizite in der Verfassung festgestellt, vor allem dass staatenübergreifende Zusammenarbeit zwischen Regionen nicht im Verfassungsentwurf festgehalten wird (vor allem auch – weil Spanien hier strikt dagegen war – wegen des Problems des Baskenlandes). Man muss vielleicht verstehen, dass der Regionalismus auch eine Kehrseite hat. Früher wurde der Regionalismus oft ethnisch bestimmt, und ein ethnisch bestimmter homogener Regionalismus ist der Tod eines Europagedankens. Vor allem, weil die Homogenisierung, die wir ja in Europa und im Nationalstaat nicht wollen, zu einem exklusiven und ausschließenden Prinzip gemacht wurde.

In unseren Debatten wurde wenig über die Außenwirkungen der europäischen Integration gesprochen (aber man kann nicht alles ansprechen). Vor allem wurde etwa die Frage der Einwanderungspolitik vorhin nur kurz angesprochen, aber nicht vertieft. Und ich denke, angesichts der großen demographischen Defizite, vor allem in Deutschland, wird man nicht drum herumkommen, eine Einwanderungspolitik nur mit dem Veto der Einzelstaaten regeln zu können.

Was auch nicht angesprochen wurde (aber vielleicht wurde das schon vorher, am Bauerntag, sehr ausführlich behandelt), ist die Agrarpolitik, die 80% der Ausgaben der Europäischen Union bestimmt. Eine Agrarpolitik, die nun gerade dem hochgelobten Prinzip des Marktes total widerspricht und die vor allem für die Länder der Dritten Welt

verhängnisvoll ist, die im Grunde genommen nur mit ihren Agrarprodukten in Europa präsent sein können. Aber vielleicht ist das ein Thema für andere Kulturgespräche...

Fazit: Vieles ist im Fluss – das wurde hier sichtbar gemacht. Einmal, ganz am Anfang, hat jemand gesagt, es sei viel leichter, Fragen zu stellen als Antworten zu geben. Das ist vielleicht ein Beleg für die Dynamik dieses historischen Prozesses, den politisch Verantwortliche, die hier präsent waren, mitgestalten können und den wir alle hier reflektiv begleiten durften.

Vielleicht werden wir im nächsten Jahr, wenn die mittel- und osteuropäischen Staaten der EU beitreten und Europa wieder vereinigt sein wird, ähnliche Worte wie Goethe am Abend der Schlacht von Valmy finden: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und Ihr könnt sagen, Ihr seid dabeigewesen!“

Ich möchte aber nicht so pathetisch schließen, sondern ganz schlicht mit Dankesworten. Dank an die Stadt und das Land Baden-Württemberg, die diese Kulturgespräche ermöglicht haben. Dank auch an alle Teilnehmer, Dank an die Institute, und vor allem möchte ich auch meinen Dank an diejenigen aussprechen, die für die ganze Logistik verantwortlich waren: das Kulturstadamt der Stadt Freiburg und die Geschäftsführung des Frankreich-Zentrums. Ich möchte hier stellvertretend Frau Baumann und Frau Erzgräber den Dank von uns allen aussprechen.

Und schließlich, noch prosaischer, hier von den intellektuellen Debatten hin zu den „nourritures terrestres“. Die aktiven Teilnehmer an diesen Debatten sind nun eingeladen, an einem Essen im Saal 9 teilzunehmen. Ich danke Ihnen.

ANHANG/ANNEXES

TEILNEHMER DER FOREN UND GESPRÄCHE / PARTICIPANTS AUX TABLES RONDES ET DÉBATS

Forum „Lebenswelten“ / Table ronde « Cadre de vie »

Moderation / Animation :	Rolf G. Renner, Frankreich-Zentrum der Universität Freiburg ; Maurice Aymard, Maison des Sciences de l’Homme, Paris
Helmuth Berking	Soziologe, Freie Universität, Berlin
Gérard Bossuat	Universität Cergy-Pontoise
Kurt Brenner	Direktor des Heidelberg-Hauses, Montpellier
Francis Cheneval	Philosoph, Universität Zürich
Rudolph Chimelli	Korrespondent der Süddeutschen Zeitung, Paris
Ulrich von Kirchbach	Bürgermeister für Kultur, Jugend und Soziales, Freiburg
François de Mazières	Maire adjoint à la Culture, Versailles
Sighard Neckel	Soziologe, Justus-Liebig-Universität, Gießen
Siegfried J. Schmidt	Kommunikationswissenschaftler, Universität Münster
Willi Steul	Landessenderdirektor Baden-Württemberg des SWR, Stuttgart

**Forum „Europäische Verfassung“ /
 Table ronde « Constitution politique »**

Moderation / Animation :	Frank Baasner, Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg Nicolas Baverez, Avocat à la Cour, Paris
Jean-Marie Bockel	Maire, Mulhouse
Gernot Erler	MdB, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, Berlin
Rémy Leveau	CNRS, Paris
Siegfried Magiera	Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer
Jean-Louis Quermonne	Instituts d’Etudes Politiques, Grenoble/Paris
Dominique Rousseau	Universität Montpellier
Dieter Salomon	Oberbürgermeister, Freiburg
Jürgen Schwarze	Direktor des Europa-Instituts Freiburg e. V., Freiburg
Thorsten Stein	Direktor des Europainstituts Saarbrücken, Saarbrücken
Thomas Württemberg	Jurist, Institut für Öffentliches Recht der Albert-Ludwigs- Universität, Freiburg

Forum „Gesellschaft“ / Table ronde « Contexte social »

Moderation / Animation :	Hermann Schwengel, Frankreich-Zentrum der Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg; Bernard Falga, Bibliothèque nationale et universitaire, Strasbourg
Guillaume Duval	„Alternatives Economiques“
Brigitte Favarel-Dapas	Ministère des Affaires sociales, du travail et de la solidarité, Paris
Sylvie Goulard	Europäische Kommission, Brüssel
Roland Hitzler	Soziologe, Universität, Dortmund
Christian Joly	Institut für Internationale Beziehungen, Aix-en-Provence
Hartmut Kaelble	Institut für Geschichtswissenschaften und Sozialgeschichte der Humboldt-Universität, Berlin
Georg Kreis	Europa-Institut der Universität, Basel
Robert Picht	Europa-Kolleg, Brügge
Lucile Schmid	Europartenaires
Dorothea Strauss	Direktorin des Kunstvereins, Freiburg

BIO-BIBLIOGRAPHISCHE ANGABEN DER TEILNEHMER / RENSEIGNEMENTS BIO-
BIBLIOGRAPHIQUES SUR LES PARTICIPANTS

Prof. Dr. Frank Baasner (* 1957)

Direktor des Deutsch-Französischen Instituts

Ludwigsburg

Studium der Romanistik, Vergleichenden Literaturwissenschaft und Psychologie (Universitäten Bonn, Bologna und Tübingen). Kürzere Studienaufenthalte in Perugia, Salamanca und Siena. Promotionsstudium in Paris, 1986 Promotion. 1986/1987 Assistent an der Universität Erlangen, 1987-1989 an der Universität Tübingen. 1989-1991 Habilitationsstipendium der DFG in Madrid, 1993 Habilitation. 1993-1995 Professor an der Universität Erlangen. Seit 1995 Professor an der Universität Mannheim. Gastprofessuren in Österreich, Spanien und Schweden.

Zahlreiche Publikationen.

Nicolas Baverez (*1961)

Avocat à la Cour d'appel de Paris

1980-1984 élève de l'Ecole normale supérieure (rue d'Ulm). Ancien élève de l'Ecole nationale d'administration. 1982 diplômé de l'Institut d'études politiques de Paris ; 1983 agrégé de sciences sociales. 1986 docteur ès lettres (histoire). Trésorier de « Plan International France » et du « Défi de l'Atlantique ». Membre du comité directeur et président du groupe de travail « Affaires étrangères et défense » de l'Institut Montaigne. Membre du comité de direction de la revue « Commentaire » (Paris). Depuis 2001, associé du cabinet d'avocats Brandford-Griffith Baverez Pasturel. Depuis 2002, membre du comité d'éthique entrepreneuriale du « Mouvement des entreprises de France » (MEDEF).

Publications récentes : « Les orphelins de la liberté » (1999) ; « Les trente piteuses » (1997) ; « Champs » (1995).

Prof. Dr. Helmuth Berking (*1950)

Professor für Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt

Gastprofessuren in Chicago, Freiburg und Berlin. Derzeit Professor für Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Globalisierungstheorien, Kultursoziologie, politische Soziologie.

Zahlreiche Publikationen.

Jean-Marie Bockel (* 1950)

Maire de Mulhouse

Etudes de droit, 1973 CAPA d'Avocat à Strasbourg. 1977 création de son cabinet d'avocat. Lieutenant-colonel de réserve de l'Armée de Terre. 1981 Député du Haut-Rhin (réélu en 1986, 1988 et 1997). 1981-1984 et 1992 Conseiller Régional d'Alsace. 1982 Conseiller Général de Mulhouse-Nord (réélu en 1988 et 1994). 1984-1986 Secrétaire d'Etat auprès du Ministre du Commerce, de l'Artisanat et du Tourisme. 1988-1993 Président de la Commission de la Production et des Echanges (CPE). Depuis 1989, Maire de Mulhouse. Membre de la Commission des Lois, puis de la Commission de la Défense Nationale.

Publication : « La troisième gauche : petit manifeste social-libéral » (1999).

Gérard Bossuat

Professeur d'histoire de l'unité européenne à l'Université de Cergy-Pontoise (Chaire Jean Monnet 2000-2003)

Directeur du D.E.S.S. « Chef de projets européens ». Directeur d'un groupe de recherches sur l'histoire de l'intégration européenne (« Milieux, réseaux et groupes d'influence ») au sein de l'UMR IRICE (Paris-1, Paris-4 et CNRS). Membre des comités de rédaction de la « Revue de l'intégration européenne » (Groupe de liaison des Historiens européens, Essen), de « Recherche socialiste » (OURS) et de la revue « Matériaux pour l'histoire de notre temps ». Co-animateur du programme international « Espaces et temps de l'Europe » et des travaux des Chaires Jean Monnet d'histoire (Action Jean Monnet).

Publications : plusieurs ouvrages sur l'histoire de l'unité européenne dont « Les fondateurs de l'Europe unie » (2001), « Inventer l'Europe, histoire nouvelle des groupes d'influence et des acteurs de l'unité européenne » (en collaboration avec Georges Saunier, 2003). Préparation d'un ouvrage sur l'ancien Secrétaire général de la Commission européenne, « Emile Noël », et de « Les politiques d'unité européenne des gouvernements français de 1943 à 2003 ».

Kurt Brenner

Direktor des Deutschen Kulturzentrums „Maison de Heidelberg“, Montpellier

Studium der Germanistik und Romanistik an der Universität Heidelberg. 1967-1969 Lehrbeauftragter an der Abteilung "Angewandte deutsche Sprachwissenschaft" der Universität Heidelberg. Seit 1969 Direktor des Deutschen Kulturzentrums „Maison de Heidelberg“ in Montpellier. Gr ndungspr sident der Föderation Deutsch-Französischer-Häuser. Generalsekretär der „Maison de l'Europe“, Montpellier.

Hans Martin Bury (*1966)

Staatsminister für Europa

1985-1988 Studium der Betriebswirtschaft (Berufsakademien Stuttgart und Mosbach); Abschluss Dipl.-Betriebswirt (BA). 1988-1990 Vorstandsassistent der Volksbank Ludwigsburg eG. 1988 Eintritt in die SPD. 1989/1990 Stadtrat in Bietigheim-Bissingen. 1989-1991 Vorsitzender des Juso-Kreisverbands Ludwigsburg. Seit Dezember 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages; 1992 bis 1994 Sprecher der Gruppe junger Abgeordneter der SPD-Bundestagsfraktion ("Youngsters"); 1994 bis 1998 Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Post und Telekommunikation. Seit 1997 Mitglied des SPD-Landesvorstands Baden-Württemberg. 1998 bis 1999 Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Wirtschaft und Technologie. 1999 bis 2002 Staatsminister beim Bundeskanzler.

Prof. Dr. Francis Cheneval (*1962)

Professor für Philosophie an der Universität Zürich

Studium der Philosophie (Universität Fribourg, Schweiz) und der Politikwissenschaft (Georgetown University, Washington D. C., USA). Fellow und teaching assistant für politische Theorie (Georgetown University, Washington D. C., USA). 1994-2002 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in Forschungsprojekten des SNF zur Philosophiegeschichte des Mittelalters und der Aufklärung an den Universitäten Fribourg und Zürich. 1995 Promotion, 2001 Habilitation. Gastdozent in Paris, Bogot  und Brüssel. Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten Fribourg, Zürich und Basel. Seit 2002 SNF-

Förderungsprofessor an der Universität Zürich. Leiter des Forschungsprojekts „Philosophische Legitimationsgrundlagen einer Verfassung der Europäischen Union“.

Forschungsschwerpunkte: Normative Probleme der europäischen Integration, Konzeptionen postnationaler Demokratie, Kosmopolitismus, Geschichte der Philosophie (Mittelalter, Moderne).

Rudolph Chimelli (*1928)

Frankreich-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung

Studium der Rechte und Volkswirtschaft. 1964-1972 Korrespondent in Beirut, 1972-1979 in Moskau. Seit 1979 Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in Frankreich. Von Paris aus auch Berichte über die Maghreb-Staaten, den Iran, die Türkei sowie Probleme islamischer Länder. Reportagereisen nach Afrika, Asien und in die Karibik.

Publikationen: „7mal Moskau“ (1987), „Matrioschka“ (Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion, 1991), „Islamismus“ (1993), „Lokaltermin bei Mona Lisa, Pariser Promenaden“ (1998), „Öl und Opium“ (Zentralasien, 2000), „Die Revolution mehr ihre Kinder, Iranische Notizen“ (2000), „Das Abendland Arabiens, Maghrebische Verknüpfungen“ (2002). Träger des Theodor-Wolff-Preises (1986) und des Joseph-Roth-Preises (1992).

Yvon Chotard

Adjoint au Maire de la Ville de Nantes délégué à la Coopération et aux Jumelages

Président de l'office de tourisme de Nantes-Métropole

Guillaume Duval (*1956)

Rédacteur en chef adjoint du mensuel « Alternatives économiques »

Originalement ingénieur dans l'industrie, il a vécu et travaillé plusieurs années en Allemagne.

Publications : « Le libéralisme n'a pas d'avenir » (2003), « L'entreprise efficace, à l'heure de Swatch et McDonald's : La seconde vie du taylorisme » (1998)

Gernot Erler(*1944)

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion;

Stellvertretender Sprecher der „Parlamentarischen Linken“ (PL)

1963-1967 Studium der Geschichte, Slawischen Sprachen und Politik (FU Berlin, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg); Staatsexamen. 1968/1969 Verlagsredakteur, 1969-1979 Wissenschaftlicher Assistent und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Osteuropäische Geschichte der Universität Freiburg. 1980-1987 Verlagsleiter. 1970 Eintritt in die SPD; 1973-1977 Ortsvereinsvorsitzender Freiburg-Tiengen; 1976-1984 Ortschaftsrat Freiburg-Tiengen; 1977-1987 Kreisvorsitzender SPD Freiburg; 1983-1997 Mitglied des Landesvorstands und 1985-1997 Mitglied des Präsidiums der SPD Baden-Württemberg; seit 1987 Mitglied des Bundestags (Wahlkreis 282 Freiburg).

Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit. Stellvertretender Fraktionsvorsitzender verantwortlich für Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Menschenrechte, Entwicklungspolitik.

Stellvertretendes Mitglied im verschiedenen Ausschüssen des Deutschen Bundestags: Auswärtiger Ausschuss, Verteidigungsausschuss, Ausschuss für wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung, Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Bernard Falga (*1951)

Verwalter der National- und Universitätsbibliothek Straßburg

1981-1987 Bibliothèque Publique d'Information des Georges-Pompidou-Zentrums Paris. 1987-1991 Leitung des Instituts Français West-Berlin, 1991-1994 Leitung des Instituts Français Düsseldorf (1991-94). 1994-98 Leitung der DRAC (Direction Régionale des Affaires Culturelles) Lothringen. 1998-2002 Berater in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Technik in der französischen Botschaft in Moskau. Seit 2002 Verwalter der National- und Universitätsbibliothek Straßburg.

Brigitte Favarel-Dapas

Ministère des affaires sociales, du travail et de la solidarité

Diplômée de l'Institut d'Etudes de Paris. 1992-1998 administrateur principal à la Commission européenne (Direction Générale des affaires sociales et de l'emploi). A la Délégation générale à l'emploi et à la formation professionnelle de Paris (Ministère des affaires sociales, du travail et de la solidarité), elle est actuellement chargée de mission pour les affaires européennes.

Publication : « L'Europe sociale, enjeux et réalités » (1999, en collaboration avec Odile Quintin).

Joachim Fritz-Vannahme

Europa-Korrespondent der ZEIT

Studium der Germanistik, Geschichte und Wissenschaftlichen Politik (Universität Freiburg). Redakteursausbildung bei der Badischen Zeitung, Freiburg; 1983-1988 Frankreich-Korrespondent der Badischen Zeitung, Freiburg. Seit 1988 bei der ZEIT, Hamburg (zuerst Frankreich-Korrespondent, danach Bonner Korrespondent. 1994-1999 Ressortleiter Wissen, anschließend Ressortleiter Politik. Stellvertretender Chefredakteur. Seit 1999 Europa-Korrespondent).

Prof. Dr. Meinhard Hilf (*1938)

Professor für Verfassungs-, Europa- und Völkerrecht an der Universität Hamburg

Studium der Rechtswissenschaften (Universitäten Genf, München, Hamburg und Heidelberg); 1965 Erstes Staatsexamen, 1968 Zweites Staatsexamen. 1973 Promotion, 1981 Habilitation. 1965-1972 Referent am Max-Planck-Institut für Ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg. 1973 Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. 1977-1980 Referent am Max-Planck-Institut für Ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg. 1982-1992 Professur für Öffentliches Recht, Europarecht und Völkerrecht (Universität Bielefeld). Seit 1992 Professur für Verfassungs-, Europa- und Völkerrecht (Universität Hamburg). 1999/2000 Juristischer Berater des Rats der Europäische Union im Grundrechtekonvent. Mitglied des Juristischen Dienstes der Europäischen Kommission.

Wissenschaftliche Schwerpunkte: Europarecht (Institutionen und Verfahren, gemeinsame Handelspolitik und angrenzende Gebiete) und Völkerrecht (WTO/GATT-Recht, Recht der Vereinten Nationen).

Publikationen u. a.: „Le traité d'union européenne“ (1985; Mitherausgeber), „European Community and GATT“ (1986; Mitherausgeber), „The New GATT Round of Multilateral Trade Negotiations“ (1989; Mitherausgeber).

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Jäger (*1940)
Rektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg,
Ordinarius für Wissenschaftliche Politik

1960-1966 Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Latein (Universitäten Freiburg und München, London School of Economics and Political Science). 1969 Promotion, 1973 Habilitation. 1974 Professor für Wissenschaftliche Politik in Freiburg, seit 1982 Ordinarius. 1975-1989 Prorektor (dabei verantwortlich für die Planung des Frankreich-Zentrums), seit 1995 Rektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Mitgliedschaften (u. a.): Staatsgerichtshof Baden-Württemberg, ZDF-Fernsehrat, Kommission für Zeitgeschichte. Mitglied verschiedener Herausbergremien und Beiräte wissenschaftlicher Zeitschriften.

Jüngste Publikationen: „Fernsehen und Demokratie. Scheinplebiszitäre Tendenzen und Repräsentation in den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland“ (1992), „Wer regiert die Deutschen? Innenansichten der Parteiendemokratie“ (1994), „Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozess der Vereinigung 1989/90“ (1998; Mitherausgeber), „Regierungssystem der USA: Lehr- und Handbuch“ (1998; Mitherausgeber).

Prof. Dr. Joseph Jurt (*1940)
Professor für Romanische Literaturwissenschaft, Mitglied des Vorstands des
Frankreich-Zentrums der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Studium der Romanistik und Geschichte (Universitäten Fribourg/Schweiz und Paris-Sorbonne). 1966 Promotion, 1978 Habilitation. 1980 Professor der Universität Regensburg. Seit 1981 Professor in Freiburg. 1987, 1989 und 1993 Directeur de Recherches associé (Ecole des Hautes études en Sciences Sociales, Paris). Seit 1989 Mitglied des Frankreich-Zentrums der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, 1993-2000 Vorstandsvorsitzender des Frankreich-Zentrums.

Mitgliedschaften (u. a.): Deutsch-Französischer Kulturrat, Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat, Académie des Sciences, Belles Lettres et Arts (Besançon). Träger der Universitätsmedaille der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Chevalier dans l'Ordre des Palmes académiques; Chevalier dans l'Ordre National du mérite.

Hauptforschungsgebiete: Französische Literatur des 18.-20. Jahrhunderts; Literatur und Politik, Rezeptionsforschung und Literatursoziologie.

Prof. Dr. Hartmut Kaelble
Professor für Sozialgeschichte an der Humboldt-Universität Berlin

1971-1991 Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (FU Berlin) Gastprofessuren und Forschungsaufenthalte: Harvard University, St. Anthony's College Oxford, Erasmus-Universität Rotterdam, Sorbonne (Paris I), Maison des Sciences de l'Homme Paris, Ecole des Hautes Etudes en Sciences sociales Paris. Derzeit Gastprofessor am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin.

Zahlreiche Publikationen zur vergleichenden europäischen Sozialgeschichte, zur Geschichte Frankreichs und Deutschlands, zur Geschichte des europäischen Selbstverständnisses und der europäischen Öffentlichkeit im 19. und 20. Jahrhundert; u. a.: „Wege zur Demokratie. Von der Französischen Revolution zur Europäischen Union“ (2001).

Ulrich von Kirchbach (*1956)

Bürgermeister für Kultur, Jugend und Soziales der Stadt Freiburg

1976-1981 Studium der Rechtswissenschaften (Universität Tübingen). 1981 und 1985 Staatsexamina. 1985 Assessor, später Regierungsrat bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest. 1988 Leiter des Referats 81 (Wasser- und Schifffahrtsrecht), stellvertretender Leiter der Abteilung VIII (Wasserstraßen) beim Regierungspräsidium Freiburg. 1992 Dezernent beim Landratsamt Rastatt (Umwelt- und Straßenverkehrsamt; Rechtsamt, Schul- und Kulturamt und Amt für Abfallwirtschaft). 1998 Sozial- und Kulturdezernent. 2002 Dezernent für Soziales der Stadt Freiburg. Seit 2003 Dezernat für Kultur und Soziales der Stadt Freiburg.

Mitgliedschaften (u. a.): Sozialausschuss des Städtetags Baden-Württemberg, Kooperationsrat der Regio Freiburg; Vorsitzender des Centre Culturel Francais Freiburg.

Prof. Dr. Georg Kreis (* 1943)

Ordinarius für Neuere Allgemeine Geschichte und Schweizergeschichte an der Universität Basel; Direktor des Europainstituts der Universität Basel

Studium der Geschichte, Germanistik und Geografie (Universitäten Basel, Paris und Cambridge). 1985-1993 Leiter des Nationalen Forschungsprogramms 21: "Kulturelle Vielfalt und nationale Identität". 1991/1992 Beauftragter des Bundesrats zur Erarbeitung eines historischen Berichts über den Staatsschutz in der Schweiz 1935-1990. Seit 1993 Leiter des damals geschaffenen interdisziplinären Europainstituts der Universität Basel. Seit 1995 Präsident der damals geschaffenen Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus. Seit 1996 Mitglied der damals geschaffenen unabhängigen Expertenkommission "Schweiz-Zweiter Weltkrieg. Seit 2000 Präsident der NF-Leitungsgruppe "Schweiz-Südafrika". Hauptredaktor der Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte.

Mitgliedschaften: Comité de Rédaction der französisch-schweizerischen Zeitschrift "relations internationales", Nationale Kommission für die Veröffentlichung Diplomatischer Dokumente der Schweiz, Expertenkommission des Nationalen Forschungsprogrammes 42 "Grundlagen und Möglichkeiten schweizerischer Aussenpolitik", Stiftungsrates der Stiftung "Bevölkerung, Migration, Umwelt" (Zürich), Herausgeberrat des Jahrbuchs für Europäische Geschichte (Mainz), internationaler Beirat des Bruno Kreisky-Forums in Wien.

Zahlreiche Publikationen über die Zeit des 2. Weltkriegs (u. a. Pressezensur, geheime Militärkontrakte zwischen Schweiz und Frankreich, Ankäufe "entarteter" Kunst in Basel), u. a. „Die Schweiz in der Geschichte, 1700 bis Gegenwart“ (1997), „Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg“ (1997, Herausgeber), „Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Ihre Antworten auf die Herausforderungen der Zeit“ (1999).

Prof. Dr. Rémy Leveau (*1933)

Docteur en droit et professeur agrégé de science politique

1953 licence en Droit, 1955 diplôme de l'Institut d'études politiques de Paris, 1958 diplôme du cycle supérieur d'Études Politiques de la Fondation Nationale des Sciences Politiques. 1958-1965 enseignant à la Faculté de Droit de Rabat. 1973 docteur en droit (science politique, Paris I), 1974 agrégé de science politique. 1974/1975 conseiller culturel à l'Ambassade de France à Tripoli. Professeur à la Faculté de Droit de l'Université de Beyrouth. 1975-1980 sous-directeur à la Direction Générale des relations culturelles au Ministère des Affaires Etrangères. 1980-1983 conseiller culturel à l'Ambassade de France au Caire (1980-1983).

1989-1994 directeur de l'École doctorale de l'IEP, 1994-1997 directeur adjoint au Centre Marc Bloch à Berlin coopérant avec les universités allemandes à la création d'une École doctorale sur le monde arabo-musulman.

Professeur émérite des universités à l'Institut d'études politiques (Paris). Chargé de séminaire à l'École des Hautes Etudes en Sciences Sociales (Paris). Professeur à l'University School of Advanced International Studies (Bologne/Italie). Conseiller scientifique à l'Institut français des relations internationales pour le monde arabo-musulman (Paris).

Publications récentes : Israéliens et Palestiniens. La guerre en partage (2003, en collaboration avec Alain Dieckhoff), « De la citoyenneté locale » (2002, en collaboration avec Khadija Mohsen-Finan), « Travaux et Recherches de l'Ifri » (2002).

Prof. Dr. Siegfried Magiera

Lehrstuhl für öffentliches Recht, insbesondere Völker- und Europarecht. Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europarecht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Studium der Rechtswissenschaft (Universitäten Kiel, Freiburg, Berlin). 1965 und 1969 Staatsexamina. 1967 M. A. Political Science (Universität Kansas). 1969 Promotion, 1978 Habilitation. 1980-1984 Professor für öffentliches Recht an der Universität Köln. Seit 1984 Professor für öffentliches Recht, insb. Völker- und Europarecht/Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europarecht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. 1996-2000 Rektor/Prorektor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Prof. Dr. phil. Sighard Neckel (*1956)

Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen;

Studium der Soziologie, Philosophie und Rechtswissenschaften (Universität Bielefeld, Freie Universität Berlin). Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Assistent an der FU Berlin. 1990 Promotion, 1996 Habilitation. Lehrtätigkeit an der Duke University (USA), Professuren an der Universität Siegen und der Bergischen Universität Wuppertal. Seit 2001 Professor für Allgemeine Soziologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Mitgliedschaften: Wissenschaftliche Leitung des Instituts für Sozialforschung (Frankfurt/Main), Mitherausgeber der Zeitschrift für Sozialwissenschaft „Leviathan“.

Arbeitsgebiete: Symbolische Ordnungen sozialer Ungleichheit, Kulturosoziologie, Macht- und Konfliktforschung, Soziologische Ethnographie.

Veröffentlichungen (u. a.): „Status und Scham. Zur symbolischen Reproduktion sozialer Ungleichheit“ (1991), „Waldleben. Eine ostdeutsche Stadt im Wandel seit 1989“ (1999), „Die Macht der Unterscheidung. Essays zur Kulturosoziologie der modernen Gesellschaft“ (2000).

Dr. Christoph Palmer(*1962)

Minister im Staatsministerium Baden-Württemberg

1983-1988 Studium der Politikwissenschaft, Germanistik und Neueren Geschichte. 1988-1993 Parlamentarischer Berater im Landtag von Baden-Württemberg. 1992 Promotion. Seit 1993 Lehrbeauftragter an der Universität Stuttgart. 1994-1996 Professor für Politikwissenschaft an der Fachhochschule der Polizei Baden-Württemberg in Villingen-Schwenningen. 1989-1996 Stadtrat in Stuttgart. Seit 1996 Kreisvorsitzender der CDU Stuttgart. Seit 1997 Vorsitzender der Freunde der Hebräischen Universität Jerusalem in Baden-Württemberg e.V. 1996-1998 Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Seit 1998 Minister im Staatsministerium Baden-Württemberg.

Prof. Dr. Robert Picht

Professor am Europa-Kolleg Brügge

Studium der Romanistik und Soziologie (Universitäten Freiburg, München, Madrid, Frankfurt und Paris). Mitarbeiter der Pariser Zweigstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, zugleich Lektor für deutsche Sprache und Deutschlandinformation an verschiedenen Pariser Hochschulen. 1972 Promotion (Sorbonne/Paris) unter der Leitung von Pierre Bourdieu. 1972-2001 Leiter des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg. Zahlreiche Lehraufträge (Universitäten Paris-Asnières, Bologna, Hagen, Brügge). Seit 1983 Vorstandsmitglied des Comité d'étude des relations franco-allemandes (Paris). Seit 1994 Professur für europäische Soziologie am Europa-Kolleg, Brügge. 2002 Rektor des Europa-Kollegs, Brügge.

Prof. Dr. Jean-Louis Quermonne

Professeur émérité des Universités aux Instituts d'Etudes Politiques de Grenoble et de Paris

Enseignant à la New York University et au Collège d'Europe (Bruges). Directeur de l'Institut d'Etudes Politiques de Grenoble, président de la nouvelle Université des Sciences Sociales de Grenoble. Directeur des enseignements supérieurs et de la recherche au Ministère chargé des Universités. 1998/1999, président du groupe de réflexion sur la réforme des institutions de l'Union européenne au sein du Commissariat général du Plan (Rapport « L'Union européenne en quête d'institutions légitimes et efficaces », 2000).

Membre du Conseil d'administration de l'Association « Notre Europe ».

Publications : plusieurs ouvrages sur la construction européenne.

Prof. Dr. Rolf G. Renner (*1945)

Professor für Neuere Deutsche Literatur an der Universität Freiburg.

Sprecher des Vorstands des Frankreich-Zentrums

1964-1969 Studium der Germanistik, Geschichte und Politik (Universitäten Freiburg und Wien). 1974 Promotion, 1989 Ernennung zum außerplanmäßigen Professor an der Universität Freiburg. Lehrtätigkeit an den Universitäten München, Göttingen und Bochum. Mehrere Gastprofessuren in den USA, Australien, Österreich, Spanien und Brasilien. Professeur invité am Institut des Hautes Etudes Européennes de Strasbourg. Seit 2000 Vorsitzender des Vorstands des Frankreichzentrums der Universität Freiburg, Verantwortlicher für Forschung und Lehre

Publikationen u. a. über Georg Lukács, Thomas Mann, Peter Handke, Edward Hopper, Marcel Proust, Postmoderne, Literaturtheorie; dazu zahlreiche Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften und Sammelpublikationen zur Literatur des 18. bis 20. Jahrhunderts, zur Literaturtheorie, Medientheorie und Komparatistik.

Prof. Dr. Dominique Rousseau (* 1949)

Professeur à l'Université Montpellier I. Directeur du Centre d'Etudes et de Recherches Comparatives Constitutionnelles et Politiques

1968-1972 études à la Faculté de Droit de Poitiers, 1972-1974 D. E. S. de Droit Public et D. E. S. de Science Politique. 1979 doctorat d'Etat, 1983 Agrégation de Droit Public. 1973-1980 assistant de Droit Public à la Faculté de Droit de Poitiers, 1980-1983 maître assistant à

l'Université de Nancy II, 1984 professeur à l'Université de Montpellier I, 1998 membre de l'Institut Universitaire de France, 2002 directeur du Centre de Préparation à l'E.N.A.

Vice-président de la Commission de Spécialistes de l'UFR Droit de l'Université Montpellier I, membre du Conseil d'Administration de l'Association Française des Constitutionnalistes, membre du Conseil Scientifique de l'Académie Internationale de Droit Constitutionnel. Responsable scientifique du programme « Désordres et reconstructions du droit sous l'effet des principes fondamentaux reconnus par les Cours Suprêmes Nationales et européennes ». Membre de l'Institut Universitaire de France; (créé en 1987). Membre du Comité Scientifique de la Revue du Droit Public. Rédacteur de la Revue interdisciplinaire « Le Temps des Savoirs ».

Dr. Dieter Salomon (*1960)

Oberbürgermeister der Stadt Freiburg i. Br.

1981-1986 Studium der Politikwissenschaft, Finanzwissenschaft, Wirtschaftspolitik und französischer Literatur (Universität Freiburg), 1991 Promotion. 1990-2000 Mitglied des Gemeinderats der Stadt Freiburg für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; 1992-2002 Abgeordneter der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg; 2000 Vorsitzender der Landtagsfraktion der Grünen. Seit 2002 Oberbürgermeister der Stadt Freiburg.

Mitgliedschaften: Vorstand des Städtetags Baden-Württemberg; Präsidium des Deutschen Städtetages. Vorsitzender von GrünKom, Verein bündnisgrüner Wahlbeamtinnen und Wahlbeamter Deutschlands.

Prof. Dr. Siegfried J. Schmidt (*1940)

Professor für Kommunikationstheorie und Medienkultur an der Universität Münster

Studium der Philosophie, Germanistik, Linguistik, Geschichte und Kunstgeschichte (Universitäten Freiburg, Göttingen und Münster). 1965 Assistent am Philosophischen Seminar der Universität Karlsruhe. 1966 Promotion, 1968 Habilitation. 1971 Professor für Texttheorie an der Universität Bielefeld, 1973 dort Professor für Theorie der Literatur. Seit 1979 Professor für Germanistik/ Allgemeine Literaturwissenschaft an der Universität-Gesamthochschule Siegen. Seit 1984 Direktor des Instituts für Empirische Literatur- und Medienforschung (LUMIS) der Universität Siegen. 1998-2002 Geschäftsführender Direktor des Instituts für Kommunikationswissenschaft. 2002/2003 Visiting Fellow am Internationalen Forschungszentrum Kulturwissenschaften in Wien.

Publikationen: „Kognitive Autonomie und soziale Orientierung“ (1994), „Kalte Faszination. Medien Kultur Wissenschaft in der Mediengesellschaft“ (2000), „Orientierung Kommunikationswissenschaft. Was sie kann, was sie will“ (2000; Mitautor), „Geschichten & Diskurse. Abschied vom Konstruktivismus“ (2003), „Unternehmenskultur. Die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen“ (2004).

Prof. Dr. Jürgen Schwarze (*1944)

Direktor des Instituts für Öffentliches Recht, Abt. Europa- und Völkerrecht, und des Europa-Instituts Freiburg e.V. in Freiburg

1978 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bochum; 1980-1989 Professor an der Universität Hamburg, Direktor des Instituts für Integrationsforschung Hamburg, 1986-1989 Professor am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Seit 1989 Direktor des Instituts für Öffentliches Recht und des Europa-Instituts Freiburg e. V. (Freiburg). Vorsitzender der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Europarecht. Gastvorträge und -vorlesungen im In- und Ausland (u. a. an den Universitäten Paris I und II, Straßburg,

London, Edinburgh, Dublin, Rom, Mailand, Madrid, Barcelona, Wien, Budapest, Zürich und der Georgetown University Washington)

Mitgliedschaften: Vorstand der Gesellschaft für Rechtsvergleichung und der Fédération Internationale pour le droit européen, 1994-1996 deren Präsident. Verschiedene wissenschaftliche Einrichtungen und Beiräte.

Forschungsschwerpunkte: Deutsches und ausländisches öffentliches Recht; europäisches und internationales Wirtschafts- und Wettbewerbsrecht; Grundsatzprobleme der europäischen Integration, europäische Verfassungsentwicklung; europäisches Verwaltungsrecht.

Prof. Dr. Hermann Schwengel (*1949)

Lehrstuhl für Soziologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Studium der Sozialwissenschaften, Philosophie und Geschichte (Universitäten Konstanz, Marburg und Zürich), 1978 Promotion, 1987 Habilitation. Seit 1993 Lehrstuhl für Soziologie in Freiburg.

Mitglied des Frankreich-Zentrums der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Zahlreiche Publikationen.

Prof. Dr. Torsten Stein (* 1944)

Direktor des Europa-Instituts der Universität des Saarlandes

Studium der Rechtswissenschaften (Universitäten Berlin und Heidelberg), 1974 Promotion. Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (Heidelberg). 1983 Habilitation für Deutsches und ausländisches öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht. 1986 außerplanmäßiger Professor an der Universität Heidelberg. Seit 1991 Inhaber des Lehrstuhls für Europarecht und europäisches öffentliches Recht sowie Direktor des Europa-Instituts der Universität des Saarlandes.

Dr. Willi Steul (*1951)

Landessenderdirektor Baden-Württemberg des Südwestrundfunks

Studium der Ethnologie, Philosophie, Theologie und Geschichte (Universitäten Oxford, Paris, Frankfurt, Kabul und Heidelberg). Stipendiat beim "Institut zur Förderung publizistischen Nachwuchses e. V.". 1976/1977 Lehrauftrag für Ethnologie an der Universität Kabul (Afghanistan). Im Anschluss Korrespondent des Südwestfunks in Bonn, Sonderkorrespondent für Afghanistan, Korrespondent für Pakistan, Griechenland, Türkei, Zypern und die Schweiz. 1992-1994 stellvertretender Leiter des SWF/SDR-Studios Bonn. Chefredakteur des DeutschlandRadios Berlin. Seit 1998 Landessenderdirektor Baden-Württemberg und stellvertretender Intendant des Südwestrundfunks.

Dorothea Strauss

Direktorin des Kunstvereins Freiburg e. V.

Studium der Kunstgeschichte und Fernseh- Film un Fernsehwissenschaften (Universität Frankfurt/Main). Direktorin des Kunstvereins Freiburg. Stellvertretende Leiterin des Studienbereichs „Cultural Studies“ (Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich).

Seit 1987 zahlreiche Ausstellungsprojekte und Veröffentlichungen im Bereich Kunst, Medien und Gesellschaft.

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Rudolf von Thadden (*1932)

Berater für die deutsch-französische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit

Studium der Geschichte, Romanistik und Theologie (Universitäten Tübingen, Paris und Göttingen), 1958 Promotion, 1967 Habilitation. 1969 Übernahme des Lehrstuhls für Neuere Geschichte an der Universität Göttingen. 1974/1975 Rektor der Georg-August-Universität Göttingen. 1983-1989 Directeur d'Etudes Associé (Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris). 1989 Übernahme des Lehrstuhl Roger Seydoux (Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris). Seit 1993 Direktor des Berlin-Brandenburgischen Instituts für Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Europa. Seit 1996 Ehrendoktor der Universitäten Genf und Frankfurt/Oder. Seit 1999 im Auftrag der Bundesregierung Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit.

Mitgliedschaften: Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentags. Académie Universelle des Cultures (Paris). Seit 1998 Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes. Seit 2000 Commandeur de la Légion d'Honneur.

Publikationen: zahlreiche Werke zur französischen und deutschen Geschichte der Neuzeit sowie eine Monographie über die Universitätsstadt Göttingen (1999).

Dr. Klaus Wenger

Geschäftsführer ARTE Deutschland TV GmbH

1976-1980 Assistent an der Universität Paris III. 1981-1984 Referent im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. 1984-1991 Südwestfunk. Seit 1991 Redaktionsleiter Dokumentation und Dokumentarfilm beim Europäischen Kulturkanal Arte in Strasbourg. Seit Juli 1995 Geschäftsführer der Arte Deutschland TV GmbH und Arte-Koordinator der ARD.

Prof. Dr. Thomas Würtenberger (* 1943)

**Professor für Öffentliches Recht an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, seit 1997
Rechtsberater des Rektors der Universität Freiburg**

1962-1966 Studium der Rechtswissenschaft (Universitäten Genf, Berlin und Freiburg), 1970/1971 Studium an der École Nationale d'Administration in Paris. 1979-1981 Professor für öffentliches Recht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Augsburg. 1981-1988 Professor in Trier. Seit 1988 Professor für Öffentliches Recht an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Seit 1997 Rechtsberater des Rektors der Universität Freiburg. Gastprofessuren u. a. an der Faculté de Droit der Universität Paris I sowie der Universität Straßburg.

Mitherausgeber der Reihe „Schriften zum Recht der inneren Sicherheit“

Zahlreiche Publikationen zum Verfassungsrecht, zum Recht der inneren Sicherheit, zur Verfassungsgeschichte und zur Staatsphilosophie.

Adrien Zeller (*1940)

Président du Conseil régional d'Alsace

Licencié des sciences économiques, Ingénieur agricole, Diplômé du Collège d'Europe de Bruges et du Centre international des hautes études agronomiques méditerranéennes. Administrateur principal à la Commission des Communautés Européennes. Consultant des Nations Unies pour les problèmes d'intégration économique internationale.

1973-1988 Conseiller général du Bas-Rhin (canton de Saverne). 1973-1986 Député du Bas-Rhin, apparenté au groupe UDF. Secrétaire d'État auprès du ministre des Affaires sociales et de l'Emploi. 1986-1988 chargé de la Sécurité sociale. 1988, 1993 et 1997 élu Député du Bas-Rhin, inscrit au groupe de l'Union pour la démocratie française. 1988-1992

parlementaire européen. Depuis 1977 maire de Saverne. Président du Conseil régional d'Alsace.

Publications: « L'imbroglio agricole du Marché commun » (1970), « La politique autrement. Essai politique » (1978).